

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung
Tübingen (EZFF)

Anschrift: Keplerstr. 2
D-72074 Tübingen
Telefon: +49 (0)7071-29 77368
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de
Internet: <http://www.uni-tuebingen.de/ezff>

Vorstand: Prof. Dr. Gabriele Abels
Prof. Dr. Jochen von Bernstorff, LL.M.
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Förster
AOR Martin Große Hüttmann (geschäftsführendes
Vorstandsmitglied)
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)
Prof. Dr. Sebastian Kinder
Prof. Dr. Martin Nettesheim
Prof. Dr. Barbara Remmert (stellv. Sprecherin)
Prof. Dr. Oliver Schlumberger
Prof. Dr. Josef Schmid
Prof. Dr. Gunter Schubert
Prof. Dr. Christian Seiler
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

In Zusammenarbeit mit: Prof. Dr. Roland Sturm (Erlangen-Nürnberg)

Koordination: Miriam Keppner M.A.

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen,
Oktober 2016

Erschienen im Selbstverlag

Druck: Universitätsdruckerei Tübingen

ISBN: 978-3-9818415-0-3

Schutzgebühr: 9,50 Euro

Dem Andenken an Prof. Dr. Frank Delmartino (KU Leuven) gewidmet.

Vorwort

Unter dem Titel „Regionalparteien nach der Europawahl: Selbstverständnis, Handlungsspielräume und Bedeutung“ fand vom 23. Bis 25. Oktober 2014 in der Akademie für politische Bildung Tutzing eine Konferenz als Kooperationsprojekt von Akademie, Hanns Seidel Stiftung München und dem EZFF statt. Die Veranstalter hatten sich vorgenommen, zu einem besseren Verständnis des Phänomens von Regionalparteien beizutragen, die Teil des Parteiensystems vieler europäischer Staaten sind und den politischen Diskurs in diesen Staaten teilweise stark prägen. Vorrangiges Ziel war es, anhand mehrerer Länderstudien die Vielfalt dieser Parteien und ihrer politischen Ziele zu verdeutlichen. Während sich einige dieser Parteien darauf beschränken, die historische Tradition und die kulturellen Besonderheiten einer bestimmten Bevölkerungsgruppe oder einer – meist peripheren – Region zu bewahren, geht es anderen um ein größeres Ausmaß an rechtlich verankerter regionaler Autonomie; wieder andere fordern gar – mindestens als Fernziel – die Unabhängigkeit „ihrer“ Region als eigenständiger staatlicher Einheit.

Regionalparteien sind eingebunden in den rechtlichen und politischen Kontext ihres jeweiligen Staates. Ihr Handlungsspielraum wird einerseits von den dortigen rechtlichen und politischen Gegebenheiten bestimmt, die sie ihrerseits selbst durch ihr Engagement im politischen Prozess zu beeinflussen suchen. Aktivitäten von Regionalparteien wirken über die jeweilige nationalstaatliche Arena hinaus. Sie haben sich im Rahmen eines Netzwerks als Partei auf europäischer Ebene (Europäische Freie Allianz – EFA) organisiert; ins Europäische Parlament gewählte Abgeordnete dieser – allerdings nicht aller – Regionalparteien bilden dort mit Abgeordneten grüner Parteien eine gemeinsame Fraktion unter dem Namen „Die Grünen/EFA“.

Mit dieser Veröffentlichung soll der Ertrag der Konferenz einem breiteren Kreis von an der Thematik Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Es war nicht möglich, alle Konferenzbeiträge zu veröffentlichen. Die Herausgeber danken den Autoren, die ihre Beiträge für die Aufnahme in diesen Band bearbeitet und als Manuskript zur Verfügung gestellt haben. Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir Miriam Keppner, der Wissenschaftlichen Koordinatorin des EZFF, die diesen Band für die Drucklegung vorbereitet hat.

Wir widmen diesen Band dem Andenken an Professor Frank Delmartino (KU Leuven), der dem EZFF seit seinen Anfängen in den 90er Jahren sehr engagiert verbunden war; wie etwa bei der Planung und Durchführung von Forschungsprojekten oder durch seine Mitwirkung an Konferenzen und Publikationsvorhaben. Er gehörte auch zu den Referenten der Konferenz in Tutzing im Oktober 2014. Das von ihm erbetene Manuskript für diese Veröffentlichung konnte er vor seinem unerwarteten Tod im Juni 2015 nicht mehr fertig stellen; sein auf der Konferenz vorgelegtes Papier über den wichtigen „Sonderfall“ Belgien haben wir sehr gern in diesen Band aufgenommen.

Tübingen, im Oktober 2016

Rudolf Hrbek und Martin Große Hüttmann

| | |
|---|-----|
| Inhaltsverzeichnis | 7 |
| Vorwort | 5 |
| Die deutschen Regionalparteien – untypisch und mit wenig Gemeinsamkeiten <i>Roland Sturm</i> | 9 |
| Regionalparteien in Spanien? <i>Klaus-Jürgen Nagel</i> | 20 |
| Warum es kaum erfolgreiche Regionalparteien in Frankreich gibt <i>Stefan Seidendorf</i> | 41 |
| Regionalparteien in Italien: Zwischen Abgrenzung und Mitregieren <i>Greta Klotz</i> | 59 |
| Regionalparteien an der Macht: Belgien als Sonderfall <i>Frank Delmartino†</i> | 85 |
| Regionale Bewegungen in Polen – ein Weg zu Regionalparteien oder Phänomen ohne politische Folgen? <i>Andżelika Mirska</i> | 90 |
| Eine Regionalpartei auf dem Weg zu einer etablierten politischen Kraft – die Scottish National Party <i>Nikolas Dietzel</i> | 103 |
| Die Parteienlandschaft in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens <i>Thomas Brey</i> | 118 |
| European Free Alliance (EFA): Der Zusammenschluss von Regionalparteien auf europäischer Ebene <i>Rudolf Hrbek</i> | 130 |
| Die Autoren | 145 |

Die deutschen Regionalparteien – untypisch und mit wenig Gemeinsamkeiten

Roland Sturm

1 Was sind die Merkmale von Regionalparteien?

Allen Regionalparteien gemeinsam ist der Bezug auf Territorialität – auf ein geographisch begrenztes Gebiet politischer Aktivität. Regionalparteien sind non-state wide parties. Dies ist eine Mindestvoraussetzung, die alle Regionalparteien erfüllen. Komplexer wird das Bild, wenn wir weitere Faktoren hinzufügen, die eine Regionalpartei ausmachen. Die wichtigsten sind: (a) Sie verleihen der Identität einer Region politischen Ausdruck. Voraussetzung dafür ist, dass die jeweilige Region von einem authentischen politischen Selbstverständnis und einem Wunsch nach eigenständiger Repräsentation geprägt ist. Viele Regionalparteien verstehen sich sogar als nationale Bewegungen, die Nationen ohne Staat vertreten. (b) Regionalparteien halten Abstand von state-wide parties, weil dies zum einen ihr „Markenkern“ ist, und weil sie zum anderen kein Interesse haben, die Politik des Nationalstaats mit zu formen. Treten sie zu nationalen Wahlen an, dann um diese Bühne in der Region für werbende Zwecke zu nutzen, um ihre regionalen Forderungen in das nationale Parlament einzubringen und um – im günstigsten Fall – eine Schlüsselposition als Mehrheitsbeschaffer im nationalen Parlament dazu zu nutzen, der eigenen Region zusätzliche Vergünstigungen von Finanzen bis zu einer rechtlichen Besserstellung der Region zu verschaffen. (c) Regionalparteien definieren ihre Region/Nation als historisch-kulturelle Besonderheit bzw. bedienen ein Narrativ der Legitimation regionaler Differenz. (d) Die Führungsmannschaft von Regionalparteien besteht aus Persönlichkeiten, die mit und in der Region politische Ziele verfolgen und nicht an einer Rolle auf der Ebene des Gesamtstaats interessiert sind. (e) Europawahlen sind für solche Parteien kein Ort der politischen Bewährung. Zu Europa haben regionale Parteien ein ambivalentes Verhältnis. Zum einen sind sie skeptisch gegenüber einer weiteren politischen Ebene, die zusätzlich zum Nationalstaat in den Regionen Kompetenzen beansprucht. Zum anderen sehen sie die EU auf bestimmten Politikfeldern, wie der Strukturpolitik, als Verbündete. Sie sehen die institutionellen Möglichkeiten von Regionen in der EU, wie dem Ausschuss der Regionen, kritisieren aber deren Unzulänglichkeiten. Attraktiv ist die EU für diejenigen Regionen, die nach staatsrechtlicher Unabhängigkeit streben, wegen der positiven Erfahrungen von Kleinstaaten in der EU. Diese können hier eine politische Rolle spielen, die weit über das hinausgeht, was Kleinstaaten außerhalb der EU erreichen könnten.

2 Die deutschen „Regionalparteien“ CSU und SSW

Legt man die Mindestvoraussetzung für eine Abgrenzung von Regionalparteien zu den anderen Parteien, also Territorialität, zugrunde, so sind die einzigen in Parlamenten vertre-

tenen deutschen Regionalparteien die CSU und der SSW. Die Bayernpartei (gegr. 1946), die Partei für Franken (gegr. 2009), die Lausitzer Allianz (gegr. 2005) und Die Friesen (gegr. 2007) in Niedersachsen haben nur einen marginalen Stimmenanteil bei Wahlen, bzw. sie stellen sich nicht zur Wahl. Anders als der SSW in Schleswig-Holstein sind Die Friesen in Niedersachsen und die Lausitzer Allianz in Sachsen (aber anders in Brandenburg) nicht von der 5%-Hürde bei Landtagswahlen befreit, obwohl sie sich für anerkannte nationale Minderheiten einsetzen. Mit Ausnahme der Partei Die Franken und der CSU sind alle deutschen Regionalparteien auf europäischer Ebene Mitglied der EFA, der Europäischen Freien Allianz. Die EFA ist Teil der Fraktion Die Grünen/EFA im europäischen Parlament. Diese Fraktion erhielt nach der Europawahl 2014 50 Sitze im Europaparlament, darunter sind keine für die deutschen EFA-Mitgliedsparteien. Von diesen trat nur die Bayernpartei bei der Europawahl an. Sie erhielt 1,3 Prozent der Stimmen in Bayern. Unter Umständen wäre noch Die Linke als ostdeutsche Regionalpartei zu zählen, aber nur, wenn man die Wahlergebnisse heranzieht und ignoriert, dass Die Linke – anders als CSU und SSW – bei Bundes- und Landtagswahlen nicht nur in einer Region konkurriert. Die Linke hat Hochburgen, aber das macht sie nicht zur Regionalpartei.¹ CSU und SSW sollen im Folgenden in Bezug auf die oben genannten fünf Merkmale von Regionalparteien (Identität, Differenz, Legitimation, regionale Elitenbildung und Haltung zu Europa) analysiert werden.

2.1 Die CSU als „unechte“ Regionalpartei

Die CSU ist in vielerlei Hinsicht eine „unechte Regionalpartei“. Sie hat es ohne Zweifel gemeistert, sich über die Jahre als authentische politische Vertretung Bayerns zu präsentieren. Erleichternd wirkt hier die Rahmenbedingung, dass es eine Absprache mit der CDU gibt, die eine gegenseitige Konkurrenz in den deutschen Wahlgebieten ausschließt. Im letzten Europawahlkampf wies die CSU z.B. darauf hin, dass nur die CSU ausschließlich bayerische Vertreter nach Straßburg bzw. Brüssel schickt und dass mit der CSU jede Region in Bayern eine eigene Stimme hat. Ihre politische Legitimation bezieht die Partei aber nicht alleine aus der Orientierung an bayerischen Interessen. Die Strategie der CSU ist es, eine solide regionalpolitische Basis zu nutzen, um die Politik des Gesamtstaates zu beeinflussen. Hier deutet sich auch ein Dilemma an. Nur wenn die „unechte Regionalpartei“ CSU wahlpolitisch eine „echte Regionalpartei“ bleibt, gelingt die Strategie. Die Wählerschaft muss also überzeugt werden, dass es eine bayerische Sichtweise von Politik gibt, die sich auf politische Gegenstände bezieht, die Bayern z.T. nicht direkt betreffen bzw. in Bayern auch nicht entschieden werden. Das politische Personal kann sich nicht alleine im politischen Rahmen Bayerns bewegen, sondern muss bundespolitische Kompetenz und Präsenz pflegen. So entstehen aber auch konkurrierende Machtzentren im Bund und in Bayern, ein

1 So fälschlicherweise: *Eve Hepburn/Dan Hough* 2012: *Regionalist Parties and the Mobilization of Territorial Difference in Germany*, in: *Government and Opposition* 47(1), S. 74-96. Die Autoren kommen wenig seriös ohne einen Blick in die relevante deutschsprachige Literatur zu ihren Schlussfolgerungen.

Phänomen das andere Regionalparteien nicht kennen.² Diese Machtzentren und die Entwicklung ihrer Beziehungen illustrieren den Charakter der CSU als unechter Regionalpartei – in Bayern verwurzelt, aber mit bundespolitischem Anspruch.

Bayern hatte in den beiden letzten Jahrzehnten vier Ministerpräsidenten: Max Streibl, Edmund Stoiber, Günther Beckstein und Horst Seehofer. Für deren Machtposition in der Bundespolitik und ihre politische Ausrichtung stellten sich immer zwei Fragen: Wer war der Parteivorsitzende? Und saß der Parteivorsitzende in München oder im Bund? In letzterem Falle, wurde die bundespolitische Rolle Bayerns auch teilweise durch den Landesgruppenvorsitzenden in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wahrgenommen. Dieser war allerdings weniger einflussreich, wenn der Ministerpräsident Bayerns gleichzeitig Parteivorsitzender war.

1988, nach dem überraschenden Tod von Franz-Josef Strauß, wurde Max Streibl bayerischer Ministerpräsident. Der neue Parteivorsitzende Theo Waigel vertrat die Partei in der Bundespolitik und wurde Finanzminister im Kabinett Kohl. Vor allem dieser Funktion war es zu verdanken, dass er die Bundespolitik entscheidend mitgestalten konnte, man denke nur an den Maastrichter Vertrag zur Einführung des Euro. Mit der Doppelspitze Streibl-Waigel verbanden sich Ende der 1980er Jahre aber auch zwei strategische Optionen. Während für Max Streibl die Konsolidierung der CSU in Bayern im Vordergrund stand, wofür er sogar erwogen haben soll, die CSU aus der Bundesregierung herauszuführen, um nicht von der Krise der Kohl-Regierung erfasst zu werden³, setzte sich Waigel ganz offensiv für das bundespolitische Gewicht der Landesgruppe ein und trat schließlich selbst in das Kabinett Kohl ein. Damit war der Parteivorsitzende der CSU in die Kabinettsdisziplin eingebunden. Dies erweiterte den bundespolitischen Einfluss der CSU, behinderte aber auch eine spezifisch bayerische Profilierung in Abgrenzung zur Bundesregierung, die durchaus zu den Wahlerfolgen in Bayern in der Vergangenheit beigetragen hatte. Max Streibl versuchte zwar in der Tradition von Franz Josef Strauss Briefe nach Bonn zu schicken, um bundespolitische Positionen zu markieren, er konnte seine bundespolitischen Ambitionen aber nicht durchsetzen. Wolfgang Bötsch, der damalige stellvertretende Landesgruppenvorsitzende, berichtete aus der Landesgruppe, er habe Theo Waigel einmal gefragt: „Was machen wir jetzt mit diesen Briefen aus München?“ Waigel habe geantwortet: „Nichts, die legen wir ab.“⁴

Andreas Kießling hat die These vertreten, dass der bundespolitische Einfluss der CSU bzw. Bayerns dann am größten war, wenn sich bei einer Doppelspitze ein konfliktfreudiger Bundespolitiker (Franz Josef Strauss) mit einem Landesvatertyp als bayerischem Minister-

2 Zur Gesamtentwicklung der CSU vgl. *Gerhard Hopp/Martin Sebaldt/Benjamin Zeitler (Hrsg.) 2010: Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei*, Wiesbaden; *Michael Weigl 2014: Die CSU. Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg*, Baden-Baden; *Eveline Hermannseder 2013: Europas letzte große Volksparteien. Die Christlich-Soziale Union und die Südtiroler Volkspartei im Vergleich*, Baden-Baden.

3 Vgl. *Andreas Kießling 2004: Die CSU. Macherhalt und Machterneuerung*, Wiesbaden, S. 164.

4 Zitiert nach Ebd. S. 170.

präsident (Alfons Goppel) zusammenfand.⁵ Das erhöhte auch die Wahlchancen der CSU, die wiederum die Voraussetzung für eine starke parlamentarische Vertretung im Bund waren. Diesem Modell entsprach die Doppelspitze Waigel (als konsensorientierter Politiker)/Streibl (Landesvater) nicht. Als Max Streibl 1993 wegen der Amigo-Affäre zurücktreten musste, war auch die Lösung in der Diskussion, Theo Waigel zum Parteivorsitzenden zu machen. Was das für den bundespolitischen Einfluss Bayerns bedeutet hätte, wissen wir nicht. Angesichts des Gewichts Theo Waigels als Finanzminister einerseits und seiner Loyalität gegenüber Helmut Kohl andererseits, wäre aber nicht zu erwarten gewesen, dass spezifisch landespolitische Erwägungen in der Bundespolitik stärker in den Vordergrund getreten wären. Neuer Ministerpräsident wurde Edmund Stoiber, dessen Elan und Machtwille möglicherweise von der Landesgruppe unterschätzt wurde. Mit Edmund Stoiber erneuerte sich die Konkurrenz von Ministerpräsident und Parteivorsitzendem in der Bundespolitik.

Dies war nicht nur eine Konkurrenz um die Parteiführung. Es gab auch bundespolitische Themen, die von München aus anders gesehen wurden als von der Bundesebene. Vor allem die Europapolitik und die Beschlüsse zum Euro waren umstritten. Für Stoiber war die Ministerpräsidentenrolle mit der Überzeugung verbunden, Bayern müsse das führende Bundesland in Deutschland sein und bleiben. Bundespolitik sollte nicht in allererster Linie bayerischen Vorgaben folgen. Sie sollte vor allem den Erfolg Bayerns und die Zustimmung zur CSU nicht untergraben. Die gescheiterte Steuerreform 1998 und die von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer verantworteten unpopulären Reformen des Gesundheitswesens stehen beispielhaft für die aus Sicht der damaligen Staatsregierung um sich greifende Art bundespolitischer Desorientierung, die Wahlerfolge in Bayern nicht zuträglich sein konnte. Der bundespolitische Einflussversuch, der sich als bayerische Reaktion darauf ergab, war das Bemühen, die Logik der bayerischen Modernisierungspolitik nach dem Modell einer Bayern AG im Bund zu vermitteln und wenn das nicht gelang, wenigstens die schlimmsten Modernisierungsblockaden von Bayern fernzuhalten.

Es war deshalb im Sinne bayerischer Interessenvertretung nur konsequent, dass sich das Interesse von Ministerpräsident Stoiber auf die Bundesebene verlagerte, nachdem 1998 mit der Wahlniederlage der Regierung Kohl die Ära der Doppelspitze zu Ende gegangen war. Eine direkte Einflussnahme auf die Bundespolitik wurde zunächst – obwohl dies paradox klingt – durch die Oppositionsrolle der Unionsparteien erleichtert. Bayerische Positionen konnten nun ungefiltert als CSU-Positionen bundespolitisch vermittelt werden. Die Rücksichtnahme auf Koalitionspartner entfiel. Stoiber besetzte rasch Themen wie Staatsbürgerschaftsrecht (gegen den „Doppelpass“) oder Erscheinungsbild der rot-grünen Regierung nach dem Rücktritt Lafontaines. Zudem half es dem Ministerpräsidenten quasi zum Sprachrohr der Union in der Bundespolitik zu werden, dass die CDU 2000 mit Angela Merkel eine neue Parteivorsitzende erhielt, der zudem mit Friedrich Merz ein starker Fraktionsvorsitzender gegenüber stand. Erfahrung, Amtsbonus, Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit – all dies trug dazu bei, dass an dem bayerischen Ministerpräsidenten in der Bun-

5 Ebd. S. 213.

despolitik zumindest auf Unionsseite kein Weg vorbei führte. Beim bislang berühmtesten Frühstück der bundesdeutschen Politik in Wolfratshausen, am 11. Januar 2002, vereinbarten die beiden Vorsitzenden der Unionsparteien, die bayerische Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers. Der erreichte Gleichklang von Landesinteressen und Bundespolitik im Zusammenhang mit der Kandidatur Edmund Stoibers für das Kanzleramt zeigte sich auch an der einhelligen Zustimmung im Unionslager, sowohl im Bund als auch in Bayern. Der bayerische Ministerpräsident konnte als Kanzlerkandidat weder als Verfechter bayerischer Interessen auftreten, noch unter Verwendung programmatischer Aussagen der CSU konfliktorientiert argumentieren. Gerade in Ostdeutschland versuchte Stoiber, der Furcht vor einer „Bavarisierung“ Deutschlands entgegen zu treten. Bei seinen Auftritten dort betonte er regelmäßig seine Lernbereitschaft und sagte gar, „Bayern ist kein Modell für Deutschland“. Ob er dies angesichts der bayerischen Wirtschaftserfolge tatsächlich glaubte, sei dahin gestellt. Sein Medienberater Michael Spreng war zumindest überzeugt, dass in Deutschland die Leute nicht wollten, dass Deutschland Bayern wird.⁶

Auch nach der Wahlniederlage der Union 2002, die mit den Augen der CSU gesehen eine Niederlage der „Nord“-Union war, behielt Ministerpräsident Stoiber sein bundespolitisches Engagement bei. Ziel war, auf Augenhöhe mit der CDU weiterhin bundespolitisch zu agieren und nach dem erwarteten Scheitern von Rot-Grün, einen neuen Anlauf zur Kanzlerschaft zu machen. Selbst die 2003 anstehende Landtagswahl wurde mit bundespolitischen Themen vorbereitet. Andreas Kießling bemerkte: „Wie wenig der CSU-Führung an der Programmarbeit für Bayern lag, wurde durch die Tatsache augenscheinlich, dass das Regierungsprogramm der CSU auf dem Parteitag schlicht von Stoiber verkündet wurde. Nicht die Delegierten stimmten darüber ab, sondern das Programm wurde im Nachhinein auf einer Vorstandssitzung gebilligt. [...] Die Betonung der Bundespolitik wurde ferner beim Wahlkampf-Höhepunkt in der Münchner Olympiahalle deutlich: Die ersten sieben Seiten von Stoibers Redemanuskript galten allein Angriffen auf den Bundeskanzler, der als ‚Show-Kanzler‘, als ‚Master of Disaster‘ und als ‚das Problem‘ bezeichnet wurde.“⁷ Das herausragende Landtagswahlergebnis, die Zwei-Drittel-Mehrheit für die CSU, schien die Schwerpunktsetzung auf die bundespolitische Rolle der CSU als Erfolgsrezept zu bestätigen.

Diese Schlussfolgerung übersah aber drei wesentliche Faktoren: Erstens war es unwahrscheinlich, dass sich die CDU, auch hinsichtlich der Rolle des Sprechers für die Union in der Bundespolitik, längerfristig mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden geben würde. Angela Merkel hatte inzwischen ausreichend Zeit, sich innerparteilich und thematisch eine eigenständige Position zu erarbeiten. Zweitens konnte eine einseitig bundespolitische Ausrichtung der CSU, eine München-Ferne, nicht mit der bayerischen Identität der Partei und dem Anspruch bayerische Interessen zu vertreten, kompatibel sein. Und drittens schließlich hatte sich der bayerische Ministerpräsident durch sein über Bayern hinausweisendes Rollenverständnis selbst in Zugzwang gebracht. Das wurde spätestens 2005 deut-

6 *Andreas Kießling* 2004 (Fn. 3), S. 323.

7 Ebd. S. 332.

lich als es erneut nicht gelang, die SPD aus der Regierung zu drängen, aber sich mit der zweiten Großen Koalition Ministerämter für die CSU öffneten. Für Ministerpräsident Stoiber schien sich die Gelegenheit des Rollenwechsels zu bieten. Das Wirtschaftsministerium, angereichert um die Europakompetenzen des Finanzministeriums, war für seine Qualifikation und seine Interessen besonders geeignet, wiewohl machtpolitisch das Finanzministerium die bessere Alternative gewesen wäre. Nach einem quälenden Selbstfindungsprozess lehnte Edmund Stoiber die Mitwirkung in der Regierung Merkel ab. Mit dem Rückzug der Person Stoiber nach Bayern verlor zum einen die bundespolitische Strategie der CSU an Glaubwürdigkeit und zum anderen musste eine rasche Re-Orientierung an bayerischen Prioritäten erfolgen, um dem Amt des Ministerpräsidenten eine überzeugende Ausrichtung zu geben.

Zurück in Bayern zögerte sich der Rücktritt von Ministerpräsident Stoiber noch bis Ende September 2007 hinaus. Edmund Stoiber erarbeitete noch einmal ein Regierungsprogramm⁸ für die Zukunft Bayerns, so als wolle er mögliche Nachfolger binden. Günther Beckstein, der neue bayerische Ministerpräsident, hatte unter Stoibers Unzufriedenheit zu leiden. Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Beckstein war eine im Stil einer Regionalpartei sehr auf Bayern bezogene unter dem Motto: „Gemeinsam für Bayern“⁹. Weder Europa noch der Bund galten als Bezugspunkt. Sie kamen in der Regierungserklärung nicht vor. Auch bei der Besetzung des Amtes des Parteivorsitzenden der CSU wurde mit Erwin Huber eine bayerische Lösung gefunden, also ein Landtagsabgeordneter. Die bayerische Interessenvertretung in Berlin sollte Huber durch seine Präsenz in den Koalitionsgremien garantieren. Chef der Landesgruppe wurde Peter Ramsauer. Realistisch gesehen war nach dem Verlust des Prestiges und des Einflusses der bundespolitischen Führungsfigur Stoiber in der Bundespolitik für die bayerische Landesregierung auf kurze Distanz gesehen wenig zu erreichen.

In München war Ministerpräsident Günther Beckstein nach Verlusten der CSU bei der Landtagswahl 2008 ebenso wie der Parteivorsitzende Erwin Huber zurückgetreten. Die bayerische Regierung wurde erstmals seit 1962 wieder zu einer Koalitionsregierung. Die Abwendung von der bundespolitischen Orientierung der CSU unter Stoiber hatte korrigierend gewirkt, aber die Proteststimmung gegen die CSU, die noch sehr viel mit der Stoiberschen Reformpolitik zu tun hatte¹⁰, konnte durch eine eher bayerische politische Linie der CSU nicht vollständig kompensiert werden. Der neue Ministerpräsident und Parteivorsitzende der CSU, Horst Seehofer, zog daraus die Lehre, unpopuläre Reformen möglichst zu vermeiden. Noch nie waren Umfragen so wichtig für politische Weichenstellungen in der CSU als heute. Bei seinem Amtsantritt konnte sich Seehofer schon aus biographischen Gründen an der bundes- und landespolitischen Doppelrolle Edmund Stoibers orientieren.

8 Z.B. Bayern 2020. Vgl. *Gerhard Hirscher* 2010: Ende der absoluten Mehrheit der CSU?, in: *Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2009*, München, S. 211-231, hier S. 214.

9 *Günther Beckstein* 2007: Es kommt auf jeden an. *Gemeinsam für die Zukunft Bayerns*, München, S. 32.

10 Vgl. *Andreas Kießling* 2004: Zustand und Perspektiven der CSU, in: *Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem*, Wiesbaden, S. 87-103, hier S. 99.

Er war erfahrener in der Bundespolitik als es Stoiber zunächst war – und er vereinigte wie Stoiber das strategische Potential der CSU in einem Amt.

Nach der Regierungsbildung setzte sich die fordernde Rolle der CSU in Berlin fort. Horst Seehofer machte immer wieder deutlich, dass er nicht jede Idee des Kanzleramtes mit trägt. Er formulierte u.a. eigenständige Positionen zur Gesundheitsreform, zur Steuerreform oder zur Rente mit 67. Die CSU erklärte sich selbst zur treibenden Kraft beim Ausstieg aus der Kernkraft. In der Entscheidungsphase zur Zukunft der Kernkraft war in der Presse zu lesen: „In der bayerischen Staatskanzlei gibt es schon Planspiele, die schwarz-gelbe Koalition in Berlin vorzeitig platzen zu lassen, sollte der Energiekonsens scheitern. Offen kokettierte der CSU-Chef in Moskau mit der Möglichkeit einer schwarz-grünen Koalition.“¹¹ Solche Gerüchte sind nicht für die Berliner Bühne bestimmt. Vielmehr ging es darum, in Bayern die absolute Mehrheit zurückzuerobern. Dies gelang 2013. Horst Seehofer fühlte sich in seiner Strategie bestätigt, dass die CSU in Bayern fördernd und in Berlin fordernd auftreten muss. Bei der Bundestagswahl 2013 schnitt die CSU ebenfalls überzeugend ab (49,3% der Zweitstimmen und 53,9% der Erststimmen).¹² Enttäuschend fiel für die CSU das Ergebnis der Europawahl aus. Hier hatte sie mit einem Europaplan einen gegenüber der Schwesterpartei CDU europakritischen Akzent gesetzt, zum einen um innerparteilich geschlossen auftreten zu können und zum anderen um der Alternative für Deutschland in Bayern keine Chance zu geben. Dies misslang. Die CSU verlor annähernd so viele Prozentpunkte wie die AfD gewann (8,1%) und erreichte das bisher schlechteste Europawahlergebnis aller Zeiten.

Tabelle 1: Europawahlergebnisse der CSU

| Wahltag | Wahlergebnis in % |
|------------|-------------------|
| 10.06.1979 | 62,5 |
| 17.06.1984 | 57,2 |
| 18.06.1989 | 45,4 |
| 12.06.1994 | 48,9 |
| 13.06.1999 | 64,0 |
| 13.06.2004 | 57,4 |
| 07.06.2009 | 48,1 |
| 25.05.2014 | 40,5 |

Quelle: Landeswahlleiterin des Freistaates Bayern.

Der historische Rückblick macht deutlich, dass das Gewicht des bundespolitischen Engagements der CSU immer wieder aufs Neue behauptet werden musste, aber auch, dass das Bemühen um politische Gestaltung, auch auf Bundesebene, dem Anspruch der CSU entspricht. Sie ist deshalb keine „Regionalpartei“ im engeren Sinne. Die regionale Bindung der CSU steht eben so wenig in Frage. Ohne den politischen Wahlerfolg in Bayern, dem

11 Der Spiegel vom 18.4. 2011, S. 26.

12 Vgl. ausführlich *Gerhard Hirscher* 2014: Die CSU, zurück zu alter Stärke? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategie, Wahlergebnis, in: *Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden, S. 185-204.

im Zweifelsfalle alles politische Streben unterzuordnen ist, wären über Bayern hinausweisende politische Strategien unmöglich.

2.2 *Der SSW als camouflierte Landespartei*

Der SSW ist insofern eine typischere Regionalpartei als die CSU als er sein Wirkungsbereich territorial begrenzt. Die bundespolitische Ausrichtung der Partei war nur von kurzer Dauer und vor allem der Tatsache geschuldet, dass bei der ersten Bundestagswahl 1949 die Fünf-Prozent-Hürde in den Ländern und nicht bundesweit angewandt wurde. Der SSW war mit einem Sitz im ersten deutschen Bundestag vertreten. Zwar sind seit der Bundestagswahl 1953 die Parteien nationaler Minderheiten von der 5%-Klausel befreit, die Unterstützung für den SSW ist aber so gering, dass er keine bundespolitischen Ambitionen haben kann. In der Landespolitik in Schleswig-Holstein gilt für den SSW seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 die 5%-Hürde nicht mehr.

Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse CSU/SSW in %

| Jahr | CSU | Jahr | SSW |
|-------------------------------|------------|-------------------|------------|
| 01.12.1946¹ | 52,3 | 20.04.1947 | 9,3 |
| 26.11.1950 | 27,9 | 09.07.1950 | 5,5 |
| 28.11.1954 | 38,3 | 12.09.1954 | 3,5 |
| 23.11.1958 | 46,3 | 28.09.1958 | 2,8 |
| 25.11.1962 | 47,9 | 23.09.1962 | 2,3 |
| 20.11.1966 | 48,6 | 23.04.1967 | 1,9 |
| 22.11.1970 | 56,7 | 25.04.1971 | 1,4 |
| 27.10.1974 | 62,5 | 13.04.1975 | 1,4 |
| 15.10.1978 | 59,8 | 25.04.1979 | 1,4 |
| 10.10.1982 | 58,7 | 13.03.1983 | 1,3 |
| 12.10.1986 | 56,6 | 13.09.1987 | 1,5 |
| 14.10.1990 | 56,0 | 08.06.1988 | 1,7 |
| 25.09.1994 | 53,4 | 05.04.1992 | 1,9 |
| 13.09.1998 | 54,1 | 24.03.1996 | 2,5 |
| 21.09.2003² | 62,0 | 27.02.2000 | 4,1 |
| 28.09.2008 | 44,2 | 20.02.2005 | 3,6 |
| 15.09.2013 | 48,9 | 27.09.2009 | 4,3 |
| | | 06.05.2012 | 4,6 |

1) 1946 hatte der Wähler nur eine Stimme (entspricht der Zweitstimme). 2) ab 2000 Zweitstimmen.

Quellen: Landeswahlleiter Freistaat Bayern und Schleswig-Holstein.

Dank der Sonderbestimmungen des Wahlrechts konnte sich der SSW als dauerhafte Kraft im schleswig-holsteinischen Landtag etablieren. Als dänisch/friesische Interessenvertretung in Schleswig würde sich sein Wirkungskreis, stünden Identitätsfragen im Vorder-

grund der Ausrichtung der Parteiarbeit, auf Schleswig beschränken. Dies war anfangs auch der Fall. SSW konnte man in den 14 Wahlkreisen Schlesiws und in Pinneberg-Nord wählen. Der SSW kandidiert seit 2000 jedoch in ganz Schleswig-Holstein, allerdings mit der Einschränkung, dass seit Einführung der Zweitstimme im Jahre 2000, er nur in Schleswig Direktkandidaten aufstellt. In seinem Parteiprogramm setzt sich der SSW für die kulturellen und bildungspolitischen Belange der dänisch-sprachigen und national-friesischen Minderheit in Schleswig ein. Der SSW ist aber auch eine sozialdemokratisch ausgerichtete Partei, was dem SSW erlaubt, sich auf der Links-Rechts-Achse im Parteiensystem von Schleswig-Holstein zu platzieren und damit auch in Holstein eine parteipolitische Alternative zu den dort kandidierenden Parteien zu bilden.

Besonders deutlich wird dies bei der Frage der Regierungsbildung im Lande. Anders als Regionalparteien dies gewöhnlich tun, hat der SSW keine Vorbehalte, auf der Grundlage seiner Haltung zum Wohlfahrtsstaat und nicht auf der Grundlage der Verteidigung ethnischer Identität und Interessen Landespolitik zu betreiben. Dies schließt sogar eine Regierungsbeteiligung ein, ja noch mehr – der SSW hat mehrfach die Rolle der „pivotal party“, des Königsmachers bei Landeskoalitionen, erwogen und inzwischen auch übernommen. Schon 2005, als der SSW erstmals eine „Duldungsvereinbarung“ in Ergänzung zur „Koalitionsvereinbarung“ von SPD und Grünen unterzeichnete, warf dies die Frage auf, ob der durch das Wegfallen der 5%-Hürde privilegierte SSW seine Minderheitenrechte nicht überdehne, wenn er im Endeffekt darüber entscheidet, wer in Schleswig-Holstein regiert. Der SSW hatte angekündigt nach skandinavischem Vorbild eine rot-grüne Minderheitsregierung zu unterstützen.¹³

Ganz gleich, wie man zu dieser Frage steht,¹⁴ eines dokumentiert die Entscheidung des SSW für eine „Dänenampel“ sicherlich: Der SSW tritt als Landespartei auf und nicht als Partei, die ausschließlich regionale Minderheitsinteressen vertritt. Die Hilfsargumentation, die beides zusammenbringt lautet (wenig überzeugend) skandinavische Länder seien von jeher sozialdemokratisch ausgerichtet, so dass eine sozialdemokratische Politik Bestandteil des Schutzes der Interessen der dänisch-sprachigen und national-friesischen Deutschen ist. Eine weitere Hilfsargumentation verweist auf die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955, die garantiert, dass Däne sei, wer will. Gesinnungsdäne kann man auch in Holstein sein. Im internationalen Vergleich ist die Mischung von ethnischer und Bekenntnisdimension des Regionalismus/Nationalismus, wie sie der SSW praktiziert, nicht unüblich – aber in der Regel auf das Territorium der Ethnie beschränkt. Die Scottish National Party käme sicher nicht auf die Idee, Gesinnungsschotten in Yorkshire zu vertreten. Für den SSW bietet hierfür den entscheidenden Anreiz eindeutig die Dimension des gemeinsamen Landes mit den Holsteinern, also die Perspektive der Landespartei. Landesverfassungsrechtlich

13 Vgl. *Thomas Saretzki/Ralf Tils* 2006: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37(1), S. 145-163.

14 Zur Diskussion vgl. *Everhard Holtmann* 2005: Dürfen die das, wo sie doch Dänen sind? Über den Umgang mit Macht und Minderheiten in Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36(3), S. 616-629.

und höchstrichterlich ist die Zulässigkeit des Auftretens des SSW als Landespartei mehrfach und eindeutig geklärt.¹⁵ Die Dänenampel als Regierungskoalition, die 2005 nicht am SSW, sondern an der mangelnden parlamentarischen Unterstützung für die Wiederwahl der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Heide Simonis scheiterte, kam aber 2012 nicht nur in der Form der Duldung, sondern in der Form der Regierungsbeteiligung des SSW zustande, der damit Verantwortung für das ganze Land übernahm.¹⁶

3 Fazit

CSU und SSW haben eigentlich nur den regional bezogenen legitimatorischen Bezug zu Geschichte und Kultur gemein. Ihr Verhältnis zur Region ist strategisch, was die CSU zu einer „unechten Regionalpartei“ und den SSW zu einer „camouflierten Landespartei“ macht. Anders, als das typische Regionalparteien tun, wahrt die CSU nicht die Distanz zu bundesweiten Parteien und strebt politische Mitgestaltung auf gesamtstaatlicher und europäischer Ebene an. Das Personal der Partei sucht Karrieren nicht ausschließlich in der Region. Der SSW optiert hier für mehr regionale Selbstbeschränkung hat aber mit der Entscheidung der Ausdehnung der Wählerwerbung nach Holstein und der Rolle des „Regierungsmachers“ seine Rolle als Landespartei definiert, für die der regionale Bezug zweitrangig ist.

Tabelle 3: Kriterien für Regionalparteien und Einordnung von CSU und SSW

| | CSU | SSW |
|--|--------------|---|
| Ausdruck der Identität einer Region | Ja | Ja, aber Landespartei ohne Regionalbezug |
| Distanz zu state-wide parties auf Bundesebene | Nein | Ja |
| Legitimation durch Bewahren historisch-kultureller Besonderheiten | Ja | Ja |
| Orientierung des Führungspersonals ausschließlich an politischen Karrieren in der Region | Nein | Ja |
| Verhältnis zur EU | Mitgestalten | Keine relevante politische Ebene, trotz Mitgliedschaft in EFA |

15 Vgl. *Florian Edinger* 2014: Verfassungsmäßigkeit der Befreiung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) von der Fünf-Prozent-Klausel. Zum Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 13. September 2013, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45(2), S. 460-464.

16 Vgl. *Patrick Horst* 2012: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012: SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43(3), S. 524-543.

Von den fünf Kriterien für eine Regionalpartei erfüllt die CSU zwei: Sie repräsentiert das Selbstverständnis Bayerns, und sie legitimiert ihre Politik mit dem Narrativ regionaler Differenz. Auf Bundes- und EU-Ebene handelt sie wie eine gesamtstaatliche Partei und rekrutiert entsprechend auch ihr politisches Personal. Der SSW kommt den Merkmalen einer Regionalpartei weit näher. Allerdings erweiterte er seinen politischen Referenzrahmen auf das Land Schleswig-Holstein, was realpolitisch plausibel sein mag, was aber die Partei von der „ethnischen“ Repräsentationsaufgabe programmatisch und in der Tagespolitik ein Stück weit entfernt und die Partei eher zu einer Landespartei macht als zu einer Regionalpartei.

Regionalparteien in Spanien

Klaus-Jürgen Nagel

Seit den 90er Jahren hat sich die Forschung zu Regionalparteien rapide entwickelt. Diese „party family“ wird durch die territoriale „cleavage“ definiert. Regionalparteien bestehen auf institutionellen Reformen in Richtung auf (einen Zuwachs an) territorialer Selbstverwaltung.

Doch ist die nähere Bestimmung des Forschungsgegenstandes oft unklar oder sogar strittig einerseits ist von Regionalparteien¹ oder regionalistischen Parteien die Rede.² Andererseits wird von der „party family“ der „ethnoregional“³ oder „ethnoregionalist parties“⁴ gesprochen. Doch viele Regionalparteien mobilisieren aufgrund politischer und ökonomischer territorialer Interessen, und selbst nationalistische Parteien wollen nicht ethnisch sein; sie sehen ihre Nationen als genauso zivil konfiguriert an wie die Staatsnationen. Hier tauchen auch Terminologien wie „ethnoterritorial“ oder (ethnische Begriffe vermeidend) „minority nationalist“, „regional nationalist“ oder „stateless nationalist parties“ auf.⁵ Alle diese Parteien unter dem Begriff „autonomist parties“ zusammenzufassen⁶, wird heute nur noch selten getan. Manche Parteien sind separatistisch; auf der anderen Seite sind einige „state-wide parties“ (SWP) auch autonomistisch.

Aktuell sind „stateless nationalist and regionalist parties“ (SNRP)⁷ und „non state-wide parties“ (NSWP)⁸ die meist verbreiteten Begriffe. Auch „non polity-wide parties“ ist zu

-
- 1 *Brancati, Dawn* 2007: The Origins and Strengths of Regional Parties, in: *British Journal of Political Science* 38, S. 135-159.
 - 2 *De Winter, Lieven/Türsan, Huri* (Hrsg.) 1998: *Regionalist Parties in Western Europe*, London/New York; *Hepburn, Eve* (Hrsg.) 2011: *New Challenges for Stateless Nationalist and Regionalist Parties*, Milton Park.
 - 3 *Lublin, David* 2012: Dispersing Authority or Deepening Divisions? Decentralization and Ethnoregional Party Success, in: *The Journal of Politics* 74, 4, S. 1079-1093; *Miodownik, Dan/Cartrite, Britt* 2006: Demarking Political Space: Territoriality and the Ethnoregional Party Family, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 12, 1, S. 53-82; *Newman, Saul* 1994: Ethnoregional Parties: A Comparative Perspective, in: *Regional Politics and Policy* 4, 2, S. 22-68; *Newman, Saul* 1996: Ethnoregional Conflict in Democracies. Mostly Ballots, Rarely Bullets, Westport/London, S. 8; *Newman, Saul* 1997: Ideological Trends Among Ethnoregional Parties in Post-Industrial Democracies, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 3, 1, S. 28-60.
 - 4 *De Winter, Lieven/Türsan, Huri* 1998: Les partis ethno-régionalistes en Europe, in: *Revue Internationale de Politique Comparée* 5, 1, 1998, S. 151-163; *Müller-Rommel, Ferdinand* 1994: Ethno-regionalist Parties in Western Europe: Empirical Evidence and Theoretical Considerations, in: *De Winter, Lieven* (Hrsg.) 1994: *Non-state wide parties in Europe*, Barcelona: Institut de Ciències Polítiques i Socials, S. 179-198; *Dandoy, Régis* 2010: Ethno-regionalist Parties in Europe: A Typology, *Centro Studi Sul Federalismo* (Hrsg.) 2010: *Perspectives on Federalism* 2, 2, S. 194-220.
 - 5 *Lynch, Peter* 1996: *Minority Nationalism and European Integration*, Cardiff.
 - 6 *Gómez-Reino, Margarita/De Winter, Lieven/Lynch, Peter* 2006: *Autonomist Parties in Europe: Identity Politics and the Revival of the Territorial Cleavage*, 2 Bde., Barcelona; *Seiler* 1982; *Seiler, Daniel-Louis* 1990: *Sur les partis autonomistes dans la CEE*, Institut de Ciències Polítiques i Socials, Working Paper 19, Barcelona.
 - 7 *Hepburn* 2011 (Fn. 2).

finden.⁹ Im Folgenden wird NSWP präferiert, da der Begriff auch „sub-regionale“ und lokale Parteien einbezieht. Von letzteren allerdings kann aufgrund mangelnder Forschung noch nicht gesprochen werden.

Masseti und Schakel (2015) analysierten in Europa 74 „regionalistische“ Parteien in 49 Regionen.¹⁰ Im Jahre 2009 hatte Massetti den Gesamtbestand an SNRP in Europa auf 93 geschätzt.¹¹

Aufgrund der hohen Zahl von solchen Parteien und ihrer Relevanz ist Spanien das „Paradies“ der Regionalparteiensforschung.¹² Aus Quellen- und Platzgründen müssen wir aber die zahlreichen NSWP weglassen, die in keinem der 17 Parlamente der spanischen Regionen (den Autonomen Gemeinschaften, im folgenden AG) oder der Autonomen Städte (Ceuta und Melilla) vertreten sind. Auf der anderen Seite ist in manchen Fällen der Parteienstatus zweifelhaft, da es sich um Listenverbindungen handelt, die eine oder mehrere Parteien (darunter NSWP) enthalten können. Dieser Beitrag beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Klassifikation dieser Parteien und ihrer Rolle im Parteiensystem.

1 NSWP im spanischen Parlament

Seitdem in Spanien nach Ende der Franco-Diktatur wieder gewählt wird (1977), sind im spanischen Parlament NSWP vertreten. Und nimmt man diese Parteien und Kandidaturen alle zusammen, dann blieb ihr Anteil an der Gesamtzahl der Sitze im Unterhaus verblüffend gleich.

Aus Katalonien und dem Baskenland waren immer Vertreter von NSWP im spanischen Unterhaus präsent, und immer von mehr als einer Liste. Aus diesen Regionen (deren Bevölkerung sie mehrheitlich als „Nation“ sieht) kommen auch diejenigen NSWP, die durchgehend in allen spanischen Legislaturen vertreten waren.

Die 1895 gegründete baskische Nationalpartei Euzko Alderdi Jeltzalea bzw. Partido Nacionalista Vasco (PNV) ist nach den Sozialisten (PSOE) die älteste Partei des spani-

8 *De Winter* 1994 (Fn. 4).

9 *Pallarés, Francesc/Astudillo, Javier/Verge, Tània* 2015: Spain: Unresolved Integration Challenges in a Party-Led Decentralization, in: *Detterbeck, Klaus/Renzsch, Wolfgang/Kincaid, John* (Hrsg.): *Political Parties and Civil Society in Federal Countries*, Oxford, S. 227-253.

10 *Masseti, Emanuele/Schakel, Arjan H.* 2015: From class to region: How regionalist parties link (and subsume) left-right into centre-periphery politics, in: *Party Politics* 21, 6, S. 866-886.

11 *Masseti, Emanuele* 2009: Explaining Regionalist Party Positioning in a Multidimensional Ideological Space: A Framework for Analysis, in: *Regional and Federal Studies*, 19, 4-5, S. 501-531.

12 Vgl. die Gesamtdarstellung in: *Pallarés, Francesc/Keating, Michael* 2003: Multi-Level Electoral Competition. Regional Elections and Party Systems in Spain, in: *European Urban and Regional Studies* 10, 3, S. 239-255. Zu den NSWP in Spanien: *Pallarés, Francesc/Montero, José Ramon/Llera, Francisco José* 1997: Non State-wide Parties in Spain: An Attitudinal Study of Nationalism and Regionalism, in: *Publius. The Journal of Federalism* 27, 4, S. 135-169; *Baras, Montserrat et al.* 2011: Les “Partidos de Àmbito No Estatal” (PANE) en Espagne (1977-2008), in: *Pôle Sud* 34, 1, S. 3-26.

schen Staates. Die 1974 gegründete *Convergència Democràtica de Catalunya*¹³ (CDC) und meist auch die *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC, gegründet 1931) gehören ebenfalls zu den dauerhaft präsenten NSWP. Besonders beim PNV und bei der ERC ist die Antwort auf die Frage, ob die Parteien die Dezentralisierung vorantreiben, oder ob umgekehrt die Dezentralisierung *opportunity structures* für NSWP schafft, eindeutig zu beantworten: Ihre Gründung liegt vor der spanischen Dezentralisierung. Bei vielen anderen spanischen NSWP, besonders denen aus Territorien mit schwach ausgeprägtem oder fehlendem eigenem Nationalbewusstsein, ist das aber nicht der Fall. Ihr manchmal kurzes Auftreten auf der spanischen Bühne oder in den Regionalparlamenten mag auch Wählern zu verdanken sein, die ihre traditionelle Präferenz für eine der spanischen Großparteien (meist die Regierungspartei) aus Unzufriedenheit zeitweilig aufgeben, ohne deshalb aber gleich die andere zu wählen. Dennoch gibt es auch hier Parteien mit einer inzwischen langen Geschichte.

Tabelle 1: NSWP im spanischen Unterhaus:

| Wahl | Zahl | %/Sitze | Herkunft¹⁴ |
|-------------|-------------|----------------|--|
| 1977 | 7 | 9,44 | K, B, Val ¹⁵ |
| 1979 | 10 | 10,32 | K, B, An, Kan, Val ¹⁶ , Ara |
| Wahl | Zahl | %/Sitze | Herkunft |
| 1982 | 6 | 7,16 | K, B |
| 1986 | 9 | 10,3 | K, B, Gal, Ara, Kan, Val |
| 1989 | 10 | 11,43 | K, B, An, Val, Ara, Kan |
| 1993 | 9 | 10,02 | K, B, Kan, Ara, Val |
| 1996 | 9 | 9,72 | K, B, Kan, Gal, Val |
| 2000 | 9 | 9,74 | K, B, Kan, Gal, An, Ara |
| 2004 | 9 | 10,02 | K, B, Kan, Gal, Ara, Nav |
| 2008 | 6 | 6,58 | K, B, Gal, Kan |
| 2012 | 9 | 11,15 | K, B, Nav, Gal, Kan, Val |

Quelle: Eigene Aufstellung

13 Meist in gemeinsamer Kandidatur mit anderen Parteien, und bis 2015 zusammengeschlossen mit der 1931 gegründeten *Unió Democràtica de Catalunya*, UDC, zu einer dauerhaften Koalition bzw. dann zur Gesamtpartei *CiU – Convergència i Unió*.

14 K: Katalonien, B: Baskenland, Val: València, Kan: Kanarische Inseln, An: Andalusien, Ara: Aragonien, Gal: Galicien, Nav : Navarra

15 Eine nicht-regionsweite Kandidatur aus Castelló.

16 Eine nicht-regionsweite Kandidatur aus Castelló.

Der Distrikt bei spanischen Unterhauswahlen ist aber nicht die AG, sondern die Provinz. Spanien ist seit Anfang des 19. Jahrhunderts nach französischem Vorbild in (heute 50) Provinzen eingeteilt, die Verfassungsrang genießen. Bevölkerungsschwache Provinzen sind im Unterhaus überrepräsentiert. Es gibt keine Mindesthürde; Kleinparteien (von extremen regionalen Konzentrationen abgesehen) haben nur dort eine Chance, wo viele Sitze in einer Provinz verteilt werden können. Die Listen sind geschlossen. Gelegentlich bietet es sich also an, gemeinsame Listen von Parteien (eventuell auch unter Einschluss von Unabhängigen), auch solche aus SWP und NSWP, dem Wähler anzubieten. Zur Verwirrung trägt auch bei, dass SWP in verschiedenen Provinzen unter verschiedenem Namen antreten (z.B. auch in einer der Minderheitensprachen, besonders Katalanisch, Baskisch und Galicisch). Zur Illustration hier das Wahlergebnis von 2011:

Tabelle 2: Wahlergebnis 2011

| | | |
|--|-------|---|
| Partido Popular (PP) | 44,6% | 186 Sitze (SWP) |
| Partido Socialista Obrero Español (PSOE) ¹⁷ | 28,7% | 110 Sitze (SWP) |
| Convergència i Unió ¹⁸ | 4,2% | 16 Sitze (NSWP) |
| Izquierda Unida-Los Verdes (IU) | 6,9% | 11 Sitze (8 SWP, 3 NSWP ¹⁹) |
| Amaiur ²⁰ | 1,4% | 7 Sitze (NSWP) |
| Unión, Progreso y Democracia (UpyD) | 4,7% | 5 Sitze (SWP) |
| PNV | 1,3% | 5 Sitze (NSWP) |
| ERC | 1,1% | 3 Sitze (NSWP) |
| Bloque Nacionalista Galego (BNG) | 0,8% | 2 Sitze (NSWP) |
| CC-NC-PNC ²¹ | 0,6% | 2 Sitze (NSWP) |

17 Unter Einschluss der Abgeordneten des PSC-PSOE in Katalonien, der von einigen Autoren als NSWP gezählt wird. Einerseits steht der PSC seit seiner Gründung 1978 als eigene Partei im Registro de Partidos Políticos und hat einen eigenen Repräsentanten in der staatlichen Junta de Electoral Central, der für alle spanischen Wahlen zuständigen Wahlkontrollbehörde. Die Finanzen des PSC werden vom Tribunal de Cuentas gesondert überprüft. Andererseits ist der PSC in allen Organen und Entscheidungsgremien des PSOE vertreten, z.B. im Congreso, dem Comité Federal und der Comisión Ejecutiva Federal. Seit der zweiten Legislaturperiode hat der PSC keine eigene Fraktion mehr im spanischen Unterhaus. Die Bewertung des PSC als NSWP befürworteten *Marcet, Joan/Casals, Xavier (Hrsg.) 2011: Partidos y elecciones en la Cataluña del siglo XXI, Barcelona.*

18 Zwei zu einer Gesamtpartei zusammengeschlossene NSWP.

19 2 Iniciativa per Catalunya Verds (IC-V; eine NSWP aus Katalonien) und 1 Chunta Aragonista (CHA, eine NSWP aus Aragonien). IC-V bzw. ICV wurde 1987 gegründet; ihre Unabhängigkeit ist relativ grösser als die der Vorgängerpartei PSUC von den spanischen Kommunisten des PCE. ICV nimmt an den Leitungsgremien der IU nicht teil, sondern koordiniert sich mit IU nur in Wahlkampf- und Parlamentsangelegenheiten. Eine Abspaltung der ICV gründete 1998 die Esquerra Unida i Alternativa (EUiA), die die katalanische Sektion der IU darstellt. Beide kandidieren aber in Katalonien meist gemeinsam.

20 Wahlkoalition in den Provinzen des Baskenlands und Navarras aus mehreren NSWP (Eusko Alkartasuna –EA–, Aralar) und des regionalen Zweigs einer SWP (Alternatibe, aus der IU).

| | | |
|----------------------------|------|---------------|
| Compromís -Q ²² | 0,5% | 1 Sitz (NSWP) |
| FAC ²³ | 0,4% | 1 Sitz (SWP?) |
| Geroa Bai ²⁴ | 0,2% | 1 Sitz (NSWP) |

Quelle: Eigene Aufstellung

NSWP waren in Spanien zuletzt in der Zweiten Republik der 30er Jahre an der Regierung beteiligt. Heute wird eine solche Beteiligung selbst von den großen NSWP, die sich allerdings auch als Repräsentation von Minderheitsnationen verstehen, selten aktiv gesucht. Häufig waren dagegen Stützungs- und Tolerierungsabkommen zwischen katalanischen, baskischen und kanarischen NSWP und einer der SWP. Für die jeweilige spanische Großpartei, die sich auf ein solches Bündnis einlässt um z.B. eine sonst nicht vorhandene „Kanzlermehrheit“ (für die Investitur) oder die absolute Mehrheit bei Gesetzesbeschlüssen zu erreichen, liegt hier ein Risiko. Die jeweils andere Großpartei wird dem Gegner dann jeweils vorwerfen, sich von nicht loyalen Nationalisten²⁵, wenn nicht gar echten oder vermeintlichen Separatisten, „erpressen“ zu lassen. Auch für nationalistische NSWP ist aber der Verratsvorwurf von Seiten anderer Parteien derselben Minderheitsnation oder von Teilen der eigenen Anhängerschaft ein durchaus zu berücksichtigender Faktor, der nicht nur Koalitionen, sondern auch Bündnisse mit SWP erschwert.

2 Die NSWP in den Parlamenten der AG

Der Anteil der Abgeordneten, die im spanischen Unterhaus von NSWP gestellt werden, lag 1977-2014 relativ konstant bei zwischen 6,58 % (2008) und 11,43 (1989).²⁶ Eine zu- oder abnehmende Tendenz kann nicht festgestellt werden. Dagegen ist die Schwankungsbreite in den Regionalparlamenten erwartungsgemäß nicht nur über die Zeit, sondern auch zwischen den Regionen groß. Nach den Regionalwahlen von 2011 und 2012 schwankte der kumulierte Anteil der NSWP-Abgeordneten zwischen 0% in Andalusien, der bevölkerungsstärksten spanischen Region, und in Madrid, Extremadura, Kastilien-La Mancha und Murcia, und 71% in Katalonien. Wahlrhythmus und Wahlrecht mögen diese Unterschiede allerdings begünstigen. In allen spanischen Regionen (außer Katalonien, dem Baskenland,

21 Eine Verbindung linker und rechter kanarischer Parteien mit jeweiliger Spezialisierung auf konkrete Inseln (CC – Coalición Canaria – in Teneriffa; NC – Nueva Canarias in Gran Canaria) mit dem 1924 gegründeten, ursprünglich separatistischen, dann autonomistischen Partido Nacionalista Canario.

22 Valenzianische Verbindung einer NSWP (Compromís) mit Equo, einer grünen SWP.

23 Foro Asturias: Abspaltung des PP unter dem früheren Minister Alvarez Cascos, die allerdings auch in Madrid kandidierte, deren Status als NSWP also fraglich ist.

24 Navarresisches Bündnis aus der dortigen Sektion des baskischen PNV, der lokalen Organisation Atarrabia Taldea und der navarresischen Zabaltzen.

25 In der spanischen Öffentlichkeit gelten nur die Minderheitsnationalisten als solche; einen spanischen Nationalismus scheint es dann nicht mehr zu geben. Von Seiten der Minderheitsnationalisten wird dieser Sprachgebrauch in Frage gestellt.

26 Der Stimmenanteil der „Regionalisten und Nationalisten“ wird von Pallarés u.a. 2015 mit um 12% in allgemeinen Wahlen und fast 20% in Regionalwahlen angegeben (S. 236).

Galicien und Andalusien)²⁷ finden die Regionalwahlen am gleichen Tag statt, noch dazu gleichzeitig mit den spanienweiten Kommunalwahlen. Kein Wunder, dass diese Wahl dort einen „second order“ Charakter trägt. Dagegen sind besonders in Katalonien und dem Baskenland die „Regional“wahlen mindestens für die dort meist regierenden NSWP die wichtigeren Wahlen, da der Erfolg, langfristig wohl auch die Existenz, dieser Parteien in erster Linie von ihrem Wahlerfolg „zu hause“ abhängt.

Tabelle 3: NSWP in den Parlamenten der AG nach den Wahlen von 2011 und 2012

| AG | % der Abgeordneten | Regierungsbeteiligung? |
|----------------|--------------------|--|
| Katalonien | 71% ²⁸ | CiU-Minderheitsregierung |
| Navarra | 68% | UPN-Minderheitsregierung ²⁹ |
| Baskenland | 64% | PNV-Minderheitsregierung |
| Kanaren | 40% | CC geführte Koalitionsregierung mit dem PSOE |
| Melilla | 32% | |
| Kantabrien | 31% | |
| Asturien | 29% | |
| Galicien | 21% | |
| Balearen | 17% | |
| Aragonien | 16% | PP geführte Koalitionsregierung mit dem Partido Aragonista (PAR) |
| Ceuta | 16% | |
| Rioja | 6% | |
| Valencia | 6% | |
| Kastilien-Leon | 1% | |
| die anderen | 0% | |

Quelle: Eigene Berechnung

Eine Klassifikation der NSWP kann also danach vorgenommen werden, ob sie die Regierung ihrer Region bzw. Nation führen können, eventuell sogar mit absoluter Mehrheit. Katalonien und das Baskenland wurden seit der Demokratisierung überwiegend von Ministerpräsidenten aus nationalistischen NSWP geführt. Besonders in Katalonien hatte das Parteiensystem bis vor kurzem zwei gleichgewichtige Achsen (Parteien „spanischer“ versus

27 Valencia kann zukünftig dazukommen.

28 Einschließlich ICV-EUiA. Pallarés u.a. geben für katalanische „national and regionalist parties“ in spanischen Wahlen einen Anteil von um 35% und in katalanischen um 45-50%; bei den Basken liegen die Werte bei 45-50% bzw. 55-60%. (S. 237).

29 Die UPN (Unión del Pueblo Navarro) ist eine antibaskistische NSWP, die aber wegen ihres Abkommens mit dem PP lange meist als lokale Sektion dieser SWP angesehen wurde. 2008 zerbrach das Abkommen. Zur spanischen Parlamentswahl 2011 trat die UPV in Navarra auf einer gemischten Liste mit dem PP an. Ihre Abgeordneten sollten laut Abkommen sich zwar nicht der PP-Fraktion anschließen müssen, aber Mariano Rajoy's Investitur zustimmen, was sie auch taten.

„katalanischer“ Obedienz; „linke“ versus „rechte“ Parteien). Es gibt Parteien in jedem Quadranten und –bis vor kurzem – bestand Koalitionsfähigkeit auf beiden Schienen (als ideologische oder als nationale Koalitionen oder Bündnisse). Dementsprechend hat es bisher noch nie eine Regierung in Katalonien gegeben, die ohne die Beteiligung mindestens einer nationalistischen NSWP ausgekommen wäre.

Aber auch in anderen AG hat es schon Ministerpräsidenten aus NSWP gegeben, dann aber mit Unterstützung einer SWP. Beispiele sind die Kanarischen Inseln heute, Navarra und Kantabrien früher und Asturien für eine kurze Zeit.

Anderen in Parlamenten vertretenen NSWP bleibt natürlich die Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung. Zum Beispiel in Galicien, auf den Balearen oder in Aragonien hat es schon Regierungskoalitionen unter Beteiligung von NSWP gegeben.

Katalonien und das Baskenland haben NSWP-dominierte Parteiensysteme völlig eigenen Charakters. In Navarra, auch in Aragonien und auf den Balearen bieten sich manche NSWP systematisch einer staatsweiten Partei zur Regierungsbildung an. In Navarra kann die UPN dabei sogar hoffen, die Regierung zu führen. In Aragonien sind die zwei NSWP (PAR und CHA) klar rechts bzw. links aufgestellt. Sie können nur schwer miteinander, dagegen aber wohl mit der jeweiligen ideologisch nächsten SWP koalieren und tun das häufig, da Aragonien eine „swing“-AG ist, in der Kleinparteien den Ausschlag nach links oder rechts geben können. Mit Abstrichen, die besonders damit zu tun haben, dass die entsprechenden NSWP schwächer sind oder dass nicht immer genau eine linke und eine rechte NSWP es ins Parlament schafften, gab es vergleichbare Verhältnisse zumindest zeitweise auch auf den Balearen und früher in Galicien.

In wieder anderen AG bemüht sich die NSWP (dann meist eine einzelne), sich zentral auf der links-rechts Achse anzusiedeln und dann das Zünglein an der Waage zu spielen. In Kantabrien konnte der NSWP-Führer Revilla so sogar an die Regierung gelangen. In Andalusien allerdings wurde der Versuch des Partido Andalucista (PA), sich von links ins Zentrum des Systems zu bewegen und mit beiden Großparteien bündnisfähig zu werden, vom Wähler mit dem Verlust der Repräsentation bestraft. Die Partei löste sich 2015 auf.

Die Existenz von wettbewerbsfähigen NSWP, die mehr Dezentralisierung fordern, kann durchaus dazu führen, dass sich die spanischen SWP intern dezentralisieren, oder dass wenigstens die Autonomie ihrer regionalen Führer gegenüber „Madrid“ wächst, wenn diese sich der Konkurrenz von NSWP stellen müssen.³⁰ Dies betrifft den PSOE (der mehr Stimmen in Regionen mit starken NSWP erhält bzw. erhielt) mehr als den PP.

Während in nicht nationalistischen Regionen mit jungen, konkurrierenden NSWP deren Anteil von Wahl zu Wahl stark schwankt und gerade auch in *second order elections* von dem Vertrauen abhängt, das die staatsweite Regierungspartei zum Zeitpunkt der Wahl genießt, sind die Schwankungsbreiten in den eigenen Parteiensystemen des Baskenlandes und Kataloniens³¹ kleiner.

30 Siehe *Orte del Molino, Andreu* 2013: Model territorial, autonomia i votants: els reptes organitzatius del PSOE (2003-2011), Barcelona, Diss. Universitat Pompeu Fabra.

31 Jedenfalls vor dem Auftreten von Podemos und vor der Umstrukturierung des katalanischen Parteiensystems nach dem Scheitern des Statuts von 2006.

Tabelle 4: Anteil aller NSWP-Abgeordneten in Katalonien

| Wahljahr | Zahl³² | Anteil |
|-----------------|--------------------------|---------------|
| 1980 | 4 | 72,22% |
| 1984 | 3 | 61,47% |
| 1988 | 3 | 62,22% |
| 1992 | 3 | 65,19% |
| 1995 | 3 | 62,22% |
| 1999 | 3 | 52,59% |
| 2003 | 3 | 57,04% |
| 2006 | 4 | 60,75% |
| 2010 | 5 | 64,45% |
| 2012 | 5 | 68,9% |

Quelle: Eigene Berechnung

Auch hier ist keine einheitliche Tendenz festzustellen.³³

Tabelle 5: Anteil aller NSWP-Angeordneten im Baskenland

| Wahljahr | Zahl³⁴ | Anteil |
|-----------------|--------------------------|---------------|
| 1980 | 3 | 56% |
| 1984 | 3 | 65,34% |
| 1986 | 4 | 69,33% |
| 1990 | 5 | 70,66% |
| 1994 | 4 | 61,34% |
| 1998 | 4 | 57,34% |
| 2001 | 3 | 43,33% |
| 2005 | 4 | 51,99% |
| 2009 | 3 | 46,66% |
| 2012 | 2 | 64% |

Quelle: Eigene Berechnung

Die wesentlich unstabilere Repräsentation ist auch dadurch beeinflusst worden, dass radikal-separatistische Parteien wegen ihrer Nähe zur ETA regelmäßig verboten wurden.

32 CiU, ERC, Partit Socialista Unificat de Catalunya bzw. IC(V), Partido Socialista de Andalucía (1980), Ciutadans (C's) (bis 2012 einschl.), Candidatura Unitat Popular (CUP, 2012), Solidaritat Catalana per la Independència (2010). Ohne PSC-PSOE.

33 Der Anstieg der NSWP-Quote in den letzten Legislaturperioden ist nicht nur auf den Erfolg der katalanisch-nationalistischen Parteien zurückzuführen, sondern auch auf Mandatsgewinne der antiseparatistischen Ciutadans.

34 PNV, Herri Batasuna (HB, bis 1994), Euskal Herritarok (EH, 1998, 2001), Euskal Herrialdeetako Alderdi Komunista (2005), Euskadiko Ezkerra (EE, 1990), Eusko Alkartasuna (EA, 1986-2009), Aralar (2005, 2009), Bildu (2012), Unión Alavesa (1990-98).

Tabelle 6: Anteil aller NSWP-Angeordneten in Navarra

| Wahljahr | Zahl³⁵ | Anteil |
|-----------------|--------------------------|---------------|
| 1979 | 7 | 49,97% |
| 1983 | 3 | 44% |
| 1987 | 5 | 58% |
| 1991 | 3 | 60% |
| 1995 | 4 | 66% |
| 1999 | 4 | 72% |
| 2003 | 4 | 70% |
| 2007 | 3 | 82% |
| 2011 | 4 | 70% |

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Verbotsauswirkungen waren in Navarra aufgrund des geringeren Sympathisantenanteils der betroffenen Parteien geringer. Dagegen ist hier zu bemerken, dass hier NSWP gegensätzlicher nationaler Orientierung zusammengefasst werden.

Tabelle 7: Anteil aller NSWP-Angeordneten auf den Kanarischen Inseln

| Wahljahr | Zahl³⁶ | Anteil |
|-----------------|--------------------------|---------------|
| 1983 | 5 | 15% |
| 1987 | 4 | 30% |
| 1991 | 4 | 40% |
| 1995 | 3 | 43,34% |
| 1999 | 2 | 43,33% |
| 2003 | 2 | 43,33% |
| 2007 | 2 | 30,66% |
| 2011 | 3 | 40% |

Quelle: Eigene Berechnungen

Zahlreiche früherere Inselparteien, vor allem der Inseln Hierro und Gomera, haben sich zusammengeschlossen, und seit 1995 ist die CC führend unter den NSWP. Fast alle NSWP-Parlamentarier kommen heute aus dieser Koalition.

3 Eine Typologie der NSWP in Spanien: Die Bezugsregion

Eine erste Typologie, die hier vorgeschlagen werden soll, ist die nach dem Verständnis, dass die einzelnen Parteien von ihrer Bezugsregion haben. Die hier vorgeschlagenen Typen sind:

35 UPN, PNV (ausser 1995, 2007), HB (bis 1995), EH (1999), Aralar (2003), Nafarroa Bai (2007, 2011), Bildu (2011), Batzarre (2011), EE (1987), EA (1995), Convergencia de Demócratas de Navarra (1995 bis 2007), Unión Demócrata Foral (1987), vier weitere Kleingruppen nur in der ersten Wahl 1979.

36 Einschließlich aller Inselparteien.

- NSWP, die sich als Nationalisten staatenloser Nationen verstehen und nur in dem jeweiligen Nationalgebiet kandidieren.
- NSWP, die zwar wie die vorgenannten eine staatenlose Nation verteidigen, aber nur in einem Teilgebiet dieser Nation kandidieren, also sozusagen Regionalisten einer – nicht anerkannten- staatenlosen Nation sind.
- NSWP, die sich als Regionalisten der spanischen Nation sehen, aber eben nur in einem Teilgebiet dieser Nation kandidieren.
- NSWP, die nur in einem Teilgebiet einer der anerkannten Regionen innerhalb der spanischen Nation kandidieren, eigentlich also, wenn man einen Neologismus einführen will, NRWP („non region-wide parties“).

Zum ersten Typ gehören die wichtigsten und die mächtigsten NSWP sowohl im spanischen Unterhaus als auch in ihren Referenznationen, aber auch einige kleinere Vertreter.

Tabelle 8: Nationalisten staatenloser Nationen

| Partei | Referenznation für die Partei; (Gebiet der Kandidatur, falls unterschiedlich) |
|-----------------------------------|---|
| Convergència i Unió ³⁷ | Katalonien |
| Esquerra Republicana de Catalunya | Katalonien; (Katalanische Länder) ³⁸ |
| Candidatura Unitat Popular | Katalanische Länder |
| Iniciativa per Catalunya-Verds | Katalonien |
| EAJ-PNV | Euskalherria; (Baskenland und Navarra) |
| Bildu | Euskalherria; (Baskenland und Navarra) |
| Bloque Nacionalista Galego | Galicien |
| Anova | Galicien |
| Chunta Aragonista | Aragonien |
| Nueva Canarias | Kanarische Inseln |
| CC ³⁹ | Kanarische Inseln |
| Coalició Compromís | Valencia/Katalanische Länder ⁴⁰ |

Quelle: Eigene Darstellung

Der zweite Typ umfasst die NSWP, die wie die vorherigen eine staatenlose Nation verteidigen, aber nur auf einem Teilgebiet derselben kandidieren. Die jeweils verteidigten Gesamtnationen umfassen in diesen Fällen mehrere AG. Hier einige Beispiele:

37 Die Zuordnung gilt für beide Parteien, Convergència Democràtica de Catalunya und Unió Democràtica de Catalunya.

38 Die ERC kandidiert mit Erfolg in Katalonien, hat aber gelegentlich auch selbständig in anderen Ländern katalanischer Sprache kandidiert (Balearn, Valencia; außerdem in Frankreich in Nordkatalonien bzw. Pyrénées Orientales), dort aber ohne jeden Erfolg. Die Partei fordert die Unabhängigkeit für Katalonien; andere Länder katalanischer Sprache sollen auf jeweiligen Wunsch nachziehen dürfen.

39 Nur ein Teil der Partei verwendet diese nationale Referenz.

40 Compromís ist in sich selbst ein Bündnis verschiedener Parteien und Organisationen; für einen verschwindend kleinen Teil ist Valencia eine Nation, für einen anderen, größeren Teil sind die Katalanischen Länder die Referenznation. Daher taucht Compromís hier zweifach auf. Kandidiert wird aber nur in der AG Valencia.

Tabelle 9: NSWP staatenloser Nationen, die mehrere AG umfassen

| Partei/Kandidatur | Kandidiert in | Verteidigte staatenlose Nation |
|---|----------------------|---------------------------------------|
| Nafarroa Bai | Navarra | Euskalherria |
| Coalició Compromís ⁴¹ | Valencia | Katalanische Länder |
| Partits Socialista de Mallorca, Entesa per Mallorca | Mallorca | Katalanische Länder |
| Pacte per Eivissa | Eivissa/Ibiza | Katalanische Länder |
| Partit Socialista de Menorca | Menorca | Katalanische Länder |
| Gent per Formentera | Formentera | Katalanische Länder |

Quelle: Eigene Zuordnung

Die letztgenannten drei Fälle sind zugleich „non-region wide parties“, da sie nur auf dem Teilgebiet einer AG (der der Balearen) kandidieren. Auf den Balearen und den Kanaren sind die Inselidentitäten oft ausgeprägter als die Archipelidentität. Da die einzelnen Inseln bei der Wahl der Senatoren Wahldistrikte sind und die verfassungsgemäß eingerichteten Inselverwaltungen ebenfalls gewählt werden, wird die Existenz solcher Parteien begünstigt, die auf den Balearen – im Gegensatz zu den Kanaren – sich zudem auf eine nationale Identität (die katalanische) beziehen können, die über die der AG hinausweist.

Ein weiterer Typus von NSWP besteht aus regionalistischen Parteien, die aber keine andere Referenznation als Spanien haben und oft sogar ausgeprägt spanisch-nationalistisch sind bzw. in ihren jeweiligen Regionen ihre Existenzberechtigung auch und oft vor allem im Kampf gegen minderheitsnationalistische Kräfte sehen. Sie stellen ihren „gesunden“ weil spanientreuen „Regionalismus“ gegen den „krankhaften“ „Nationalismus“ der „Separatisten“. Historisch wurde dieser Typus am klarsten durch die *Unió Valenciana* (UV) vertreten, die lange im valenzianischen und im spanischen Parlament vertreten war. Ihrem Selbstbild zufolge verteidigte sie Valencia, Teil der spanischen Nation, gegen einen aggressiven und imperialistischen Pankatalanismus, der Valencia als Teil der Katalanischen Länder ansähe und das Land gegen seinen Willen inkorporieren wolle. Der valenzianische PP hat diese Tendenzen genauso aufgesaugt wie Wähler und Führer der UV. Vergleichbar verteidigt die *Unión del Pueblo Navarro* die besondere Identität des Foralgebiets Navarra gegen panbaskische Nationalisten. Der *Partido Aragonés* ist stark antikatalanistisch geprägt (in den östlichsten Teilen Aragoniens spricht man Katalanisch, was die Partei aber bestreitet). Die *Ciutadans*-Partei war bis 2014 noch eine auf Katalonien beschränkte NSWP, die ihren Ursprung im Kampf gegen die Normalisierungspolitik des Katalanischen und für die Verwendung des Spanischen auch in den katalanischen (und nicht nur in den spanischen) öffentlichen Medien hat. Zur Gruppe der regionalistischen NSWP rechne ich aber auch Parteien aus Teilen Spaniens, in denen keine nationalen Konflikte existieren, wie den Par-

41 Siehe die vorherige Anm.

tido Regionalista de Cantabria (PRC), Foro Asturiano (FAC, eine Abspaltung des regionalen PP) und den Grupo Parlamentario Riojano (früher Partido Riojano, PR). Einen Sonderfall stellt der Partido Castellano dar, der um die Zusammenlegung der AGs streitet, die auf dem historischen Gebiet Kastiliens liegen, also einen „Panregionalismus“ vertritt.

Schließlich wären noch Beispiele für Parteien zu nennen, die ich hier als NRW bezeichnet habe, die also nur in einem Teilgebiet einer AG kandidieren. Dazu gehören neben den genannten balearischen Inselparteien auch kanarische Inselparteien und -kandidaturen wie die Agrupación Herreña Independiente, denen es um mehr Autonomie für ihre Inseln innerhalb der AG geht. Die regional-sezessionistische Unión del Pueblo Leonés stellt nicht die Einheit der spanischen Nation in Frage, setzt sich aber für die Abspaltung Leóns einschliesslich einiger Gemeinden der Provinz Zamora von der AG Kastilien-Leon ein und kandidiert dementsprechend nicht in allen Provinzen Kastiliens. Der historisch wichtigste Fall dieser Gruppe war die vehement gegen den baskischen Nationalismus agierende Unión Alavesa (UA) in der am wenigsten baskisch-kulturell geprägten Provinz des Baskenlands. Die UA war lange im baskischen Parlament vertreten, auch als Ergebnis des baskischen Wahlrechts, das jeder Provinz dieselbe Abgeordnetenzahl zuwies, wovon das kleine Alava profitierte.⁴²

4 Alternative Ansätze zur Klassifikation der spanischen NSWP

Mein oben dargelegter Klassifikationsversuch der spanischen NSWP hat einerseits den Wahlerfolg, andererseits das Verständnis berücksichtigt, dass die verschiedenen Parteien von ihrem Territorium jeweils haben. Auch die jeweiligen Erfolgs- und Koalitionschancen und –geschichten der Parteien habe ich, wie von der modernen Forschung vielfach gefordert⁴³, berücksichtigt, einschliesslich der Stellung im Parteiensystem und der Konkurrenz nicht nur durch etwaige andere NSWP, sondern auch durch die SWP. Dabei wurde die angezielte Form der Selbstverwaltung oder –regierung, die die Parteien für ihre jeweilige Region anzielen, berücksichtigt.

In der Literatur vorherrschend war immer die Klassifikation der Parteien nach separatistischen, (kon)föderalistischen, autonomistischen Parteien.⁴⁴ Folgt man ihr, so müssten

42 Die baskische Finanzautonomie ist eigentlich eine Autonomie jeder Provinz. Die Provinzverwaltungen verfügen über sehr viel Geld und Einfluss.

43 Seit *De Winter/Türsan* 1998, S. 212-214; vgl. heute *Elias, Anwen* 2009: *Minority Nationalism Parties and European Integration: a Comparative Study*, London; *Elias, Anwen/Tronconi, Filippo (Hrsg.)* 2011: *From Protest to Power: Autonomist Parties and the Challenges of Representation*, Wien; *Elias, Anwen/Tronconi, Filippo* 2009: *Minority Nationalist Parties and the Challenges of Political Representation. A framework of Analysis*, Cardiff; *Jeffery, Charlie* 2009: *New Research Agendas on Regional Party Competition*, in: *Regional and Federal Studies* 19, 4-5, S. 639-650 (auch in *Hepburn* 2011); *Gessler, Sebastian* 2015: *Autonomie und institutionelle Handlungsspielräume regionaler Parteien: Katalonien, Quebec und Schottland im Vergleich*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1, S. 183-204. Laut Dandoy ist die Idologie immer noch die umfassendste Klassifikationsmöglichkeit (*Dandoy* 2010 (Fn. 4), S. 202).

44 *Müller-Rommel, Ferdinand* 1994: *Ethno-regionalist Parties in Western Europe: Empirical Evidence and Theoretical Considerations*, in: *De Winter (ed.) 1994*, S. 179-198, hier S. 184, unterscheidet „separatists“ (die baskische HB); „left-libertarian federalists“ (EA, ERC); „autonomists“ (CiU, PNV) und

Parteien wie Bildu, ERC, CUP, wenigstens in der Vergangenheit der BNG und heute vielleicht auch die CDC zu den separatistischen gezählt werden. Die UDC gehörte wenigstens nach ihrem Parteiprogramm von 1931 zu den konföderalistischen Parteien, so zumindest zeitweise auch der PNV. Doch auch die ERC war bis 1992 eher konföderalistisch – für einen Bund der iberischen Nationen. „Autonomistisch“, soweit nicht von der Literatur als Genericum aller NSWP genutzt, könnte man sicher die meisten Parteien und besonders die CDC bis 2012 nennen. Eine solche Klassifikation beinhaltet aber nicht alle regionalistischen Parteien der spanischen Nation sowie die subnationalistischen Gruppen. Und regionale Sektionen der SWP können auch autonomistisch sein.

Nach Massetti (2009) gehörten zu den „moderately autonomist parties“: PRC, PAR, PA, UV, PR, Unió Mallorquina, CC und UPN. „Assertive autonomists“ wären dann CiU, PNV (1980er und 90er Jahre), CHA und CDN. „Ambiguous“ wären BNG und die ERC und der PNV der Jahre nach 2000. „Strongly committed“ wären Aralar, der BNG der 1980er und 90er, die ERC der 1980er und 90er, EA und EE. „Extremist“ sei HB.⁴⁵

Die wechselnden Zuordnungen vieler der genannten Parteien verdeutlichen die Problematik der Interpretation, die durch programmatische Wechsel einzelner Parteien über die Zeit erschwert wird.

In der Literatur wurde auch die Ansicht vertreten, die Cleavage-Struktur der Territorien sei entscheidend. Dieser Ansatz mag das Entstehen und die Persistenz verschiedener NSWP erklären. Danach käme es darauf an, ob die Referenzterritorien eine eigene Sprache haben, früher schon Staat waren, oder signifikant über- oder unterentwickelt sind. Allerdings finden sich mächtige NSWP nicht überall dort, wo eigene Sprachen gesprochen werden oder signifikante Über- oder Unterentwicklung vorliegt. Man unterscheidet in der Tradition von Rokkan und Seiler Parteien aus der maritimen Peripherie (Baskenland, Kanari-

„protectionists“ (in Spanien kein Fall). *De Winter/Türsan* 1998 bezeichnen die zweite Kategorie als „national-federalist“ und unterteilen die „separatists“ in „independentists“ und „irredentists“ (205-207). Dandoy schlug 2010 (S. 205) die Unterscheidung zwischen „protectionist“, „decentralist“ und „secessionist parties“ vor (S. 205). In der ersten Gruppe ginge es entweder um mehr „recognition“ (das wäre ein konservativer Untertyp) oder um mehr „participation“ im „national political life“. In letzterer Untergruppe wird der PNV vermutet (S. 207)! Bei den „decentralist parties“ unterscheidet er zwischen „autonomists“ (mehr Macht für die Region), „federalists“ und „confederalists“. CiU wären „autonomists“, der PNV auch (S. 209). „Secessionist parties“ werden wie bei *De Winter* unterschieden. „independentist“ wäre die ERC, EA und HB wären „irredentists“, für den neuen Subtyp der „rattachists“ findet sich in Spanien kein Fall. *Miodownik/Cartrite* 2006 schlagen folgende Klassifizierung vor: Der erste Typ steht für eine Neufestlegung der Grenzen; der erste Subtyp akzeptiert die administrativen Grenzen, will aber verschiedene existierende Verwaltungen zusammenlegen um sie zu stärken; der zweite, „irredentist“, will die Region vergrößern, der dritte, „secessionist“, ein neues Territorium schaffen, der vierte, eine neue Region aus verschiedenen, schon bestehenden, oder aus Teilgebieten dieser Regionen bilden. Schließlich gibt es auch Parteien, die durch ihre Wahlteilnahme in manchen Distrikten neue Grenzen konfigurieren helfen.

45 *Massetti* 2009, S. 507. Zur Entwicklung der katalanischen Parteien in ihrem Verhältnis zum Staat vgl. *Nagel, Klaus-Jürgen* 2010: How Parties of Stateless Nations adapt to Multi-Level Politics: Catalan Political Parties and their Concept of the State, in: *Guelke, Adrian (Hrsg.): The Challenges of Ethno-Nationalism*, Houndmills, S. 118-142.

sche Inseln...), der östlichen landgestützten europäischen Peripherie, und der städtisch geprägten Zentralzone Europas⁴⁶, wozu als Erweiterung der katalanische Fall zählen könnte. Waren NSWP Ursprung oder Effekt der Dezentralisierung? Wurden nach der Autonomie die Ziele der Parteien angepasst, sei es im Hinblick auf mehr Autonomie, sei es durch einen Wechsel auf andere Themen? Gab es den von Elias, Tronconi, Hepburn und anderen konstatierten Wandel „from protest to power“? Dieser Frage konnte hier nicht näher nachgegangen werden. Doch habe ich herausgestellt, dass gerade in den historischen AG Baskenland und Katalonien NSWP nationalen Charakters schon lange vor der Dezentralisierung entstanden, teilweise sogar bereits diejenigen, die auch heute noch relevant sind. Lublin (2012) hat herausgestellt, dass der Erfolg „ethnoregionalistischer“ Parteien oft darauf zurückzuführen ist, dass sie oder ihre Vorläufer erfolgreich für die Dezentralisierung kämpften. Der Vergleich von 71 Ländern zeigte laut Lublin, dass sorgfältig konstruierte Autonomieregelungen dem Erfolg der NSWP in nicht-ethnischen Regionen aber eher entgegenstehen. Er rät den Staaten aber davon ab, ethnoregionalistischen Parteien Zugang zu den zentralstaatlichen Entscheidungsprozessen einzuräumen.⁴⁷ Brancati dagegen geht davon aus, dass politische Dezentralisierung Regionalparteien weiterhilft, fiskalische Dezentralisierung allerdings ihren Wahlerfolg eher mindert.⁴⁸

Manchmal wurde auch versucht, Regionalparteien auf der links-rechts-Achse zu verorten. Dagegen hält ein Teil der Forschung dies für unmöglich. Ähnlich umstritten ist der Versuch, die Stärke von NSWP entweder mit der Wirtschaftskraft oder der Wirtschaftsstruktur der Region eindeutig zu verbinden.⁴⁹

Dennoch fanden u.a. De Winter (1998), Gomez-Reino et al. (2006) und Dandoy/Sandri (2008) die jeweils untersuchten Parteien eher links oder wenigstens im linken Zentrum. Dies hängt natürlich auch damit zusammen, ob es sich um Nischenparteien oder „catch all“ Parteien handelt.⁵⁰

Newman (1996) versucht nach dem Typ des Wählers zu differenzieren, den die verschiedenen Parteien ansprechen. Er unterscheidet zwischen „neo-traditional ideology“ (die auf Religion, Sprache und Kultur basiert), „classless parties“, die alle sozioökonomischen Gruppen der Region ansprechen, „selective-protective ideologies“, die sich eine im Abstieg bestreffe sozioökonomische Zielgruppe aussuchen, und „selective developmental ideology“, die sich umgekehrt an einen aufstrebenden Sektor der regionalen Wirtschaft richten.⁵¹

König meint, dass zwischen 2008 und 2012 die Wählerschaft immer dort regionale Parteien präferierte, wo sich die Lage der Wirtschaft verschlechterte, allerdings nicht, wenn

46 Vgl. Dandoy 2010 (Fn. 4), S. 200.

47 Lublin, David 2012: Dispersing Authority or Deepening Divisions? Decentralization and Ethnoregional Party Success, in: *The Journal of Politics* 74, 4, S. 1079-1093.

48 Brancati, Dawn 2007: The Origins and Strengths of Regional Parties, in: *British Journal of Political Science* 38, S. 135-159.

49 So Müller-Rommel (Fn. 4) und Keating 1998. Seiler 2005 (S. 45).

50 Nach Hepburn (2011) sind sie aus der Nische heraus und anders zu beurteilen als grüne oder extrem-rechte Parteien.

51 Vgl. Dandoy 2010 (Fn. 4), S. 201-2.

sich eine solche Partei bereits an der Regierung befand. Verlässlich feststellen lässt sich ein solches Verhalten aber wohl erst ab Mitte der 90er Jahre.⁵²

Massetti (2009) sieht HB, Aralar, EE und den BNG der 1980er und 90er Jahre auf der radikalen Linken; CHA, ERC, EA, PA und den BNG der Jahre nach 2000 eher im linken „mainstream“; UV, CiU, PRC, CDN, UM und den PR im Zentrum; PAR, PNV, CC und UPN rechts vom Zentrum. Auf der radikalen Rechten fand er kein Beispiel. Ihm zu Folge produzieren reiche „bourgeois regions“ wie Katalonien, Aragonien und das Baskenland neben vorherrschenden Mitte-rechts Parteien auch radikale Linksparteien, die in Autonomiefragen wesentlich radikaler sind als ihre rechten Konkurrenten.⁵³ „Reactive regionalists“, die ihren Hauptzweck darin sehen, sich gegen Minderheitsnationalisten zu „wehren“, haben – wie UV und UPN – vor allem Allianzen mit der Rechten. Linke regionalistische Parteien können mit linken SWP koalieren; NSWP aus dem Zentrum oder der Rechten können dagegen sowohl mit der rechten als auch mit der linken SWP koalieren. Sezessionisten können sich eher sozialdemokratisch, marxistisch oder rechtspopulistisch geben: denn alle diese Ideologien sehen den sozialen Wandel eher als Chance denn als Gefahr. Sozialkatholische Gruppen wiederum werden eventuell föderalistische Wege präferieren, liberale eher autonomistische Positionen einnehmen.⁵⁴ In Spanien fällt neuerdings auf, dass die mögliche rechtspopulistische Variante von NSWP, die sich – im Namen der autochthonen Bevölkerung – gegen Einwanderer und besonders gegen den Islam wendet, in den Regionalparlamenten nicht vertreten ist. Zeitweilig sah es so aus, als ob die international gut vernetzte Plataforma per Catalunya ins katalanische Parlament kommen könnte. Sie erreichte bei den Regionalwahlen 2010 75.000 Stimmen und bei den Munizipalwahlen einige Stadträte in Mittelstädten des katalanischen Hinterlands. Ihr Versuch, den „Hauptwiderspruch“ zwischen autochthonen und eingewanderten Bürgern zu sehen, und die Bedeutung der katalanischen Frage demgegenüber herunterzuspielen, schlug jedoch in Zeiten der wachsenden Bedeutung gerade dieser Frage fehl.⁵⁵ Wenigstens in Spanien wird der Versuch scheitern, Parallelen zwischen dem Anwachsen von NSWP und dem Widerstand gegen die Integration der Immigranten, extremen „law and order“-Positionen, oder anti-modernistischen Themen (Abtreibung, Homosexuellenehe etc.) flächendeckend herzustellen.

In der Literatur sind besonders in den neunziger Jahren manchmal auch Parallelen gezogen worden zwischen den NSWP und den Gegenständen der damaligen „new politics“ (Pazifismus, Widerstand gegen Kernenergie, Ökologie, Partizipative Demokratie, Bedeu-

52 König 2013.

53 Masetti 2009 (Fn 11), S. 513.

54 Vgl. Massetti 2009 (Fn. 11), S. 507-519.

55 Zu dieser Partei, deren Status als NSWP durchaus fraglich ist, da sie zeitweise auch über Sektionen ausserhalb Kataloniens verfügte und z.B. in Madrid auch unter eigenem Namen zur Wahl antrat, vgl. *Hernández-Carr, Aitor* 2009: ¿La hora del populismo? Elementos para comprender el “éxito” electoral de Plataforma per Catalunya, in: *Revista de Estudios Políticos* 153, S. 47-74; *Casals Meseguer, Xavier* 2009: La Plataforma per Catalunya: la eclosión de un nacional-populismo catalán (2003-2009), Institut de Ciències Polítiques i Socials, Working Paper 274, Barcelona.

tung der Dritten Welt, Feminismus).⁵⁶ Dieser Frage wie auch der Rolle von Faktoren wie Führerschaft, Medieneinfluss, Verbindung zu sozialen Bewegungen, Erfolg von Politiken in Regionen mit NSW-Regierungsbeteiligung, der Einfluss von Gewaltanwendung (HB und Folgeparteien) und Repression (Verbote von ETA-nahen Parteien) konnte ich hier nicht näher nachgehen.

Bereits in den Mainstream der Forschung eingegangen sind dagegen Versuche, den Erfolg oder Misserfolg von NSW auch im Zusammenhang von „multilevel government“ und entsprechenden mehrdimensionalen Wahlstrategien zu sehen. Ob NSW erfolgreich als Interessenvertreter ihres Territoriums auftreten können, ob sie mit der Staatsregierung zusammen arbeiten müssen, ob sie eine koordinierte Zusammenarbeit mit anderen Regionen anstreben, diese Fragen sind nach und nach aufgegriffen worden.⁵⁷

Besonders häufig thematisiert wurde das Verhältnis von NSW und europäischer Einigung. Traditionell wurde die EU als positive „opportunity structure“ gesehen, die sogar schlafende Autonomiepotentiale wecken konnte. Die Bedeutung des Europäischen Einigungsprozesses für die Parteien ist ebenfalls untersucht worden.⁵⁸

Man kann NSW in Spanien heute durchaus danach unterscheiden, welche Einstellung sie zum Einigungsprozess haben, bzw. ob sie die EU als Faktor gegen den Nationalstaat begrüßen oder die EU eher als eine ihre Autonomie einschränkende Institution sehen. Früher fand man allerdings kaum euroskeptische Parteien, vielleicht mit Ausnahme von Sortu, PxC, BNG und vielleicht HB und ihren Nachfolgeparteien. Massetti sah dementsprechend für die 1980er und 90er Jahre ERC, EA, CHA, PA, CiU, UM, CDN, UV, PRC, PR, PNV, CC, UPN, und PAR als pro-Integrationsparteien an. Dem BNG schrieb er eine zweifelhafte Position zu (wenigstens in den 1990er Jahren), HB, den BNG der 1980er Jahre und EE sah er als Integrationsgegner. Für die Jahre nach 2000 sind – nach ihm – „nur“ noch PA, UM, CDN, UV, PRC, PER, CC, UPN und PAR integrationswillig. Die Position von PNV und CiU wird als zurückhaltend oder zweifelhaft beschrieben, die Reihen der Gegner haben sich verstärkt (HB, BNG, ERC, EA, Aralar, CHA).

56 *De Winter/Türsan (Hrsg.)* 1998 (Fn. 2), bes. S. 208.

57 Zu „multilevel“ Wahlstrategien, siehe für Spanien: *Pallarés, Francesc/Keating, Michael* 2003: Multi-Level Electoral Competition. Regional Elections and Party Systems in Spain, in: *European Urban and Regional Studies* 10, 3, S. 239-255; *Wilson, Alex* 2012: Multi-level Party Systems in Spain, in: *Regional and Federal Studies* 22, 2, S. 123-139.

58 Siehe *De Winter/Türsan* 1998 (Fn. 2), S. 14; *De Winter, Lieven/Gómez-Reino, Margarita* 2002: European Integration and Ethnoregionalist Parties, in: *Party Politics* 8, 4, S. 483-503; *Elias, Anwen* 2008: Minority Nationalist Parties and European Integration. A comparative Study, London. *Jolly, S.* 2007: The Europhile Fringe? Regionalist Party Support for European Integration, in: *European Union Politics* 8,1, S. 109-130. *De Winter, Lieven* 2001: The Impact of European Integration on Ethnoregionalist Parties, *Institut de Ciències Polítiques i Socials* 195; *Gómez-Reina, Margarita/De Winter, Lieven* 2009: Le vote européen des partis régionalistes, in: *Revue Internationale de Politique Comparée* 4, 16, S. 637-652; *Jolly, S.K.* 2015: The European Union and the Rise of Regionalist Parties, *Ann Arbor*; *Vázquez García, Rafael/Delgado Fernández, Santiago/Jérez Mir, Miguel* 2010: Spanish Political Parties and the European Union: Analysis of Euromanifestos (1987-2004), in: *Perspectives on European Politics and Society* 11, 2, S. 201-221; *Hepburn, Eve* 2010: Using Europe: Territorial Party Strategies in a Multi-level System, Manchester/New York.

Laut Massetti haben besonders die sezessionistischen Parteien den Schritt zu einer einigungskritischen Position getan (ERC, EA). Dies mag angesichts der tatsächlichen Programme dieser Parteien durchaus in Frage gestellt werden, doch die wachsende Distanzierung war seit dem die Regionen vernachlässigenden Laeken-Prozess festzustellen.⁵⁹

Trotz mancher Kritik⁶⁰ kann auch die Mitgliedschaft in der European Free Alliance als Unetrscheidungsmerkmal herangezogen werden. Ihr gehörten 2014 die folgenden NSWP an: Aralar, BNG, CHA, EA, ERC, PA (nicht im Regionalparlament vertreten), Federació PSM-Entesa Nacionalista. Nicht dagegen: PNV, CDC und UDC, PAR, CC, UPN, und andere Klein- und Inselparteien, außer auf den Balearen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die EU zwar immer noch als „opportunity structure“ gesehen wird (besonders von minderheitsnationalistischen Parteien), dass aber im Zeichen der EU-Erweiterung einerseits und der als zurückweisend verstandenen Haltung der EU-Kommission und teilweise des Parlaments in den Fragen einer möglichen Unabhängigkeit Schottlands und Kataloniens eine zunehmend kritische Position festgestellt werden kann.⁶¹

5 Die NSWP Spaniens in den Europawahlen vom 25.5.2014

Eine weitere Möglichkeit ist natürlich, die NSWP danach zu unterscheiden, ob sie an Europawahlen teilnehmen oder nicht. Doch ist das spanische Wahlrecht hier recht restriktiv, denn das gesamte spanische Staatsgebiet ist in diesen Wahlen ein einziger Wahlkreis; es gibt also – streng genommen – unter den Kandidaturen keine NSWP. Dies benachteiligt Parteien, die nur in einem Teil des Staatsgebiets – z.B. im Wohngebiet einer Minderheitsnation – bekannt und verwurzelt sind, besonders, wenn deren nationalistische Positionierung die Mehrheitsbevölkerung abstößt. Dagegen können andere NSWP durchaus auch Stimmen von außerhalb ihrer Basisregion mobilisieren. Solange die HB zur Wahl zugelassen war, bestand die Möglichkeit für Systemgegner in Spanien, diese sozialrevolutionäre Partei auch außerhalb des Baskenlands, für dessen Unabhängigkeit HB eintrat, zu wählen. Die katalanische, aber gegen die Normalisierungspolitik der katalanischen Sprache und vor allem gegen die Unabhängigkeit Kataloniens eintretende und daher in der spanischen Öffentlichkeit sehr bekannte und beliebte Ciutadans-Partido de la Ciudadanía konnte ihren Erfolg in den Europawahlen von 2014 für ihren Sprung zur SWP nutzen. Weiter besteht die Möglichkeit, zur Umgehung des restriktiven Wahlrechts mit anderen NSWP oder SWP gemeinsame Listen aufzustellen. Manchmal bilden sich recht seltsame Allianzen; oft gehen

59 Nagel, Klaus-Jürgen 2011: La nationalisme catalan el L'Europe, in: *Gagnon, Alain-G./Requejo, Ferran (Hrsg.): Nations en quête de reconnaissance. Regards croisés Québec-Catalogne*, Brüssel 2011, S. 175-200.

60 Dandoy 2010 (Fn. 4), S. 205.

61 Vgl. schon Elias, Anwen 2008: From Euro-enthusiasm to Euro-scepticism? A Re-evaluation of Minority Nationalist Party Attitudes Towards European Integration, in: *Regional and Federal Studies* 18, 5, S. 557-581; Lynch, Peter/De Winter, Lieven 2008: The Shrinking Political Space of Minority Nationalist Parties in an Enlarged Europe of the Regions, in: *Regional and Federal Studies* 18, 5, S. 583-606. Elias, Anwen 2008: *Minority Nationalist Parties and European Integration. A comparative Study*, London.

gewählte MEP ein und derselben Liste nach der Wahl dann in verschiedene Fraktionen des EP.

Die Wahl von 2014 brachte insgesamt folgende Ergebnisse: Bei niedriger, gegenüber 2009 (44,9%) nur leicht angestiegener Wahlbeteiligung von 45,9% erlitten die großen spanischen SWP eine Niederlage. Sie erhielten zusammen nicht einmal mehr die Hälfte der abgegebenen Stimmen (PP 26,1%, PSOE 23,0%) und eroberten 30 Sitze (16 für den PP, die sich zur Fraktion der EPP gesellten, 14 für die Sozialisten, die zur S&D gingen).

Die Kandidatur Izquierda Plural erhielt 10% der Stimmen. Sie bestand aus einer SWP (Izquierda Unida, IU) und mehreren NSWP, unter denen ICV und Anova (Galicien) besonders wichtig sind. Von den sechs erreichten Sitzen entfielen vier auf die Listenkandidaten der IU, einer auf die ICV und einer auf Anova. Die Listen sind geschlossen, also entspricht dieses Ergebnis eher dem Einfluss der Parteien bei der Aushandlung der Listen als den aktuellen Wählerpräferenzen. Im EP gingen die 4 Mitglieder der IU und das Mitglied der Anova zur Fraktion GUE/NGL, das Mitglied der ICV zur G-EFA.

Unter den – relativen – Wahlsiegern waren die neugegründete Podemos (8% und fünf Sitze, die zur GUE/NGL kamen) und die Partei Unión, Progreso y Democracia (6,5% und vier Sitze, die die ALDE verstärkten). UPyD, heute unbedeutend, stand besonders für den Kampf gegen jede besondere Anerkennung der Minderheitsnationen. Da in den letzten Jahren die Opposition gegen die Dezentralisierung Spaniens stark gewachsen ist, konnte UPyD hier mobilisieren. Ihr Potential ist heute weitgehend bei den Ciudadanos zu finden, die ähnliche Ziele verfechten, z.B. auch die baskische und navarresische Finanzautonomie abschaffen wollen. Bei Podemos bleibt abzuwarten, wieweit sich die nationalspanischen Tendenzen (in Kopie des griechischen Vorbilds Syriza) durchsetzen oder die propagierte Idee der partizipativen Demokratie „bottom up“, und inwieweit die regional (besonders in Galicien und Katalonien) durchaus anders aufgestellten „franchises“ der Partei ihre Autonomie gegen die madrilenischen Führer der Partei wahren bzw. sogar ausbauen können.

Die restlichen Listen, die Sitze erhielten, waren Coalición por Europa, ein Zusammenschluss katalanischer (CDC und UDC), baskischer (PNV), kanarischer (CC) und galicischer Kräfte (Coalición por Galicia): 5,4% und drei Sitze. Die beiden Vertreter von CDC und PNV gingen zur ALDE⁶², der Vertreter der UDC zur EPP⁶³.

In der Esquerra pel Dret a Decidir finden sich nur katalanische Kräfte (ERC, Nova Esquerra Catalana, Catalunya Sí). Im gesamtspanischen Wahlgebiet erhielten sie immerhin 4% und zwei Sitze (einen für ERC und einen für NesqCat, die beide zur Fraktion G-FA gingen).

Gerade gegen das Recht auf Entscheidung (Dret a Decidir) positionierte sich die ursprünglich als NSWP entstandene Ciudadanos-Partido de la Ciudadanía mit ihrem ersten Auftreten als gesamtspanische Kraft. In der Tat kam die Mehrheit der Stimmen (insgesamt 3,2%) aus Gegenden außerhalb Kataloniens. Die zwei Abgeordneten gingen (gemeinsam mit den katalanischen Nationalisten der CDC!) zur ALDE. Ciudadanos hat sich seitdem

62 Wo wie gesagt auch die anti-minderheitsnationalistische UPyD ihre „Heimat“ findet!

63 Wo er sich an der Seite des spanisch-nationalistischen PP befindet.

zur spanischen SWP entwickelt und in den Wahlen von 2015 und 2016 im Gesamtsatz zum spanischen Unterhaus kandidiert.

In der kleinen, linken Kandidatur Los Pueblos Deciden finden wir radikale Baskisten (Bildu), galicische Nationalisten (BNG) und kleinere Parteien u.a. aus Asturien und von den Kanarischen Inseln etc. Die erreichten 2,1% gaben einen Sitz, der in der für solche Kandidaturen typischen Weise zwischen den beiden führenden Kräften der Kandidatur aufgeteilt wird: In der ersten Hälfte der Legislaturperiode wird er von Bildu wahrgenommen und stärkt damit GUE/NGL, in der zweiten vom BNG (G-EFA).

Primavera Europea schließlich vereint kleine nationalistische, regionalistische und staatsweite Parteien (Compromís in Valencia, die staatsweite EQUO, die aragonesistische CHA, die Coalición Caballas in Ceuta, den Partido Castellano, Socialistas Independientes de Extremadura und die Sociedad por Tenerife). Da hier eine Kraft wesentlich stärker ist als alle anderen, fiel der einzige Sitz an diese (Compromís, bzw. G-EFA).

Von besonderem Interesse für die NSWP waren die Ergebnisse in Katalonien⁶⁴ und dem Baskenland:⁶⁵

Im Baskenland bestätigten die Europawahlen zwar auch den Rückgang der alten SWP (besonders des PSOE) zugunsten neuer staatsweiter Kräfte, die Verschiebungen innerhalb des nationalistischen Lagers waren aber gering.

Tabelle 10: Europawahlen im Baskenland (25.5.2014)

| | EP 2014/% | EP 2009/% | Bask. Parl. 2012/% |
|--------------------|-----------|------------------|--------------------|
| BETEILIGUNG | 44,5 | 41,2 | 64,0 |
| PNV | 27,9 | 28,8 | 34,6 |
| EH-Bildu | 23,8 | 21,8* | 25,0 |
| PSOE | 14,0 | 28,0 | 19,1 |
| PP | 10,4 | 16,2 | 11,8 |
| Podemos | 7,0 | Keine Kandidatur | Keine Kandidatur |
| IU | 5,7 | 1,8 | 2,7 |
| UPyD | 3,3 | 1,5 | 1,9 |

Quelle: Eigene Aufstellung

In Katalonien dagegen hatte sich seit 2010 ein Großteil der Bevölkerung radikalisiert. Das von den Parteien (NSWP wie SWP, außer dem PP) ausgehandelte neue Autonomiestatut⁶⁶ war zwar 2006 vom katalanischen Volk in Volksabstimmung ratifiziert worden, doch

64 Ríos, Mario 2014: Les eleccions al parlament europeu de 2014: uns comicis marcats per l'austeritat i el sobiranisme, in: *Institut de Ciències Polítiques i Socials (Hrsg.): Anuari Polític de Catalunya 2014*, S. 17-32.

65 *Eusko Jaurlaritza/Gobierno Vasco* 2014: Europako Legebiltzarrerako hauteskundeak/Elecciones al Parlamento Europeo. Informe de resultados provisionales.

66 Ein Statut ist ein spanisches Organgesetz, das auf Vorschlag der Region in Madrid vom spanischen Gesetzgeber in dessen Endversion mit „Kanzlermehrheit“ angenommen wird. Danach wird dieser Text dann zur Ratifizierung der Region zurückgegeben.

scheiterte es 2010 in seinen wichtigsten Teilen vor dem spanischen Verfassungsgericht, worüber sich nicht nur die damalige spanische Oppositionspartei PP, die die Klage eingereicht hatte, sondern auch viele Sozialisten sichtbar freuten.⁶⁷ Die Reaktion eines Großteils der katalanischen Nationalisten bestand in einer raschen Radikalisierung hin zur Forderung zuerst nach einer Volksabstimmung, dann nach Unabhängigkeit. Dabei wurden die traditionellen Parteien CDC, UDC und auch ERC von der mobilisierten Zivilgesellschaft sozusagen nationalistisch „überholt“; sie radikalisierten ihre Programme und erneuerten ihre Führungen. Eine neue Politikergeneration von selbstbewussten, gut ausgebildeten und z.T. europaerfahrenen jungen Politikern kam ans Ruder, teilweise nach Aktivitäten in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, besonders der neu gegründeten *Assemblea Nacional Catalana*. Besonders sichtbar war der Wandel bei der CDC, die den alten pragmatischen und oft antiseparatistischen Autonomismus gegen einen „Sobiranisme“ eintauschte, der das Recht auf Entscheidung einfordert. In Katalonien steht das Europawahlergebnis im Kontext dieser Entwicklung.

Tabelle 11: Europawahl vom 25.5.2014 in Katalonien (NSWP markiert mit *)

| | 2014/% | 2009/% |
|----------------------|--------|------------------|
| BETEILIGUNG | 47,6 | 36,9 |
| *ERC | 23,7 | 9,2 |
| *CiU | 21,8 | 22,4 |
| PSC-PSOE | 14,3 | 36,0 |
| *ICV | 10,3 | 6,1 |
| PP | 9,8 | 18,0 |
| (*)C's | 6,3 | 0,4 |
| Podemos | 4,7 | Keine Kandidatur |
| UPyD | 1,3 | Keine Kandidatur |
| andere ⁶⁸ | 7,9 | k.A. |

Quelle: Eigene Aufstellung

Zum ersten Mal überholte die ERC die CiU bei einer Wahl. Dagegen stürzten die SWP ab, besonders die in Katalonien betont föderalistischen Sozialisten, und die neuen Parteien wie Podemos (für die Souveränität, aber nicht für die Unabhängigkeit) erreichten einen Aufschwung. Da die Wahlkampagne ganz im Zeichen des Rechts auf Entscheidung stand, erreichten auch die vehementesten Gegner dieses Rechts, die *Ciutadans* (C's), ein wesentlich besseres Ergebnis als 2009.

Die Europawahlen 2014 erfolgten einen Monat nachdem das spanische Parlament mit den Stimmen der sozialistischen Opposition den von einer überwältigenden Mehrheit des katalanischen Parlaments vorlegten Antrag abgewiesen hatte, Katalonien nach britischem

67 Vgl. Nagel, Klaus-Jürgen 2014: Gibt es ein Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens?, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 15. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa*, Baden-Baden, S. 362-378.

68 SWP und NSWP. 1,3% entfielen auf eine die Tierrechte verteidigende SWP PACMA.

Vorbild die Möglichkeit eines Unabhängigkeitsreferendums einzuräumen.⁶⁹ Die Frage, ob nun eine Volksbefragung nach katalanischem Recht oder als Plebiszit verstandene vorgezogene Regionalwahlen stattfinden sollten, war im Wahlkampf das Hauptthema. Dabei wurde auch die Frage einer Einheitskandidatur aller independentistischen Kräfte bereits diskutiert.⁷⁰ Daneben spielten besonders die Entwicklung der Krise und die Entwicklung in Griechenland eine Rolle, besonders für Wähler der Podemos.

Das Ergebnis⁷¹, besonders der Erfolg der für das Recht auf Entscheidung eintretenden Kräfte und die Radikalisierung und der Linksruck des Nationalismus, der sich besonders im Wahlsieg der ERC ausdrückte⁷², trugen zur weiteren Mobilisierung bei, die sich in dem von mehr als einer Millionen Menschen gebildeten „v“ (für „votar“, abstimmen) am katalanischen Nationalfeiertag (11.9.14) ausdrückte. Sie führte direkt nach der Demonstration zum Versuch, eine Abstimmung auf katalanischer Rechtsgrundlage durchzuführen (Volksbefragungsgesetz vom 27.9.14) und – nach der Suspendierung des Gesetzes durch das Verfassungsgericht (29.9.14) – zum Versuch, wenigstens in einem „partizipatorischen Prozess“ zu ermitteln, wieviele Bürger die Unabhängigkeit wollten. Da der katalanischen Regierung eine Beteiligung an diesem partizipatorischen Gesetz untersagt wurde, zog sich die Landesregierung aus dem Prozess zurück, der dann von Freiwilligen durchgeführt wurde. Die spanische Regierung und die Generalstaatsanwaltschaft bestreiten, dass sich die Regierung wirklich aus dem Prozess zurückzog. Die Verfahren gegen den damaligen Ministerpräsidenten Mas, seine Stellvertreterin Ortega und die Erziehungsministerin Rigau sind zur Zeit weiter anhängig (September 2016).

Die Europawahlen, in Spanien die schwerste „Übung“ für NSWP, hatten an Popularität und Beteiligung gewonnen, aber von Europa war am wenigsten die Rede.

69 Nagel, Klaus-Jürgen 2015: Die katalanische Bewegung 2014-15: Ein Hindernislauf – zur Unabhängigkeit?, in: Europa Ethnica 72 (Wien), S. 31-35.

70 Vgl. El 9-N absorbeix la campanya europea, Ara 21.4.14.

71 Vgl. La Vanguardia 26.5.2014.

72 Titel der independentistischen Zeitung Ara vom 26.5.14: “Missatge a Brusel·les [Botschaft an Brüssel] We Want To Vote“ (englisch im Original). Insgesamt hatten 61% der abstimmenden Wähler in Katalonien Kandidaturen unterstützt, die sich für das Recht auf eine Abstimmung einsetzten (ERC, CiU und Podemos, wobei die letztgenannte Partei keine Stellung zur Unabhängigkeit nimmt).

Warum es kaum erfolgreiche Regionalparteien in Frankreich gibt¹

Stefan Seidendorf

1 Einleitung

Die gegenwärtige Konjunktur autonomistischer und separatistischer Parteien in Europa scheint in Frankreich kaum Spuren zu hinterlassen. Im Jahr 2014 waren alle Augen auf den *Front national* und seine Anführerin Marine Le Pen gerichtet. Für diesen Befund gibt es in der Literatur verschiedene Erklärungsversuche, die in dieser Einleitung kurz vorgestellt werden. Der weitere Beitrag gibt dann einen Überblick über existierende französische Regionalparteien und ihre Rolle in ihrer Dachstruktur *Régions et Peuples solidaires* (RPS), sowie auf europäischer Ebene in der Europäischen Freien Allianz (EFA) (2). Sodann wird das Abschneiden der französischen Regionalparteien in den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) 2009 und 2014 kurz dargestellt (3) und (4) mit der Entwicklung nach den Regionalwahlen im Dezember 2015 verglichen. Der letzte Abschnitt beschäftigt (5) sich dann mit Erklärungsansätzen, die den spezifischen französischen Fall erfassen können.

Schon in den späten siebziger Jahren stellt Peter Gourevitch fest, dass nationalistische Bewegungen auf der subnationalen Ebene zwar über ganz Europa verbreitet seien, allerdings mit unterschiedlicher Stärke, und er fährt fort: „the nationalism of the Scots, the Basques, the Catalans, Croats, Flemish and Quebecois is far more powerful than that of the Alsatians, Bretons, South Italians, and the Occitans.“²

Spontan kommt bei diesem Befund die Besonderheit des stark zentralistisch organisierten französischen Staatswesens in den Sinn. Reicht die historische Erfahrung einer frühen Staatlichkeit mit den Vereinheitlichungsbemühungen einer starken Zentralmacht und den heute existierenden institutionellen Vorgaben aus, um den Misserfolg regionalistischer³ Parteien in Frankreich zu erklären? Dieser Ansatz müsste jedenfalls stark differenziert werden, um Erklärungskraft im spezifischen Fall zu erlangen: Schließlich ist Deutschland, als traditioneller Gegenpol zu Frankreich, erst spät zur modernen Nationalstaatlichkeit gelangt und pflegt zudem bis auf den heutigen Tag seine regionalen Eigenheiten, die sich konkret u.a. in einem föderalistischen System mit selbstbewussten Regionen ausdrücken,

1 Dieser Beitrag geht aus einem Vortrag im Oktober 2014 im Rahmen der gemeinsamen Konferenz des EZFF und der Akademie für politische Bildung Tutzing zurück. Eine erste Version wurde im Anschluss an den Vortrag veröffentlicht (im Frankreich-Jahrbuch 2015). Hier handelt es sich um eine erweiterte Fassung, die auch auf die Ergebnisse der französischen Regionalwahlen 2015 eingeht.

2 Gourevitch, Peter 1979: The Reemergence of ‚Peripheral Nationalisms‘: Some Comparative Speculations on the Spatial Distribution of Political Leadership and Economic Growth, in: *Comparative Studies in Society and History* 21:3, S. 303-322, hier: 303-4.

3 Da alle diese Bewegungen im französischen Fall nur marginale Bedeutung haben, scheint es müßig, die Parteien nach ihrer regionalistischen, autonomistischen, separatistischen...etc. Agenda zu unterscheiden. Maßgeblich für den vorliegenden Artikel ist, dass sie in einem geographisch klar begrenzten Gebiet innerhalb Frankreichs aktiv sind und dass sie Forderungen auf Grundlage eines territorialen Arguments erheben. Diese können von mehr Dezentralisierung bis zum Wunsch nach Eigenstaatlichkeit reichen.

deren Stärke auf der Eigenstaatlichkeit der Bundesländer beruht. Dennoch ist auch in Deutschland von Erfolgen echt autonomistischer oder separatistischer Parteien wenig zu spüren.

Ein weiterführender Erklärungsansatz für die vorgefundene *excéption française* könnte in der de facto existierenden materiellen Ungleichheit zwischen Regionen liegen. Die Erwartung wäre, dass höhere Ungleichheit zu stärkeren Autonomiebestrebungen führt – entweder der ärmeren Regionen, die sich mit ihrer Benachteiligung nicht zufrieden geben wollen, oder der wohlhabenderen, die ihren Wohlstand verteidigen wollen. Die regionalen Wohlstandsunterschiede sind, wie ein jüngst von der Forschungsabteilung der Deutschen Bank veröffentlichtes Papier mit Befunden zu Frankreich, Großbritannien, Belgien, Spanien, Deutschland und Italien zeigt, in Frankreich am geringsten: Betrachtet man den prozentualen Unterschied zwischen dem 20%-Quantil und dem 80%-Quantil des regionalen Pro-Kopf-BIP (damit werden Regionen betrachtet, die gerade noch über 80 bzw. gerade unter 20 Prozent liegen. Dies schließt „Ausreißer“ wie etwa Paris oder Hamburg aus, die die Statistik sonst verzerren würden. Daten von Eurostat, auf NUTS 1 und NUTS 2-Ebene), so zeigt Frankreich die geringsten Unterschiede zwischen den regionalen Pro-Kopf-BIP (15%), Italien (70%) den höchsten. Spanien (41%) und Belgien (48%) sind ebenfalls durch eine relativ hohe Ungleichheit gekennzeichnet, während Deutschland näher bei Frankreich liegt (30%) – allerdings nur, wenn der Blick nur auf die alten Bundesländer gerichtet wird. Unter Einbeziehung der neuen Bundesländer steigt der Wert auf 61%, der höchste Wert der untersuchten Länder nach Italien. Schließlich zeigt erstaunlicherweise Großbritannien, mit seinen starken Autonomiebewegungen in Schottland und Wales, den nach Frankreich nächst geringsten Wert von 22 Prozentpunkten Abstand zwischen dem 20%- und dem 80%-Quantil des regionalen Pro-Kopf-BIP.⁴ Auch dieser materialistische Ansatz alleine vermag also keine Erklärung zu geben für einen kaum vorhandenen regionalen Separatismus in Frankreich.

Interessanter scheinen französische Untersuchungen⁵ zum „Identitätsgefühl“ der Bürger in Frankreich. Es zeigt sich, dass sich in Umfragen empirisch kein Gegensatz zwischen „nationalistischen“ Franzosen mit starkem Identitätsgefühl („Stolz auf die Nation“) und solchen mit starker „regionalistischer“ Identität („Stolz auf die Region“) finden lässt. Vielmehr empfinden Personen mit starkem „identitären“ Bezug zu ihrer Region auch besonderen Stolz auf ihre Nation, und nur 4% der befragten Franzosen fühlen einen (sehr) starken Bezug (*très* oder *plutôt attaché*) zu ihrer Region, aber keinen oder wenig (*peu* oder *pas*) Bezug zu Frankreich.⁶

4 *Deutsche Bank Research* (2014): EU-Monitor Europäische Integration. – Frankfurt a.M: Deutsche Bank AG: 8.

5 *Dargent, Claude* 2001: Identités régionales et aspirations politiques: L'exemple de la France d'aujourd'hui, in: *Revue Française de Sciences Politiques* 51:5, 787-806.

6 *Dargent* 2001: 790 (Fn. 5); ähnlich *Dupoirier, Élisabeth* 2007: De l'usage de la Question Moreno en France, in: *Revue internationale de politique comparée* 4:14, S. 531-543 und *Schrijver, Frans* 2008: Regionalism after regionalisation: Spain, France and the United Kingdom, Amsterdam: Universiteit van Amsterdam.

Über dem nationalen Durchschnitt liegt das Regionalbewusstsein in Korsika, in der Bretagne, im Elsass und im Nord-Pas de Calais⁷, aber nur im Falle von Korsika geht das regionale Identitätsgefühl mit einem schwächer ausgeprägten französischen Nationalgefühl einher. Dieser Befund Claude Dargents, der natürlich nur indirekt eine Auswirkung auf die möglichen Erfolge regionalistischer Parteien haben könnte, wird von ähnlichen früheren Untersuchungen gestützt. Annick Percheron (1992) spricht von einem „funktionalen Regionalismus“ in Frankreich und meint damit den Wunsch nach funktionierender Verwaltung, die ihre Mittel effizient einsetzt, was von den Befragten mit der Nähe der Verwaltung zu den Bürgern in Verbindung gebracht wird (also nicht „in Paris“, sondern „vor Ort“).⁸ Ähnlich beschreibt auch Richard Balme (1994) den französischen Fall (mit Blick auf die Europapolitik der Regionen) als einen, in dem sich gewisse regionale Strukturen aus funktionalen Gründen (um an EU-Mittel zu kommen) entwickelt haben, ohne dass damit jedoch autonomistische oder separatistische Bestrebungen einhergingen.⁹

Schließlich fordert eine Reihe jüngerer Forscherinnen und Forscher einen differenzierteren Erklärungsansatz für die Erfolge regionalistischer Parteien, der jenseits des Makrovergleiches verschiedener Nationalstaaten die unterschiedliche Konjunktur dieser Parteien aus einer Kombination heimischer und europäischer Faktoren erklärt.¹⁰ Diese Differenzierung soll auch im Weiteren die Untersuchung leiten, indem zunächst die französischen Parteien, die in der europäischen Dachstruktur der Europäischen Freien Allianz organisiert sind, untersucht werden und dann deren spezifisches Abschneiden in den EP-Wahlen 2009 und 2014 vorgestellt wird. Im letzten Abschnitt sollen diese Befunde dann um weitere Erklärungsansätze ergänzt werden.

2 Französische Parteien in der Europäischen Freien Allianz (EFA) und ihr Dachverband *Régions et Peuples Solidaires* (RPS)

Die Europäische Freie Allianz (EFA) hat sich seit den späten siebziger Jahren auf europäischer Ebene als Dachverband verschiedener regionalistischer, autonomistischer und separatistischer Parteien etabliert. Die Gruppierung war von Anfang an (1979) im direkt gewählten EP vertreten. Seit 2004 ist sie auch als europäische Partei anerkannt. Von den der-

7 *Dargent* 2001 (Fn. 5): 790, 798 (in dieser Reihenfolge).

8 *Percheron, Annick* 1992: L'opinion et la décentralisation ou la décentralisation approuvée, in: *Pouvoirs* 60, S. 25-44.

9 *Balme, Richard* 1994: Les politiques de la subsidiarité: ‚L'Europe de Régions‘ comme catégorie générique du territoire européen, in: *Richard Balme, Philippe Garraud, Vincent Hoffmann-Martinot, Évelyne Ritaine* (Hrsg.): *Le territoire pour politiques: variations européennes*, Paris, S. 235-268.

10 *De Winter, Lieven; Margarita Gómez-Reino; Peter Lynch* (Hrsg.) 2006: *Autonomist parties in Europe: identity politics and the revival of the territorial cleavage*. – Barcelona: Institut de Ciències Polítiques i Socials (ICPS); *Elias, Anwen* 2008: Whatever happened to the Europe of the Regions? Revisiting the Regional Dimension of European Politics, in: *Regional and Federal Studies* 18:5, 483-492; *Hepburn, Eve* 2008: The Rise and Fall of a ‚Europe of the regions‘, in: *Regional and Federal Studies* 18:5, 537-555.

zeit 40 Mitgliedsparteien¹¹ kommen sieben aus Frankreich: *Mouvement Région Savoie* (MRS), *Partit Occitan* (PÒC), *Partitu di a Nazione Corsa* (PNC), *Union Démocratique Bretonne* (UDB), *Unitat Catalana* (UC) und *Esquerra Republicana* (beide Katalonien), *Unser Land* (Elsass) und *Abertzaleen Batasuna* (AB, Baskenland). Damit sind die traditionell stark identitären Grenzregionen Frankreichs vertreten (Savoyen, Korsika, Bretagne, Katalonien, Elsass, Baskenland). Die in Frankreich aktive baskische Partei *Parti nationaliste basque* ist dagegen Mitglied in der Europäischen Demokratischen Partei.

Innerhalb Frankreichs sind die meisten der genannten Kleinparteien seit 1994 wiederum im Rahmen der Dachstruktur *Régions et peuples solidaires* (RPS) zusammengeschlossen: *Unser Land* (Elsass), *Union Démocratique Bretonne* (Bretagne), *Partitu di a Nazione Corsa* (Korsika), *Mouvement Région Savoie* (Savoyen), *Partit Occitan* (Okzitanien). Außerdem die baskischen Parteien *Eusko Alkartasuna*, der französische Ableger der gleichnamigen spanischen baskischen Partei, sowie *Abertzaleen Batasuna* (Union der Patrioten), und die in Spanien und Frankreich aktive *Parti Nationaliste Basque* sowie die katalanischen Parteien *Convergència Democràtica de Catalunya* (in ihrer „französischen“/„nordkatalanischen“ Variante, im EP bei der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) angeschlossen) und *Esquerra Republicana de Catalunya*.

Die RPS entstand anlässlich der Europawahlen 1994 zunächst als Listenverbindung bretonischer, baskischer, korsischer, elsässischer, savoyardischer, katalanischer und okzitani-scher Regionalparteien. Auf die vom korsischen Vertreter Max Simeoni angeführte Partei entfielen weniger als 0,5% der Stimmen, allerdings entwickelt sich die Listenverbindung im Anschluss der Europawahlen zu einer echten Partei (Kernalegenn 2014:53). Die föderalistisch inspirierte Partei verortet sich, entsprechend der unterschiedlichen Präferenzen ihrer Mitgliedsparteien, vom Zentrum bis zum „demokratischen Sozialismus“, häufig mit ökologischen und sozialen politischen Schwerpunkten¹². Sie lehnt Gewalt als Mittel der Politik ab und definiert sich als föderalistische Bewegung, die sich zum Ziel setzt, den französischen Staat in eine „echte“ Föderation zu verwandeln und die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Regionen abzumildern.¹³ Entsprechend der Statuten der Partei, vereinigt sie politische Gruppierungen, die [staatenlose, Anm. St.S.] „Völker, kulturelle oder sprachliche Gemeinschaften und / oder regionale historische Realitäten vertreten und die in Ablehnung jedes fremdenfeindlichen oder Herrschaftsgeistes durch dasselbe Ideal des Respektes vor Minderheiten, der Vertiefung der Demokratie, von Autonomie und Selbstbestimmung sowie Föderalismus getragen werden.“¹⁴

11 Alle Informationen von der Webseite der EFA: www.e-f-a.org

12 Charta der RPS vom 27.02.2009, einzusehen auf der Webseite r-p-s.info/charte-de-r-p-s (31.12.2014).

13 *Chartier, Erwan et Ronan Larvor* 2004: *La France éclatée? Enquête sur les mouvement régionalistes, autonomistes et indépendantistes en France*, Spézet: Coop Breizh (hier: 330).

14 Statuten der Partei vom 18.08.2009, einzusehen auf der Webseite r-p-s.info/statuts-de-r-ps (31.12.2014). Art. 1: „Il est crée la fédération Régions et Peuples Solidaires entre des formations politiques qui représentent des peuples, des communautés culturelles et linguistiques et/ou des réalités régionales historiques et qui sont animées, en opposition à tout esprit de domination ou de xénophobie, par un même idéal de respect des minorités, d’approfondissement de la démocratie, d’autonomie, d’autodétermination et de fédéralisme »

Die genannten Parteien können noch danach unterschieden werden, ob sie sich für eine grenzüberschreitende gemeinsame Region einsetzen – dies ist der Fall im Baskenland und in Katalonien – oder nicht (Elsass, Bretagne, Korsika). Im Baskenland und in Katalonien ergibt sich aus dem auf der spanischen Seite der Grenze weit fortgeschrittenen Regionalismus und der historischen Rolle der (spanischen) Baskischen Nationalpartei und der (spanischen) katalonischen *Convergència Democràtica* gleichzeitig deren Dominanz gegenüber ihren „französischen“ Ablegern.¹⁵ Themen und Kampagnen zielen meistens auf die „spanischen“ Zustände, Publikationen sind meistens in der Regionalsprache und Kastilisch (Spanisch), weniger oder nicht auf Französisch zu finden. Der Regionalismus in den beiden Grenzgebieten zu Spanien findet seinen Niederschlag hauptsächlich anlässlich der Kommunal- und Departementalwahlen wieder, bei dem die beiden genannten Parteien immer wieder Erfolge (um die 10%) erzielen konnten, sowie seit der Einführung Einheitswahlkreise bei Regionalwahlen 2004.¹⁶

Im Rahmen der innerfranzösischen Debatte um Regionalismus und Autonomie haben die korsischen, bretonischen und elsässischen Parteien ein größeres Gewicht, welches sich auch in den Europawahlen niederschlug. Es sind die einzigen Parteien in Frankreich, die ihre Region als ihre „Heimat“ bezeichnen.¹⁷

3 Abschneiden bei EU-Wahlen

Das Wahlgesetz, das in Frankreich die Europawahlen regelt (Loi Nr. 77-729 vom 7. Juli 1977) wurde zuletzt am 23. März 2014 modifiziert.¹⁸ Demnach gilt für die Europawahlen das in der V. Republik Frankreichs eigentlich ungewöhnliche Verhältniswahlrecht mit festen Listenvorschlägen (kein kumulieren oder panaschieren). Die Listen treten in sieben „Super-Wahlkreisen“ (plus einem achten, der die Überseegebiete zusammenfasst) an. Für jeden Wahlkreis gilt gesondert eine Fünf-Prozent-Hürde. Die 74 französischen Europaabgeordneten werden verteilt auf die acht Wahlkreise gewählt.

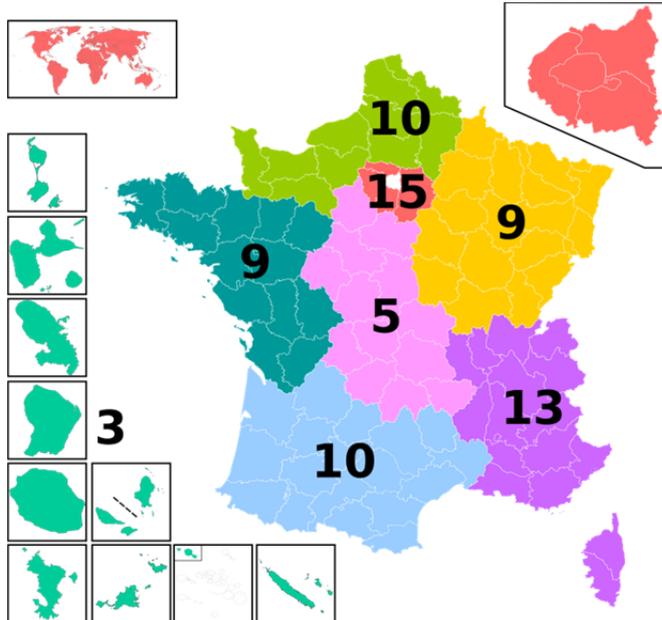
15 *Schrijver* 2008 (Fn. 6): 205.

16 Ebd.: 197.

17 Ebd.: 206.

18 Das Gesetz kann unter Legifrance in seiner konsolidierten Version abgerufen werden: www.legifrance.gouv.fr (15.06.2016).

Abbildung 1: Europawahlkreise in Frankreich, mit Anzahl der zu vergebenden Mandate.



Quelle: Starus (Eigene Darstellung) [CC BY-SA 3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons, http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/bb/Circonscriptions_fran%C3%A7aises_europ%C3%A9ennes_2014.svg.

Grundsätzlich ist ein Verhältniswahlrecht für kleinere Parteien vorteilhafter als ein Mehrheitswahlrecht, das nur der erfolgreichsten Formation einen Sitz garantiert. Durch die Größe der Wahlkreise bei den Europawahlen in Frankreich (s. Abb. 1) wird aus Sicht der Regionalparteien jedoch bereits die 5%-Hürde zu einem Problem: das eventuell bessere Abschneiden in ihren Hochburgen oder Heimatregionen (also Baskenland, Bretagne, Korsika, Elsass) wird bereits auf Ebene des Wahlkreises vermischt mit dem schlechten Abschneiden der Formationen in den „restlichen“ Gebieten – was sogar bei einigen Erfolgen kaum ausreicht, die 5%-Hürde zu überwinden.

Da die Parteien mit festen und vordefinierten Listen antreten müssen, stehen die regionalistischen Kleinparteien vor dem Dilemma, entweder den ganzen großen Wahlkreis geographisch abdecken zu müssen und dabei auf unbekannte oder wenig profilierte Kandidaten zurückzugreifen, oder aber dem gesamten Wahlkreis Kandidaten aus einem einzigen geographischen Teilgebiet (= der separatistischen Region) vorzuschlagen, was kaum auf Interesse oder Popularität außerhalb der Teilregion stoßen dürfte.

Ein weiteres Problem stellt die Finanzierung und Wahlkampfkostenerstattung dar, die ebenfalls für die Europawahlen im genannten Gesetz geregelt wird (Kapitel V). Zunächst müssen Kandidaten mindestens drei Prozent der Stimmen in ihrem Wahlkreis erreichen, um auf die direkte Kostenerstattung zugreifen zu können (V-I-2). Die Wahlkampfperiode ist per Gesetz auf den zweiten Montag vor der Abstimmung (also 13 Tage) beschränkt (V-15). Die Kosten für Postwurfsendungen werden vom Staat übernommen, allerdings nur für Listen, die mindestens 3% der Stimmen in einem Wahlkreis erhalten (Papierkosten, Plakate, Versandkosten etc.) und in anteiliger Größenordnung (V-18). Weiterhin können die

Parteien und Listen auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Frankreich zugreifen (V-19). Während auf die in der *Assemblée Nationale* oder im *Sénat* vertretenen Parteien jeweils zwei Stunden Sendezeit (innerhalb der zwölf Tage Wahlkampf) in jedem öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender zu gleichen Teilen verteilt werden, erhalten alle anderen Listen und Parteien, die in mindestens fünf Wahlkreisen antreten (außer Übersee), insgesamt eine Stunde Sendezeit (in jedem öffentlich-rechtlichen Radio- und TV-Sender), wobei keiner Liste mehr als fünf Minuten Sendezeit zusteht. Allerdings erlaubt das Gesetz, Sendezeit zusammenzulegen.

All diese Elemente – große Wahlkreise; 5%-Hürde, um mindestens einen Parlaments-sitz zu erhalten; 3%-Hürde, um in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen; Präsenz in mindestens fünf Wahlkreisen, um Zugriff auf das öffentlich-rechtliche Rundfunkwesen zu erhalten – begünstigen größere Parteien, die in ganz Frankreich mit Listen antreten, auf denen sich jeweils etablierte Kandidaten befinden. Umgekehrt erweisen sich diese Elemente als Hindernisse für Regionalparteien, die nur in Teilgebieten eines Wahlkreises etabliert sind. Um diese Hindernisse zu umgehen, bietet es sich zunächst an, eine landesweite Organisation zu etablieren (im Fall der Regionalparteien: RPS). Damit ist eine Präsenz in den meisten Wahlkreisen gewährleistet (mindestens fünf, um den Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhalten).

Um die 3- und 5%-Hürde in den Wahlkreisen zu überwinden, benötigen die Regionalparteien jedoch die Unterstützung weiterer Partner. Nur so können sie ihre Präsenz (zumindest in Form einer Listenverbindung) im ganzen Wahlkreis gewährleisten und haben damit eine Chance, in den Genuss der Kostenerstattung zu kommen, oder sogar einen der 74 französischen Sitze im EP zu gewinnen.

3.1 Europawahlen 2009

2009 gelang es den im Dachverband RPS organisierten Regionalparteien, sich mit der damals neu formierten Bewegung *Europe Ecologie* (unter Einschluss der französischen Grünen) auf eine Listenverbindung zu einigen. Die von Eva Joly und Daniel Cohn-Bendit angeführte Liste schnitt mit (landesweit) 16,28% überraschend stark ab und erhielt insgesamt 14 Abgeordnetenmandate, genauso viel wie der zweitplatzierte *Parti socialiste*¹⁹. Im Wahlkreis *Sud-Est* entfielen drei Mandate auf die Liste, die hier mit 18,27% den zweiten Platz hinter der von der UMP angeführten Liste (29,34%) belegte. Damit gelang es dem auf der Liste im Südosten zweitplatzierten François Alfonsi, ins Europaparlament einzuziehen. Er vertrat auf der Listenverbindungen im Südosten die Föderation RPS (deren Sprecher er auch ist) und innerhalb der RPS die „Partei der korsischen Nation“.

An diesem Beispiel zeigen sich sehr deutlich die institutionell (durch das Wahlrecht) bedingten Probleme für Regionalparteien in Frankreich. Der Wahlkreis *Sud-Est* umfasst die Regionen *Rhône-Alpes* und *Provence-Alpes-Côte d'Azur*. Er hatte beim Zensus von

19 Alle Wahlergebnisse lassen sich bequem auf den Seiten des französischen Innenministeriums recherchieren: www.interieur.gouv.fr/Elections/les-resultats (23.07.2016)

2006 eine Bevölkerung von 11,369 Millionen. Davon waren 2009 7,68 Millionen wahlberechtigter Bürger auf Wählerlisten eingetragen, davon 213.718 (2,78%) in den beiden korsischen Departements. 63.576 Korsen, oder knapp 30% der in Korsika wahlberechtigten Bevölkerung, gingen zur Europawahl 2009. Davon entfielen 15.254 Stimmen, oder knapp 24%, auf die Listenverbindung von RPS-korsischer Regionalpartei und *Europe Ecologie*. Im Departement *Corse Sud*, der Heimatregion Alfonsis, waren es sogar 26,1%, die Liste blieb nur knapp 150 Stimmen vom Wahlsieg entfernt (der auf die UMP Nicolas Sarkozys entfiel, mit 26,36%). In der Kommune Osani (hier war Alfonsi Bürgermeister) erreichte er das Rekordergebnis von 87,13% oder 88 der 101 gültigen Stimmen. Als entscheidend erwies sich jedoch weniger das sehr gute Abschneiden der Listenverbindung in der Stammregion der korsischen Nationalpartei, sondern das klug verhandelte Paket mit *Europe Ecologie*, das den Regionalisten frankreichweite Aufmerksamkeit, Kostenerstattung und vor allem einen zweiten Listenplatz im Südosten brachte. Dieser reichte in der für *Europe Ecologie* 2009 günstigen Konjunktur für ein Abgeordnetenmandat.

3.2 Europawahlen 2014

Im Vorfeld der Europawahlen 2014 waren die Umfragewerte für *Europe Ecologie* deutlich schlechter als 2009²⁰. Unter anderem die Regierungsbeteiligung zweier Grüner Minister ließ erwarten, dass die Bewegung *Europe Ecologie* Opfer des typischen Midterm-Effekts einer nationalen Nebenwahl werden würde (Reif/Schmitt 1980). Mit dem Verlust von acht der vierzehn 2009 gewonnenen Mandate (es verblieben sechs) bewahrheiteten sich diese Befürchtungen. Wie zu erwarten, scheiterten in dieser schwierigen Ausgangssituation Verhandlungen über eine erneute Listenverbindung mit RPS. Stattdessen trat die regionalistische Dachstruktur mit eigenen Listen in sechs der acht Wahlkreise an (*Ouest, Massif-Central, Sud-Ouest, Sud-Est, Ile-de-France, Outre-Mer*), was Zugang zur Sendezeit der landesweiten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ermöglichte. Diese Listen erhielten landesweit 65.054 Stimmen (oder 0,34%) und kein einziges Abgeordnetenmandat.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Anzahl der Listen pro Wahlkreis sowie das Abschneiden der RPS-Listen in den Wahlkreisen, in denen die Liste angetreten war:

20 Siehe www.sondages-en-france.fr für einen Überblick. EELV wurde zwischen Januar und Mai 2014 auf 7-10% geschätzt.

Tabelle 1: Europawahlkreise in Frankreich 2014 – Anzahl der Sitze pro Wahlkreis, der angetretenen Listen, sowie Abschneiden der im Dachverband RPS organisierten Regionalparteien

| Wahlkreis | Anzahl zu vergebende Sitze | Anzahl angetretener Listen | Stimmen für RPS-Vertreter | In % | Bemerkungen |
|------------------------|----------------------------|----------------------------|---------------------------|-------|--|
| Nord-Ouest | 10 | 22 | <i>keine RPS-Liste</i> | | |
| Ouest (Bretagne) | 9 | 25 | 27.432 | 1,01% | außerdem tritt <i>Parti Breton</i> an, 83.041 Stimmen, 3,05% |
| Est (Elsass) | 9 | 23 | <i>keine RPS-Liste</i> | | |
| Massif-Central | 5 | 25 | 245 | 0,02% | |
| Sud-Ouest (Baskenland) | 10 | 25 | 7.396 | 0,25% | außerdem eine okzitanische Liste, 877 Stimmen, 0,03% |
| Sud-Est (Korsika) | 13 | 23 | 24.920 | 0,75% | |
| Ile-de-France (Paris) | 15 | 31 | 594 | 0,02% | |
| Outre-Mer | 3 | 19 | 4.467 | 1,57% | |

Eigene Darstellung, auf Grundlage der Daten des französischen Innenministeriums

Interessant ist die Situation im Wahlkreis *Ouest* (Bretagne), und wiederum im Wahlkreis *Sud-Est* (Korsika).

Im Wahlkreis *Ouest* tritt für die Dachorganisation RPS die Liste „La Bretagne pour une Europe sociale – Breizhiz dorn-ha-dorn gant pobloù Europa“ an und erreicht 1,01% der Stimmen. Daneben tritt jedoch eine unabhängige bretonische Liste unter dem Titel „Nous te ferons Europe!“ – Mouvement Bretagne et progrès – Parti breton“ an und erreicht 83.041 Stimmen, oder 3,05%. Die ist ein erstaunlicher Erfolg, der dieser Liste zunächst die Wahlkampfkostenerstattung sichert. Die 2010 gegründete Gruppierung steht ideologisch eigentlich dem RPS-Dachverband sehr nahe (als ideologischer Standpunkt wird auf der Webseite angegeben: Regionalismus, Sozialismus, Ökologie). Wie im korsischen Fall (s. oben) entstand die Bewegung auf lokaler Ebene, um den Bürgermeister der Kommune Carhaix-Plouguer, Christian Troadec, und seine Anhänger herum. Wiederum steht die Größe des Wahlkreises, der aus fünf Departements besteht, einem weitergehenden Erfolg entgegen: In den beiden Departements Ile-et-Vilaine (2,73%) und Loire-Atlantique (1,15%) kann die Liste keinen nennenswerten Erfolg erzielen. In den bretonischen Departements des Wahlkreises sieht es etwas anders aus: Im Morbihan (Südbretagne) kommt die

Liste auf 6,65%, in den Côtes-d'Armor (Nordbretagne) auf 8,18%, schließlich im Finistère (äußerster Westen) auf 11,54%. Neben der ungünstigen Größe des Wahlkreises ist es aber auch die ideologische Konkurrenz durch zwei weitere regionalistische Listen, wovon eine von RPS und der historischen bretonischen Partei *Union Démocratique Bretonne* (UDB, gegründet 1964) unterstützt wird. (Die andere ist trotzkistisch orientiert: *Breizhistance*).

Wie oben angeführt, wird für den populären Bürgermeister Christian Troadec zum Problem, dass ihn außerhalb seiner Gemeinde und dem direkten Umland kaum ein Wähler kennt, und ihm die Strukturen und die lokale Verankerung fehlen, um diesem Handicap begegnen zu können.

Ähnliches gilt auch für den Südosten. Hier gelang es François Alfonsi, dem scheidenden Europaparlamentarier, nicht, seine Listenverbindung mit *Europe Ecologie* zu erneuern. Er tritt mit einer eigenen, von RPS unterstützten Liste an. Der Effekt der großen Wahlkreise zeigt sich deutlich beim Blick auf die Zahlen: im Département *Haute Corse* kommen Alfonsi und RPS auf 9.945 Stimmen oder 22,92%, im Département *Corse Sud* auf 7.262 Stimmen, oder 19,84%.

Betrachtet man diese Ergebnisse für Korsika im Vergleich zum Endergebnis im Wahlkreis Sud-Est, zeigt sich der beschriebene Effekt wieder deutlich (Tabelle 2):

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Europawahlen im französischen Wahlkreis Sud-Est und in Korsika

| „Wahlgewinner“ in Korsika (beide Départements zusammen) | „Wahlgewinner“ im Wahlkreis Sud-Est |
|--|--|
| UMP (26,31%) | FN (28,18%) |
| FN (23,29%) | UMP (22,4%) |
| RPS (21,51%). | PS (11,88%) |
| | RPS (0,75%) |

Eigene Darstellung, Quelle: französisches Innenministerium

Für beide Fälle, im Westen wie im Südosten, gilt außerdem, dass die 5%-Hürde eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung zur Erlangung eines Sitzes ist: Aus der Vielzahl der antretenden Listen (19 bis 31 pro Wahlkreis) und den wenigen vorhandenen Sitzen pro Wahlkreis (von drei in Übersee und neun in den Wahlkreisen Ouest und Est bis 15 im Wahlkreis Ile-de-France) ergibt sich, dass de facto für einen Sitz unterschiedlich hohe Prozentzahlen an Stimmen pro Wahlkreis nötig sind. Das Verhältnis zwischen Listen und zu verteilenden Mandaten wirkt sich günstig im Fall Korsika aus (13 Sitze, 23 Listen), weniger günstig für die Bretagne (9 Sitze, 25 Listen). Im Südosten (Korsika) reichen dem *Front de Gauche* 5,96% der Stimmen (197.754 Wähler) für einen Sitz, im Westen (Bretagne) benötigt die Liste *Europe Ecologie* dagegen 10,36% der Stimmen (282.167 Wähler) für

einen Sitz. Von beiden Schwellenwerten sind die in der RPS organisierten regionalistischen Kleinparteien bei den Europawahlen weit entfernt.

4 Regionalismus in den Regionalwahlen 2015

Mit Blick auf die Europawahlen lässt sich also festhalten, dass das alles in allem enttäuschende Abschneiden französischer Regionalparteien gut mit den Besonderheiten des französischen Wahlsystems und des französischen politischen Systems erklärt werden kann. Auch wenn sich zumindest in der Bretagne, mit Abstrichen im Elsass und vor allem in Korsika regionalistische Bewegungen ausmachen lassen, so bleiben diese doch meistens im „vorpolitischen“ Raum, beziehungsweise schaffen es nicht, die hohen Hürden des Wahlsystems, die vor der Erlangung eines Parlamentssitzes stehen, zu überwinden.

Deutlicher und erstaunlicher wird dieser Befund noch, wenn er mit den französischen Regionalwahlen 2015 kontrastiert wird. Diesen kam eine besondere Bedeutung zu, nachdem die Regierung in drei Gesetzespaketen eine weitreichende Territorial- und Verwaltungsreform durchgesetzt hatte, die unter anderem zur Zusammenlegung der 22 französischen Regionen zu 13 neuen Gebietskörperschaften führte. Diese Reform führte zu vielfachen und lagerübergreifenden Protesten und sichtbarem Ausdruck regionalistischer Bestrebungen, besonders im Elsass (das nach der Fusion mit den Regionen Champagne-Ardenne und Lorraine in der neuen Region *Grand Est* aufgeht).

Nach der Konstituierung der neuen Partei „*Unser Land*“ und ihrer erfolgreichen Kooperation mit RPS (s. oben) hätten die Regionalwahlen 2015 eigentlich die Gelegenheit sein können, einer regionalistischen Bewegung Ausdruck zu geben. Das Wahlgesetz, die politische Strategie der etablierten Parteien und die nationale Situation standen einem Erfolg von *Unser Land* jedoch entgegen. Das Wahlgesetz zur Regionalwahl in Frankreich sieht, wie in der Europawahl, das in Frankreich eigentlich unübliche Verhältniswahlrecht vor. Spitzenkandidaten, die jeweils von Parteienbündnissen unterstützt werden, stellen die Liste mit „ihren“ Vertretern vor. Die Listen sind dabei abwechselnd mit Männern und Frauen besetzt, sie entstammen den verschiedenen Departements einer Region, wobei jedes Departement (im Grand Est zehn) nach seiner Bevölkerungsgröße auf der Liste repräsentiert sein muss (und am Ende eine Mindestzahl an Vertretern in den Regionalrat entsenden muss)²¹. Das bedeutet für eine Partei, dass sie Kandidaten aus der ganzen Region, aus allen Departements, auf ihrer Liste präsentieren muss. Es ist offensichtlich, dass es für eine autonomistische Regionalpartei, die nur einen Teil des Gebietes repräsentiert (die beiden Elsässer Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin), problematisch ist, Kandidaten in den „anderen“ acht Departements zu finden, die sich ebenfalls für die Elsässer Agenda einsetzen – und noch schwieriger, Wähler außerhalb des Elsass dann von diesem Angebot zu überzeugen.

21 Code électoral articles L336-L338, L338.1

Dazu kommt, dass die oben skizzierte Strategie der nationalen „Regierungsparteien“ (PS und LR/UMP) auch auf die Regionalwahlen im Grand Est angewandt wurde. Der scheidende Präsident des Elsass, Philippe Richert (LR), hatte die Territorialreform zunächst energisch bekämpft, bevor er seine Strategie änderte und sich an die Spitze eines Bündnisses setzte, das es sich zum Ziel gesetzt hat, die neuen Möglichkeiten nach der Regionalreform maximal auszunutzen und die bestehenden Besonderheiten (besonders des Elsass) in der neuen Region zu bewahren. Damit war er, auch im Angesicht der Bedrohung durch den Front National (der als zweitstärkste Kraft abschloss), letztendlich erfolgreich. Den Regionalisten von *Unser Land* gelang der Einzug in den Regionalrat nicht. Allerdings zeigen die Ergebnisse auf Ebene der Departements (Haut-Rhin 12,64% und Bas-Rhin 10,07%)²² durchaus die Existenz und einen gewissen Erfolg der Kandidaten dieser Bewegung. Letztlich scheitern sie aber am Wahlsystem, das eine Präsenz (und de facto Stimmen) in allen Departements einer Region vorsieht, um über die nötige 5%-Hürde in den zweiten Wahlgang zu gelangen.

Anders dagegen in Korsika. Seit 1991 gilt dort das Sonderstatut einer „korsischen Gebietskörperschaft“ (*collectivité territoriale corse*, angelehnt an den Status einiger teilautonomer Überseegebiete). Mit den Neuerungen im Rahmen der Territorialreform 2018 werden die beiden korsischen Departements mit dieser Gebietskörperschaft fusioniert werden und dann einen einheitlichen politischen Rahmen auf der Insel bilden. Die wichtigen Akteure sind schon heute ein Regionalparlament (*Assemblée régionale de Corse*) und eine davon getrennte (aber vom Regionalparlament gewählte) Regionalregierung (im Gegensatz zu den übrigen Regionen Frankreichs, *Conseil exécutif de Corse*). Bei den Regionalwahlen 2015 gelang den regionalistischen Kräften (Separatisten, Autonomisten, Nationalisten), die Wahlen zu ihren Gunsten zu entscheiden. Dabei konnten sie sich der komplizierten institutionellen Barrieren (s. oben) bedienen. Im zweiten Wahlgang fusionierten die verschiedenen Regionalisten zu einer gemeinsamen Liste, die mit 35,3% die Wahl gewann. Mit der „Mehrheitsprämie“ von ebenfalls 25% erreichten sie eine komfortable Mehrheit. Entsprechend steht damit zum ersten Mal mit Gilles Simeoni ein überzeugter Autonomist an der Spitze des „Exekutivrats“ (= Regionalregierung) und mit Jean-Guy Talamoni ein Separatist an der Spitze der „Versammlung“. Beide setzen bereits in den ersten Wochen ihres Mandats symbolisch starke Zeichen und schlagen eine detaillierte regionalistische Agenda vor.

5 Erklärungsversuche: Regionalismus in Frankreich

Wie lassen sich diese Ergebnisse für regionale Bewegungen nun interpretieren? In unseren eigenen Arbeiten²³ haben wir einen Zusammenhang zwischen „erfolgreichen“ Regiona-

22 Die Wahlergebnisse auf den Seiten des frz. Innenministeriums, www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/ (10.07.2016).

23 Baasner, Frank/Stefan Seidendorf (Hrsg.) 2013: Jeder für sich oder alle gemeinsam in Europa? Die Debatte über Identität, Wohlstand und die institutionellen Grundlagen der Union, Baden-Baden.

lismen und der Mobilisierung von Wählern über eine Kombination identitärer und wirtschaftlicher (Wohlfahrts-)Argumente angenommen, wobei jeweils dem politischen System (föderal/dezentralisiert/Zentralstaat) eine entscheidende Bedeutung zukam, um den Erfolg oder Nicht-Erfolg regionalistischer und separatistischer Bewegungen zu erklären.

Die Wirkung der genannten identitären und Wohlfahrts-Argumente erklärt sich über ihre Fähigkeit zur Abgrenzung und zur Mobilisierung: „Wir“ steht gegen „Sie“. Das „Wir“ kann über identitäre Argumente kulturell, historisch oder ethnisch konstruiert werden; es kann auch über Kosten-Nutzen-Argumente wirtschaftlich konstruiert werden („wir“ zahlen für „die“ oder „die“ halten „uns“ abhängig...). Erfolgreiche Mobilisierung (Schottland, Flandern, Katalonien...) verbindet beide Argumente miteinander und findet außerdem im politischen System eine Opportunitätsstruktur.

Im französischen Fall werden beide Diskurse derzeit erfolgreich vom Front National bedient, die Abgrenzung findet hier zwischen „Franzosen“ (= „wir“) und „Fremden“ (in Frankreich) bzw. „der EU“ statt. Die Partei verbindet seit der von Marine Le Pen vorgenommenen Anpassungen in der Außendarstellung²⁴ ein kulturelles bzw. ethnisches Identitätsargument mit einem Wohlfahrtsargument (Sozialleistungen für Franzosen). Bei den Europawahlen 2014 wurde die Partei damit landesweit zur stärksten Partei. Bei den Regionalwahlen 2015 konnte die Partei trotz großer Erfolge im ersten Wahlgang letztendlich keine Region für sich gewinnen. Die Prämie von 25% der Sitze, die an die siegreiche Liste einer Region geht, hat schließlich überall für klare Verhältnisse gesorgt, sodass der Front National heute in allen Regionen die größte Oppositionspartei ist. Trotz der Dominanz dieser nationalen Agenda, kann untersucht werden, wie sich die Kombination der beiden Diskurse (Identität und Wohlfahrt) im Fall der französischen Gebiete auswirkt, in denen Regionalparteien angetreten sind.

5.1 Die identitäre Abgrenzung: „Wir gegen Sie“

Aus der Arbeit Dargents²⁵ kennen wir die französischen Regionen, in denen das regionale Identitätsgefühl am stärksten ist. Erhoben über drei Faktoren (Prozentsatz der Bevölkerung, die sich den anderen Bewohnern ihrer Region „sehr nahe“ fühlen, Prozentsatz der Bevölkerung, die meinen „viele“ gemeinsame Interessen mit den anderen Bewohnern ihrer Region zu teilen, Prozentsatz der Bevölkerung, die sich „sehr stolz“ fühlen, ihrer Region anzugehören), zeigen sich (von 19 der 22 französischen Regionen) vier Regionen in allen drei Faktoren deutlich über dem Durchschnitt (s. Tabelle 3).

24 Siehe dazu Köhler, Kim-Yvonne/Stefan Seidendorf/Nils Thieben 2011: „Neuer Kopf, alte Ideen? ‚Normalisierung‘ des Front National unter Marine Le Pen“, Aktuelle Frankreich-Analysen 25: Juli 2011, Ludwigsburg: Deutsch-Französisches Institut.

25 Dargent 2001 (Fn. 5): 798.

Tabelle 3: Anteil der Bevölkerung (in %), der die gestellten Fragen in der genannten Kategorie beantwortet hat

| Region | Fühlen sich den Bewohnern ihrer Region „sehr nahe“ | Haben „viele“ Interessen mit den Bewohnern ihrer Region gemein | Fühlen sich „sehr stolz“, ihrer Region anzugehören |
|--|--|--|--|
| Elsass | 25 | 34 | 50 |
| Bretagne | 26 | 38 | 62 |
| Korsika | 46 | 46 | 55 |
| Midi-Pyrénées (Baskenland) | 24 | (26) | 38 |
| Nord-Pas-de-Calais | 26 | 32 | 38 |
| Durchschnitt 19 (von 22) frz. Regionen | 19,42 | 25,57 | 33,89 |

Quelle: Eigene Übersetzung und Zusammenfassung von Dargent 2001:798, mit Umfragedaten der von 1985-2004 jährliche durchgeführten Umfrage des *Observatoire interrégional du politique*, in Zusammenarbeit mit den *Conseils régionaux* (hier Zahlen von 1998). Die Daten sind zugänglich über das *Centre de données socio-politiques de SciencesPo*, CSDP (www.cdsp.sciences-po.fr).

Es ist nicht verwunderlich, dass in zwei dieser Regionen (Bretagne und Korsika) eigene regionalistische Parteien versuchen, aus dem regionalen Identitätsgefühl Kapital zu schlagen. Allerdings scheint dies im französischen Fall schwierig: So zeigt Elisabeth Dupoirier mit demselben Umfragematerial wie Dargent, allerdings für die Umfrage des Jahres 2001, dass gerade in den genannten Regionen mit hohem Identitätsgefühl auch der Bezug zur Nation (Frankreich) sehr hoch ist:²⁶ 63% der Elsässer, 62% der Bretonen, 54% der Korsen fühlen sich genauso Frankreich wie ihrer Region zugehörig („Autant attaché à la France qu’à leur région“, Durchschnitt der 20 befragten Regionen: 59%). Stärker ihrer Region, als Frankreich zugehörig, fühlen sich 17% der Elsässer, 22,5% der Bretonen und immerhin 32% der Korsen (Durchschnitt der 20 befragten Regionen: 12%)²⁷.

Allerdings ist es im spezifischen Rahmen der französischen Republik schwierig, politische Ansprüche auf kulturellen oder ethnischen Faktoren zu gründen: das gesamte politische Projekt der Republik basiert ja auf der Idee der Emanzipation des Individuums, das so der Diskrimination aufgrund von Herkunft, Hautfarbe etc. entkommt.

26 Dupoirier 2007 (Fn. 6): 538.

27 Ein weiterer Beleg für diese These – hohe Identifikation mit der Region schließt hohe Identifikation mit Frankreich nicht aus, eher im Gegenteil – bei Schrijver 2008:189

Eine eigene Sprache, eigene Traditionen und Brauchtum können deshalb schwerlich als Argument im republikanischen Diskurs als demokratisch legitim verfangen. In der universalen Tradition der französischen Aufklärung stehen solche Argumente sogar immer unter dem Verdacht, der Emanzipation und Befreiung individueller Bürger aus den Ansprüchen traditioneller Gemeinschaften (Familien, Ethnien, Religionen) entgegen zu stehen. Ein im Rahmen von kulturellen oder ethnischen Begründungen vorgetragenes Argument ist im universal-rationalistisch geprägten Diskurs der französischen Republik kaum legitim. Für die Bürger ist es so, im französischen Fall seit sehr langem, naheliegend und „normal“, zusätzlich zu ihrer regionalen kulturellen Identität ihre politischen Angelegenheiten im Rahmen der Republik zu verhandeln.

Entsprechend haben sich in beiden Regionen, in der Bretagne und in Korsika, in den letzten Jahrzehnten weitreichende Veränderungen ergeben, was beispielsweise die Anerkennung der Regionalsprache betrifft, den Unterricht in dieser Sprache in den Grundschulen etc. Diese Wahrnehmung kultureller und historischer Differenzen fand jedoch immer im gesamtfranzösischen Rahmen, im Rahmen der Republik, statt, und nicht als Ergebnis politischer Forderungen einzelner (regionaler) Gemeinschaften.

Im korsischen Fall verfängt das Identitätsargument am ehesten, da es hier durch die Inseltradition eine nach außen klar abgegrenzte und definierte, eigene kulturelle Identität gibt (Sprache, Geschichte etc.), in deren Namen seit langer Zeit auch politische Forderungen erhoben werden und hier die französische Republik reagiert hat. Seit 1991 erkennt sie Korsika als eigene Gebietskörperschaft (*collectivité territoriale à statut particulier*) an. Durch die *Assemblée de Corse*, die die „Exekutive“ des korsischen Regionalrats (*Conseil régional*) abberufen kann, gibt es hier in embryonaler Form ein parlamentarisches System auf regionaler Ebene in Frankreich. Seit 2014 hat auch die neu geschaffene „Metropolregion Lyon“ ein solches Statut, weitere Metropolregionen wollen folgen. Auch hier scheint es dem republikanischen Zentralstaat in Frankreich zu gelingen, Autonomieansprüche im (fortentwickelten) Rahmen des nationalen Einheitsstaats zu bedienen.

Mit der Ausnahme Korsikas reicht die Politisierung der regionalen Identitäten für eine Mobilisierung von Wählern bei der Europawahl 2014 und der Regionalwahl 2015 nicht aus.²⁸ Wie in den meisten westeuropäischen Fällen ist sie nur eine notwendige Bedingung, zu der sich weiterhin eine über Wohlfahrtsargumente funktionierende Argumentation gesellen muss, die dann im Rahmen des Wahlsystems mehr oder weniger Chancen auf Realisierung hat.

5.2 Wohlfahrtsargument

Das Wohlfahrtsargument kann grundsätzlich in zwei Richtungen funktionieren: Wohlhabende Regionen können sich dagegen wehren, dass ihr Wohlstand zugunsten des Zentralstaates (oder der ärmeren Regionen) umverteilt wird; ärmere Regionen können sich dafür

28 Seidendorf, Stefan 2013: „Einleitung“, in: Baasner, Frank/Stefan Seidendorf (Hrsg.) 2013: Jeder für sich oder alle gemeinsam in Europa? Die Debatte über Identität, Wohlstand und die institutionellen Grundlagen der Union, Baden-Baden, S. 7-34 (hier: 25-26).

mobilisieren, dass die Zentralregierung und die reicheren Regionen zu ihren Gunsten umverteilen.

Wie oben angeführt²⁹, ist Frankreich grundsätzlich ein Staat mit geringen regionalen Unterschieden. Da es bisher keine entsprechenden Umverteilungsmechanismen gibt (sondern den Anspruch der Republik, überall gleiche Lebensverhältnisse zu gewährleisten und bspw. die Leistungen des *service public* – Gas und Elektrizität, Telekommunikation und Post, Wasser etc. – gleichermaßen in entlegenen Gebirgsregionen, wie in der Hauptstadt Paris anzubieten³⁰), ist es schwierig, im Rahmen der Europawahlen für die Schaffung eines solchen Mechanismus zu werben. Den eher links der Mitte stehenden Parteien der RPS steht auch hier die Tradition der französischen Republik entgegen: Diese garantiert soziale Mindeststandards für *alle* ihre Bürger, unabhängig davon, wo sie leben. Gerade in der universalistischen Tradition der französischen Linken ist es wenig kohärent, für ein bestimmtes Territorium eine Besserstellung zu fordern.

Etwas anders sieht die Situation in der Bretagne und in Korsika aus. Der überraschende Erfolg des Bürgermeisters von Carhaix-Plouguer, Troandec, und seines *Mouvement Bretagne et progrès* hat mit der Popularität der von Troandec initiierten und unterstützten bretonischen Protestbewegung der *bonnets rouge* (Rotkappen) zu tun. Diese in den Jahren 2013-2014 entstandene bretonische Protestbewegung wandte sich gegen die Politik der Pariser Regierung unter Premierminister Ayrault und Präsident Hollande. Dabei ging es ganz explizit gegen die (gefühlte) zu hohe Steuerlast, sowie gegen geplante weiterreichende Abgaben, die vor allem im Agrarbereich einen Einstieg in eine ökologische Steuerreform bedeutet hätten. Troandec profitierte auch im Europawahlkampf noch von dieser Bewegung und der Popularität, die diese ihm verliehen hat. Hier findet sich durchaus die Verbindung einer identitären Mobilisierung („wir Bretonen“) mit einer ökonomischen Argumentation („genug gezahlt“). Allerdings fehlt Troandec die institutionelle Unterstützung durch eine etablierte Partei mit Strukturen und Akteuren.

Im korsischen Fall gibt es schon lange das Argument der regionalistischen Parteien, dass „korsischer“ Grund und Boden von „kontinentalen“ (= französischen) Immobilien- und Bauspekulanten aufgekauft und mit hohen Gewinnen promotet würde, auf Kosten der „eingeborenen“ korsischen Bevölkerung, die sich entsprechende Anwesen nicht leisten könne. Dieses Argument erlaubt die politische Forderung nach einer Vorzugsbehandlung der korsischen Bevölkerung beim Erwerb von Grund und Boden. Bisher fehlen jedoch die politischen Möglichkeiten, ein entsprechendes Vorzugsgesetz regional durchzusetzen. Auf nationaler Ebene fehlen dazu Einfluss und Macht. Nicht zuletzt sind es die in der Realität wesentlich komplexeren Verbindungen zwischen korsischen, südfranzösischen und national agierenden Immobilienstrukturen, die der Durchsetzung einer entsprechenden Forderung im Wege stehen.

29 DB Research 2014 (Fn. 4): 18.

30 Siehe *Estèbe, Philippe* 2014: „Territoriale Gleichheit: Auch eine französische Leidenschaft“, in: *Deutsch-Französisches Institut/Stefan Seidendorf (Hrsg.): Frankreich in der Krise: Die Suche nach dem verlorenen Selbstverständnis (Frankreich-Jahrbuch 2013)*, Wiesbaden, S. 101-126 (hier: 111-112).

5.3 Politisches System

Damit kommen wir zum dritten Element, das die spezifische Ausprägung regionalistischer Parteien im Falle Frankreichs erklären kann. Wie von Elias³¹ und ihren Kolleginnen gefordert, scheint der Fall der französischen regionalistischen Parteien nach einem differenzierteren Erklärungsansatz, jenseits des Makrovergleiches verschiedener Nationalstaaten, zu verlangen. Vielmehr scheint die spezifische Kombination heimischer und europäischer Faktoren im Parteiensystem die vorliegende Ausprägung erklären zu können. Erst die Möglichkeitsstruktur, die durch die Existenz der Europäischen Freien Allianz und durch ihre langjährige Präsenz im Europäischen Parlament entstanden ist, hat einige französische Regionalparteien dazu gebracht, sich für die Europawahlen zu interessieren und nach Möglichkeiten zu suchen, auf die (im EP vorhandenen) Ressourcen zuzugreifen.

Es ist jedoch erst die besondere Ausprägung des französischen Europawahlgesetzes, die dazu führt, dass diese Parteien sich innerhalb Frankreichs in einer Parteienföderation (RPS) zusammenschließen. Dies erlaubt im Wahlkampf 2014 immerhin, in mehr als fünf Wahlkreisen präsent zu sein und damit Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesen zu erhalten. Im Gegensatz zum Wahlkampf 2009 gelingt jedoch keine Listenverbindung mit einer frankreichweit präsenten Partei (*Europe Ecologie*), was Voraussetzung wäre, um mögliche Erfolge in regionalen Hochburgen auch – im Rahmen der sehr großen Europawahlbezirke – in zählbare Parlamentssitze zu verwandeln.

So bleibt der strukturierende Effekt eines Parteienverbundes (RPS) auf die ideologische Ausrichtung der verschiedenen regionalistischen Parteien (sozial, progressiv, föderalistisch, ökologisch...).

In den Regionalwahlen sind es wiederum die national vorgegebenen Strukturen, die eine erfolgreiche Mobilisierung regionaler Parteien verhindern – mit Ausnahme Korsikas, das seit kurzem über einen (im Rahmen der Regionalwahlen verstärkten) Sonderstatus verfügt (s. oben). Dieser hat in schon überraschend kurzer Zeit dazu geführt, dass sich das vorhandene regionalistische Potential strukturiert, die Regionalwahlen gewinnt, ideologische (links-rechts) Differenzen zwischen „Exekutive“ (*Conseil executif*) und „Legislative“ (*Assemblée de Corse*) zugunsten einer gemeinsamen regionalistischen Agenda überwindet und die gegebenen Möglichkeiten maximal ausnutzt. Die nun auch institutionell gegebene Sichtbarkeit wird bereits in den ersten beiden (konstituierenden) Sitzungen dazu genutzt, die eigene, separatistische (regionalistische) Agenda maximal auszureizen und durch symbolische Handlungen diesen Anspruch zu unterstreichen. Zu diesen gehören ausschließlich Vorhaben, die entweder als „identitäre Abgrenzung“ oder „Abgrenzung aufgrund von Wohlfahrtargumenten“ bezeichnet werden können.

31 Elias, Anwen 2008: „Whatever happened to the Europe of the Regions? Revisiting the Regional Dimension of European Politics“, in: *Regional and Federal Studies* 18:5, 483-492 (hier: 489), sowie Elias, Anwen 2016: „Institutionelle Opportunitäten und regionalistische Bewegungen aus vergleichender Perspektive“, in: *Deutsch-Französisches Institut/Stefan Seidendorf (Hrsg.): Frankreich nach der Territorialreform (Frankreich-Jahrbuch 2015)*, Wiesbaden, S. 93-109.

6 Zusammenfassung

Die Analyse der Europawahlen 2014 in Frankreich hat deutlich gemacht, dass die nationalen Besonderheiten des politischen Prozesses, zusammen mit den spezifischen institutionellen Elementen des französischen Europawahlgesetzes, gut den Misserfolg regionalistischer Parteien in Frankreich erklären können. Obwohl es in mindestens drei historischen Regionen mess- und wahrnehmbare regionalistische Strömungen gibt (Bretagne, Elsass, Korsika), und obwohl im Zuge der Territorialreform François Hollandes und der geplanten Fusionen von Regionen diese Strömungen neue Bedeutung gewonnen haben, konnten sie an den Urnen weder in der Europawahl 2014 noch in der Regionalwahl 2015 Erfolge erzielen – mit der Ausnahme Korsikas, wo das besondere Inselstatut bei den Regionalwahlen zu einer regionalistischen Inselregierung, getragen von einer entsprechenden Mehrheit im Regionalparlament, geführt hat. Dieser korsische Regionalismus organisierte sich auch im Vorfeld der Europawahlen politisch und erreichte messbare Ergebnisse, die im Rahmen des französischen Europawahlgesetzes jedoch zu keinem Abgeordnetenmandat führten. Dies scheint weiterhin nur möglich im Rahmen einer landesweiten Organisation und Präsenz (über die Dachorganisation RPS), die dann weiterhin eine Listenverbindung mit einer weiteren nationalen Partei eingehen und dabei ihre aussichtsreichsten Kandidaten entsprechend platzieren muss.

In der derzeitigen Situation in Frankreich (2016) werden außerdem Argumente der identitären und wohlfahrtsstaatlichen Abgrenzung bei weitem am erfolgreichsten vom *Front National* mobilisiert. Aus den Europawahlen 2014 ging diese Partei erstmals in einer landesweit durchgeführten Wahl als Sieger hervor und bündelte dabei erhebliches Protestpotential, das andernfalls auch den Regionalparteien hätte zugutekommen können.

Regionalparteien in Italien: Zwischen Abgrenzung und Mitregieren

Greta Klotz

1 Die Parteien im Lichte des Regionalismus

Das italienische Parteiensystem ist als eine Ursache für die Instabilität des politischen Systems Italiens bekannt.¹ Die Parteien sind nämlich nicht nur fragil und fragmentiert, sondern wechseln auch häufig ihre politische Strategie. Dies ist nicht nur ein Phänomen auf nationaler, sondern auch auf regionaler Ebene. In mehr als der Hälfte der italienischen Regionen, in denen 2010 gewählt wurde, kam es zwischen 2013 und 2014 zu vorgezogenen Neuwahlen. Wesentlich verantwortlich hierfür sind die Parteien als zentrale Entscheidungsträger des politischen Systems. Die italienische Verfassung definiert die Funktion politischer Parteien wie folgt: „Alle Staatsbürger haben das Recht, sich frei in Parteien zusammenzuschließen, um in demokratischer Form an der Ausrichtung der Staatspolitik mitzuwirken.“² Anders als in Deutschland existiert keine rechtliche Grundlage, welche die Aufgaben oder die demokratische Ordnung der Parteien im Detail regelt und deren „Ernsthaftigkeit“ zur Voraussetzung erhebt.³ An der „Ernsthaftigkeit“ italienischer Parteien lässt sich häufig zweifeln, besonders dann wenn Neugründungen, Abspaltungen sowie innerparteiliche Querelen auf der Tagesordnung stehen oder das Handeln von personalisierten Taktiken gekennzeichnet ist.

Obwohl das Parteiensystem in der so genannten „Ersten Republik“⁴ (1948-1992/1993) durch zwei Großparteien (*Democrazia Cristiana* und *Partito Comunista Italiano*) dominiert wurde und damit stabilisiert schien, war Italien schon damals von einer hohen Parteiensplitterung geprägt. Diese verringerte sich auch nach der Transformation des Parteiensystems 1993 und den zwei Wahlrechtsänderungen⁵ nicht und hält bis heute an. Es stellt

1 Vgl. Ullrich, Hartmut 2009: Das politische System Italiens, in: Ismayr, Wolfgang, Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden, 643-712. Zur aktuellen Krise der italienischen Parteien: Caravita, Beniamino (2015): Sistema die partiti e riforme istituzionali, in: www.federalismi.it, (25.03.2015)

2 Art. 49 der italienischen Verfassung.

3 In §2 des deutschen Parteiengesetzes heißt es, „Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit (...) auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen (...), wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse (...) in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten“. Zum fehlenden italienischen Parteiengesetz: Clementi, Francesco (2015): Prime considerazioni intorno ad una legge di disciplina dei partiti politici, in: www.federalismi.it (25.03.2015)

4 Pasquino stellt die These auf, dass man in Italien gar nicht von Erster und Zweiter Republik sprechen könne, sondern eher von einer „ersten“ und „zweiten“ Phase. Dies weil nach 1993 keine maßgeblichen institutionellen oder rechtlichen Reformen stattfanden, die eine „Zweite Republik“ eingeleitet hätten. Vgl. Pasquino, Gianfranco 2014: The 2013 elections and the Italian Political System, in: *Journal of Modern Italian Studies*, 19:4, 424-437, 435.

5 Das italienische Wahlsystem wird seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert. Von 1948 bis 1992 wählte Italien mit einem Verhältniswahlsystem ohne Sperrklausel. Ab 1993 bis 2005 galt ein kombiniertes Wahlsystem (75 Prozent der Sitze wurden nach Mehrheitswahl, 25 Prozent nach Verhältniswahl verge-

sich angesichts dessen die Frage, ob die Fragilität der nationalen Parteien auch auf die regionalen Akteure zutrifft.

Wie die gesamte (ethno)regionale Parteienfamilie in Europa⁶, ist das Phänomen der regionalen Parteien auch innerhalb Italiens sehr heterogen. Nach bloßer geografischer Eingrenzung, d.h. eine regionale Partei ist nicht auf dem gesamten Staatsgebiet vertreten, sind in den italienischen Regionalparlamenten derzeit insgesamt knapp 60 politische Bewegungen vorhanden.⁷ Bei den meisten handelt es sich um regionale Bürgerlisten (*liste civiche*) oder Protestparteien, die zwar die jeweilige Region als Bezugspunkt für sich beanspruchen, aber selten autonomistische Ziele im engeren Sinne verfolgen. Andere wiederum können als gesamtstaatliche Parteien mit regionaler Verankerung definiert werden oder sind Mischformen, die mehrere Merkmale aufweisen. In Anwendung der Definition von Türsan/De Winter reduziert sich die Anzahl der (ethno)regionalen Parteien in Italien auf knapp über 20.⁸ Zu den erfolgreichsten Vertretern dieser Kategorie zählen die Südtiroler Volkspartei in Südtirol und die *Union Valdostaine* im Aostatal, aber auch die rechtspopulistische Lega Nord, die ihre Hochburgen in den bevölkerungsreichen Regionen Lombardei und Venetien hat. Die meisten italienischen Regionalparteien sind kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Bereits vor der Gründung der Italienischen Republik 1946 forderten einzelne Gruppierungen aufgrund von starken regionalen Identitäten die Selbstbestimmung oder die Unabhängigkeit ein. Hervorzuheben sind hier insbesondere die *Federazione Sarda dei Combattenti* aus Sardinien, die zur Gründung des noch heute bestehenden *Partito Sardo d’Azione*⁹ (PSd’A) führte, sowie der *Deutsche Verband*, der für das 1919 von Italien annektierte Trentino-Südtirol einen weitreichenden Autonomieentwurf erarbeitete.¹⁰ Kurz

ben) und seit 2006 wird per Verhältniswahlssystem mit diversen Sperrklauseln und einer so genannten Mehrheitsprämie für die stimmenstärkste Partei oder das stimmenstärkste Parteienbündnis gewählt (diese Prämie wird für die Kammer auf nationaler, für den Senat auf regionaler Ebene vergeben). Unter der Regierung Renzi wurde im Mai 2015 ein neues Wahlgesetz, das so genannte *Italicum* (Nr. 52/2015) verabschiedet. Vgl. Gamper, Anna (Hrsg.) 2010: Entwicklungen des Wahlrechts am europäischen Fallbeispiel, Wien.

- 6 Vgl. Tronconi, Filippo 2009: I partiti etnoregionalisti. La politica dell’identità territoriale in Europa occidentale, Bologna.
- 7 Stand: Mai 2016. Diese eigene Berechnung basiert auf offiziellen Wahlergebnissen und bezieht sich auf die Zusammensetzung der Regionalparlamente nach der jeweiligen letzten Wahl. Nicht mitgezählt sind die so genannten „Listen der Präsidenten“, eine personalisierte Variante zur Unterstützung eines bestimmten Präsidentschaftskandidaten bei Regionalratswahlen. Zur Klassifizierung der Parteien basierte sich die Autorin auf: Pallaver, Günther 2006: Regionale Parlamente und Parteien in Italien. Transformationsprozesse, Trends und Perspektiven, in: Zimmermann-Steinhart, Petra: Regionale Wege in Europa. Föderalismus – Devolution – Dezentralisierung, München, 115-150, 129ff.
- 8 Türsan/De Winter fassen unter den Begriff *ethnoregionalist parties* all jene politischen Gruppierungen, die sich auf eine exklusive Gruppenidentität berufen und sich für einen gewissen Grad an territorialer Selbstverwaltung für „ihre“ Region einsetzen. Vgl. Türsan, Huri 1998: Ethnoregionalist Parties as Ethnic Entrepreneurs, in: De Winter, Lieven/Türsan, Huri: Regionalist Parties in Western Europe, 1-16, 5ff.
- 9 Vgl. Hepburn, Eve 2010: Explaining Failure: the Highs and Downs of Sardinian Nationalism, in: Hepburn, Eve (ed.), New Challenges for Stateless Nationalist and Regionalist Parties, 114-137; zur Geschichte der Partei siehe auch den offiziellen Internetauftritt: www.psdaz.net (10.06.2016).
- 10 Vgl. Corsini, Umberto/Lill, Rudolf 1988: Südtirol 1918-1946, hrsg. von der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, 77ff.

nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden weitere regionale Bewegungen: einerseits in den Regionen mit sprachlich-kulturellen Minderheiten (Südtirol, Aostatal, Friaul-Julisch-Venetien), andererseits auf den geografisch isolierten Inseln (Sizilien, Sardinien).¹¹ Deren Erfolg variierte deutlich: Nur die Südtiroler Volkspartei (SVP), die *Union Valdotaïne* im Aostatal und seit kurzem der *Partito Autonomista Trentino Tirolese* (PATT) in der Autonomen Provinz Trient konnten sich als relevante Akteure im Parteiensystem der jeweiligen Region etablieren. Dennoch trugen die autonomistischen und sezessionistischen Gruppierungen zur Bildung eines asymmetrischen Regionalstaats Italien mit fünf autonomen Regionen bei, welcher in Art. 116 der italienischen Verfassung verankert ist.¹² Mit Blick auf die restlichen 15 Regionen mit so genanntem Normalstatut entstand erst in den 1980er Jahren ein neuer Typus von regionalen Bewegungen, der sich von den historischen Regionalparteien differenziert. Zu dessen wichtigsten Vertretern gehört die 1989 gegründete Lega Nord, die sich zum Sprachrohr der nördlichen Regionen Italiens erhob. Ein Grund für diese relativ späte Entwicklung von weiteren Regionalparteien ist der geringe Status, den die Regionen im politisch-institutionellen Kontext Italiens lange Zeit innehatten.¹³ Zwischen 1948 bis zum Zusammenbruch des politischen (Parteien-)Systems Anfang der 1990er Jahre war Italien von zwei Parteien und deren gegensätzlichen Weltanschauungen geprägt: den Christdemokraten und den Kommunisten. Neben den dominanten Konfliktlinien Staat-Kirche und Arbeit-Kapital, war der Zentrum-Peripherie Konflikt kaum relevant. Erst nach dem Zusammenbruch der etablierten Großparteien entstand mehr Raum für territoriale Identitäten, die vorher ausschließlich in den peripheren Regionen und jenen mit sprachlich-ethnischen Minderheiten vorhanden waren.¹⁴ Neue institutionelle Rahmenbedingungen und eine schrittweise aber stetige Dezentralisierung des Staates beeinflussten dann die steigende Relevanz regionaler Akteure. Das neu entstandene Parteiensystem nach 1992 sowie die Einführung des kombinierten Wahlsystems erhöhten deren Erpressungs- und Koalitionspotential auf nationaler Ebene, womit sich manche regionale Parteien sogar von „wichtigen“ zu „entscheidenden“ Akteuren (*pivotal parties*) entwickeln konnten.¹⁵

11 Vgl. Pallaver, Günther 2007: Die Territorialisierung der Parteien – Auswirkungen des (asymmetrischen) Föderalismus auf die Parteienlandschaft. Das Fallbeispiel Italien, in: Palermo, Francesco/Herbek, Rudolf/Zwilling, Carolin/Alber, Elisabeth (Hrsg.): Auf dem Weg zu asymmetrischem Föderalismus?, Baden-Baden, 117-130, 134ff.

12 Die fünf Regionen Friaul-Julisch Venetien, Sardinien, Sizilien, Trentino-Alto Adige/Südtirol und Aostatal/Vallée d’Aoste genießen besondere Formen der Autonomie gemäß Sonderstatuten, wobei die Region Trentino-Südtirol aus den Autonomen Provinzen Trient und Bozen besteht. Vgl. Nevola, Gaspare 2003: Introduzione. Perché le Regioni a statuto speciale: questioni di identità nazionale, in: Nevola, Gaspare (Hrsg.), Altre Italie. Identità nazionale e Regioni a statuto speciale, Roma, S. VII-XLV, XVII.

13 Vgl. Woelk, Jens 2014: 2001. Italy’s Odyssey between Federalism and Regionalism, in: Grabher Gudrun/Mathis-Moser Ursula (Hrsg.), Regionalism(s). A Variety of Perspectives from Europe and the Americas, Wien.

14 Nach dem Zusammenbruch der herrschenden Subkulturen verringerte sich zwar die Bindung an die traditionellen Parteien, nicht aber jene zum eigenen Territorium. Ideologie wurde vielerorts mit territorialer Identität ausgetauscht. Vgl. Pallaver, Günther 2006: Regionale Parlamente, 118f.

15 Vgl. Brunazzo, Marco/Pallaver, Günther 2016: From Important Parties to Pivotal Parties. The Role of Regional Parties in Italy’s Second Republic, in: Robert Kaiser/Jana Edelmann (eds.): Crisis as a perma-

Während im Zuge der politisch-rechtlichen Aufwertung der subnationalen Gebietskörperschaften in den 1990er Jahren von einem „Revival der Regionen“¹⁶ gesprochen werden konnte, sieht es 2016 eher nach einem „Revival des Zentrums“ aus. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krisen in den letzten fünf Jahren („Experten-Regierung“ unter Mario Monti, vorgezogene Neuwahlen 2013, zwei Regierungschefs innerhalb nur eines Jahres) sowie der dringenden Reformnotwendigkeit¹⁷ ist die dezentrale Entwicklung des Staates zum Stillstand gekommen und erlebt mit der geplanten umfassenden Verfassungsreform der Regierung Renzi nun sogar eine Kehrtwende. Schwer wiegt außerdem der Vertrauensverlust der italienischen Parteien. Dies verdeutlichte der Erfolg der Protestbewegung *Movimento 5 Stelle* (M5S, *Bewegung der 5 Sterne*) bei den Parlamentswahlen 2013 und den Regionalwahlen 2015. Auch die sinkende Wahlbeteiligung ist ein wichtiger Indikator für die politische Krise des Landes. In den meisten Regionen verringerte sich die Wahlbeteiligung bei den vergangenen Regionalwahlen um 10 bis 15 Prozent, in der Region Emilia-Romagna gaben im November 2014 sogar nur 37 Prozent ihre Stimme ab. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die künftige Rolle der Regionen, sondern auch jene der politischen Akteure auf subnationaler Ebene in Frage gestellt. Sind regionale Bewegungen in Italien ein bloßes Relikt der vergangenen Zentrum-Peripherie Konflikte oder können sie als erfolgreiche und fortschrittliche Akteure innerhalb eines krisengebeutelten Nationalstaates bezeichnet werden? In Anbetracht des gesamten Staatsgebiets handelt es sich stimmenanteilig um jeweils kleine Akteure, doch sie regieren immerhin vier von 20 italienischen Regionen und werden, angesichts der bisher stets knappen Mehrheitsverhältnisse, auch häufig national als Mehrheitsbeschaffer benötigt.

Der vorliegende Beitrag zeigt aktuelle Dynamiken ausgewählter Regionalparteien auf und berücksichtigt Ereignisse bis einschließlich Mai 2016. Auf eine Einführung zur Bedeutung der Regionalparteien auf nationaler bzw. regionaler Ebene Italiens folgt eine Kurzanalyse zweier Fallbeispiele. Sowohl die ethnoregionale Südtiroler Volkspartei (SVP) als auch die rechtspopulistische Lega Nord (LN) können gemessen an ihren Wahlergebnissen als erfolgreichste Regionalparteien Italiens bezeichnet werden. Ihre Unterschiede im Hinblick auf historische Entwicklung und Programm stehen beispielhaft für die Heterogenität der italienischen Regionalparteien. Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung steht die Frage, inwiefern sich diese beiden Parteien in Vergangenheit und Gegenwart vom Nationalstaat und den nationalen Parteien abgegrenzt haben. Dabei werden drei Dimensionen erörtert: eine territoriale (Aktionsraum und Wahlerfolg), eine strategische (politische Ausrichtung) sowie eine ideologische Dimension (Selbstverständnis und Ziele).

nent condition? The Italian Political System between Transition and Reform Resistance, Baden-Baden, 35-59.

16 Pallaver 2007 (Fn. 11).

17 Vgl. Alber, Elisabeth/Zwilling, Carolin 2012: Das „System Italien“ zwischen Notstandsmaßnahmen und Föderalisierungsvorhaben, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.)*, Jahrbuch des Föderalismus 2012, Baden-Baden, 292-309.

2 Die Regionalparteien in Staat und Region

Nach der Einführung des kombinierten Wahlsystems¹⁸, hat sich in Italien ein bipolares „Parteienblocksystem“ in Form von zwei großen Koalitionsbündnissen etabliert (Mitte-Links vs. Mitte-Rechts). Seit den Parlamentswahlen 2013 ist das nationale Parteiensystem hingegen in etwa drei gleich starke Blöcke aufgeteilt. Zu der Demokratischen Partei (PD) von Mitte-Links und dem *Popolo della Libertá* (PDL) von Mitte-Rechts, der sich 2014 in *Forza Italia* (FI) und *Nuovo Centrodestra* (NCD) aufsplitterte, kam als neue dritte Kraft das *Movimento 5 Stelle*¹⁹ hinzu. Seitdem repräsentieren der Mitte-Rechts und Mitte-Links-Block in der Abgeordnetenversammlung gemeinsam nur mehr 58 Prozent der Stimmenanteile, obwohl dieser Anteil in den letzten Legislaturperioden immer über 80 Prozent betrug. Seit der Regierungsübernahme des neuen Premierministers Matteo Renzi im Februar 2014 wird Italien von einer großen Koalition aus PD, NCD und mehreren kleinen Gruppierungen regiert. Zudem wird die „Große Koalition“ von einigen vornehmlich regionalen Parteien extern gestützt. Diese sind personell zwar nicht in die Regierung eingebunden, für die Mehrheit im Senat – insbesondere bei den häufigen Vertrauensabstimmungen der Regierung Renzi – aber notwendig. Bei den Parlamentswahlen 2013 wurden insgesamt 14 Parteien in beide Kammern gewählt. Sechs davon können als Regionalparteien definiert werden, wobei sich von diesen nur die Lega Nord an der Opposition befindet.

Tabelle 1: Wahlerfolg der Regionalparteien in Senat und Abgeordnetenversammlung 2013

| | Sitze im Senat (315 Sitze) und Prozent der erhaltenen Stimmen im jeweiligen Territorium | Sitze in der Kammer (630 Sitze) und Prozent der erhaltenen Stimmen im jeweiligen Territorium |
|---|---|--|
| Lega Nord (LN) | 18 - 4,34%* | 17 - 4,09%* |
| Südtiroler Volkspartei (SVP) | 3 - 53,5%** | 4 - 44,17%*** |
| Partito Autonomista Trentino Tirolese (PATT) | 1 - 49% | 1 - 4,8%*** |
| Unione per il Trentino (UpT) | 1 - 45,1% | 1 - 19,5% |
| Union Valdotaïne und Stella Alpina (Valle d'Aoste) | 1 - 37% | 1 - 25,4% |

* Ergebnis auf gesamtem Staatsgebiet

** Durchschnitt aus drei Wahlkreisen

*** Ergebnis auf Ebene der jeweiligen Autonomen Provinz Bozen und Trient. Gemeinsam erhielten SVP und PATT in der Autonomen Region Trentino-Südtirol 24,2% der Stimmen

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse, www.elezioni.interno.it

Zusätzlich zu den in Tabelle 1 gelisteten und allesamt in den nördlichen Regionen angesiedelten Parteien sind noch weitere regionale Listen im nationalen Parlament vertreten. Diese sind insofern schwer von den nationalen Akteuren abgrenzbar, da sie nicht mit eigenem Listenzeichen, sondern nur in Form einzelner Kandidaten im Bündnis mit einer der großen Parteien kandidiert haben. Dies betrifft vor allem süditalienische Bewegungen, die im Vergleich zu den nördlichen Regionalparteien nicht nur fragmentiert, sondern sehr *leader-*

18 Siehe Fußnote 5.

19 Vgl. *Bordignon, Fabio/Ceccarini, Luigi*: Five Stars and a Cricket. Beppe Grillo Shakes Italian Politics, in: *South European Society and Politics*, 18:4, 427-449.

abhängig sind.²⁰ Demgegenüber präsentieren sich die nördlichen Regionalparteien überaus stabil, verfügen allerdings über sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen. Die Lega Nord hebt sich von den anderen Regionalparteien ab, da sich ihr Aktionsraum auf mehr als die Hälfte der italienischen Regionen erstreckt und das Wählerpotential somit gänzlich andere Dimensionen aufweist. Dagegen kommen der Südtiroler Volkspartei und der *Union Valdotaïne* als Vertreter sprachlicher Minderheiten Sonderregelungen im Wahlrecht zugute, die für andere regionale Bewegungen nicht gelten.²¹ Damit der Einzug ins nationale Parlament garantiert ist, sind die regionalen Gruppierungen fast immer auf externe (Wahl)Unterstützung angewiesen. Sie hängen von der Gunst der nationalen Parteien ab, gegebenenfalls aber auch jener der regionalen Brüder und Schwestern. Einige Beispiele: Die Partei der Südtiroler „Grünen“ entsand 2013 erstmal einen deutschsprachigen Südtiroler in das römische Parlament, der nicht der historischen Autonomiepartei SVP angehört. Machbar war dies allerdings nur über ein Bündnis mit der nationalen linksökologischen Partei *Sinistra Ecologia Libertá* (SEL), auf deren Liste der spätere Südtiroler Abgeordnete kandidierte. Ein Blick auf die Regionalparteien der Autonomen Provinz Trient bestätigt die These ebenso. Der PATT, im Trentino Regierungspartei, kandidierte für die Abgeordnetenversammlung in einem regionalen Bündnis gemeinsam mit der SVP, der Kandidat der regionalen Bewegung *Unione per il Trentino* hingegen auf der Liste der nationalen Partei *Scelta Civica – Con Monti per l’Italia*. Für die Wahl zum Senat wurden wiederum andere Bündnisse geschlossen, da die Senatoren der Autonomen Region Trentino-Südtirol, anders als im restlichen Staatsgebiet, nach dem Mehrheitswahlrecht in Ein-Mann-Wahlkreisen gewählt werden. Im Aostatal ist wiederum nur ein Sitz für die Kammer und ein Sitz für den Senat zu vergeben, weshalb die dortigen Regionalparteien vor der Wahl Koalitionen eingehen und sich anschließend die Sitze untereinander aufteilen. So wurde im überparteilichen Koalitionsbündnis *Vallee d’Aoste* der Kandidat der *Union Valdotaïne* in den Senat gewählt, in die Kammer zog indes der Vertreter der *Stella Alpina* ein. Obwohl die nationalen Wahlen ein wichtiger Stimmungs- und Erfolgsbarometer sind, ist die regionale Ebene für Regionalparteien üblicherweise die wichtigste Wahlarena.²²

20 Vgl. *Brunazzo/Pallaver*, From Important Parties zu Pivotal Parties.

21 Dem Aostatal steht gemäß italienischer Verfassung (Art. 57) 1 Sitz im Senat und gemäß Gesetzesdekret Nr. 361 vom 30. März 1957 (Art 92 und 93) ein Kammerabgeordneter zu, gewählt wird mit einem Mehrheitswahlrecht in einem Einer-Wahlkreis. In den anderen Regionen mit Sonderstatut wo sprachlich anerkannte Minderheiten leben, gilt ebenso eine Sonderregelung: Es kommen keine nationalen Sperrklauseln zur Anwendung. Für die Verteilung der Sitze in der Abgeordnetenversammlung gilt seit 2005 eine Wahlhürde von 20 Prozent auf Ebene des Wahlbezirks. Für den Senat gilt die Mehrheitswahl in Ein-Mann-Wahlkreisen. Vgl. *Peterlini, Oskar* 2012: Minderheitenschutz und Wahlsysteme, Die Spielregeln von Wahlsystemen und ihre Auswirkungen auf Sprachminderheiten - Südtirol und europäische Minderheiten im Blickfeld, Wien. Auch im neuen Wahlgesetz *Italicum* gibt es Sonderregelungen für die Parteien, die sprachliche Minderheiten vertreten. Vgl. *Guella, Fabio* 2015: Le garanzie per le minoranze linguistiche nel sistema elettorale c.d. Italicum, in: *Rivista AIC*, 3/2015.

22 Vgl. *Anwen, Elias/Tronconi, Filippo* 2011: “Autonomist Parties from Protest to Power: A Comparative Overview.”, in: *Anwen, Elias/Tronconi, Filippo (eds.)*, From Protest to Power. Autonomist Parties and the Challenges of Representation, Wien, 347-373, 350. Hierbei ist auf die Sonderstellung der Regionen mit Sonderstatut zu verweisen, die mit den paritätischen Kommissionen, welche die Durchführungsbestimmungen der jeweiligen Autonomiestatute ausarbeiten, über eine direkte Verhandlungsmöglichkeit mit dem Staat verfügen. Diese Kommissionen sind bilaterale Organe, die durch die Auto-

Im italienischen Kontext trifft dies nur auf die Lega Nord nicht unbedingt zu, da sich deren Aufmerksamkeit durch ihre wechselnde Rolle als nationale Oppositions- und Regierungspartei in den letzten Jahren vermehrt in Richtung Zentrum verlagert hat. Derzeit werden vier von 20 italienischen Regionen von regionalen Parteien regiert: Trentino-Südtirol (PATT und UpT bzw. SVP in den jeweiligen Autonomen Provinzen Trient und Bozen), Aostatal (UV und *Stella Alpina*), Venetien sowie die Lombardei (LN). Zudem sind in Sardinien sowie Sizilien regionale Gruppierungen als „Juniorpartner“ an der Regierung beteiligt (Sardinien: *Rossmori* und *Partito dei Sardi*; Sizilien: *Patto dei Democratici per le Riforme-Sicilia Futura*, *Sicilia Democratica*). Mit Blick auf die einzelnen Regionalparlamente wird ersichtlich, dass sich Regionalparteien, die sich für Formen der Selbstverwaltung einsetzen bis auf die Lega Nord und die *Indipendenza noi Veneto* ausschließlich auf die fünf Regionen mit Sonderstatut beschränken. Die Asymmetrien zwischen den Regionen mit Normal- und Sonderstatut sind somit nicht nur verfassungsrechtlicher Natur, sondern treffen auch auf das jeweilige Parteiensystem²³ zu. Zudem werden in den 20 italienischen Regionen zum Teil unterschiedliche Wahlsysteme angewandt. In den 15 Regionen mit Normalstatut dominieren nach wie vor die nationalen Großparteien, wobei auch in diesen Regionen eine Territorialisierung von Parteien stattgefunden hat. In 13 von 15 Regionalräten sind regionale Bürgerlisten, Namenslisten bzw. regionale Verankerungen von nationalen Parteien vertreten, in sechs von 15 Regionalräten sogar jeweils mehr als zwei. Dennoch verfügen diese regionalen Akteure nur über dürftige Stimmenanteile im jeweiligen Regionalrat und zwischen einem (z.B. *Rialzati Molise* in Molise) und vier Sitzen (z.B. *Noi a sinistra per la Puglia* in Apulien). Auffallend ist hingegen, dass sich seit den Regionalwahlen 2014 und 2015 die politischen Kräfteverhältnisse in den neun betroffenen Regionen verschoben haben und nur (mehr) zum Teil die nationale Machtkonstellation widerspiegeln. Wie es sich bereits bei den Parlamentswahlen 2013 herauskristallisiert hat, etablierte sich in fast allen Regionen die Protestbewegung der *Fünf Sterne* als dritter Pol. In 5 von 15 Regionen stellt die Bewegung inzwischen sogar die zweitstärkste Kraft.

Von der Krise des rechten Parteien-Blocks um den ehemaligen Premierminister Silvio Berlusconi (aus dem PDL wurden 2014 die Parteien *Forza Italia* und NCD) profitierte aber auch die Lega Nord, die mittlerweile in sieben Regionen über 12 Prozent der Stimmenanteile vertritt und damit weit über ihrem Stimmenanteil von der Parlamentswahl 2013 liegt. Die letzten Regionalwahlen verdeutlichten aber auch die Zerbrechlichkeit der regionalen Parteienspektren, was sowohl auf nördliche wie auch südliche Regionen zutrifft. Abgesehen von einer stark verringerten Wahlbeteiligung ist die Transformation der Parteiensysteme beeindruckend, was wiederum auf die Fragilität der Parteien selbst zurückzuführen ist. So sind in Kalabrien seit 2014 beispielsweise nur mehr zwei von acht Parteien, die 2010 in den Regionalrat eingezogen waren, vertreten. Alle anderen existieren entweder nicht mehr (z.B. PDL) oder haben den Einzug nicht mehr geschafft (z.B. UdC). Eine ähnliche Unbeständigkeit ist in der Emilia Romagna und Venetien – zwei Regionen des Nor-

nomiestatute geregelt sind: Friaul-Julisch-Venetien (Art. 65); Sardinien (Art. 56); Sizilien (Art. 43); Trentino-Südtirol (Art. 107); Aostatal (Art. 48-bis).

23 Nach Nohlen ist ein Parteiensystem das „strukturelle Gefüge der Gesamtheit der politischen Parteien in einem Staat“, vgl. Nohlen, Dieter 2001: Kleines Lexikon der Politik, München. Im Folgenden wird der Begriff ebenso als Allgemeinbegriff für die Charakterisierung der jeweiligen Parteienlandschaft verwendet.

dens – aber auch im südlichen Kampanien feststellbar. In der Emilia Romagna kamen 2014 zwei neue Parteilisten hinzu, drei sind hingegen aus dem regionalen Parlament verschwunden. Noch augenscheinlicher war der Umstand in Kampanien, wo 10 von 14 Parteien neue politische Akteure sind, oder zumindest solche, die 2010 noch unter einem anderen Listenzeichen angetreten waren. In Venetien erreichten demgegenüber die Lega Nord und die *Liste Zaia*, eine Unterstützungsliste für den später bestätigten Präsidenten der Region, einen Achtungserfolg. Dort schafften aber auch drei Bürgerlisten sowie die Unabhängigkeitsbewegung *Indipendenza noi Veneto* erstmals den Einzug in den Regionalrat, während sechs Parteien, die 2010 noch im Regionalrat vertreten waren, nicht mehr gewählt wurden bzw. nicht mehr zur Wahl standen. Obwohl die nationale Regierungspartei PD weiterhin 12 von 15 der Regionen mit Normalstatut regiert und bei den Regionalwahlen 2014/2015 respektable Ergebnisse einfuhr, gingen die Anti-Establishment-Bewegungen M5S und LN eindeutig als Sieger aus diesen Wahlen hervor. Zusammen mit dem Aufschwung von regionalen Bürger- und Namenslisten verweist dies auf eine Krise der etablierten Parteien in der regionalen Wahlarena.²⁴

Tabelle 2: Parteien in den Regionen mit Sonderstatut

| Autonome Provinz bzw. Autonome Region | Wahljahr | Anzahl der Parteien im Landtag/Regionalparlament | Anzahl und Namen der Regionalparteien sowie regionalen Bürgerlisten | Nationale Parteien/Mischformen | Regierungskoalition |
|---------------------------------------|----------|--|---|--|---|
| Autonome Provinz Bozen/Südtirol | 2013 | 9 | 7 (SVP, Union für Südtirol, Südtiroler Freiheit, Die Freiheitlichen, Ladins Dolomites, Alto Adige nel cuore, Grüne/Verdi/Verc) | PD, M5S | SVP und PD |
| Autonome Provinz Trient | 2013 | 9 | 7 (PATT, UpT, Progetto Trentino, Union Autonomista Ladina, Civica Trentina, Amministrare il Trentino, LN) | PD, M5S | PD, PATT und UpT |
| Aostatal | 2013 | 6 | 4 (UV, Union Valdotaie Progressiste, Stella Alpina, Autonomie Liberté Participation Écologie) | PD, M5S | UV, Stella Alpina |
| Friaul-Julisch-Venetien | 2013 | 9 | 4 (Slovenska Skupnost, Cittadini per Seracchiani Presidente, LN, Autonomia Responsabile) | PD, SEL, PDL, UdC, M5S | PD, SEL, Cittadini per Seracchiani Presidente |
| Sardinien | 2014 | 18 | 8 (PSd'A, Riformatori Sardi Liberal Democratici, Partito dei Sardi, Rossomori, La Base Sardegna, IRS - Indipendenza Repubblica de Sardinia, Partito UDS - Unione dei Sardi, Movimento Sardegna zona franca – Lista Randaccio) | PD, SEL, Centro Democratico, Rifondazione – Comunisti Italiani- Sinistra sarda, Unione Popolare Cristiana, Partito Socialista Italiano, Italia dei Valori, Forza Italia, UdC, Fratelli d'Italia – Centrodestra Nazionale | PD, SEL, Partito dei Sardi, Rossomori, Centro Democratico |

²⁴ Vgl. *Vampa Davide* 2015, The 2015 Regional Election in Italy: Fragmentation and Crisis of Subnational Representative Democracy, in: *Regional and Federal Studies*, 25:4, 365-378.

| | | | | | |
|----------|------|---|---|---|-------------------------------------|
| Sizilien | 2012 | 9 | 3 (Partito dei Siciliani-MpA, Grande Sud, Il Megafono-Lista Crocetta) | PD, M5S, UdC, PDL, Cantiere Popolare, Nello Musumeci Presidente | PD, UdC, Il Megafono-Lista Crocetta |
|----------|------|---|---|---|-------------------------------------|

Quelle: Eigene Erstellung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse und Eigendefinition der Parteien. Die Tabelle basiert auf den jeweiligen Regierungskoalitionen bzw. Parteien unmittelbar nach der jeweiligen Wahl.

Die Parteiensysteme der Sonderregionen weichen nicht nur von den anderen Regionen, sondern auch untereinander stark voneinander ab. Im Aostatal können vier von sechs Parteien als (ethno)regional bezeichnet werden, in Südtirol sieben von neun. Auch in der Autonomen Provinz Trient sind die Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien regionale Bewegungen. PATT/UpT koalieren wie auf nationaler Ebene auch auf Provinzebene mit dem nationalen PD. Obwohl mit Ugo Rossi erstmals ein Mitglied der regionalen Partei PATT direkt gewählter Landeshauptmann des Trentino wurde, blieb der PD die stärkste politische Kraft. Südtirol stellt einen Sonderfall innerhalb der Sonderfälle dar, da das dortige Parteiensystem nach ethnischen Konfliktlinien (deutsch- bzw. italienischsprachige sowie interethnische Parteien) aufgebaut und zudem eine starke Territorialisierung der nationalen Akteure feststellbar ist.²⁵ Im Aostatal gibt es sogar eine rein regionale Regierungskoalition ohne Teilnahme von nationalen Parteien. Auch die SVP hätte diese Möglichkeit nach den Landtagswahlen 2013 in Südtirol gehabt (siehe Kapitel 3.1), koalierte dann aber mit dem bewährten Koalitionspartner PD. In Sizilien, Sardinien und Friaul-Julisch-Venetien stellen die regionalen Bewegungen nicht die Mehrheit im Regionalrat. Auffallend ist dafür aber die hohe Parteienfragmentierung auf den Inseln. In Sizilien wurde 2012 der nationale M5S zur stärksten Kraft, obwohl die Region historisch und durch ihre Lage bedingt eigentlich großes Potential für regionale Akteure hätte. Dennoch konnten sich regionale Parteien hier kaum konsolidieren.²⁶ In Sardinien sind sieben regionale Bewegungen im Regionalrat vertreten, wobei bei den Regionalwahlen 2014 keine von diesen über drei Sitze bzw. 5 Prozent der Stimmen hinauskam. Die sardischen Regionalparteien sind nicht nur fragmentiert, sondern auch ideologisch sehr heterogen. Erstmals stellte sich auch eine neue linke sezessionistische Bewegung (*Sardegna Possibile*) der Wahl, die allerdings an der regionalen Prozenzhürde von 10 Prozent scheiterte. Die Region Friaul-Julisch-Venetien fällt im Vergleich der Sonderregionen aus dem Raster, da deren Regionalparlament – ähnlich wie die Machtkonstellation auf nationaler Ebene – von der Demokratischen Partei dominiert wird und sich dahinter der frühere PDL und die Fünfsternebewegung reihen. Bis auf die *Slovenska Skupnot*, welche die slowenische Minderheit vertritt, gibt es keine nennenswerten Regionalbewegungen.

25 Vgl. Pallaver, Günther 2009: Südtirols Parteien und Parteiensystem. Ethnisch, fragmentiert und zentrifugal, in: Pallaver, Günther (Hrsg.), *Politika09. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuar de politica*, Bozen, 245-268.

26 Das Parteiensystem in Sizilien ist sehr undurchsichtig und fragmentiert. Im Jahr 2012 wurde Rosario Crocetta (PD) zum neuen Präsidenten gewählt. Er führt derzeit bereits die vierte Regierungskoalition innerhalb von 3,5 Jahren an.

3 Fallbeispiele Südtiroler Volkspartei und Lega Nord

3.1 Die Abgrenzung nach territorialer Dimension: Aktionsraum und Wahlerfolg

Nach dem Überblick zum Erfolg der regionalen Parteien im Allgemeinen, folgt nun ein detaillierter Blick auf die die Südtiroler Volkspartei und die Lega Nord. Die beiden Parteien sind die einzigen regionalen Akteure Italiens, die seit ihrer jeweiligen Gründung durchgehend sowohl auf regionaler wie auch auf nationaler Ebene im Parlament vertreten sind. Die LN blickt mittlerweile auf eine fast 30-jährige Parteiengeschichte zurück, die Südtiroler Volkspartei feierte 2015 ihr 70-jähriges Bestehen.

Bei der SVP handelt es sich um eine der erfolgreichsten ethnoregionalen Parteien Europas.²⁷ Sie regiert die Autonome Provinz Bozen-Südtirol seit 1946 und stellt seitdem immer den Landeshauptmann. Bis zum Jahr 2008 errang die SVP bei jeder Wahl zum Südtiroler Landtag die absolute Mehrheit an Stimmen und Sitzen, ist aber seit einigen Jahren mit zunehmendem Verlust der Stimmenanteile konfrontiert. Die SVP regiert gemeinsam mit dem nationalen PD (früher deren Vorläuferformen), wobei dies bis zur Landtagswahl 2013 keine notwendige Koalition nach Stimmenanteilen sondern nur auf Art. 50 des Südtiroler Autonomiestatuts und der diesbezüglichen Proporzregelung zwischen den Sprachgruppen zurückzuführen war.²⁸ Gegenwärtig liegt die SVP mit 45 Prozent und 17 von 35 Sitzen weiterhin unumstritten auf Platz 1 der Südtiroler Parteienlandschaft. Ähnlich dominant ist nur die UV im Aostatal (33,47 Prozent). Die beiden Parteien, aber auch der 1921 gegründete PSD'A in Sardinien, haben die politische Landschaft in ihren jeweiligen Regionen sehr geprägt. Typisch bei der Entwicklung dieser historischen Regionalparteien ist die erst mit den Jahren aufkommende Konkurrenz durch weitere regionale Akteure, die meist auf innerparteilichen Abspaltungen gründen. So war auch die SVP bis 1964 die einzige deutschsprachige Partei²⁹ in Südtirol und vertrat stets über 60 Prozent der Stimmen. Abgesehen von der neuen Konkurrenz ab den 1960er Jahren, trug auch die veränderte gesellschaftliche Zusammensetzung im Hinblick auf die Stärke der Sprachgruppen zum verkleinerten Wählerkontingent bei. Zwischen den Landtagswahlen 1998 (56,6 Prozent) und 2013 (45,7 Prozent) verlor die Volkspartei knapp 11 Prozent der Südtiroler Wählerstimmen.

27 Vgl. Pallaver, Günther 2006: The Südtiroler Volkspartei: from Irrendentism to Autonomy, in: *De Winter, Lieven et al (eds.), Autonomist Parties in Europe: Identity, Politics and the Revival of the Territorial Cleavage*, Barcelona, 161-188.

28 Die Südtiroler Bevölkerung setzt sich aus 69,41 Prozent Deutschsprachigen, 26,06 Prozent Italienischsprachigen und 4,53 Prozent Ladinischsprachigen zusammen (Volkszählung 2011). Gemäß Autonomiestatut muss die Zusammensetzung der Landesregierung das Sprachgruppenverhältnis der im Landtag vertretenen Abgeordneten widerspiegeln. Daher musste die SVP in Vergangenheit auch trotz absoluter Mehrheit eine Koalition mit einer italienischsprachigen Partei (in ihrem Fall PD) eingehen. Da 2013 nur mehr fünf italienischsprachige Abgeordnete in den Landtag gewählt wurden, musste laut Proporzsystem nur mehr 1 Italiener in der Landesregierung vertreten sein. Dadurch wäre auch eine Koalition mit den interethnischen Grünen in Frage gekommen. Nach wie vor sind die Südtiroler Parteien nach Sprachgruppen aufgeteilt und dem entspricht auch zum Großteil das Wahlverhalten. Vgl. *Atz, Hermann/Pallaver, Günther 2014: Die Normalisierung Südtirols*, in: *Pallaver, Günther (Hrsg.), Politika14. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige/Anuar de politica dl Südtirol*, Bozen, 149-193, 171ff;

29 Aktuell sind im Landtag vier deutschsprachige und zwei interethnische Parteien vertreten.

2014 kam die SVP und der neue Landeshauptmann Arno Kompatscher, der in einem Generationswechsel 2013 den über zwei Jahrzehnte regierenden Luis Durnwalder ablöste, in starke Bedrängnis. Zuerst hatte ein Skandal um hohe Politikerpensionen nie dagewesene Bürgerproteste zur Folge und führte zum Rücktritt der Parteispitze sowie zu einem hohen Mitgliederverlust. Einige Monate später kamen es aufgrund der Reform des lokalen Gesundheitswesens und der geplanten Schließung von peripheren Krankenhäusern zu großen Streitigkeiten bis hin zu Parteiaustritten.

Die Lega Nord blickt auf einen gänzlich anderen Werdegang als die historischen ethno-regionalen Parteien zurück. Zum einen vertritt sie keine sprachliche Minderheit und agiert nicht in einem genau definierten Territorium, zum anderen hat sie sich erst selbst eine regionale Identität geschaffen, auf die sie sich beruft.³⁰ Die LN ist zurzeit in 10 von 20 italienischen Regionalräten vertreten. Ihre Gründung geht auf kleine unabhängige Protestbewegungen in mehreren norditalienischen Regionen in den 1980ern zurück (u.a. *Liga Veneta*, *Liga Piemunteisa*, *Lega Lombarda*), die sich für die Selbstbestimmung einsetzten. Im Laufe der Jahre hat sich die Bewegung von einer Protestpartei zu einer nationalen Regierungspartei entwickelt. Eine der zentralen Fragen in diesem Kontext ist, ob die LN denn überhaupt noch als Regionalpartei definiert werden kann, oder sich nicht schon längst zu einer nationalen Partei gewandelt hat. Mit neuen Programmschwerpunkten nach dem Vorbild des französischen *Front National* entfernt sich die Lega Nord unter dem neuen Parteivorsitzenden Matteo Salvini zunehmend von ihren historischen Wurzeln und ihrer regionalen Identität.³¹ Erfolgreich wurde die Lega Nord vor allem durch den Zusammenbruch der Großparteien Anfang der 90er Jahre, als auch der italienische Zentralismus auf den Prüfstand gelangte und der Weg für die Thematisierung des Nord-Süd-Antagonismus sowie der Konfliktlinie Zentrum-Peripherie – beides zentrale Profilierungen der LN – geebnet wurde.³² Die Lega setzte die „*northern question*“, d.h. das ökonomisch motivierte Unbehagen der nördlichen Regionen gegenüber dem Süden, auf die politische Agenda und zog damit viele Wählerstimmen aus unterschiedlichen Lagern an Land.³³ Den ersten großen Wahlerfolg auf nationaler Ebene feierte die LN 1992 (8 Prozent), regional waren die *Lega Lombarda* und *Liga Veneta* schon zuvor erfolgreich. Im Vergleich zur SVP, die bis 2008 immer über 50 Prozent der Stimmen in Südtirol erzielte, ist der Wahlerfolg der LN schwankend und liegt in den nördlichen bzw. Zentrumsregionen zwischen sechs (Trentino) und 20 Prozent (Ligurien). National schwankt die Partei zwischen vier (2013) und zehn Prozent

30 Die Lega Nord legitimiert ihre Anliegen mit historischen Rückbezügen auf das Mittelalter als der nördliche Teil Italiens unter der Herrschaft des Heiligen Römischen Reiches stand und mehrere lombardische Städte für die Selbstverwaltung kämpften.

31 Vgl. *Diamanti, Ilvo* 2015: Padana, nazionalista e “personalizzata”, ecco la tripla Lega alleata di Casapound, in: http://www.repubblica.it/politica/2015/03/02/news/padana_nazionalista_e_personalizzata_ecco_la_trippla_lega_alleata_di_casapound-108522142/ (Abrufdatum: 3. Juni 2016); *Diamanti, Ilvo* 2013: La Lega partito nazionale alla conquista del Sud, in: http://www.repubblica.it/politica/2014/06/02/news/lega_nazionale_cresce_nel_sud-87846391/ (03. 06.2016).

32 Vgl. *Decker, Frank* 2004: Der neue Rechtspopulismus, Opladen, 211f.

33 Vgl. *Bulli, Giorgia/Tronconi, Filippo* 2011: “The Lega Nord”, in: *Anwen, Elias/Tronconi, Filippo* (eds.): From Protest to Power. Autonomist Parties and the Challenges of Representation, Wien, 51-74.

(1996). Schon drei Mal war die Lega Nord an einer nationalen Regierung unter Premierminister Silvio Berlusconi beteiligt.³⁴ Regional konzentrieren sich ihre Hochburgen auf Venetien und die Lombardei, wo sie seit 2010 bzw. 2013 den Präsidenten der Region stellt. Schon von 2000 bis 2005 regierte sie diese beiden Regionen, von 2010 bis 2014 auch das Piemont. Dennoch verfügt die Bewegung regional nicht über eine solch solide Regierungserfahrung wie eine SVP. Während diese jahrzehntelang die „Sammel-Partei“ der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler war, hing der Wahlerfolg der LN immer stark von ihrem variablen Programm und den jeweiligen Koalitionspartnern ab. Anfang 2012 stürzte die Partei nach einem internen Skandal um Veruntreuung von Parteigeldern in eine tiefe Krise. Der Gründervater Umberto Bossi musste zurücktreten und die LN verlor bei den darauffolgenden Regionalwahlen bis zu 50 Prozent der Wählerstimmen.³⁵ Auch bei den nationalen Wahlen 2013 erlebte die Bewegung einen regelrechten Erosionsprozess. Obwohl Experten schon mehrmals den Untergang der Lega Nord voraussagten, muss sie nach wie vor als fixer Bestandteil des hochvariablen italienischen Parteienspektrums angesehen werden. Seit ihrer thematischen Umstrukturierung durch den neuen Parteivorsitzenden ist die Bewegung sogar wieder im Aufwärtstrend, was die Regionalwahlen 2015 klar belegten.

Tabelle 3: Wahlerfolg der Regionalparteien auf regionaler Ebene

| | Gründungsjahr | Jahr der letzten Wahlen in der Provinz/Region | Prozent und Sitze im Landtag/Regionalrat – vorhergehende Legislatur | Prozent und Sitze im Landtag/Regionalrat – aktuelle Legislatur |
|---|---------------|---|---|--|
| Lega Nord (LN)* | 1989 | 2010, 2013 (L) 2010, 2015 (V) | 26,21 % (18 von 80) (L) 35,16 % (17 von 60) (V) | 12,96 % (15 von 80) (L) 17,8 % (24 von 51) (V)** |
| Südtiroler Volkspartei (SVP) | 1945 | 2008, 2013 | 48,1 % (18 von 35) | 45,7 % (17 von 35) |
| Partito Autonomista Trentino Tirolese (PATT) | 1988 | 2008, 2013 | 8,52 % 1 (3 von 35) | 17,55 % (7 von 35) |
| Unione per il Trentino (UpT) | 2008 | 2008, 2013 | 17,92 % (6 von 35) | 13,33 % (5 von 35) |
| Union Valdotaïne (UV) | 1945 | 2008, 2013 | 44,39 % (17 von 35) | 33,47 % (13 von 35) |
| Stella Alpina | 2001 | 2008, 2013 | 11,39 % (4 von 35) | 12,25 % (5 von 35) |

Quelle: Eigene Erstellung auf Grundlage offizieller Wahlergebnisse.

*Für die Lega Nord werden die beiden Regionen Lombardei (L) und Venetien (V) als Bezugspunkte hergenommen.

34 Die erste Regierungskoalition (1994/1995) zwischen *Forza Italia*, der *Allianza Nazionale* und der LN hielt nur wenige Monate. Berlusconi II, wiederum eine Koalition zwischen der FI, AN und LN überstand die gesamte Legislaturperiode 2001-2006. Zu einer dritten Regierungskoalition zwischen der LN und dem *Popolo della Libertà* (Zusammenschluss FI und AN) kam es nach vorgezogenen Neuwahlen 2008. Diese Regierungskoalition brach im November 2012 auseinander, Mario Monti führte dann eine so genannte „Expertenregierung“ bis zum Februar 2013.

35 Vgl. *Brunazzo, Marco/Roux, Christophe* 2012: The Lega Nord: From Alpine peripheral Protest to Italian Central Government, in: *Pallaver, Günther/Wagemann Claudius (eds.)*, Challenges for Alpine Parties. Strategies of Political Parties for Identity and Territory in the Alpine Regions 55-80, 77.

***Die Lega Nord erhielt in Venetien 2015 17,8 Prozent der Stimmen. Würde man hier aber das Ergebnis der Lista Zaia (23,1 Prozent) hinzuzählen, ergebe dies über 40 Prozent der Stimmenanteile. Bei der Liste Zaia handelt es sich um eine „Liste des Präsidenten“, die zur Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Luca Zaia gegründet wurde. Zaia gehört der Lega Nord an und wurde 2015 im Amt des Präsidenten bestätigt*

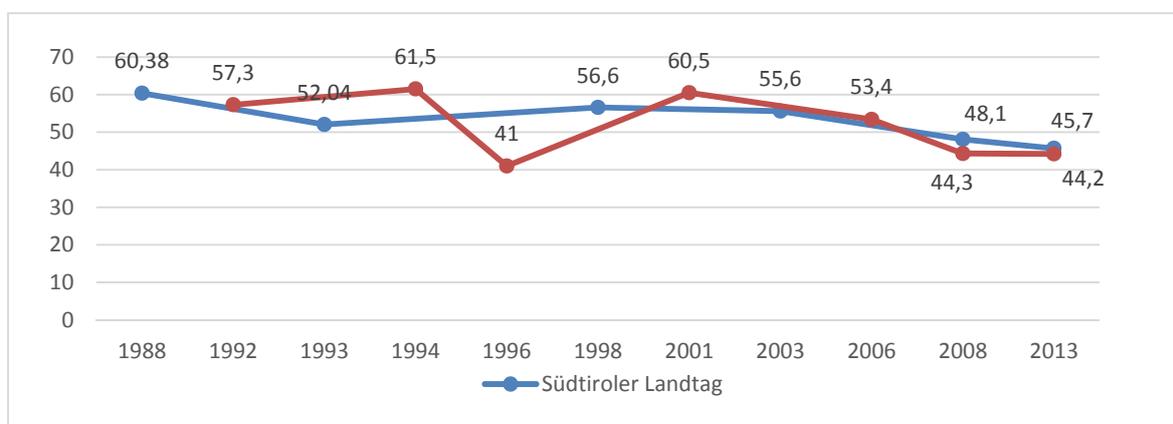
Sowohl bei der SVP, wie auch der LN, muss zwischen nationalem und regionalem Wahlerfolg erheblich differenziert werden (siehe Tabelle 3 und Abbildungen 1, 2). Aufgrund des besonderen Wahlrechts und der geringeren Relevanz von anderen deutschsprachigen Parteien ist die SVP bei nationalen Wahlen unangefochten die stärkste Partei Südtirols. Bei der Wahl zur Abgeordnetenversammlung 2013 erhielt die Volkspartei mit 132.154 Stimmen nur gering weniger Stimmen als 2008 (132.612), obwohl sie insbesondere von 2001 auf 2006 sowie von 2006 auf 2008 stark an Stimmen einbüßen musste. In Bezug auf die Anzahl ihrer Mandate³⁶ ist die Partei derzeit zwar so erfolgreich wie noch nie, hat dies aber den Bündnissen mit dem nationalen PD zu verdanken (siehe Kapitel 3.2). Während vor nationalen Parlamentswahlen die ethnisch-kulturelle Zusammengehörigkeit³⁷ und die Notwendigkeit der „Einheit“ der deutschen und ladinischen Sprachgruppe stark betont werden, ist dies auf Landesebene schon länger nicht mehr ausreichend. Die SVP ist im Südtiroler Landtag zwar nach wie vor stärkste Partei, aber durch Konkurrenz von rechts (Die Freiheitlichen, Südtiroler Freiheit) und links (Die Grünen, PD) sowie nach diversen Skandalen kontinuierlich in einem leichten Abwärtstrend. Anders als die Lega Nord, konkurriert die Südtiroler Volkspartei aber nicht mit nationalen Parteien, sondern verliert Konsens zu Gunsten von regionalen Bewegungen mit alternativen territorialen Zukunftsmodellen für Südtirol.³⁸

36 Insgesamt acht Abgeordnete: Fünf in der Kammer, drei im Senat. Der fünfte Sitz in der Abgeordnetenversammlung ging an Mauro Ottobre vom PATT, der auf der SVP-Liste kandidierte. Der dritte Senatssitz im Wahlkreis „Bozen Unterland“, ging an den unabhängigen Kandidaten Francesco Palermo, der für die SVP und den PD gemeinsam antrat.

37 „Autonomie in Gefahr“ lautete der plakative Wahlspruch der SVP in der Wahlkampagne 2013.

38 Die Semi- und Anti-Autonomie-Parteien (Die Freiheitlichen, Südtiroler Freiheit, BürgerUnion) vertreten gemeinsam 27 Prozent der Stimmen und halten acht von 35 Sitzen im Landtag. Während die „Freiheitlichen“ für das Modell eines unabhängigen Freistaates eintreten, setzt sich die „Südtiroler Freiheit“ für die Selbstbestimmung ein. Vgl. *Alber, Elisabeth* 2015, Qualified Autonomy vs. Secessionist Discourses in Europe: The Case of South Tyrol, in: *Belser, Eva Maria/Fang, Alexandra/Massüger, Nina/Oleschak, Rheka* (Hrsg.), States Falling Apart? Secessionist and Autonomy Movements in Europe, Bern, 267-296.

Abbildung 1: Wahlerfolg der SVP im Südtiroler Landtag und in der Abgeordnetenkommission seit 1985



Quelle: Eigene Erstellung nach offiziellen Wahlergebnissen

Die Wahlergebnisse der LN sind weniger konstant als jene der SVP, aber national insofern beträchtlich, da die Partei ihre Stimmen bisher nur aus den nördlichen Regionen erhält. Vor ihrer internen Selbstzerfleischung nach den Veruntreuungsskandalen 2012/13 errang die LN bei den Regionalwahlen 2010 in Venetien 35 Prozent, in der Lombardei 26 Prozent der Stimmen (entspricht +20% bzw. +15% im Vergleich zu 2005). Derselbe Trend war bei den nationalen Wahlen erkennbar. Von 2006 auf 2008 verdoppelte die LN ihre Stimmenanteile sowohl in Venetien als auch in der Lombardei. Trotz der hohen Wahlverluste nach dem Rücktritt Bossis 2012 hat die totgesagte LN mit neuem Vorsitzenden nun wieder Rückenwind erhalten. Der erste große Testlauf dafür waren die Regionalwahlen 2015, bei denen die Lega Nord ihre Stimmen insbesondere im Zentrum Italiens erheblich ausbauen konnte. Die LN kandidierte in sechs von sieben Regionen und erhielt bis auf Apulien zwischen 13 und 20 Prozent der Stimmen. Im Durchschnitt erhielt sie über 17 Prozent und ließ die *Forza Italia* klar hinter sich. Besonders aussagekräftig ist der Erfolg in der Toskana (16 Prozent) sowie in den Marken (13 Prozent), da es sich hier eigentlich um keine historische Basis der Lega Nord handelt. Insgesamt profitierte die LN vor allem von den Streitigkeiten im Mitte-Rechts-Lager, was ihr ermöglicht auch konservative Wählerstimmen aufzufangen.³⁹

Die SVP verlor bei den letzten Landtagswahlen im Jahr 2013 zwar nur einen Sitz, kam aber durch den Verlust der absoluten Mehrheit in Bedrängnis. Die aktuellste Bewährungsprobe der Partei waren die Südtiroler Kommunalwahlen im Mai 2015. In 109 Gemeinden die zur Wahl schritten, gewann die SVP 93 Bürgermeisterämter – fünf Jahre zuvor waren es noch 101 gewesen. Besonders schmerzhaft war dabei der Verlust des ersten Bürgers in der zweitgrößten Stadt Meran, wo der SVP-Kandidat in der Stichwahl geschlagen wurde. Trotz vermehrter Konkurrenz durch Bürgerlisten, konnte die SVP ihre führende Position in den Gemeinden insgesamt aber halten und erreichte südtirolweit 54,5 Prozent der Stimmen

³⁹ Bei den Kommunalwahlen im Juni 2016 war die LN hingegen nicht (mehr) überall erfolgreich. In Mailand wurde sie beispielsweise zur zweitstärksten Partei hinter Forza Italia gewählt.

und damit nur 3,6 Prozent weniger als 2010.⁴⁰ Die Partei ist auf kommunaler Ebene außerdem nach wie vor durch ein stabiles Netzwerk an Ortsgruppen gefestigt, obwohl sie durch die internen Reibereien und politischen Skandale letztlich immerhin 30 Prozent ihrer Mitglieder verloren hat.⁴¹

Abgesehen von ihrem soliden Erfolg auf nationaler und regionaler Ebene, sind die SVP und LN die einzigen regionalen Parteien Italiens, die auch im EU-Parlament vertreten sind. Die SVP mit einem Abgeordneten (Herbert Dorfmann), die LN mit sechs (darunter dem Parteivorsitzenden Matteo Salvini). Die SVP nimmt schon seit 1979 an EU-Wahlen teil und hatte bisher immer einen Repräsentanten in Brüssel.⁴² Wie beim nationalen Parlament kommt die SVP auch auf EU-Ebene in den Genuss eines Minderheitenschutzes⁴³. Die Lega Nord errang bei den EU-Wahlen 2014 über sechs Prozent der Stimmen. Im Vergleich zu den vorhergegangenen EU-Wahlen entsprach dies zwar einem Verlust, zu den Parlamentswahlen 2013 aber einem Zuwachs. Dass die Lega Nord bei dieser Wahl erstmals auch Zustimmung in südlichen Regionen⁴⁴ erhielt, unterstreicht die These, wonach sie immer weniger als regionale Gruppierung definiert werden kann.⁴⁵ Abgesehen von der diesbezüglichen politischen Kommunikation, die sich vorrangig um nationale Themen dreht, gründete Matteo Salvini im Dezember 2014 die Bewegung *Noi con Salvini* (*Wir mit Salvini*), die in den südlichen Regionen auf Stimmenfang im Mitte-Rechts-Lager gehen soll.⁴⁶ Bei den Regionalwahlen 2015 errang man in Apulien zwar keinen Sitz im Regionalrat, aber immerhin 2,29 Prozentpunkte. Das alte Feindbild der südlichen Regionen wurde mittlerweile durch populistischen Appeal an Ressentiments gegen Migranten und die EU ersetzt. Es stellt sich die Frage, ob diese neue Strategie die Lega Nord langfristig nicht in einen Glaubwürdigkeitsverlust bei der Stammwählerschaft schlittern lässt – wie schon in der Vergangenheit bei radikalen thematischen Kehrtwenden (z.B. von der Sezessionsforderung zur Devolutionspolitik).

40 Vgl. *Atz, Hermann/Pallaver, Günther* 2016: Kommunalwahlen in Südtirol: Parteienverdrossenheit und Zunahme des Wettbewerbs, in: *Engl, Alice/ Pallaver, Günther/Alber, Elisabeth*: Politika 16. Südtiroler Jahrbuch für Politik/Annuario di politica dell'Alto Adige, Bolzano/Bozen, 89-112; *Gasser, Lisa Maria* 2015: Trostpflaster für die SVP, in: <https://www.salto.bz/de/article/20052015/trostpflaster-fur-die-svp> (10.03.2016).

41 2002 zählte die SVP noch 69.500 Mitglieder, 2014 hatte sie laut Eigenangaben 37.000, siehe: <http://www.svp.eu/de/partei/Aufbau/> (10.03.2016).

42 Die SVP erhielt bei den EU-Wahlen 2014 48% der Stimmen (91.736 Stimmen in Südtirol, 26.402 im Trentino), 2009 waren es noch 52,1%.

43 Gemäß Art. 12 und Art. 22 des Gesetzes Nr. 18 vom 24. Januar 1979 dürfen sich Parteien der sprachlichen Minderheiten (französisch, deutsch und slowenisch) mit einer nationalen Partei desselben Wahlkreises verbinden. Sollte es nach der Wahl keiner der Kandidaten der sprachlichen Minderheiten in die Rangliste geschafft haben, wird dem Kandidaten der letzte Platz der Liste garantiert, wenn er nicht weniger als 50.000 Stimmen erhält.

44 Die LN erhielt im südlichen Wahlkreis 43.183 Stimmen (0,76 Prozent). Zum Vergleich: Im Nordosten erhielt sie 933.135 Stimmen (11,7 Prozent).

45 Vgl. *Passarelli, Gianluca/Tuorto, Dario* 2012: The Lega Nord goes south. The electoral advance in Emilia-Romagna: A new territorial model?, in: *Political Geography* 31, 419-428.

46 Bei den Regionalwahlen 2015 ergatterte die neue Bewegung zwar keinen Sitz, erhielt in Apulien aber 2,29 Prozent der Wählerstimmen.



Quelle: Eigene Erstellung nach offiziellen Wahlergebnissen

3.2 Die Abgrenzung nach strategischer Dimension: Politische Ausrichtung

Die Bedeutung von Wahlbündnissen ist für regionale Akteure zweifelsohne hoch, obwohl es sich meistens um reine Zweckbündnisse handelt. Ähnlich zum Wahlerfolg, muss auch bei der politischen Strategie der Regionalparteien zwischen nationaler und regionaler Handlungsarena differenziert werden. Die Südtiroler Volkspartei war nie direkt an einer nationalen Regierung beteiligt, agierte aber – wie es auch seit 2013 der Fall ist – öfters als Mehrheitsbeschafferin für die sehr knappen italienischen Mehrheiten. Ähnlich wie schon bei den Parlamentswahlen 2001 und 2006⁴⁷ ging die SVP vor der Parlamentswahl von 2013 einen Koalitions пакт mit dem späteren Wahlsieger der Demokratischen Partei ein, damals noch unter der Führung von Pierluigi Bersani. Es gab auch Legislaturperioden in denen das Prinzip der SVP in Rom „unabhängig und blockfrei“ lautete und sie sich somit im Vorfeld keinem Bündnis verpflichtete. Unterstützt die SVP eine nationale Partei, die später die Wahlen gewinnt, bereits vor der Wahl, kam sie in den Genuss der geltenden Mehrheitsprämie im italienischen Wahlrecht und entsandte demzufolge mehr Vertreter in das römische Parlament als ohne ein Bündnis. Sowohl 2006 als auch 2013 hat sich diese Bündnisstrategie ausgezahlt, denn nur dank des Mehrheitsbonus für das siegreiche Koalitionsbündnis stellte die SVP 2006 drei Abgeordnete (plus einen vierten des PATT, der Regionalpartei aus dem Trentino) und drei Senatoren, seit 2013 sogar vier Abgeordnete (plus

47 2001 ging die SVP erstmals ein Bündnis mit der Mitte-Links-Partei *L'Ulivo* für die Wahlkreise im Senat ein („Pakt für die Autonomie“). 2006 schloss man erneut ein Bündnis mit der Mitte-Links-Koalition unter der Führung von Romano Prodi, diesmal allerdings nur auf staatlicher Ebene. Ausführlich zu den verschiedenen Koalitionsbündnissen: *Peterlini* 2012, Minderheitenschutz und Wahlsysteme, 193ff. (Fn. 21).

einen fünften des PATT). Demgegenüber wurde die SVP bei den nationalen Wahlen 2008, als sie kein Bündnis einging, vom Wahlgesetz benachteiligt. Damals schafften nur zwei SVP-Abgeordnete den Einzug in die Abgeordnetenversammlung, obwohl die Partei knapp 500 Stimmen mehr erhielt als 2013.

Diese diversen Strategien sind innerparteilich nicht unumstritten und offenbaren die fehlende klare Ausrichtung der Regionalpartei. Für ihre Bündnisse wird die SVP vor allem von den deutschsprachigen rechten Oppositionsparteien kritisiert, aber auch parteiintern kam es zu Machtkämpfen zwischen Vertretern, die den Ausbau der Autonomie durch eben diese Bündnisse gesichert sehen und Repräsentanten, welche eine blockfreie themengebundene Minderheitenpolitik favorisieren. Das Koalitionsbündnis mit einer nationalen Partei zwingt die SVP nämlich zu Verbindlichkeiten, andererseits stärkt es auch ihre Verhandlungsposition. Für letztere These spricht, dass die Stimmen der Volkspartei für den Wahlsieg des Mitte-Links-Bündnisses sowohl 2006 wie auch 2013 mitunter ausschlaggebend waren.⁴⁸ Dank des geltenden Bündnis mit dem PD und der knappen Mehrheitsverhältnisse im Senat besitzt die SVP gegenüber der Regierung Renzi Erpressungspotential, das u.a. bei den Verhandlungen zur Verfassungsreform im Sommer 2014 zu Tage kam.⁴⁹ Nichtsdestotrotz scheint die SVP immer noch Schwierigkeiten zu haben, sich ideologisch eindeutig zu positionieren und zwischen „Bündnisstrategie“ und „Blockfreiheit“ festzulegen. Während man im Südtiroler Landtag wie selbstverständlich eine Koalition mit der nationalen Regierungspartei PD einging, ist das strategische Verhalten auf kommunaler Ebene ambivalent. Vor den Stichwahlen zum Bürgermeister in der mehrheitlich italienischsprachigen Südtiroler Stadt Leifers erklärte sich die SVP blockfrei, anstatt die amtierende Bürgermeisterin Liliana Di Fede (PD), welche die Stadt bisher gemeinsam mit der SVP regiert hatte, zu unterstützen. Dieser Umstand ermöglichte der Volkspartei nach dem Sieg der Mitte-Rechts-Parteien und der Wahl von Christian Bianchi zum neuen Bürgermeister mit diesem eine Regierungskoalition einzugehen.

Auch die Lega Nord hat im Laufe der Jahrzehnte ihre politische Strategie mehrfach gewechselt. Sie kandidiert zwar meistens ohne direkten Partner, unterstützte aber bei den vergangenen nationalen Wahlen immer den jeweiligen Premierkandidaten des Mitte-Rechts-Bündnisses und war demzufolge ebenso in ein Koalitionsbündnis eingebunden. Regional hängen ihre Bündnispartner hingegen stark vom jeweiligen Kontext bzw. der Stimmenstärke ab. Diese Flexibilität ist unweigerlich auch mit der wechselnden Rolle als Regierungs- und Oppositionspartei verbunden und ihrem davon abhängigen thematischen Fokus. Anders als bei der SVP ist der Wahlerfolg der Lega Nord kaum vom Wahlrecht beeinflusst. Durch ihre regionale Konzentration konnte sie sowohl vom kombinierten Wahlsystem in den 1990er Jahren, als auch vom Proporzsystem mit Mehrheitsprämie seit

48 2006 gewann die Mitte-Links-Koalition von Prodi die Wahl nur dank 24.755 Stimmen (die SVP brachte dem Bündnis 182.704 Stimmen ein). 2013 siegte Pierluigi Bersani mit einer Differenz von 125.800 Stimmen, die SVP steuerte 146.000 bei.

49 Die neue Kompetenzverteilung zwischen Staat und Regionen (Art. 38 c. 11 des Gesetzesentwurfs AS Nr. 1429) wird auf die Regionen mit Sonderstatut nicht angewandt. Die Einführung dieser Schutzklausel geht mitunter auf den Druck der Senatoren der Regionen Trentino-Südtirol sowie dem Aostatal zurück. Hierzu ausführlich: *Palermo, Francesco* 2015: Tanto tuonó che piovve. Il „problema“ delle Regioni e le sue presunte soluzioni, in: *Palermo, Francesco/Parolari, Sara*: Riforma costituzionale e Regioni. Riflessioni a prima lettura sul nuovo Titolo V della Costituzione, Bolzano/Bozen, 155-175, 169.

2006 profitieren. Sie wurde für das Mitte-Rechts-Bündnis dadurch sogar zum notwendigen Partner und manövrierte sich in eine strategisch überaus günstige Position.⁵⁰ Der Grad des Einflusses der LN auf nationaler Ebene steht und fällt mit der Koalition mit anderen Mitte-Rechts-Parteien. Ohne Bündnis mit Berlusconi's *Forza Italia* bzw. dem späteren PDL hätte die national betrachtet kleine Bewegung der Lega Nord im damaligen bipolaren Parteienblocksystem nie die Möglichkeiten einer Regierungsbeteiligung gehabt. Gemessen an den Wahlergebnissen, war die LN in all ihren drei Regierungsteilnahmen nur Juniorpartner, hatte aber insbesondere von 2008-2012 strategisch wichtige Ministerposten inne und war durch ihre einfache Sprache vor allem medial sehr präsent. Dennoch waren die Regierungsbeteiligungen auch eine gewagte Strategie. Die Wandlung von einer Protest- in eine Regierungspartei war 1994 für viele Wähler nicht nachvollziehbar und die LN verlor damals vor allem aufgrund des Bündnisses mit der rechtsnationalen und postfaschistischen *Alleanza Nazionale* (AN) an Glaubwürdigkeit. Dies belegt der Stimmenverlust von über einer Million bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1994 nur einige Monate nach der Parlamentswahl. Der Abwärtstrend veranlasste den damaligen Parteivorsitzenden Umberto Bossi zum Strategiewandel und provozierte schon wenige Monate nach Beginn der Legislaturperiode den Regierungsaustritt der LN. Nach einer unabhängigen Kandidatur 1996 und neuen sezessionistischen Forderungen ging man 2001 wieder eine Koalition mit Berlusconi ein, zudem vollzog man auch eine inhaltliche Kehrtwende. Programmatisch widmete sich die Bewegung in diesen Jahren nicht mehr der Sezession sondern der „Devolution“ und erhob die Föderalisierung zur einzigen Lösung Padaniens⁵¹. Anders als die vorherige war diese zweite Regierungsbeteiligung für die LN allerdings kein reiner Misserfolg. Sie schaffte es sich in dieser Neuauflage vor allem durch die Beibehaltung ihrer speziellen Sprache von den „römischen Parteien“ abzugrenzen und auch in Regierungsverantwortung an ihrem oppositionellen Profil festzuhalten; die LN nutzte die Vorteile einer Regierungspartei, grenzte sich aber durch das Wettern gegen die eigenen Koalitionspartner (AN und UdC) erfolgreich ab.⁵² Gleichzeitig war Bossi für Berlusconi als Mehrheitsbeschaffer unabdingbar. Die LN schaffte es in dieser Legislaturperiode sogar eine Föderalisierungsreform durchzusetzen, die 2006 allerdings durch ein Referendum von der Bevölkerung abgelehnt wurde. An einer dritten Regierungskoalition war die LN schließlich von 2008 bis 2011 beteiligt. 2008 wurde sie zur drittstärksten Kraft und war damit der große Wahlsieger. Dem späteren Premierminister Berlusconi gelang es mitunter nur durch die Stimmen der LN die Wahlen für sich zu entscheiden. In dieser Amtsperiode profilierte sich die LN durch eine scharfe Sicherheits- und Einwanderungspolitik sowie dem Steuerföderalismus. Bei den EU Wahlen 2009 und den Regionalwahlen 2010 erhielt sie gute Ergebnisse. Die chronischen Konflikte innerhalb der Regierungspartei PDL und der darauffolgende Ausschluss des Präsidenten der Abgeordnetenkammer Gianfranco Fini aus der Regierungskoalition, erhöhten das Einfluss- und Erpressungspotential der LN erneut, da sie nun zum wichtigsten Regierungspartner Berlusconi's aufstieg. Ihr Einflusspotential war zu die-

50 Vgl. *Bulli/Tronconi*, *The Lega Nord*, 69f. (Fn. 33).

51 Padanien war ursprünglich die geografische Bezeichnung für jene Regionen, durch die der Fluss Po fließt. Im Sinne der Lega Nord ist Padanien die Bezeichnung für die politische Gemeinschaft der nördlichen Regionen Italiens, die eine gemeinsame Identität und Kultur verbindet.

52 Vgl. *Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan* 2008: *La botte piena e il militante ubriaco: La Lega Nord al governo*, in: *Trasgressioni* 46, 25-43, 27.

ser Zeit hoch, allerdings kam es kurz darauf zum Regierungszusammenbruch. Hinzu kamen wenig später die Skandale um den Missbrauch von Parteigeldern, welche in die bisher größte Krise der Lega mündeten. Nach dem Zusammenbruch der Regierung Berlusconi und der Einsetzung der „Experten-Regierung“ unter Führung von Mario Monti war die Lega Nord im Parlament eine von nur zwei Parteien, welche der neuen Regierung die Unterstützung verweigerte und in die Opposition ging. Dies unterstreicht einmal mehr ihre extreme Flexibilität und ihr Spannungsverhältnis zwischen einer Anti-Establishment-Partei und einer verantwortungsbewussten Regierungspartei.⁵³ Seit 2013 befindet sich die LN in Rom wiederum an der Opposition. Regional und lokal ist ihre aktuelle Strategie aber wechselhaft: Dies äußert sich vor allem in den Beziehungen zu den anderen Mitte-Rechts-Parteien *Forza Italia* bzw. *Fratelli d'Italia*, einer kleinen nationalistischen Bewegung. In der Lombardei regiert die Lega Nord gemeinsam in einer Mitte-Rechts-Koalition u.a. mit *Forza Italia* und NCD. In Venetien wünschten sich Vertreter der Partei im Vorfeld der Regionalwahl 2015 ebenso eine Koalition mit der moderaten NCD des amtierenden Innenministers Angelino Alfano, während der Parteivorsitzende Salvini Koalitionen mit dem „Regierungsfeind“ strikt ablehnte.

Es ist offensichtlich, dass sich die regionalen Akteure SVP und LN strategisch immer wieder bewusst von den nationalen Parteien abgrenzen, um eine erfolgreiche und unabhängige Politik zu betreiben. Bei der SVP liegt dies vorrangig an ihrem Status als Minderheitenpartei, den man nicht (zusätzlich) verwässern möchte. Bei der LN hat dies hingegen weniger die Funktion einer territorialen Abgrenzung, sondern wird mehr als Abgrenzung nach oben, d.h. vom politischen Establishment praktiziert, dessen Politik abgelehnt wird. Gleichzeitig zu dieser Abgrenzungsstrategie verhalten sich die regionalen Bewegungen ambivalent und nähern sich den nationalen Akteuren immer wieder an, um daraus Profit zu schlagen. Der SVP geht es dabei in erster Linie um einflussreiche Verhandlungspartner in Rom, damit sie ihr konkretes Ziel des Ausbaus der Südtiroler Autonomie voranbringen kann. Dafür ist sie bereit, die Regierungsmehrheit zu stützen und nimmt die Kritik, keine unabhängige Minderheitenpolitik zu betreiben, in Kauf. Die Lega Nord ist hingegen hauptsächlich an einer regionalen bzw. nationalen Regierungsbeteiligung interessiert, um ihr rechtspopulistisches Programm umzusetzen. Nicht umsonst erhebt Matteo Salvini seit einiger Zeit den Anspruch, das Mitte-Rechts-Bündnis als nächster Premierkandidat anzuführen und verlagert seine Aufmerksamkeit zunehmend auf die südlichen Regionen des Landes anstatt wie früher den Norden gegen das Zentrum in Stellung zu bringen.

3.3 Die Abgrenzung nach thematischer Dimension: Selbstverständnis und Ziele

Häufig ist bei Regionalparteien ein Zusammenhang zwischen politischer Verantwortlichkeit auf regionaler Ebene und den territorialen Forderungen gegenüber dem Nationalstaat feststellbar.⁵⁴ Bei der Südtiroler Volkspartei kann diese These zumindest teilweise bestätigt werden. Sie setzt sich für eine „Vollautonomie“ ein und nicht, wie andere Regionalparteien in Südtirol, für die Abtrennung von der italienischen Republik. Zudem definiert sich die Südtiroler Volkspartei als „Sammelpartei der deutschen und ladinischsprachigen Südti-

53 Vgl. *Brunazzo/Roux* 2012: The Lega Nord. (Fn. 35).

54 Vgl. *Tronconi* 2009, I partiti etnoregionalisti, 49. (Fn. 6).

roler/innen aller sozialen Schichten“.⁵⁵ Nach anfänglicher Forderung des Selbstbestimmungsrechts und der Rückkehr zu Österreich vollzog die SVP nach der Unterzeichnung des Gruber-De Gasperi Abkommens zwischen Österreich und Italien 1946, welches Südtirol Schutz- und Autonomierechte garantierte, den Wechsel zur internen Selbstbestimmung in Form einer territorialen Autonomie innerhalb des Nationalstaats.

Dennoch ist der Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler im Grundsatprogramm der Partei von 1993 sowie im aktuellen Statut von 2016 weiterhin explizit angeführt.⁵⁶ Die Argumente dafür sind pragmatischer Natur: Vertreter der SVP verdeutlichen, dass die Partei für einen „realpolitischen“ und vor allem Rom gegenüber „glaubwürdigen“ Weg stehe, sich durch die genannte Passage im Parteiprogramm aber den Weg der Selbstbestimmung offen hält.⁵⁷ Ab 1992 und der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatus⁵⁸ – mit welchem die Autonomiebefugnisse von der Region an die beiden Provinzen Trient und Bozen übertragen wurden – lautete das grundlegende Ziel der SVP die „maximale Eigenständigkeit Südtirols“, was die Übertragung weiterer Kompetenzen im Sinne einer dynamischen und nicht statischen Autonomie bedeuten sollte. Seit einigen Jahren vertritt die SVP nun das Konzept der so genannten „Vollautonomie“⁵⁹. Diese Zielvorstellung umfasst neben der Übertragung weiterer noch fehlender Gesetzgebungskompetenzen insbesondere eine vollständige Finanzautonomie und das Anliegen, selbst alle Steuern festsetzen zu können.⁶⁰

55 Vgl. Statut der Südtiroler Volkspartei vom 17.05.2016.

56 „Die SVP (...) bekräftigt die Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechts der Südtiroler“, vgl. Statut der Südtiroler Volkspartei vom 17.05.2016.

57 In einer Fernsehdebatte am 8. Oktober 2014 verwies Senator Karl Zeller auf die historische Verpflichtung der Südtiroler Volkspartei den Weg der Autonomie zu gehen „solange es möglich ist“ bzw. solange diese eine „Zukunftsperspektive“ sei. Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=V7n7__jlpFE (03.06.2016).

58 Zu den Grundlagen und der Entwicklung der Südtiroler Autonomie: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* 2008: *Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol*, Leiden/Boston.

59 Dazu gehört die Übertragung der primären Gesetzesbefugnisse in allen Bereichen, die nicht dem Staat vorbehalten sind, die volle Finanzhoheit, eine eigene Landespolizei und die Abschaffung des Regionalrats. Vgl. „Auf dem Weg zur Vollautonomie“, in: <http://palaistalks.eu/upload/editor/vollautonomie-konzept.pdf> (10.03.2016).

60 Die Autonomen Provinzen Bozen und Trient verfügen über eine besondere Finanzausstattung. Gemäß Art. 75 des Autonomiestatuts verbleiben von den Steuereinnahmen neun Zehntel in der jeweiligen Provinz, das verbleibende Zehntel wird an den Staat abgetreten. Im Oktober 2014 vereinbarten die beiden Provinzen und der Staat mit dem so genannten „Sicherungspakt“ die künftige Modalität mit der die Provinzen an der Sanierung der öffentlichen Finanzierung des Staates teilnehmen. Demgemäß wird sich die Autonome Provinz Bozen bis 2018 jährlich in Form von 476 Millionen Euro an den Staatsschulden beteiligen. Gemäß dem Südtiroler Landeshauptmann habe das Land durch den jährlichen Fixbeitrag „Rechts- und Planungssicherheit“, da willkürliche finanzielle Einbehalte von Seiten des Staates nun ausblieben.

Dass sie jahrzehntlang die einzige politische Vertreterin der deutschsprachigen Südtiroler war, hat die Ideologie der SVP im Sinne eines „Ethnopolitismus“ geprägt.⁶¹ Lange Zeit beriet sich die Partei ausschließlich auf die Betonung des „wir“ (die deutschsprachigen Südtiroler) gegenüber den „anderen“ (die Italiener). Seit der offiziellen Streitbeilegung zwischen Italien und Österreich vor der UNO und der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts ist der ethnische Diskurs in Südtirol aufgeweicht worden. Die SVP hatte damit den Großteil ihrer autonomistischen Ziele erreicht, womit ein Teil der Bevölkerung die Notwendigkeit der „geschlossenen“ Minderheitenpolitik nicht mehr in einem so hohen Maße wahrnimmt und eine Öffnung in mehrerer Hinsicht fordert (z.B. in Bezug auf das auf Trennung der Sprachgruppen basierende Schul- und Kultursystem). Zum anderen hat der ethnische Diskurs durch die Krise des Zentrums aber neue Aktualität erfahren, was wiederum die Wählerwanderungen zu deutschsprachigen Parteien im rechten Spektrum belegen, für welche die Autonomie nur ein Zwischenziel darstellt. Der sezessionistischen Konkurrenz begegnete die SVP zuerst mit einer Ausweichstrategie, wobei ihr der wirtschaftliche und autonomiepolitische Erfolg Südtirols Jahre lang Recht gaben. Nachdem die politische Konkurrenz aber anwuchs, entwickelte die Partei das Konzept der „Vollautonomie“ und steigerte somit die Betonung von territorialen Themen.⁶² Durch den Verlust der absoluten Mehrheit im Südtiroler Landtag muss mittlerweile nicht nur der Anspruch der SVP einer ideologieübergreifenden „Sammelpartei“ in Frage gestellt werden⁶³, sondern auch die Definition als Minderheitenpartei. Die Partei bewegt sich zunehmend im Spannungsfeld zwischen der Selbstdefinition als ethnoregionale Partei und der Handlung als Autonomiepartei für alle im Territorium lebenden Sprach- und Volksgruppen. Eine ähnliche Entwicklung war bei der *Union Valdôtaine* im Aostatal schon vor einigen Jahren erkennbar.⁶⁴ Anders als für die UV, scheinen die ethnischen Spannungen von außen für den internen Zusammenhalt der SVP aber notwendig zu sein.⁶⁵ Diese Strategie ist nach wie vor zu beobachten, wenn die Partei im Wahlkampf als „Beschützer der Autonomie“ gegen das Zentrum auftritt. Gleichzeitig fischt man mit diesem Slogan auch im Wählerbecken jener italienischsprachigen Südtiroler, die sich mit der Autonomie identifizieren.

61 Vgl. Pallaver, Günther 2005: The Südtiroler Volkspartei and its Ethno-Populism, in: Caramani, Daniele/Mény, Yves: Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region, Brussels, 187-208, 196ff.

62 Vgl. Scantamburlo, Matthias 2016: Selbstbestimmung und Parteien in Südtirol: Territoriale und europäische Parteistrategien zwischen Autonomie und Sezession, in: *European Diversity and Autonomy Papers* 03/2016.

63 Angesichts des Verlusts der Wähleranteile hat die SVP den Anspruch einer „Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler/innen“ verloren. Vgl. Atz, Hermann/Pallaver, Günther 2009: Der lange Abschied von der Sammelpartei. Die Landtagswahlen 2008 in Südtirol, in: Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther (Hg.), Politik in Tirol. Jahrbuch 2009, Innsbruck, 95-127.

64 Ihren Erfolg verdankte die UV ihrer ideologischen Wandlung von einer ethnisch und sprachlich geschlossenen Partei hin zu einer *open ethnic party*. Der Unterschied zur SVP ist, dass sich die UV für neue Wähler öffnen musste, da die französischsprachige Minderheit kaum mehr vorhanden war. Vgl. Sandri, Giulia 2012: Ethno-linguistic Identity and Party Politics in the Aosta Valley, in: *Ethnopolitics* 11:3, 287-317.

65 Vgl. Pallaver 2005, The Südtiroler Volkspartei and its Ethno-Populism, 196ff.

Angesichts der steigenden zentralistischen Tendenzen sowie einer erstarkten Konkurrenz durch deutschsprachige Parteien, die ihrerseits alternative Modelle zur Vollautonomie propagieren, befindet sich die SVP unter Zugzwang. Als Antwort auf die Kritik am Autonomiekonzept, konzentriert sich die Partei unter dem neuen Landeshauptmann Kompatscher nun vermehrt auf die europäische Perspektive: Im Sinne eines „Europas der Makroregionen“ wird großer Wert auf den Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation innerhalb des „EVTZ Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ gelegt und diese Zusammenarbeit politisch forciert.⁶⁶ Zudem hat die SVP/PD Koalition 2015 die Reform des Südtiroler Autonomiestatuts im Rahmen eines innovativen Bürgerbeteiligungsprozesses auf den Weg gebracht, womit sich das Land im Moment in einer neuen Phase der Weiterentwicklung der Autonomie befindet.

Anders als die SVP, die auch nach der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatuts erfolgreich agierte, hat die Lega Nord ihr wichtigstes programmatisches Ziel noch nicht umgesetzt. Laut Parteistatut von 2014 zielt die Bewegung auf „die Erlangung der Unabhängigkeit von Padanien durch demokratische Methoden“. Damit hat die Partei zwar eine grundlegende Endabsicht genannt, legt aber einen ausgeprägten Opportunismus an den Tag. Ihre tägliche Politik war und ist durch einen häufigen Wechsel des Programms und der (Wahl)Strategie gekennzeichnet. Das Wechselverhalten betrifft insbesondere die territorialen Forderungen und liegt vornehmlich an den schwankenden Wahlergebnissen der Bewegung. Ende der 1980er war die Lega Nord noch die einzige Gruppierung, die sich gegen die etablierten römischen Parteien auflehnte. Sie prangerte die Korruption an und berief sich auf eine gemeinsame „padanische“ Identität der nördlichen Regionen.⁶⁷ In diesen Anfangsjahren profilierte sie sich außerdem durch die Kritik an den südlichen wirtschaftlich schwächeren Regionen, die sich trotz staatlicher Unterstützung nicht weiterentwickeln würden. Um sich im politischen System zu konsolidieren, genügte die bloße Protesthaltung aber nicht: So definierte sich die Partei schon bald nicht mehr als bloße Anti-System-Partei, sondern als politische Kraft die den Staat erneuern könne.⁶⁸ Von ihrem zwischen 1996 bis 2001 propagierten Ziel der Sezession der nördlichen Regionen – das wie erwähnt nach wie vor in Art. 1 des Statuts zu finden ist – rückte die Bewegung mehrmals zu Gunsten einer Föderalisierung (zeitweise Devolution) des Staates ab. Wie es für rechtspopulistische Parteien üblich ist, riskieren sie mit einer Regierungsbeteiligung und den damit verbundenen notwendigen Kompromissen häufig eine Abkehr von Seiten der Stammwählerschaft. Dies war ein Grund warum die LN sich in der Opposition auf die Sezession berief, während sie als sie an der Regierung beteiligt war, davon abließ. Eine äh-

66 Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ wurde 2011 offiziell gegründet und basiert auf einer gemeinsamen Kultur und Geschichte der drei Territorien Tirol, Südtirol und Trentino im Habsburgerreich. Vgl. *Engl, Alice/Zwilling, Carolin* 2013: Herausforderungen für den Brenneraum: der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther (Hrsg.): Politik in Tirol. Jahrbuch 2013, Innsbruck, 133-155.*

67 Vgl. *Ignazi, Piero* 2008: *Partiti politici in Italia*, Bologna, 85ff.

68 Vgl. *Diamanti, Ilvo* 1993: *Geografia, storia e sociologia di un nuovo soggetto politico*, Roma, 91.

liche programmatische Radikalisierung ist aktuell erkennbar. Da die Wählerunterstützung im Zuge der parteiinternen Skandale ab 2012 abnahm, agiert die LN unter Matteo Salvini in altgewohnter scharfer Manier.

Die größte Errungenschaft der Lega in den vergangenen Jahren lag darin, als *driving catalyst*⁶⁹ des Föderalismus zu agieren und dieses Thema auf die Agenda aller etablierten Parteien gebracht zu haben. Das Ziel der „Föderalisierung Italiens“ konnte die Bewegung zwar nicht durchsetzen, sie hat aber eine diesbezügliche Reform auf den Weg gebracht, wenn auch nicht erfolgreich abgeschlossen. Inwiefern sich die Lega Nord im Moment noch als Regionalpartei definieren lässt, kann in Frage gestellt werden. Insbesondere in den letzten beiden Jahren rückten Themen wie Immigration, multikulturelle Gesellschaft und Sicherheit in den Mittelpunkt, während es kaum mehr um territoriale Forderungen geht. Die Selbstdefinition laut Parteistatut deckt sich kaum mehr mit dem realen Auftreten und dem Führungs- und Kommunikationsstil Salvinis. Zurzeit schwimmt die Lega Nord wieder stark auf der ihr vertrauten Anti-Establishment-Haltung, geschmückt mit Ressentiments gegen Migranten, dem Islam, der Europäischen Union und der Kritik an der Wirtschaftspolitik. Salvini weiß, dass er mit den populistischen Themen, die stark an das Verhalten von Bossi Ende der 1980er erinnern, vielerorts den Nerv der Zeit trifft. Die Bindung zum Territorium ist im nationalen Kontext daher in den Hintergrund gerückt, obwohl die LN in den beiden von ihr regierten Regionen weiterhin eine separatistische bzw. autonomistische Programmatik vertritt. Im Gegensatz zur Südtiroler Volkspartei ist bei der Lega Nord eine Verknüpfung zwischen regionaler Regierungsverantwortung und demzufolge gemäßigten territorialen Forderungen nicht deutlich erkennbar. In den historischen Hochburgen Venetien und Lombardei spielen traditionelle Lega-Themen wie Autonomie und Föderalismus sehr wohl noch eine Rolle⁷⁰, Parteienvertreter werben auch gerne mit secessionistischen Parolen. Erst im Frühjahr 2015 drehten sich die politischen Forderungen in der Lombardei um die Zuerkennung eines Autonomiestatuts und die Abhaltung eines diesbezüglichen Referendums. Im September 2014 hatte auch der Regionalrat von Venetien ein Gesetz für die Abhaltung eines konsultativen Referendums zur Unabhängigkeit bzw. zur Autonomie verabschiedet.⁷¹ Zu berücksichtigen ist, dass die SVP in Rom die Regierungsmehrheit unterstützt, während die LN zurzeit Totalopposition und fallweise schon Wahlkampf betreibt. Dies erleichtert letzterer die Abgrenzung gegenüber dem Nationalstaat. Bei der Lega Nord scheint es sich in erster Linie um eine ausgeklügelte Strategie zu handeln. Sie wurde durch ihre eigenen Skandale kompromittiert, muss sich aber weiterhin von den etablierten Parteien abgrenzen, um erfolgreich zu bleiben. Zudem scheint es im Zuge der aktuellen Verfas-

69 Vgl. *Massetti, Emanuele/Toubeau, Simon* 2010: Party Politics, Federalism and Constitutional Reform in Italy (1994-2010), paper presented at 'The party politics of territorial reforms in Europe', an international workshop hosted at the Institute of Governance, Edinburgh 2010.

70 Vgl. *Vampa, Davide* 2015, The 2015 Regional Election in Italy, 368. Die Proteste des Präsidenten der Lombardei (Roberto Maroni) sowie Venetien (Luca Zaia) beziehen sich zum Großteil auf ökonomische Ungleichheiten der Regionen und die Steuerpolitik der Regierung.

71 Das Regionalgesetz zur Abhaltung eines Referendums wurde von der Zentralregierung in Rom vor dem Verfassungsgerichtshof angeklagt.

sungsreform, die sich in Richtung Zentralisierung des Staatsgebildes bewegt, wenig gewinnbringend weiterhin auf das Thema „Regionalismus“ zu setzen. Nichtsdestotrotz steht der LN mit der Aufmerksamkeit auch außerhalb des Stammgebietes „Padanien“ eine neue historische Phase bevor. Die Frage ist, ob ihr die alten Stammwähler auch weiterhin folgen und inwieweit neue im Süden rekrutiert werden können. Dies wird zuweilen auch davon abhängen, ob sich die LN als Hauptakteur im rechten Parteienspektrum positionieren und inwiefern sie von der Krise der restlichen Parteien (allen voran *Forza Italia*) profitieren kann. Der erste wichtige diesbezügliche Testlauf bei den Regionalwahlen im Mai 2015 verlief überaus positiv. Gelingt diese Positionierung bei den Parlamentswahlen 2018 nicht, ist es denkbar, dass sich die Bewegung wieder auf ihre alten Forderungen und eine Abspaltung des Nordens beruft.

4 Vom „Revival der Regionen“ zum „Revival des Zentrums“?

Die regionalen Bewegungen in Italien entstanden unter sehr unterschiedlichen Bedingungen und bleiben bis heute ein heterogenes Phänomen. Es gibt stabile Akteure, wie die SVP und die UV, schwankende Bewegungen wie die LN in den nördlichen Regionen Italiens oder den PATT im Trentino, aber auch kurzlebige Phänomene mit geringerem Einfluss, z.B. in Sizilien oder Sardinien. Den historischen Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg ging es um den Schutz ihrer sprachlich-kulturellen Identität, ab den 1980er Jahren war es der Protest gegen die zentrale Vormachtstellung oder der Wunsch nach ökonomischer Selbstverwaltung, der regionale Gruppierungen nährte. Infolgedessen konnte man von einem Aufeinandertreffen von altem vs. neuem Regionalismus sprechen: „Der alte Regionalismus tritt als ethnischer Entrepreneur auf und verteidigt das eigene Territorium. Der neue Regionalismus tritt als territorialer Entrepreneur auf, um das Territorium zu erobern.“⁷² Es stellt sich die Frage, ob die Charakterisierung des „alten Regionalismus“ auf die historischen ethnoregionalen Parteien, wie SVP und UV noch zutrifft. Mittlerweile scheinen diese ebenso eine Form von Regionalismus zu vertreten, der sich nicht nur auf den Schutz einer bestimmten Gruppe konzentriert, sondern das gesamte Territorium miteinschließt und verteidigt. Der Faktor Identität allein scheint als Abgrenzungsmerkmal heute nicht mehr zu dominieren. Die Ansprüche der Parteien haben sich verändert, was am Beispiel der Lega Nord aber auch der historischen Südtiroler Volkspartei deutlich wird. Im Mittelpunkt der Abgrenzung gegenüber dem Zentralstaat steht zunehmend die wirtschaftliche Autonomie, wobei sich in manchen Regionen – wie in Trentino-Südtirol oder dem Aostatal – die Faktoren „Identität“ und „Ökonomie“ addieren und die Abgrenzung zum Zentrum zusätzlich verstärken. Die Analyse der einzelnen Regionalparlamente bestätigt, dass Regionalparteien vor allem in jenen Regionen eine Rolle spielen, die wirtschaftlich stark sind oder in denen eine politische Selbstverwaltungskultur schon Jahrzehnte existiert. Venetien, die Lombardei und Trentino-Südtirol gehören zu den Regionen, die im Vergleich zum Nationalstaat einen hohen Wohlstand aufweisen. Alle drei liegen im italieni-

72 Vgl. Pallaver, Günther 2012: Südtirol und Padanien. Zwischen Verteidigung und Eroberung des Territoriums, in: Frech, Siegfried/Kühn, Boris (Hrsg.): Das politische Italien. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Schwalbach, S. 245-276, 270.

schen Vergleich nach Pro-Kopf-Einkommen weit über dem nationalen Durchschnitt.⁷³ Der aktuelle Zentrum-Peripherie Konflikt scheint somit in erster Linie ein Konflikt der Modernisierungsgewinner.⁷⁴ Zwar sind auch in Sardinien zahlreiche regionale Bewegungen vorhanden, nach wie vor wird die Region aber von nationalen Akteuren dominiert. Sardinien gehört wie Sizilien zu den wirtschaftlich schwächsten Regionen des Landes. In beiden Regionen konnten sich die regionalen Akteure nicht kompakt entwickeln und es herrscht eine große parteiliche Fragmentierung und Personalisierung. Es ist in Italien somit auch in Bezug auf den Erfolg von Regionalparteien ein Nord-Süd-Gefälle feststellbar.

In den letzten Jahrzehnten hatten Regionalparteien großen Einfluss auf den Diskurs des italienischen Regionalismus. Die autonomistischen und sezessionistischen Bewegungen der Nachkriegszeit trugen zur Bildung der fünf Sonderregionen bei. Vierzig Jahre später beeinflusste die Lega Nord die weitere Dezentralisierung des Landes. In den letzten Jahren ist weniger Diskursführung von Seiten der Regionalparteien erkennbar. Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise traten die Themen Regionalismus und Föderalismus im nationalen politischen Diskurs in den Hintergrund und wurden von dringender benötigten Reformen überlagert.⁷⁵ Derzeit sind die regionalen Bewegungen vor allem aufgrund des zunehmenden Zentralismus, der von der Regierung vorangetrieben und durch Urteile des Verfassungsgerichtshofs gestützt wird, unter Druck. Die Regierung Renzi ist mit der aktuellen Verfassungsreform⁷⁶ endgültig bemüht, die Rolle der Regionen wieder zu beschränken. Die Frage ist, wie sich diese Verfassungsreform auf die regionalen Parteien und deren Spielraum auswirken wird, sollte sie nach dem nationalen Referendum im Oktober 2016 in Kraft treten. Der bisherige Erfolg der LN und der SVP zeigt, dass regionale Parteien auch im nationalen Parlament als „Zünglein an der Waage“ benötigt werden können und ein daher nicht zu unterschätzendes Erpressungspotential besitzen. Zumindest so lange wie das italienische Parteiensystem krisenanfällig ist und – bedingt u.a. durch das bisher geltende Wahlrecht aber nicht nur – keine stabilen Mehrheiten zu Stande bringt. Denkbar ist, dass die geplante Abschaffung des perfekten Zweikammersystems durch die Renzi-Reform nun den Aktionsraum der Regionalparteien auf nationaler Ebene eingrenzen wird. Der Senat soll zwar in Zukunft aus lokalen und regionalen Vertretern bestehen, verliert aber an Gesetzgebungskompetenzen und wird damit zu einer zweitrangigen Kammer.⁷⁷ Gleichzeitig könnte

73 Vgl. *Zipfel, Frank/Vetter, Stefan/Pietzker, Daniel* 2015: Better off on their own? Economic aspects of regional autonomy and independence movements in Europe, EU Monitor, Deutsche Bank Research, in: www.dbresarch.com (06.02.2015).

74 Vgl. *Pallaver, Günther* 2006, Die Territorialisierung der Parteien, 135 (Fn. 11).

75 Vgl. *Palermo, Francesco/Valdesalici, Alice* 2014: Italy: Autonomism, Decentralization, Federalism or What Else?, in: *Lluch, Jamie*: Constitutionalism and the Politics of Accommodation in Multinational Democracies, 180-199.

76 Die Verfassungsreform der Regierung Renzi wurde am 12. April 2016 vom Parlament verabschiedet und am 15. April 2016 im Amtsblatt der Republik veröffentlicht. Die Reform wird im Oktober 2016 einem nationalen Referendum unterzogen.

77 Vgl. *Ruggiu, Ilenia* 2015, Senato e competenze: perché il nuovissimo Titolo V impoverisce il regionalismo, in: *Palermo, Francesco/Parolari Sara*: Riforma Costituzionale e Regioni: Riflessioni a prima lettura sul nuovo Titolo V della Costituzione, Bolzano: EURAC research, 39-50. Der Senat soll künftig aus 100 Senatoren bestehen: Fünf werden vom Staatspräsidenten ernannt, 95 von den jeweiligen Regionalräten bzw. in Bozen und Trient von den zwei Landtagen nach Verhältniswahlsystem aus den eigenen Reihen bzw. aus den Bürgermeistern des Territoriums gewählt. Jeder Region steht je nach Bevölke-

das neue Wahlgesetz⁷⁸ das Koalitionspotential der Regionalparteien in der Abgeordnetenkammer, wo künftig alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden, vermindern. Ziel des *Italicum* ist ein bipolares System mit stabilen Mehrheiten, des Weiteren wird die Mehrheitsprämie in Form von zusätzlichen Sitzen an die siegreiche Partei (und nicht wie bisher das stärkste Bündnis) den Großparteien zu Gute kommen. Der Einfluss der Regionalparteien bei der Mehrheitsbeschaffung wird dadurch womöglich, ähnlich der Ersten Italienischen Republik, marginal.

Vor knapp zehn Jahren konnte im Zuge der Regionalisierung Italiens auch von einer Territorialisierung der Parteien gesprochen werden: „Alte (ethno)regionale Parteien erleben einen neuen Aufschwung, neue (ethno)regionale Parteien/Bewegungen betreten das politische Feld, nationale Parteien regionalisieren sich.“⁷⁹ Heute ist diese Entwicklung kaum mehr erkennbar. In fast allen Regionen mit Normalstatut agieren zwar regionale Bürgerlisten, doch dominieren weiterhin die nationalen Parteien die politische Bühne. Hinzu kommt, dass sich mit der LN eine der wichtigsten Regionalparteien nationalisiert zu haben scheint. Die stabilen und relevanten regionalen Akteure beschränken sich demnach auf die Vertretungen der sprachlichen Minderheiten, wobei auch diese um die Wählergunst konkurrieren müssen (allerdings vornehmlich mit anderen regionalen Akteuren). Das Potential für neue regionale Bewegungen wäre angesichts der derzeitigen Krise des Zentrums eigentlich vorhanden. Vielerorts herrschen eine geringe Wahlbeteiligung und zunehmende Politikverdrossenheit. Bisher profitiert von dieser Entwicklung in den meisten Regionen aber die Fünfsternebewegung als neue Anti-Establishment-Partei, die Erfolge bei den Bürgermeisterwahlen 2016 in den Großstädten Rom und Turin sind dafür die besten Beispiele. Nichtsdestotrotz kann sich die politische und wirtschaftliche Krise des Staates positiv auf die regionalen Parteien auswirken, weil es ihnen die Abgrenzung zum Zentrum erleichtert. Das feindliche Klima gegen die „verschwenderischen“ Regionen (v.a. die Regionen mit Sonderstatut) erlaubt den Parteien eine Profilierung innerhalb des eigenen Territoriums insofern als die Sorge um eine „Beschneidung“ der bestehenden Autonomierechte (Aostatal, Trentino-Südtirol) bzw. um den Verlust von wichtigen Ressourcen (Lombardei, Venetien) erhöht wird. Zu bedenken ist, dass hiervon auch separatistische Bewegungen profitieren können. Dies ist derzeit sowohl in Südtirol (z.B. durch die „Südtiroler Freiheit“ und „Die Freiheitlichen“) wie auch in Venetien (z.B. durch die *Indipendenza Veneta*) ein Thema. Um von aktuellen Gegebenheiten zu profitieren, müssen die etablierten regionalen Parteien in erster Linie innerparteilich und ideologisch kohärent sein. Sowohl die LN (2012) als auch die SVP (2014) schlitterten kürzlich in eine interne Krise. Es scheint, dass sich beide durch einen radikalen internen Umbau und eine neue jüngere Parteispitze vor-

rungsanzahl eine fixe Anzahl an Senatoren zu. Zu den Kompetenzen des künftigen Senats gehören u.a. die Verfassungsrevision und die Revision von Verfassungsgesetzen welche den Schutz der sprachlichen Minderheiten oder Referendums betreffen (A.S. 1429, Art. 55 und Art. 70). Vgl. Ruggiu, Ilenia (2015), Senato e competenze: perché il nuovissimo Titolo V impoverisce il regionalismo, in: *Palermo, Francesco/Parolari Sara: Riforma Costituzionale e Regioni: Riflessioni a prima lettura sul nuovo Titolo V della Costituzione*, Bolzano: EURAC research, 39-50.

78 Das Wahlgesetz *Italicum* (Nr. 52/2015) wurde im Mai 2015 beschlossen. Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem italienischen Wahlrecht einschließlich dem *Italicum*: *Massari, Oreste* 2015: Sistemi di partito, effetti dei sistemi elettorali dopo il 1993 e la riforma elettorale, in: *Volpi, Mauro* (ed.), *Istituzioni e sistema politico in Italia: bilancio di un ventennio*.

79 *Pallaver* 2006, Die Territorialisierung, 142 (Fn. 11).

erst wieder davon erholen können. Genau diese Erneuerung ist eine Knacknuss, an der nationale Parteien in Italien häufig scheitern. Die größte Herausforderung der regionalen Akteure bleibt aber das gekonnte Meistern des Spagats zwischen Abgrenzung und Annäherung zum Zentrum.

Regionalparteien an der Macht: Belgien als Sonderfall

*Frank Delmartino**

1 Belgien als Sonderfall

Welche politischen Parteien, so ist einleitend zu fragen, können im Rahmen des politischen Systems und des Parteiensystems des Königreichs Belgien als Regionalparteien qualifiziert werden, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es seit der großen Nord-Süd Zäsur der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts – mit den Flamen im Norden und den Frankophonen im Süden – überhaupt keine Parteien mehr gibt, deren Reichweite sich über das gesamte Königreich erstreckt? Mit der Spaltung des politischen Systems entlang der linguistisch-kulturellen Differenzierung ging auch eine Spaltung des Parteiensystems einher. Politische Parteien haben ihren Anhang und die Grundlage ihrer Legitimität nur in jeweils einer der (Sprach-)Gemeinschaften.

Mancher ausländische Beobachter hat diese Spaltung des Parteiensystems als letztendlich „tödlich“ für einen Nationalstaat (und sei es einer mit föderaler Struktur) bezeichnet. Mit anderen Worten: die Staatsreform in Belgien – sie findet mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung, deren Artikel 1 lautet: „Belgien ist ein Föderalstaat, der sich aus den Gemeinschaften und den Regionen zusammensetzt“, im Jahr 1994 ihren deutlichen Ausdruck – sei die Chronik eines angekündigten Todes.

Trotzdem, also gleichsam entgegen dieser Ankündigung, war es nach den regionalen, nationalen und europäischen Wahlen, die erstmals am gleichen Tag – am 25. Mai 2014 – abgehalten wurden, erneut gelungen, eine Föderalregierung zu bilden, diesmal innerhalb von 135 statt, wie nach den vorangegangenen Wahlen des Jahres 2010, von 541 Tagen. Die neue Koalition umfasst die Liberalen im Norden und Süden, die flämischen Christdemokraten und die flämischen Nationalisten (N-VA), also drei flämische Parteien und nur eine frankophone Partei. Diese asymmetrische Formel wird im Anschluss an die

Präsentation und Erläuterung der Wahlergebnisse (unter Ziffer 2) zu erläutern sein.

Zuerst muss aber die Schlüsselfrage dieser Konferenz beantwortet werden: was sind eigentlich Regionalparteien? Aus politikwissenschaftlicher Perspektive möchte ich vorschla-

* Editorische Notiz: Frank Delmartino hatte auf der Konferenz in Tutzing im Oktober 2014 zum oben genannten Thema referiert und ein vierseitiges Papier mit einer zusammenfassenden Skizze seiner Ausführungen vorgelegt. Das auch von ihm erbetene ausführlichere Manuskript für diese Buchveröffentlichung konnte er vor seinem unerwarteten Tod im Juni 2015 nicht mehr fertig stellen. Weil der von ihm behandelte „Sonderfall“ Belgien bei der Beschäftigung mit dem weiten Spektrum von Regionalparteien in Europa nach Überzeugung der Herausgeber überaus aufschlussreich und wichtig ist und deshalb in diesem Konferenzband nicht fehlen sollte, wird sein auf der Konferenz vorgelegtes Papier – in überarbeiteter und geringfügig ergänzter Fassung – in den Band aufgenommen. Die Bearbeitung hat Rudolf Hrbek übernommen.

gen, diesen Begriff nicht allzu weit zu interpretieren. Im Fall Belgiens sind die sogenannten „traditionellen“ Parteien, deren ideologische Grundlagen denen der jeweiligen traditionellen Parteifamilie entsprechen, zwar formal entlang der oben erwähnten linguistisch-kulturellen Differenzierung gespalten; sie sind jedoch im europäischen Vergleich keine Regionalparteien. Ihr Schwerpunkt liegt bei einer bestimmten Ideologie und sie sind einem spezifischen Sozialmodell verpflichtet, das sie auf jeder Ebene (lokal, regional, national und europäisch) verwirklichen möchten. Die unterschiedliche, eben linguistisch-kulturell geprägte Position der Parteianhänger in Flandern, Wallonien, der Hauptstadt Brüssel und der (zahlenmäßig kleinen) Deutschsprachigen Gemeinschaft, hat die Parteien zwar gespalten, jedoch niemals völlig getrennt. Es gibt noch immer eine Familienverbindung zwischen den:

- Christdemokraten, nämlich CD&V und CDH
- Sozialisten, nämlich SPa und PS
- Liberalen, nämlich Open VLD und MR
- Grünen, nämlich Groen und Ecolo
- Linken, nämlich PvdA und PTB.

Andererseits gibt es nur wenige Regionalparteien *sensu stricto*. In unserer Definition sind das diejenigen Parteien, die nur in einer Region verwurzelt und hauptsächlich den Interessen und Belangen dieser Region verpflichtet sind.

- In Flandern sind das Nationaal-Vlaamse Alliantie (N-VA) und Vlaams Belang (der ehemalige Vlaams Blok).
- In Brüssel sind das die *Fédéralistes Démocrates Francophones* (FDF).
- In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es die Pro-DG (die ehemalige Partei der deutschsprachigen Belgier). Die anderen politischen Parteien in der DG haben zwar eigene Namen, sind jedoch mit einer der traditionellen Parteien verknüpft.

2 Die Wahlergebnisse des 25. Mai 2014

Erstmals wurden die Wahlen für die regionalen Parlamente, das föderale (gesamtstaatliche) Parlament und das Europäische Parlament am selben Tag abgehalten. Wie zu erwarten war, gab es eine gewisse Konvergenz zwischen den Wahlergebnissen auf den verschiedenen Ebenen. Besonders spektakulär war das starke Anwachsen – ein regelrechter Durchbruch – der flämischen Nationalisten (N-VA) und der Rückgang des Vlaams Belang.

Im föderalen Parlament mit seinen 150 Sitzen ergab die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Parteien folgendes Bild:

| Partei | Anzahl der Mandate | im Vergleich zu 2010 |
|--------|--------------------|----------------------|
| N-VA | 33 | +6 |
| PS | 23 | -3 |
| MR | 20 | +2 |
| CD&V | 18 | +1 |

| Partei | Anzahl der Mandate | im Vergleich zu 2010 |
|-----------------|--------------------|----------------------|
| Open VLD | 14 | +1 |
| SPa | 13 | unverändert |
| CDH | 9 | unverändert |
| Groen | 6 | +1 |
| Ecolo | 6 | -2 |
| Vlaams Belang | 3 | -9 |
| PTB | 2 | unverändert |
| FDF | 2 | -- |
| Parti populaire | 1 | unverändert |

Im flämischen Parlament, wo die N-VA bei den Wahlen im Jahr 2009 noch mit der CD&V als Kartell verbunden war, war das Ausmaß ihres Wahlsiegs noch beeindruckender. Die Verteilung der 124 Mandate auf die einzelnen Parteien ergab folgendes Bild:

| Partei | Anzahl der Mandate | im Vergleich zu 2009 |
|-----------------------------|--------------------|----------------------|
| N-VA | 43 | + 27 |
| CD&V | 27 | -4 |
| Open VLD | 19 | -2 |
| SPa | 18 | -1 |
| Groen | 10 | +3 |
| Vlaams Belang | 6 | -15 |
| UF (Union des Francophones) | 1 | unverändert |

Auf Grund dieser Ergebnisse ist klar zu erkennen, dass die N-VA als deutlich stärkste Partei, sowohl in Flandern als eben auch im Gesamtstaat Belgien, die Schlüssel zur Regierungsbildung auf beiden Ebenen in Händen hielt. Dieser Durchbruch der N-VA ist jedoch nicht als eine klare Niederlage der traditionellen Parteien zu verstehen. Vielmehr ist die andere Regionalpartei – Vlaams Belang – zu Gunsten der moderaten Nationalisten implodiert.

3 Die N-VA als Machtpartei

Bereits im Jahr 2010 war die N-VA siegreich aus den Wahlen zum föderalen Parlament hervorgegangen; sie war die stärkste politische Kraft. Zu jener Zeit war die Partei aber ganz auf ihr konstitutionelles Programm – die Umwandlung Belgiens in ein konföderales Gebilde – ausgerichtet. Mit dieser Position und Zielsetzung stand die Partei aber ganz allein und konnte bei der Regierungsbildung keine entscheidende Rolle spielen. Nach einer sehr langen, etwa eineinhalb Jahre dauernden Zermürbungsschlacht wurde sie politisch ausrangiert, während die wallonischen Sozialisten (PS) mit Elio di Rupo als Ministerpräsident an die Macht kamen. Er stand einer traditionellen Dreier-Koalition (Tripartite) vor, für die N-VA ein absoluter Alptraum.

Diesmal, für die Wahlen im Jahr 2014, hatte der Vorsitzende der N-VA, Bart De Wever, eine ganz andere Strategie ausgearbeitet. Das in Artikel 1 des Parteiprogramms formulierte konstitutionelle Hauptziel – die Umwandlung Belgiens in ein konföderales Gebilde – wird für die Dauer der 2014 beginnenden neuen Wahlperiode von fünf Jahren ausgeklammert. Die Regierungskoalition – sowohl in Flandern als auch im Gesamtstaat Belgien – sollte dem Antwerpener Modell entsprechen, nämlich die N-VA, die Christdemokraten und die Liberalen umfassen. Nicht zufällig ist Bart De Wever Oberbürgermeister dieser größten Stadt in Flandern.

Paradox genug hat diese Formel perfekt geklappt; und zwar nicht nur in Flandern (mit dem N-VA –Politiker Geert Bourgeois als Ministerpräsident), sondern auch auf der föderalen Ebene (mit einem von den Flamen unterstützten wallonischen Ministerpräsidenten, dem liberalen Politiker Charles Michel). In beiden Fällen stehen im Regierungsprogramm sozial-ökonomische Reformen an oberster Stelle; Verweise auf eine neue Staatsreform fehlen. Erst am Ende der Wahlperiode, im Jahr 2019, kann jede Regierungspartei den Wählern ihre jeweiligen Ziele und Zukunftsvisionen für eine mögliche Umgestaltung Belgiens in Richtung auf eine Konföderation vorlegen. Eine gemeinsame Initiative aller Regierungsparteien zu irgendeiner Staatsreform wird es jedoch bis zum Ablauf der Legislaturperiode nicht geben.

Wie lässt sich diese radikale Kursänderung der flämischen Nationalisten erklären? Ein erster wichtiger Faktor ist, dass ihnen auf der rechten Seite des Parteienspektrums keine Gefahr mehr droht; der in seinen Zielen und Forderungen viel radikalere Vlaams Belang ist politisch marginalisiert und spielt keine Rolle mehr, so dass es für die N-VA keinen Grund gibt, sich in einen Überbietungs-Wettbewerb mit ihm einzulassen. Zweitens befindet sich die so stark gewordene N-VA in einem Zustand der Euphorie; man besetzt wichtigste Schlüsselpositionen nicht nur in Flandern, sondern auch in der föderalen Regierung: Ministerium der Finanzen, des Innern, der Verteidigung, der Migration. Und drittens schließlich haben sich alle Minister in ihrem vor dem König geleisteten Amtseid zur Loyalität und zum Gehorsam gegenüber der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes verpflichtet.

Im Verlauf der nächsten Jahre, letztendlich aber erst bei den Wahlen im Jahr 2019, wird sich zeigen, wie die N-VA von der flämischen Bevölkerung eingeschätzt wird: ob sie entweder das Vertrauen als Veränderungspartei behalten hat, oder ob sie stattdessen als eine ganz traditionelle belgische Machtpartei bewertet wird.

4 Die N-VA im Europäischen Parlament

Auch im Europäischen Parlament ist der N-VA, als einziger der belgischen Regionalparteien, ein Durchbruch gelungen. Sie konnte vier Mandate – drei mehr als fünf Jahre zuvor – gewinnen, während auf die traditionellen Parteien nur jeweils drei (PS, MR, Open VLD) oder jeweils zwei (CDH, CD&V) Sitze entfielen.

Was die Fraktionszugehörigkeit betrifft, hat sich die N-VA nach den Wahlen vom 25. Mai 2014 umorientiert. Sie gehörte der EFA (European Free Alliance), einer „Partei auf europäischer Ebene“, die sich als ein Zusammenschluss von Parteien versteht, die „stateless nations and disadvantaged minorities“ repräsentieren, an. Die EFA mit jeweils nur ganz wenigen Abgeordneten bildet im Europäischen Parlament unter dem Namen Die Grünen/EFA eine Fraktion zusammen mit den zahlenmäßig sehr viel stärkeren Grünen. Die vier Abgeordneten der N-VA erneuerten ihre Mitgliedschaft in dieser Fraktion nach den Wahlen nicht, sondern schlossen sich der Fraktion EKR (Europäische Konservative und Reformer) an, in der die britischen Konservativen dominieren und der unter anderen auch die deutschen Abgeordneten der AfD (Alternative für Deutschland) angehören. Es war von Anfang an klar, dass diese Fraktion einen mehr euroskeptischen und eurokritischen Kurs steuert. Die Zugehörigkeit der N-VA zu dieser Gruppierung impliziert, dass der für die belgischen Parteien bisher geltende Konsens, das europäische Integrationsprojekt und die EU zu bejahen und zu unterstützen, nicht mehr besteht. Ob das Folgen für die gegenwärtige Regierungskoalition haben wird, bleibt abzuwarten.

Der Fraktionswechsel der N-VA ist im Grunde genommen nicht unlogisch. Denn Flandern ist nicht länger „a stateless nation“ und die Flamen sind definitiv keine Minderheit. Die flämische Bewegung, die jetzt von der N-VA repräsentiert wird, hat sich emanzipiert und die Schlüssel zur Übernahme bzw. zur maßgeblichen Beteiligung an der Macht erworben.

Die für die Zukunft Belgiens entscheidende Frage, ob beim heutigen Stand der Staatsreform eine stabile Zukunft für die Pax Belgica gesichert ist, bleibt offen und kann gegenwärtig nicht beantwortet werden. Anders formuliert: befindet sich Belgien gegenwärtig in einer Periode der institutionellen und konstitutionellen Konsolidierung oder ist die deutliche Stärkung der N-VA, wie sie mit ihrer Regierungsbeteiligung sichtbar geworden ist, Vorbote einer neuen Auseinandersetzung der (Sprach- und Kultur-) Gemeinschaften?

Regionale Bewegungen in Polen – ein Weg zu Regionalparteien oder Phänomen ohne politische Folgen?

Andželika Mirska

Im internationalen Vergleich gilt Polen traditionell als Beispiel für ein Land ohne Regionalparteien. Das hat vielfältige Gründe. Weitgehend wurzeln sie in der wechselhaften Geschichte des polnischen Staates und der Nation. In der jüngeren Vergangenheit lassen sich aber kleine Veränderungen in diesem Bild erkennen. Ausschlaggebend dafür waren die von innenpolitischen Erfordernissen geprägten demokratischen Transformationsprozesse in Polen und auch externe Einflüsse, vor allem im Rahmen des Europäisierungsprozesses, in dem die EU als Promoter und Förderer der Regionen hinzutrat. Es lässt sich beobachten, dass seit der Wende 1989 die regionale Dimension in Polen wieder aufgewertet wird, sowohl von *top-down* Prozessen, die von der zentralen Politik gesteuert sind, als auch von *bottom-up* Vorgängen in einzelnen Gebieten von Polen.¹

Der Beitrag soll sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Prozesse von unten in den letzten Jahren verlaufen sind und welche organisatorischen Formen sie annehmen. Ebenfalls betrachtet wird die Relevanz der Herausbildung von regionalen Organisationen für die polnische Politik. Die Hauptfrage dabei lautet, ob die regionalen Organisationen politische Bedeutung aufweisen und ein Potenzial besitzen, um als *quasi* Parteien zu agieren. Die Bezeichnung „regionale Bewegungen“ wird hier für solche Organisationen verwendet, die sich als Vertretung der raumbezogenen, subnationalen Interessen präsentieren. Um diese Problematik zu veranschaulichen, werden zuerst die Rahmenbedingungen (Gegebenheiten) für die Entwicklung der regionalen Organisationen/Bewegungen in Polen skizziert, nämlich sowohl geschichtliche Hintergründe und staatsrechtlicher Rahmen als eine objektive Dimension (rechtliche Stellung von nationalen/ethnischen Minderheiten und territoriale Struktur Polens) als auch die Frage nach der/den regionalen Identität(en) in Polen (das Bewusstsein der eigenen Andersartigkeit im Staat) – als die subjektive Dimension der untersuchten Problematik.

1 In der polnischen Literatur wird für *bottom-up* Prozesse oft der Begriff *Regionalismus* (polnisch: regionalizm) verwendet, um die endogenen Prozesse zu beschreiben. Dagegen wird der Terminus *Regionalisierung* (polnisch: regionalizacja) für *top down* Prozesse verwendet, u.a.: *Gorzelał, Grzegorz/Jałowiecki Bohdan* 1993: *Czy Polska będzie państwem regionalnym*, Warszawa, *Bieniada Rafał* 2013: *Federalizm kooperatywny jako czynnik regionalizacji substruktur państwa. Casus Austrii, RFN i Szwajcarii*, Warszawa; *Rydlewski Grzegorz* 2007: *Systemy administracji publicznej w państwach członkowskich Unii Europejskiej*, Warszawa; *Lemańska, Joanna* 2008: *Region, regionalizm, regionalizacja w europejskiej przestrzeni pojęciowej*, in: *Nowacki, Russano* (ü), *Prawne problemy regionalizacji w Europie*, Wrocław, S. 133-157.

1 Die rechtliche Stellung von nationalen und ethnischen Minderheiten

Die regionalen Bewegungen und regionalen Parteien werden oft als das Produkt multinationaler Staaten gesehen. Da das heutige Polen ethnisch weitgehend homogen ist, ergeben sich keine guten Voraussetzungen für die Entstehung und Entwicklung relevanter Regionalismen. Wenn man aber tief in die polnische Geschichte schaut, stellt man fest, dass der polnische Staat auch einmal ein Vielvölkerstaat war. In dem im Jahre 1918 wiederentstandenen polnischen Staat machten bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die nationalen Minderheiten 31,1 % der Gesamtbevölkerung aus. Die größten Minderheiten waren: Ukrainer 13,9%, Juden: 8,6%, Belarussen: 3,1% und Deutsche: 2,3%.²

Das heutige Polen als ein ethnisch homogener Staat ist ein Produkt der Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges. Die Grenzverschiebung Polens und Vernichtung und Vertreibung der Bevölkerungsgruppen trugen entscheidend dazu bei. Innenpolitisch spielte hier die gezielte zentralistische Politik eine wichtige Rolle, die gegen jede Art von Andersartigkeit ausgerichtet war. In der Zeit der Volksrepublik (1945-1989) blieb also kein Platz für endogene, politisch orientierte Bewegungen in Regionen. Man kultivierte allenfalls das regionale Brauchtum, aber dann nur als volkstümlichen Teil der nationalen Kultur. Am Rande sei hinzufügen, dass die unitaristische Politik nicht nur ein Phänomen der Ostblockstaaten war. Auch in Westeuropa gab es Länder, in denen eine Politik der Minimierung der regionalen Unterschiede bewusst geführt wurde – vor allem dort, wo das Paradigma des „modernen Nationalstaats“ galt. Ein gutes Beispiel dafür ist Frankreich, wo die regionalen Unterschiede weitgehend liquidiert wurden. Wenn man die Region Katalonien heranzieht, fällt auf, dass in Spanien die Katalonier eine starke nationale Identität beibehielten. In Frankreich dagegen wurde sie eher zur Folklore reduziert³.

Die Wende 1989 brachte keine Grenzverschiebungen mit sich, aber im Zuge der Demokratisierung und Europäisierung kam es in Polen zur Aufwertung der lokalen und regionalen Ebenen. Die unterdrückten regionalen Emanzipationsambitionen lassen von sich wissen. Die regionale Identität, die während der Volksrepublik unterdrückt wurde, konnte jetzt ohne Beschränkung bekundet und manifestiert werden.

So kam es 2002 zur Volkszählung, bei der zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg die Fragen nach der Nationalität⁴ und nach der im Familienkreis gebrauchten Sprache gestellt wurden. Das Ergebnis bestätigte auf einer Seite die Tatsache der ethnischen Homogenität Polens, weil 96,74% der Bevölkerung sich mit der polnischen Nationalität identifizierte. Auf der anderen Seite stellte sich heraus, dass in der Gruppe der Befragten,

2 *Zieliński Henryk* 1985: *Historia Polski 1914-1939*, Wrocław, S. 124, siehe auch: *Gaber, Rusanna* 2007: *Politische Gemeinschaft in Deutschland und Polen: Zum Einfluss der Geschichte auf die politische Kultur*, Wiesbaden, S. 135.

3 *Zarycki, Tomasz* 2008: *Wybrane dylematy budowy tożsamości regionalnej*, in: *Kasińska-Metryka Agnieszka/Miernik, Rafał: Tożsamość województwa świętokrzyskiego w kontekście kraju i Unii Europejskiej*, Kielce-Katowice, S. 37.

4 Es geht hier um eine, dem Empfinden der Befragten nach, Deklaration der Nationalität, die unabhängig von der formalen Staatsangehörigkeit ist.

die sich nicht mit der polnischen Nationalität identifizierten, die meisten (173.153 Personen – 0,45%) die „schlesische“ Nationalität angaben. Dabei war eine solche Wahlmöglichkeit im Formular nicht vorgegeben (rechtlich gesehen existiert keine schlesische Nation). Deswegen war nach Schätzungen der Bewegung der Autonomie Schlesiens die Zahl der Bürger, die sich als Schlesier fühlen, höher als die Zahl der Deklarationen innerhalb der Umfrage. Beklagt wurde auch, dass man nur eine Nationalität wählen durfte.⁵ Die zweitgrößte war die deutsche Minderheit (152.897 Personen – 0,4%)⁶.

Die zweite Volkszählung 2011 ermöglichte es den Befragten, mehr als eine Nationalität anzukreuzen. Von 38,5 Millionen Staatsbürgern gaben über 36 Millionen Menschen die polnische Nationalität an (93,5%). Als überraschend galt die angestiegene Zahl an Menschen, die sich zu ihrer Regionalidentität bekennen: die größte Gruppe (809.000 Personen) definiert sich als Schlesier. In diesem Kreis befinden sich sowohl diejenigen, die sich gleichzeitig als Polen fühlen (415.000), als auch die, die ausschließlich die Nationalität „schlesisch“ ausgewählt haben (362.000). Die Volkszählung 2011 hat auch die Kaschuben animiert, ihre Regionalidentität zu akzentuieren: 228.000 Menschen bekennen sich zu ihrer kaschubischen Identität (2002 waren es nur 5.100). Dabei deklarierten 212.000 davon auch die polnische Nationalität und nur 16.000 haben ausschließlich „kaschubisch“ als ihre Nationalität genannt. Der Volkszählung 2011 nach, deklarieren 109.000 Personen die Deutsche Nationalität, die Ukrainische 48.000, die Belarussische 47.000, die Romani 16.000, die Russische 13.000, die Lemkische 10.000 und andere, die noch kleinere Gruppen bilden.⁷

Von den oben genannten Volksgruppen sind die meisten als Minderheiten in Polen rechtlich anerkannt, was bedeutet, dass sie unter rechtlichem Schutz stehen und finanzielle Unterstützung genießen. Die polnische Verfassung von 1997 verwendet den Begriff „nationale und ethnische Minderheiten.“⁸ Das Gesetz von 2005 über nationale und ethnische Minderheiten sowie über die Regionalsprache erkennt neun nationale Minderheiten in Polen (die belarussische, tschechische, litauische, deutsche, armenische, russische, slowakische, ukrainische und jüdische) und vier ethnische Minderheiten (karaimische, lematische,

5 *Świderek, Bartłomiej*: Komunikat Ruchu Autonomii Śląska dla mediów zachodnich. Serwis Nasze Kaszuby – Zasoby Kaszubsko-Pomorskie, 07.06.2002, <http://www.naszekaszuby.pl/modules/news/print.php?storyid=23> (10.01.2015).

6 Główny Urząd Statystyczny (Haupt-Statistikamt), <http://stat.gov.pl/spisy-powszechno/narodowe-spisy-powszechno/narodowy-spis-powszechny-2002/wyniki-narodowego-spisu-powszechnego-2002-narodowosci-oraz-jezyka/> (10.01.2015).

7 Główny Urząd Statystyczny (Haupt-Statistikamt), http://stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/lu_nps2011_wyniki_nsp2011_22032012.pdf (10.01.2015).

8 Laut Art. 35 der Verfassung der Republik Polen vom 02.07.1997: *„die Republik Polen gewährleistet den polnischen Staatsangehörigen, die nationalen und ethnischen Minderheiten angehören, die Freiheit der Erhaltung und der Entwicklung der eigenen Sprache, der Erhaltung von Bräuchen und Traditionen sowie der Entwicklung der eigenen Kultur. Nationale und ethnische Minderheiten haben das Recht auf Bildung eigener Ausbildungs- und Kultureinrichtungen sowie der Einrichtungen, die dem Schutz der religiösen Identität dienen. Sie haben auch das Recht an Entscheidungen in solchen Angelegenheiten beteiligt zu werden, die ihre kulturelle Identität betreffen.“*

romische, tatarische) an.⁹ Außerdem gewährt dieses Gesetz der kaschubischen Sprache¹⁰ den Status der einzigen Regionalsprache in Polen.

Die im Gesetz anerkannten nationalen und ethnischen Minderheiten besitzen ihre Organisationen und kultivieren ihre Muttersprache und Kultur, präsentieren aber keine politischen Aspirationen im Sinne eines politischen Regionalismus. Dies erklärt sich vor allem durch ihre geringe Mitgliederzahl. Sie können aber am politischen Leben teilnehmen, indem sie sich zum Beispiel an lokalen und regionalen Wahlen beteiligen. Der Status einer nationalen Minderheit bedeutet auch das Wegfallen der 5-Prozent Hürde in den Nationalwahlen, was das Wahlkomitee der deutschen Minderheit regelmäßig wahrnimmt, um seine Vertretung im Zentralparlament (dem Sejm der Republik Polen) zu bekommen.

Wenn wir aber wieder an Volkszählungsergebnisse anknüpfen, stellt sich heraus, dass die größte Gruppe, die eine regionale Identität aufweist, keinen rechtlichen Status als eine ethnische oder nationale Minderheit besitzt. Die Selbstwahrnehmung als Schlesier und die subjektive Deklaration der Existenz einer schlesischen Nation hat keine rechtlichen Konsequenzen in Form von Privilegien, z.B. (in Form von Sonderregeln innerhalb des Wahlrechts). Doch die Bezeichnung „schlesische Nationalität“ taucht immer wieder in der Öffentlichkeit auf und ruft Kontroversen und Polemik hervor. Unter anderem gewann diese Problematik infolge der Entstehung von Organisationen, die sich explizit auf die „schlesische Nationalität“ berufen und deren offizieller Name diesen Begriff beinhaltet, an Bedeutung. Schon 1996 wurde „Der Verband der Bevölkerung der schlesischen Nationalität“ (Związek Ludności Narodowości Śląskiej) gegründet. Das Gericht lehnte aber die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister ab. Die Begründung lautete, der Verbandsname könne täuschen, weil keine schlesische Nation existiert. Der Verband versuchte sich bei allen polnischen Gerichtsinstanzen durchzusetzen und auch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg – ohne Erfolg. Der Europäische Gerichtshof wies 2004 die Klage des Verbands zurück und entschied, dass polnische Gerichte das Recht nicht verletzen, indem sie den Verein nicht zugelassen haben. Dabei nahm der Gerichtshof keine Stellung zu der Frage nach Existenz oder Nichtexistenz der schlesischen Nationalität.¹¹ 2007 beschäftigte sich das Oberste Gericht erneut mit der Klage des Verbands wegen

9 Art. 2 des Gesetzes vom 6. Januar 2005 über nationale und ethnische Minderheiten und über Regionalsprache (Dz.U. 2005 nr 17 poz. 141).

10 Kaschubisch gehört neben dem Slovakischen, Tschechischen, Polnischen, Obersorbischen und Niedersorbischen zu der Gruppe der westslavischen Sprachen, nach Müller A.M. 2010: Das Beispiel Sorben: Aktuelle sprachliche Lage und Einfluss von Charta und Rahmenübereinkommen, in: Europäische Sprachen und Minderheitenpolitik Ein Blick auf die Ukraine und Deutschland, Slavisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Mai/Juni 2010, S. 60, <http://www.slavistik.uni-freiburg.de/files/materialien/europaeische-sprachenpolitik> (10.02.1015).

11 Wójcik, Katarzyna 2011: Mniejszości narodowe i ich ochrona w orzecznictwie Europejskiego Trybunału Praw Człowieka, in: Balcerzak, Michał/Jasudowicz, Tadeusz/Kapelańska-Kręgoska, Julia (Hrsg.): Europejska Konwencja Praw Człowieka i jej system kontrolny – Perspektywa systemowa i orzecznicza, Toruń, S. 255.

der Ablehnung seiner Registrierung. Auch diesmal entschied das Gericht, dass die Zulassung einer Organisation unter diesem Namen rechtswidrig ist.¹²

2011 wurde „Der Verein von Personen der schlesischen Nationalität“ (polnisch: Stowarzyszenie Osób Narodowości Śląskiej) von 18 Personen gegründet. Das Amtsgericht hat die Registrierung unter diesem Namen abgelehnt, aber bei der zweiten Instanz erzielte der Verein Erfolg und wurde ins Vereinsregister eingetragen. Der Verein argumentierte, dass das Gesetz über die Volkszählung 2011 eine subjektive Perspektive des Begriffs „Nation“ zulässt. Nun hat das Oberste Gericht infolge einer Klage von der Staatsanwaltschaft diese Entscheidung aufgehoben. Die Begründung war, dass das Gesetz für statistische Zwecke gedacht war und keine neue Rechtssituation bildet. Es existiert kein Nationalstaat der Schlesier und es gibt keine schlesische Nation. Deshalb entschied das Amtsgericht, den Verein aus dem Register zu streichen.

Die zwei oben benannten Vereine deklarieren vor allem das Engagement für die Förderung und Stärkung des Nationalbewusstseins und Kultur der Schlesier, distanzieren sich aber von Politik, u.a. von der Teilnahme an Wahlen.¹³

Es ist aber auch eine Organisation aktiv, die Schlesier anspricht und sich als eine politische Repräsentation der Region sieht. Es ist die „Bewegung der Autonomie Schlesiens“ (polnisch: Ruch Autonomii Śląska). Dem Namen kann man entnehmen, dass die Organisation regional orientiert ist und politische Ziele und Forderungen hat. Ihr Verlangen nach einer Autonomie für ein Gebiet innerhalb Polens (ferner Autonomie für andere Regionen, am Beispiel von Regionalstaaten wie Spanien oder Italien¹⁴ und in einer weiteren Perspektive wäre eine föderale Struktur für Polen nicht ausgeschlossen¹⁵) berührt ein grundsätzliches Element des politischen Systems in Polen, nämlich den territorialen Aufbau des Landes, welcher in der polnischen Verfassung von 1997 bestimmt wurde.

2 Die territoriale Struktur Polens

Laut Artikel 3 der Verfassung ist Polen ein Einheitsstaat. Wichtig dabei ist, dass im Artikel 15 ein Dezentralisierungsgebot festgeschrieben ist („*Die Gliederung des Staatsgebietes der Republik Polen gewährleistet die Dezentralisierung der öffentlichen Gewalt*“). Und die wichtigste Form der Dezentralisierung ist in Polen die territoriale Selbstverwaltung („*Die örtliche Selbstverwaltung nimmt an der Ausübung der öffentlichen Gewalt teil. Den ihr im*

12 Postanowienie z dnia 14 lutego 2007 r. III SK 20/06 Izba Pracy, Ubezpieczeń Społecznych i Spraw Publicznych, Orzecznictwo Sądu Najwyższego Zbiór Urzędowy Izba Pracy, Ubezpieczeń Społecznych i Spraw Publicznych 2008/3-4/54.

13 Die offiziellen Webseiten der Organisationen: *Der Verband der Bevölkerung der schlesischen Nationalität*, <http://www.zlms.ubf.pl/news.php>; *Der Verein von Personen der schlesischen Nationalität*, <http://slonzoki.org/przykladowa-strona-2/statut/> (10.02.2015).

14 Die offizielle Webseite der Bewegung der Autonomie Schlesiens, <http://www.autonomia.pl/faq/#f32> (10.02.2015).

15 Ein Interview mit dem Vorsitzenden der Bewegung Autonomie Schlesiens vom 3 März 2011, <http://tygodnik.onet.pl/wazny-test-dla-slaska-zmienia-ustroj-polski/2mlvj> (12.02.2015).

Rahmen der Gesetze zufallenden wesentlichen Teil der öffentlichen Aufgaben realisiert die Selbstverwaltung im eigenen Namen und in eigener Verantwortung“ – Artikel 16). Dieser Aufbau ist anders als der in Föderationen, wo die Autonomie der Gliedstaaten aus der Perspektive des Zentralstaats die wichtigste Form von Dezentralisierung darstellt.¹⁶ Empirisch lässt sich zeigen, dass Föderationen in der Regel einen größeren politischen und fiskalischen Dezentralisierungsgrad aufweisen als Einheitsstaaten. Jedoch besteht das zentrale Unterscheidungsmerkmal zwischen beiden Formen der Staatlichkeit nicht im Umfang der dezentralisierten Kompetenzen, sondern darin, ob die Autonomie der Gliedeinheiten konstitutionell garantiert ist. Wenn das Design des vertikalen Staatsaufbaus unilateral (einseitig) durch den Zentralstaat verfügt und verändert werden kann, handelt es sich um einen dezentralisierten Einheitsstaat.¹⁷

Das heutige Polen als ein tief dezentralisierter Einheitsstaat mit der dreistufigen territorialen Selbstverwaltung hat seine Wurzeln in der Zweiten Republik Polen (1918-1939). Nach der Wende 1989 war die Dezentralisierung eine der Hauptbedingungen und gleichzeitig eine der Haupteigenschaften des Transformationsprozesses in Polen,¹⁸ um das Erbe der zentralistisch aufgebauten Volksrepublik (1945-1989) zu bewältigen. Der erste Schritt, die Schaffung einer „Schule der Demokratie“, fand schon 1990 statt. Zu dieser Zeit wurde die Selbstverwaltung in den circa 2500 polnischen Gemeinden wiederhergestellt. Die zweite Phase der Reform des territorialen Systems und die Fortsetzung des Dezentralisierungsprozesses trat am 1. Januar 1999 in Kraft. Man kann diese Reform als eine polnische Art von Regionalisierung betrachten, weil neben der zweiten Stufe der lokalen Selbstverwaltung in Form von Landkreisen und kreisfreien Städten eine regionale Selbstverwaltung in 16 Wojewodschaften eingerichtet wurde. Die Regionalisierung versteht man als die Schaffung einer zusätzlichen Ebene zwischen dem Zentralstaat und der lokalen Ebene, die mit legislativer Kompetenz ausgestattet werden kann. Beispiele findet man in Spanien oder Italien. Polen aber hat sich nicht für diesen Weg entschieden. Die polnische Tradition des Einheitsstaates wurde erhalten und die polnischen Wojewodschaften (Regionen) bleiben „nur“ Selbstverwaltungseinheiten und keine autonomen Gebietskörperschaften. Sie spielen aber eine Rolle bei der Gestaltung der Regionalpolitik in Polen und sind als Partner der Regierung bei der Gestaltung und Durchführung der Regionalpolitik anerkannt. Laut Stellungnahme der EU-Kommission von 1998 stellte diese regionale Ebene (NUTS II Regionen) einen adäquaten institutionellen Rahmen für die zukünftige Umsetzung der EU-Strukturpolitik dar.¹⁹

Die Wojewodschaften stellen größtenteils historische Gebiete dar, die Einführung der 16 Einheiten war teilweise von Geschichte, Wissenschaft, der Europäischen Union und der Politik determiniert. Die Namen der Wojewodschaften knüpfen an die historischen Be-

16 Heun, Werner 2012: Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen, S. 59.

17 Stykow, Petra 2007: Vergleich politischer Systeme, Paderborn, S. 212.

18 Lipowicz, Irena 2010: Verfassungsrechtliche Garantie der Selbstständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in Polens, in: Development of Public Law, Vol. 1, S. 96.

19 Pieper, Karin 2006: Regionalpolitik in Ungarn und Polen: Zwei Staaten im EU-Beitrittsprozess, Wiesbaden, S. 172.

zeichnungen von Regionen, wie z.B. (Masowien, Großpolen, Kleinpolen, Pommern) an, stimmen aber nicht immer mit den historischen Regionen überein.²⁰ So verhält es sich zum Beispiel mit der Wojewodschaft Schlesien mit ihrer Hauptstadt Kattowitz. Sie umfasst einen Teil des historischen Oberschlesiens und auch einen Teil der historischen Gebiete Kleinpolens. Es ist auch eine Tatsache, dass große wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen bestehen,²¹ die das Verlangen nach mehr (finanzieller) Autonomie von Seiten der reicheren Gebiete wecken können.

Die regionale Ebene in Polen ist administrativ-dual aufgebaut. In den 16 Wojewodschaften residieren 16 Wojewoden als Vertreter der Zentralregierung. Sie werden vom polnischen Ministerpräsidenten ernannt, sind Verwaltungsorgane des polnischen Staates und Vollzieher der nationalen Politik. Zugleich wählen die Bewohner der Wojewodschaften alle vier Jahre ihre Vertretungen („Wojewodschaftssejmik“), die als quasi Regionalparlamente wahrgenommen werden können. Rechtlich genommen sind sie bestimmende Organe der Selbstverwaltung, dürfen auf ihrem Gebiet das allgemein geltende Recht erlassen (das lokale Recht) doch dieses muss in Vereinbarkeit mit der Verfassung und anderen allgemein geltenden Rechtsakten bleiben. Also weisen die polnischen Regionen („Wojewodschaften“) im Gegensatz z.B. zu den deutschen Bundesländern keine Staatsqualität auf. Die Regionalparlamente können aber eine wichtige Rolle spielen – als eine Plattform für politisch orientierte Regionalbewegungen.

Eine Voraussetzung für regionale Bewegungen oder Parteien wäre eine regionale Identität, das deutliche Bewusstsein der eigenen Andersartigkeit im Staat. In Polen finden wir sowohl Regionen mit stark ausgeprägter Eigenidentität, als auch Regionen, wo diese keine relevante Rolle spielt. Über ausgeprägte regionale Identität verfügen Schlesier und Kaschuben, was die Volkszählungen deutlich bestätigten.²²

Die regionale Identität bewegt zur Bildung verschiedener Formen von institutionalisierten Gemeinschaften (Vereine, Gesellschaften, Parteien). Diese können verschiedene Ziele verfolgen, von Kultivierung und Schutz der Kultur, der Sprache (Dialekten), des Brauchtums bis hin zu politischen Forderungen (Streben nach Autonomie, Föderalisierung, Sezession, nur für sich selbst oder für das ganze politische System des Staates). Eine Frage wäre, ob die Organisationen, die solche politische Programme präsentieren, auch eine Bedeutung haben, d.h. eine reale Wirkungskraft besitzen und Unterstützung gewinnen können. Als „Messinstrument“ kann hier vor allem die Teilnahme einer solchen Organisation an den Wahlen dienen, mindestens auf der Regionalebene und *last but not least*: Wahlerfolge.

20 Zaborowski, *Lukasz* 2013: *Podział kraju na województwa : próba obiektywizacji*, Warszawa.

21 *Nazarczuk, Jarosław* 2013: *Potencjał rozwojowy a aktywność inwestycyjna województw i podregionów Polski*, Olsztyn.

22 Es besteht eine breite Literatur, die regionale Identität erforscht: *Nijakowski, Lech* (Hrsg.) 2009: *Etniczność, pamięć, asymilacja*, Warszawa; *Szczepański, Marek/Śliz, Anna* 2010: *Dylematy regionalnej tożsamości. Przypadek Górnego Śląska*, in: *Śląsk*, nr 10; *Śliz, Anna* 2009: *Śląsk: wielokulturowość czy kulturowe zróżnicowanie?*, in: *Studia Socjologiczne*, Nr. 4, S. 149–167; *Szaraniec, Lech* 2007: *Wielokulturowość Górnego Śląska*, Katowice; *Kijonka-Niezabitowska, Justyna* 2009: *Z problemów narodowości i tożsamości śląskiej – dylematy i wybory*, in: *Studia Socjologiczne*, Nr. 4; *Janeczek, Janusz; Szczepański, Marek* (Hrsg.) 2006: *Dynamika śląskiej tożsamości*, Katowice.

3 Die „Bewegung der Autonomie Schlesiens“

Wenn man die Entwicklung der letzten 25 Jahre beobachtet, gibt es eine einzige regional orientierte Organisation in Polen, die an den Wahlen teilnimmt und politische Forderungen äußert. Es ist die „Bewegung der Autonomie Schlesiens“ (Ruch Autonomii Śląska, RAŚ). Diese Organisation wurde 1990 als ein Verein gegründet (auf der Grundlage des Vereinsgesetzes von 1989). Gleich kam der erste Erfolg: RAŚ nahm an den Parlamentswahlen 1991 mit eigener Liste teil und erzielte ein Wahlergebnis in Höhe von 0,36%, was zwei Mandate im Sejm²³ einbrachte (damals galt keine Sperrklausel bei der Sejmwahl). Die zu dieser Zeit herrschende Wendestimmung in Polen brachte „Regionalität“ in Mode. Der Wahlspruch „zurück zu den Wurzeln“ konnte endlich verwendet werden. Gleich aber kam es zu Spannungen, weil RAŚ das Thema Autonomie für Schlesien thematisierte – ein Tabu für die meisten Polen und für politische Eliten. Es wurde ein abschreckender Vorwurf benutzt, nämlich die Gefahr einer „Balkanisierung Polens“ infolge der Forderungen von RAŚ.²⁴ Die Teilnahme an den vorgezogenen Sejmwahlen 1993 (mit 5-Prozent Hürde) war ein Debakel: RAŚ konnte nur die Hälfte der Stimmen im Vergleich zu 1991 gewinnen. Seither ist RAŚ nicht mehr mit eigener Liste auf der zentralen Ebene angetreten.

Auf der regionalen Ebene (die Selbstverwaltungswahlen in 16 Woiwodschaften) galt der Verein lange als völlig bedeutungslos. Erst unter Vorsitz von Jerzy Gorzelik, der erst Pressesprecher war und 2003 Vorsitzender wurde, gelang es der RAŚ, Medienaufmerksamkeit und mehr Anhänger zu gewinnen. Im November 2010 konnte die Bewegung bei der Regionalwahl in der Woiwodschaft Schlesien knapp 8,5 Prozent und damit drei Mandate im Wojewodschaftssejmik (Regionalparlament) erringen. Für die Bewegung war es „der große Durchbruch“ in die institutionalisierte Politik. Die Präsenz im Regionalparlament an sich war bereits wichtig, doch der Erfolg wurde noch von der Teilnahme an der regierenden Koalition gekrönt. Diese wurde von der Bürgerplattform (PO), der Bauernpartei (PSL)²⁵ und der RAŚ gebildet. Jerzy Gorzelik, der Vorsitzende der RAŚ, wurde in den fünfköpfigen Vorstand (Regionalregierung) der Wojewodschaft Schlesien aufgenommen (gewählt von den Sejmikabgeordneten). RAŚ konnte sich endlich als koalitionsstauglich und kooperationsfähig erweisen und von der größten Partei Polens (Bürgerplattform) als Partner akzeptiert werden. Von Bedeutung war auch, dass die Verantwortung für die Ressorts Kultur und Erziehung an Gorzelik delegiert wurde.²⁶ Die Zusammenarbeit mit der PO beendete die RAŚ im April 2013. Bei den Regionalwahlen 2014 bekam RAŚ zwar et-

23 Der Sejm der Republik Polen (Sejm Rzeczypospolitej Polskiej) setzt sich aus 460 Abgeordneten zusammen und bildet neben dem Senat eine der beiden Kammern des polnischen Parlaments.

24 Eine Reportage „Republika Śląska ponad narodami“ von Aleksandra Klich und Józef Krzyk für die größte Tageszeitung in Polen, „Gazeta Wyborcza“ vom 17.05.2008, http://wyborcza.pl/magazyn/1,133483,5220014,Republika_Slaska_ponad_narodami.html (10.01.2015).

25 Die Bürgerplattform und die Bauernpartei – PSL sind polnische Volksparteien, die 2007-2015 auf der nationalen Ebene in einer Regierungskoalition waren und somit die polnische Regierung bildeten. 2015 kam es in Polen zu einem Machtwechsel, die Regierung bildet die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS).

26 Ein Hauptziel der RAŚ ist es, die schlesische Kultur und Identität zu entwickeln.

wa 25.000 Stimmen weniger, was aber einen Platz mehr im Wojewodschaftssejmik ausmachte. Diesmal aber blieb RAŚ zuerst außerhalb der regierenden Koalition. Die Bürgerplattform, die wieder gewonnen hat, ersetzte RAŚ durch SLD („Der Bund der Demokratischen Linken“²⁷). Infolgedessen setzte sich der Vorstand der Wojewodschaft Schlesien nach den Regionalwahlen 2014 wie folgt zusammen: Bürgerplattform, Bauernpartei und SLD. Zu einer Veränderung zugunsten der RAŚ kam es im Juni 2015 als die in Schlesien regierungstragende Koalition um RAŚ ergänzt wurde. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Koalitionsparteien wurde ein RAŚ-Vertreter in den Vorstand der Wojewodschaft Schlesien gewählt. In der Opposition bleibt eine Partei – Recht und Gerechtigkeit.

Am Rande sei hinzuzufügen, dass die Politik in den Regionen fast ausschließlich von Volksparteien dominiert wurde. Die einzige regionale Kraft, die sich neben RAŚ bei Regionalwahlen kontinuierlich durchsetzt, ist die Deutsche Minderheit. Das Wahlkomitee Deutsche Minderheit²⁸ nimmt regelmäßig an Regionalwahlen in der Wojewodschaft Oppeln teil und gewinnt jedes Mal Mandate im Wojewodschaftssejmik Oppeln.

Tabelle 1.: Die Regionalwahlergebnisse von RAŚ in der Wojewodschaft Schlesien²⁹

| Wahljahr | Stimmenanzahl | In Prozent | Mandate im Wojewodschaftssejmik |
|----------|---------------|------------|---------------------------------|
| 2002 | 53 118 | 4,24 % | 0 |
| 2006 | 58 919 | 4,35 % | 0 |
| 2010 | 122 781 | 8,49 % | 3(4)* von 48** |
| 2014 | 97 664 | 7,24 % | 4 von 45** |

* Nach Wahlergebnis waren es drei Mandate, danach ist ein Mitglied von einer anderen Partei (Recht und Gerechtigkeit) der RAŚ beigetreten und brachte sein Mandat mit.

** Die Anzahl der Abgeordneten im Wojewodschaftssejmik variiert in Abhängigkeit von der Bevölkerungsstärke in der Wojewodschaft.

Quelle: Eigene Darstellung

Auf europäischer Ebene war das Jahr 2001 für die RAŚ relevant. Es wurde der Bewegung der Beobachterstatus in der European Free Alliance (EFA) zuerkannt. Im Jahr 2003 ist RAŚ ein gleichberechtigtes Mitglied der European Free Alliance geworden.

27 SLD ist eine sozialdemokratische Partei in Polen. Zu ihren Vorgängern gehört die kommunistische Partei der Volksrepublik Polen. Aus den Sejmwahlen 1993 und 2001 ging sie jeweils als stärkste Partei hervor und stellte somit jeweils die polnische Regierung.

28 Von der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien gegründet. Siehe <http://www.tskn.vdg.pl/> und <http://mniejszosniemiecka.eu/kandydaci-do-sejmiku-woj-opolskiego> (10.01.2015).

29 Panstwowa Komisja Wyborcza (Staatliche Wahlkommission), http://pkw.gov.pl/g2/oryginal/2014_12/0188f53179c9ba37be5deade9601491.pdf und <http://pkw.gov.pl/obwieszczenia-i-komunikaty-2-23063/strona,1.html> (10.01.2015).

4 Politische Ziele der Bewegung der Autonomie Schlesiens

Oberschlesien, der Wirkungsort von RAŚ, ist im Vergleich zu anderen Regionen in Polen eine spezifische Region. Im Laufe der Geschichte wurde Oberschlesien zu einer kulturellen Grenzregion geformt: d. h. im Verhältnis zu den politisch-administrativen Zentren ist Oberschlesien an der Peripherie gelegen, mit einem deutlichen Bewusstsein der eigenen Andersartigkeit. Die regionale Identität der Schlesier ist im Zuge der langjährigen Durchdringung vieler Kulturen und Traditionen unterschiedlicher Herkunft entstanden³⁰. Die Volkszählungen 2002 und 2011 haben bestätigt, dass in der Region verschiedene Identitätskonstellationen präsent sind, was eine Grundlage für die Herausbildung der regionalen Organisationen ist.

Eine dieser Organisationen ist die RAŚ, die sich als Vertretung der Regionalinteressen der Oberschlesier sieht und dabei für viele Emotionen in Polen sorgt. Vor allem wegen der im Statut formulierten Deklaration, Aktivitäten zu Gunsten der Autonomie der Regionen in Polen zu unterstützen (§5). Das Hauptziel der Bewegung,³¹ nämlich die Erlangung der Autonomie Schlesiens im Rahmen einer ausgereiften Dezentralisierung der Republik Polen,³² stellt das gegenwärtige, von allen politischen Lagern akzeptierte territoriale System von Polen in Frage.

RAŚ beruft sich deutlich auf die Autonomie, die die Wojewodschaft Schlesien in der Vergangenheit besaß (in der Zweiten Republik Polen, im Zeitraum 1920-1939). Auf der anderen Seite sucht die RAŚ Inspirationen in Westeuropa, indem sie sich ein Beispiel an den autonomen Regionen in Spanien oder Italien nimmt und den von ihnen eingeschlagenen Weg als ein gewünschtes Szenario für die Entwicklung in Polen präsentiert.

Die Bewegung argumentiert, eine autonome Wojewodschaft Schlesien (mit eigenem Parlament und eigener Regierung) werde besser als die zurzeit agierende Selbstverwaltung die regionale Identität und Kultur berücksichtigen und schützen. Dabei wäre der Kern der Autonomie, die finanzielle Unabhängigkeit zu bekommen. Laut der Bewegung: „Die Gelder, die die Menschen unserer Region erarbeiten, werden zu unserer Verfügung bleiben. Die Bewohner dieser Region werden über die Verteilung dieser Finanzmittel entschei-

30 *Szczepański, Marek/Śliz, Anna* 2012: Die Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAŚ), Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/139913/analyse?p=all> (10.01.2015).

31 Die weiteren Ziele von RAŚ sind nicht so „revolutionär“ für das politische System Polens und umfassen folgende Aktivitäten: 1) die Vertiefung der regionalen Identität unter den Einwohnern Schlesiens und anderer Regionen der Republik Polen, 2) die Gestaltung und Entwicklung einer aktiven zivilgesellschaftlichen Haltung in der Bevölkerung Schlesiens, 3) die Beteiligung an der Integration aller Einwohner Schlesiens ohne Rücksicht auf den ethnischen Hintergrund, 4) den Schutz der Umwelt und des materiellen und geistigen Erbes der Vorfahren, 5) die Verbreitung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten, 6) die Förderung der europäischen Integration, Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften, 7) die Pflege kultureller und wirtschaftlicher Kontakte zur schlesischen Diaspora sowie emotionaler Bindungen zwischen dieser und der Heimat, 8) die Entwicklung und Gestaltung eines positiven Image von Schlesien; 9) die Förderung der vielfältigen schlesischen Sprache.

32 §12 a der Satzung von RAŚ: <http://autonomia.pl/n/statut-ruchu-autonomii-slaska> (10.01.2015).

den.“³³ Es ist auch deutlich, dass die Bewegung folgende Auffassung vertritt: „Dank Autonomie wird sich Schlesien optimal entwickeln – und nicht nach den Richtlinien aus Warschau.“ Und: „Über unsere Sachen werden unsere Menschen entscheiden. Über den Bergbau wird sich der Minister aus Stettin nicht aussprechen.“³⁴ Ein Leitmotiv der Vorstellungen von RAŚ ist die Überzeugung, dass die zentralen Entscheidungsstrukturen (das nationale Parlament und die Regierung in Warschau) die Bedürfnisse der Schlesier verkennen oder ignorieren. „Die Bürokraten aus Warschau lösen unsere Probleme nicht.“³⁵ Dabei werden die Gespenster aus der Vergangenheit wieder wach, dass das ganze Land vom schlesischen Bergbau profitierte und die Region ausbeutete. In theoretischen Überlegungen über den Regionalismus wird eine solche Argumentation mit Ansätzen „ethnischer Persistenz“ gebunden: „Der Regionalismus und die ethnische Bewegung gehen auf den Konflikt zwischen den zentralstaatlichen Eliten und regionalen Eliten um die knappen Ressourcen und auf regionale Diskriminierung zurück“³⁶.

Auf dem VII. Kongress der Bewegung 2011 hat der Vorsitzende Jerzy Gorzelik seine Vision unter dem Namen „Autonomie 2020“ präsentiert. Es wurde auch ein Entwurf für die Revision der polnischen Verfassung präsentiert, nach der eine Autonomie auch für andere Regionen in Polen möglich wäre. Außerdem deklarierte Gorzelik, er wolle die Bewegung, die einen Vereinsstatus besitzt, in keine Partei umgestalten – „wir wollen eine politisch-soziale Bewegung bleiben.“³⁷

Auf dem VIII. Kongress am 7. März 2015 haben die 98 Delegierten eine Resolution verabschiedet, dass die RAŚ doch eine Schlesische Regionalpartei bilden will – als eine Alternative zu nationalen Parteien.³⁸ Da aber die Parlamentswahlen schon im Herbst 2015 stattfinden, soll der Aufbau der Parteistrukturen erst danach begonnen werden.

Wenn man jetzt die Entwicklung von RAŚ aus der nationalen Perspektive zu reflektieren versucht, stellt man fest, dass die Forderungen nach einer politischen Autonomie auf das Misstrauen und den Verdacht stoßen, dass dahinter separatistische Ziele verborgen sind. Dazu kommen noch ungeschickte Äußerungen, wie zum Beispiel eine von dem Vorsitzenden der Bewegung, Jerzy Gorzelik, der polnischer Staatsbürger ist: „Ich bin Schlesier, kein Pole, und ich habe dem polnischen Staat nichts versprochen, also habe ich Polen auch nicht verraten und ich fühle mich nicht zur Loyalität diesem Staat gegenüber ver-

33 Laut der Informationen auf der offiziellen Webseite der Bewegung der Autonomie Schlesiens <http://autonomia.pl> (10.01.2015).

34 Die offizielle Webseite der Bewegung der Autonomie Schlesiens: <http://www.autonomia.pl/faq/#f36> (10.02.2015).

35 Ein Interview mit dem Vorsitzenden der RAŚ, Jerzy Gorzelik, veröffentlicht am 30.11.2014: http://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/1,114873,8741572,Niezalezny_Slask_od_2020_Autonomia_to_rozwiazanie.html (15.01.2015).

36 Jung, Byungkee 1999: Norditalienischer Leghismo als politischer Regionalismus: Lega Nord im politischen und sozioökonomischen Wandel Italiens, Dissertation an der FUB, S. 43; Blaschke, Jochen 1989: Der Regionalismus in Westeuropa als Problem ethnisch-politischer Mobilisierung, Berlin, S. 13.

37 <http://www.dziennikzachodni.pl/artykul/376979,autonomia-dla-gornego-slaska-termin-rok-2020,id,t.html> (15.01.2015).

38 <http://autonomia.pl/n/kongres-raS-2015-relacja> (10.03.2015).

pflichtet.“³⁹ Derartige Äußerungen bringen der Bewegung keine Sympathie, besonders im Kontext der polnischen Geschichte. Diese beinhaltet, dass ein Teil der polnischen Nationalidentität aus dem Kampf um die polnische Staatssouveränität stammt. Jerzy Buzek, der ebenfalls aus Schlesien stammende ehemalige Premierminister von Polen, damals Vorsitzender des Europäischen Parlaments, meinte kritisch, dass die Bewegung unnötig die Bewohner Schlesiens polarisiere.⁴⁰

Die Entwicklung, die RAŚ seit der Gründung 1990 hinter sich hat, lehrte sie, dass kontroverse Äußerungen nur Schaden für Außenrezeption verursachen können. Der schwerste Vorwurf gegenüber der RAŚ war und ist das Sezessionsstreben. Um der Verdächtigung des Sezessionsstrebens auszuweichen, betont Jerzy Gorzelik, dass eine breite Autonomie innerhalb der Republik Polen für Schlesien am günstigsten wäre. In der Satzung von RAŚ wurde festgeschrieben, dass die Aktivitäten der Bewegung nicht zur Änderung der Staatsgrenzen führen (§5). Und um die Bezeichnung „Autonomie“ zu entschärfen, benutzt Jerzy Gorzelik den in Polen vertrauten Begriff „Dezentralisierung“ und erklärt: „Gegenwärtig ist die Autonomie eine gewisse Form der Dezentralisierung.“⁴¹

Die zweite Erfahrung, die die RAŚ seit der Gründung gemacht hat, veranschaulichte ihr, dass das Bestreben nach Autonomie nur für die Region Schlesien allein nicht realisierbar ist. Die anderen Regionen würden es als ein ungerechtes Privileg sehen und deswegen die Autonomiebemühungen torpedieren. Aus diesem Grunde versucht die RAŚ sich als ein Promoter für alle Regionen in Polen anzubieten. Mit der Ausarbeitung des Programms „Autonomie 2020“ wurde von RAŚ ein komplexer Verfassungsänderungsentwurf vorbereitet, welcher das allgemeine Recht der Regionen in Polen auf territoriale Autonomie beinhaltet. Gleichzeitig versuchte die RAŚ andere Regionen zum Engagement nach dem RAŚ-Muster zu animieren. Es sind zum Beispiel 2010 und 2011 folgende Organisationen entstanden: Bewegung der Autonomie Großpolen, Bewegung der Autonomie Masurens und Bewegung der Autonomie Podlachiens. Im Vergleich zur RAŚ bleiben sie zurzeit politisch bedeutungslose Nachbildungen, und existieren lediglich in der Form von Facebook-Seiten.

39 Diese Deklaration hat Gorzelik in den 90er Jahren abgegeben, woraufhin seine Äußerung in einem Interview mit ihm am 29.11.2010 im Polnischen Rundfunk aufgenommen wurde: <http://www.polskie-radio.pl/7/158/Artykul/278382,Nie-straszcie-secesja-i-separatyzmem> (15.12.2014)

40 <http://www.polskieradio.pl/7/158/Artykul/278382,Nie-straszcie-secesja-i-separatyzmem> (15.12.2014)

41 Ein Interview mit Jerzy Gorzelik von Elżbieta Kazibut-Twórz für Tageszeitung „Dziennik Zachodni“, am 10.12.2010, veröffentlicht unter: <http://www.dziennikzachodni.pl/artykul/343827,gorzelik-odlaczysz-lask-od-polski-nie-mam-takich-zamiarow,4,id,t,sa.html> (10.01.2015).

5 Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die RAŚ als erste Organisation in Polen eine Region (Oberschlesien) und eine Bevölkerungsgruppe (die Schlesier) zum Objekt der Politik gemacht hat und dabei Aufmerksamkeit erzielt hat, die weit über die Regionsgrenzen hinausreicht. Die Bewegung agiert wie eine Partei und man kann sie ohne Zweifel als eine regionale Partei verstehen, die zurzeit jedoch ein Sonderfall auf der politischen Bühne in Polen bleibt.

Eine Regionalpartei auf dem Weg zu einer etablierten politischen Kraft – die Scottish National Party

Nikolas Dietzel

1 Einleitung

Als treibende Kraft hinter den Sezessionsbestrebungen Schottlands im Zuge des Unabhängigkeitsreferendums 2014 ist die Scottish National Party (SNP) zunehmend in den Fokus des wissenschaftlichen, aber vor allem auch des öffentlichen Interesses geraten. Trotz eines Abstimmungsergebnisses, bei dem sich 55,3% zu 44,7% der Wähler für einen Verbleib Schottlands als Teil des Vereinigten Königreichs aussprachen, gelang es der im Referendum gescheiterten SNP, bei den folgenden britischen Unterhauswahlen 2015 ein Rekordwahlergebnis zu erzielen, indem sie 56 der insgesamt 59 schottischen Wahlkreise gewinnen konnte.¹ Mit 56 Mandaten wurde die SNP drittstärkste Kraft im britischen Parlament. Dabei ist die Partei wesentlich älter, als es die jüngsten Ereignisse und der britische Devolution-Prozess vermuten ließen. Als ehemalige Protest- und Ein-Themen-Partei gelang es der SNP im Laufe der Zeit, sich in der Parteienlandschaft Großbritanniens zu etablieren und zu behaupten.²

2 Politisches Profil und innere Strukturen

Lange Zeit galt die SNP als Protestpartei und Ein-Themen-Partei, deren übergeordnetes Ziel die Unabhängigkeit Schottlands darstellte. Welches politische Profil steht dahinter? Die SNP sieht sich selbst als sozialdemokratische, progressive Partei, die sich links vom Zentrum einordnen würde.³ Bereits seit den frühen 1980er Jahren bezeichnete sich die Partei als *moderate left of centre*.⁴ Zweifelsohne handelt es sich bei links und rechts um relative Kategorien, welche nicht nur schwer zu charakterisieren sind, sondern denen im Zeitverlauf und im Ländervergleich auch unterschiedliche und veränderte Verständnisse zugrunde liegen. Im Falle der SNP ist die eigene Linkseinordnung immer in Relation zu den Positionierungen der anderen Parteien vorgenommen worden. So fand im Zuge der Thatcher-Regierung eine zunehmende Verschiebung der SNP in Richtung des linken politischen Spektrums statt. Diese Positionierung verstetigte sich, als im Verlauf der 1980er

1 BBC 2015: Election 2015. Results, London (BBC News), <http://www.bbc.com/news/election/2015/results> (01.08.2016); BBC 2014: Scotland Decides. Final Result, London (BBC News), <http://www.bbc.com/news/events/scotland-decides/results> (01.08.2016).

2 Finlay, Richard 2009: The Early Years: From the Inter-War Period to the Mid-1960s, S. 19-31, in: Hassan, Gerry: The Modern SNP: From Protest to Power, Edinburgh.

3 Siehe <http://www.snp.org/> (01.08.2016).

4 Mitchell, James/Bennie, Lynn/Johns, Rob 2012: The Scottish National Party. Transition to Power, Oxford, 123.

Jahre eine Bewegung der Labour Partei nach rechts beobachtet werden konnte. Vor diesem Hintergrund muss die Selbsteinschätzung der SNP als *moderate left of center* dabei als links von der Labour Partei verstanden werden.⁵ Zudem kann eine tendenziell autoritäre gegenüber einer libertären Positionierung festgehalten werden.⁶

In Zusammenhang mit der separatistischen Grundausrichtung seit Gründung der Partei kann der SNP auch eine eindeutig nationalistische Komponente zugeschrieben werden. Diese Behauptung wird untermauert, wenn man sich die zentrale Identifikationskomponente der schottischen Bevölkerung vor Augen hält. So sehen sich lediglich 14% der Schotten primär als Briten, 78% hingegen in erster Linie als Schotten.⁷

Die Mitglieder der SNP lassen sich auf Basis einer Studie aus den Jahren 2007/08 anhand verschiedener Charakteristika darstellen. Wie Mitchell und seine Mitautoren feststellen,⁸ sind die Mitglieder einer Partei generell älter als die Wählerschaft. Auch für die SNP trifft dieser Umstand zu, das Durchschnittsalter der Mitglieder lag 2007/08 bei 59 Jahren. Zugleich tendierte dieses Durchschnittsalter dazu, im Zeitverlauf anzusteigen. Daraus folgt, dass die SNP, wie andere Parteien auch, grundsätzlich vor der Herausforderung steht, junge Menschen als Mitglieder zu gewinnen und aktiv in die Parteistrukturen einzubinden. Gelingt dies nicht, besteht die Gefahr, eine junge Wählerschaft zunehmend schlechter zu erreichen, was zwangsläufig mit einer Verengung des Wählerprofils auf bestimmte Altersgruppen einhergeht. Darüber hinaus lässt sich ein Mitgliederschwund, der dadurch eintritt, dass ältere Parteimitglieder nach einer Zeit aus der Partei ausscheiden, kaum auffangen, wenn es nicht gelingt, junge Parteimitglieder anzuwerben. Vor dem Hintergrund dieser Problematik konnte die SNP im Anschluss an das Unabhängigkeitsreferendum einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung war das Verhältnis 2:1 im Sinne einer männlichen Dominanz. In Bezug auf die Religionszugehörigkeit war das Verhältnis bei der SNP relativ ausgeglichen gewesen (57% mit religiöser Identität), wobei Mitglieder der Church of Scotland/England den größten Teil dieser Menschen darstellten. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass sich der Großteil der Mitglieder aus dem *salariat* (61%) rekrutierte. Das *salariat* umfasst hierbei die Gruppe der Angestellten in Abgrenzung zur Arbeiterklasse. Primär sind dabei leitende Angestellte und solche in höheren Positionen gemeint. Gleichwohl war das Klassenbewusstsein mit 57% der Mitglieder, die sich keiner Klasse zugehörig fühlten, deutlich geringer als bei den anderen Parteien. Wenig überraschend ist die Tatsache, dass die große Mehrheit der Mitglieder in Schottland geboren ist, lediglich 11% stammten in den Jahren 2007/08 von Orten außerhalb Schottlands.

5 Mitchell et al. 2012 (Fn. 4): 123-126.

6 Ebd.: 126-130.

7 Sturm, Roland 2016: Von der Autonomie zur Sezession – Schottland, Katalonien und Flandern, S. 67-84, in: Rudolf Hrbek und Martin Große Hüttmann (Hrsg.): Föderalismus – das Problem oder die Lösung? Sammelband zur Ringvorlesung anlässlich des 20-jährigen Bestehens des EZFF, Baden-Baden, hier: 68.

8 Mitchell et al. 2012 (Fn. 4): 57f.

Die Scottish National Party wandelte sich von einer, wie Mitchell et al. es bezeichnen,⁹ „Amateur-Activist to Electoral-Professional Party.“ Entsprechend dieser Charakterisierung waren es in der Zeit von der Gründung 1934 bis zur Etablierung des Schottischen Parlaments 1998 vor allem freiwillige Aktivisten, welche die SNP getragen und repräsentiert haben. In dieser Zeit war die Partei überwiegend basisdemokratisch ausgerichtet. Fernab eines elitären politischen Kaders war es infolgedessen die politische Klasse, also die freiwilligen Mitglieder, welche die Strukturen und strategischen Ausrichtungen der SNP prägten. Ohne die Chance auf eine Regierungsbeteiligung waren ebenjene Strukturen in dieser Zeit allerdings dementsprechend unprofessionell. Ab dem Jahr 1979 mussten schottische Parlamentsmitglieder erstmalig eine beträchtliche Zeit in London verbringen, um den Aufgaben des Mandats Rechnung tragen zu können.¹⁰ Dennoch änderte sich die Struktur der SNP tatsächlich erst mit der Umsetzung der Territorialreform. Die Etablierung des schottischen Parlaments versetzt die SNP, welche vor allem aufgrund der regionalen Beschränkung nie eine Chance hatte, die großen britischen Parteien in Westminster herauszufordern, nun in die Lage, eine bedeutende Rolle in einem Parlament einzunehmen. Diese neuen Möglichkeiten gingen mit einer Professionalisierung der Strukturen einher, wobei auch ein Stück weit die basisdemokratische Grundausrichtung verloren ging. Die Führungsriege wurde in der Folge nicht mehr primär in internen Abstimmungen festgelegt, sondern bestand im Anschluss an die Devolution in erster Linie aus gewählten Vertretern des schottischen Parlaments. Als Konsequenz verloren die internen Institutionen der SNP, allen voran das National Executive Committee (NEC), welches bis dato das ausschließliche und parteiintern gewählte Führungsgremium darstellte, an Bedeutung. Nichtsdestotrotz blieben größere Spannungen zwischen der Basis und der neuen Führungsriege, wie sie in den 1970er Jahren zwischen dem NEC und den SNP-Abgeordneten in Westminster auftraten, zunächst aus. Dies lag vor allem an zwei Umständen: Zum einen gelang es den SNP-Abgeordneten im schottischen Regionalparlament auf Grund der geographischen Nähe viel besser, direkten Kontakt zu der Parteibasis zu halten, zum anderen konnte nahezu die komplette Parteiführung Mandate im schottischen Regionalparlament erringen. Auf diese Weise bestand das Führungsgremium überwiegend aus denselben Personen, wie bereits zuvor, obwohl aufgrund der Möglichkeit, Parlamentsmandate gewinnen zu können, nun auch bis dato externe Nichtmitglieder eine politische Karriere in der SNP in Betracht zogen.¹¹ Mit der Professionalisierung der Partei war ein Diskurs um eine Restrukturierung verbunden. Obwohl es infolgedessen also keine wesentlichen Zerwürfnisse gab, existierten durchaus kritische Stimmen. In einer Sonderkonferenz im Jahr 2004 wurden schließlich wichtige Strukturanpassungen vorgenommen. So erfolgten eine Modernisierung der zentralen Verwaltungsstrukturen, im Besonderen des NEC, und eine Reduzierung der Zahl der führenden Amtsinhaber; eine Reform des Wahlsystems der Amtsinhaber, Stellvertreter und Kandidaten im Sinne des *one-member-one-vote (OMOV)*; die Einführung einer oder eines Partei-

9 Ebd.: 34.

10 Mitchell et al. 2012 (Fn. 4): 34ff.

11 Ebd.: 36f.

vorsitzenden¹² sowie die Möglichkeit der/des Vorsitzenden, einen *Business Convener* einzuberufen, der sich mit den operativen Angelegenheiten befasst. Zudem verscrieb sich die Partei einer Ausgewogenheit der Kandidaten, insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergleichheit. Abgeschlossen wurde diese Modernisierung der Partei mit einer offiziellen strategischen Ausrichtung auf den Ausbau der schottischen Selbstverwaltung anstatt einer Abspaltung, wenngleich die schottische Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich inoffiziell mutmaßlich als zentrale Absicht bestehen blieb.¹³

3 Historische Genese der SNP

Die Scottish National Party, mittlerweile die, gemessen an der Popularität und den Wahlergebnissen, bedeutendste Regionalpartei im Vereinigten Königreich, entstand 1934 als Zusammenschluss der beiden schottischen Parteien National Party of Scotland (NPS) und Scottish Party (SP).¹⁴ Bereits vor dem Ersten Weltkrieg wurde das Thema einer schottischen Selbstverwaltung auf die politische Agenda gesetzt. Während die Idee der Selbstverwaltung in dieser Zeit jedoch eine Beschränkung des schottischen Parlaments auf lokale Angelegenheiten implizierte, bei der die zentralen Themen von einer britischen Regierung übernommen würden, bildete sich eine nationalistische Bewegung, welche eine umfassende schottische Autonomie, in Teilen gar eine Unabhängigkeit, anstrebten. Verbunden war der Wunsch nach Eigenständigkeit mit einer Skepsis, dass die etablierten politischen Parteien willens oder in der Lage seien, dieses politische Projekt umzusetzen.¹⁵ In der Folge gründeten sich 1928 die National Party of Scotland, welche in der Anfangszeit mit Spannungen zwischen moderaten Föderalisten und radikalen Separatisten zu kämpfen hatte, sowie 1932 die Scottish Party als moderate, föderalismusfreundliche Alternative zur NPS. In dieser Zeit befand sich Schottland in einer Phase wirtschaftlicher Turbulenzen; Armut und Arbeitslosigkeit brachten viele Bewohner Schottlands in finanzielle Schwierigkeiten. Die Fusion der beiden schottischen Parteien war schließlich das Resultat eines politischen Kalküls. Während die moderaten Kräfte der SP das Potential des Nationalismus als einende und anziehende politische Kraft in Zeiten der ökonomischen Depression erkannten, sah die NPS in einer Fusion die Chance, der Partei ein respektableres und sympathischeres Profil zu verleihen, um auf diese Weise eine breitere Wählerschicht gewinnen zu können.¹⁶ Aus diesem Kalkül heraus entstand 1934 die SNP. Belastet von inneren Spannungen sowie taktischer und strategischer Uneinigkeit spielte die Partei in der Anfangszeit eine marginale Rolle. Innerhalb der Partei konkurrierten zu dieser Zeit zwei strategische Vorstellungen von der Umsetzung einer schottischen Selbstverwaltung. Eine Gruppe von Mit-

12 Bis zu diesem Zeitpunkt handelte es sich traditionell um ein kollektives Führungsgremium.

13 *Mitchell et al.* 2012 (Fn. 4): 38ff.

14 *Hassan, Gerry* 2009: The Making of the Modern SNP: From Protest to Power, S. 1-19, in: *Hassan, Gerry*: The Modern SNP: From Protest to Power. Edinburgh, hier: 1.

15 *Finlay* 2009 (Fn. 2): 20f.

16 *Ebd.*: 22f.

gliedern präferierte einen parteiübergreifenden Ansatz, bei dem die SNP als Dachorganisation fungieren und die verschiedenen Parteien zusammenführen sollte, um gemeinsam eine „föderalen“ Reform Großbritanniens durchzusetzen. Ein anderer Block hingegen lehnte eine Kooperation mit den anderen Parteien ab. Vielmehr sollte sich die SNP als Mainstream-Partei etablieren und politischen Einfluss durch den Gewinn von Wählerstimmen und Mandaten ausüben. 1942 mündeten diese Spannungen in der Abspaltung eines Flügels um den Politiker John McCormick, welcher in der Folge die Scottish National Convention (SNC) als Forum für die Kooperation aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte Schottlands bildete.¹⁷ Mit der Wahlniederlage McCormicks und dem damit verbundenen Scheitern der SNC 1948 rückte die Idee der Etablierung der SNP als schottische Mainstream-Partei erneut in den Fokus. Gleichwohl war in der Nachkriegs-Periode im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg und vor dem Hintergrund der Beendigung einer auf die Kriegsführung ausgerichteten Wirtschaftspolitik durch die britische Regierung, welche infolgedessen auch ein Ende der Einsparungen im wohlfahrtsstaatlichen Bereich nach sich zog, erst mal ein Rückgang des schottischen Nationalismus zu verzeichnen. Das Scheitern der Scottish National Convention, in welcher auch viele SNP-Mitglieder teilgenommen hatten, und des Nationalismus als politischer Trumpfkarte beraubt, konnte die SNP bis in die 1960er Jahre kaum nennenswerte politische Erfolge erzielen. Immerhin gelang es der Partei in dieser Zeit ein klares politisches Profil aufzubauen. Eine schottische Unabhängigkeit wurde als Kernziel der SNP formuliert. Eingebettet wurde diese Absicht in eine sozialdemokratische Ausrichtung mit dem Fokus auf sozioökonomische Fragestellungen und die Formierung der Partei als politische Alternative zu den etablierten Kräften Labour und Tories. Zudem gelang es, die in der Vergangenheit zersetzenden innerparteilichen Spannungen aufzulösen und eine effektive, auf Disziplin und Einigkeit beruhende Organisationsstruktur zu bilden.¹⁸ Die politische Situation in den 1960er Jahren entwickelte sich fortan günstig für die SNP. Spannungen zwischen Schottland und dem Rest des Vereinigten Königreichs, deren Fundament die rückständige wirtschaftliche Entwicklung Schottlands und die daraus resultierenden geringeren Löhne sowie der schlechtere Lebensstandard der schottischen Bevölkerung gegenüber den anderen Teilen Großbritanniens bildeten, konnten durch die britische Regierung zunehmend schlechter abgebaut werden. Gleichzeitig konnten ein Mitgliederschwund und eine zunehmende Unfähigkeit zur Einbindung der klassischen Wählerschichten bei den großen britischen Parteien Labour und Tories beobachtet werden. Dies lag mitunter daran, dass sich neue kulturelle Milieus, eine neue Generation politischer Aktivisten und neue Beschäftigungsformen herausbildeten, auf welche die etablierten Parteien nur ungenügend regieren konnten. Als Konsequenz dieser Entwicklung erreichten zeitgemäße Themen, wie eine durch linke Aktivisten eingebrachte Anti-Atomkraft Debatte, die öffentliche Agenda. Gemeinsam mit dem wiedererstarkten Kollektiv schottischer Nationalisten, welche sich einer imperialistischen Unterdrückung durch England ausgesetzt sahen, sorgten die neuen gesellschaftlichen Gruppen für einen Mitglie-

17 *Finlay* 2009 (Fn. 2): 24ff.

18 *Ebd.*: 26ff.

derzuwachs bei der SNP, welche zudem wesentlich engagierter und fähiger war, die junge Generation politischer Bürger zu erreichen. Die damit verbundene partielle Neudefinition der SNP führte zu respektablen Wahlerfolgen in den Folgejahren, welche sich aufgrund des britischen Wahlsystems nicht in gleichem Maße in Parlamentssitze übersetzten (Abbildung 1). Gleichwohl war insbesondere die Entwicklung der Mitgliederzahlen ein Warnschuss für Labour und Tories, welche ihre Wählerschichten aus Schottland zunehmend zur SNP überlaufen sahen. Gleichwohl gelang der Partei auch in dieser Zeit der Sprung zu einer Mainstream-Partei nicht.¹⁹

Abbildung 1: Wahlergebnisse der britischen Unterhauswahlen 1959-1974

| | Stimmen (in %) | | | | Sitze ²⁰ | | | |
|---------|----------------|--------|--------|-----|---------------------|--------|--------|-----|
| | Tories | Labour | LibDem | SNP | Tories | Labour | LibDem | SNP |
| Okt. 74 | 35,8 | 39,3 | 18,3 | 2,9 | 277 | 319 | 13 | 11 |
| Feb. 74 | 37,9 | 37,2 | 19,3 | 2,0 | 297 | 301 | 14 | 7 |
| 1970 | 46,4 | 43,1 | 7,5 | 1,1 | 330 | 288 | 6 | 1 |
| 1966 | 41,3 | 48,1 | 8,6 | 0,5 | 250 | 364 | 12 | 0 |
| 1964 | 42,2 | 44,1 | 11,2 | 0,2 | 298 | 317 | 9 | 0 |
| 1959 | 46,6 | 43,9 | 5,9 | 0,1 | 345 | 258 | 6 | 0 |

Quelle: Eigene Darstellung

Der Durchbruch der SNP bei den Nachwahlen in Hamilton 1967 leitete einen Wandel der politischen und gesellschaftlichen Situation Schottlands ein.²¹ Durch die Wahlerfolge konnte sich die SNP als politisch relevante Alternative in einem lange Zeit vorherrschenden parlamentarischen Duopol von Labour und Tories positionieren, sodass sich der Duopol langsam zu einem Duopol Plus entwickelte, indem primär die Liberal Democrats, aber nach und nach auch die SNP als Herausforderer der beiden etablierten Parteien antreten konnten.²² Auch die gesellschaftlichen Prioritäten änderten sich. Der Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital verlor allmählich an Bedeutung, wenngleich er niemals ganz verschwand, gleichzeitig wurden die Fragen nach Schottlands verfassungsrechtlichem Status und einer schottischen Selbstverwaltung zunehmend zentraler.²³ Verbunden mit einer durch das Nachlassen der Arbeit-Kapital-Konfliktlinie stattgefundenen abnehmenden traditionellen Wählerbindung eröffneten sich für die SNP neue Möglichkeiten der Wählerakquise. Die Folge war, dass Schottland als politisch-territoriale Arena in der gesamtbritischen Betrachtung zunehmend wichtiger wurde und dass sich auch die etablierten Parteien in Reaktion auf die veränderten Verhältnisse stärker den schottischen Interessen widmeten.

19 *Finlay* 2009 (Fn. 2): 28ff.

20 Aufgrund des britischen Mehrheitswahlsystems richtet sich die Anzahl der Sitze nach der Wahlkreiseinteilung in Großbritannien und entspricht nicht dem Verhältnis der gewonnenen Wählerstimmen.

21 *Mitchell et al.* 2012 (Fn. 4): 31.

22 *Helms, Ludger* 2006: Das Parteiensystem Großbritanniens, S. 213-235, in *Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden, hier: 220.

23 *Mitchell et al.* 2012 (Fn. 4): 32.

Als politischer Herausforderer mit Regierungspotential konnte sich die SNP allerdings erst in Folge der britischen Devolution etablieren. Bis dahin bestand ihr Potential im Wesentlichen darin, Wähler der etablierten Parteien zu gewinnen, ohne dabei jedoch in die Lage versetzt zu werden, effektiv Einfluss im britischen Parlament nehmen zu können. Durch die Gewinnung von Wählern der großen Parteien konnte die SNP infolgedessen lediglich die Mehrheitsverhältnisse zwischen diesen Parteien beeinflussen. Wahlerfolge waren also eher das Ergebnis unerwarteter Ereignisse und weniger die Folge einer durchdachten Wahlstrategie.²⁴

4 Die Rolle der SNP im Devolution-Prozess

Lange Zeit war die SNP zwar in der Lage, die Mehrheitsverhältnisse und damit auch die politische Agenda zu beeinflussen, allerdings ohne dabei grundlegende Änderungen des parlamentarischen Parteiengefüges herbeiführen zu können. Im Wesentlichen war dies der Tatsache geschuldet, dass es ihr nicht gelang, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auch die Oppositionsarbeit gestaltete sich aufgrund der häufig nur sehr geringen Anzahl an Abgeordneten im Parlament schwierig. Begünstigt durch interne Spannungen, teilweise unprofessionelle Strukturen, die sehr auf der Arbeit unerfahrener Freiwilliger fußten, und eben die geringe Anzahl an Parlamentsmandaten war die strategische Ausrichtung der Entwicklung zu einer Mainstream-Partei für lange Zeit unerreichbar.²⁵ Dies änderte sich mit der Einführung der Regionalparlamente im Zuge des Devolution-Prozesses. Eine schottische Selbstverwaltung war bereits zu Zeiten der Gründung der SNP ein zentrales politisches Thema. Die Umsetzung dieser Selbstverwaltung konnte jedoch erst mit der Verabschiedung des Scotland Act 1998 realisiert werden, wodurch auch die SNP eine wesentliche politische Aufwertung erfuhr.

Der Grundstein für die britische Territorialreform, die sogenannte Devolution, wurde mit dem erdrutschartigen Wahlsieg der Labour Partei bei den britischen Unterhauswahlen 1997 gelegt. Devolution war dabei lediglich ein Aspekt einer grundsätzlichen und umfassenden Verfassungsreform, die mit dem Antritt der Labour Regierung in Gang gesetzt wurde. Tatsächlich gelangte das Thema der schottischen Selbstverwaltung bereits mit der Etablierung des Scottish Office als schottische Verwaltungsbehörde der britischen Regierung 1885 auf die politische Agenda. Dabei war diese Institution in der Anfangszeit kaum einflussreich und auch in den Folgejahren fand ein Bedeutungszuwachs der Behörde nur sehr zögerlich statt, was mitunter daran lag, dass die Einsetzung dieser schottischen Verwaltungseinheit primär eine Maßnahme von Konservativen und liberalen Unionisten war, den Drang nach einer schottischen Eigenständigkeit zu unterbinden. Zu dieser Zeit waren der Einfluss und politische Handlungsspielraum, aber auch der politische Wille der Liberalen oder von Labour nicht ausreichend, eine schottische Selbstverwaltung oder einen Aus-

24 *Mitchell et al.* 2012 (Fn. 4): 32-39.

25 *Finlay* 2009 (Fn. 2): 24-28; *Mitchell* 2009 (Fn. 4): 34-37.

bau und Kompetenzzuwachs der schottischen Institutionen voranzutreiben.²⁶ Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg war die schottische *Home Rule* keine Alternative mehr. Das lag zum einen daran, dass sich die schottischen Institutionen weiterentwickelten, zum anderen gab es jedoch auch keine starken politischen Kräfte im britischen Unterhaus mehr, die diese Idee hätten vertreten können, wenngleich nach wie vor außerparlamentarische Kräfte existierten, die dafür stritten.²⁷ Mit den Wahlerfolgen der SNP seit Mitte der 1960er Jahre rückte die Partei, wenngleich die Parlamentsmandate und der parlamentarische Einfluss nach wie vor gering waren, stärker in den politischen und gesellschaftlichen Fokus und mit ihr auch das Thema der regionalen Selbstverwaltung.²⁸

Trotz der geringen Anzahl an Parlamentsmandaten kann der SNP in diesem Zusammenhang teilweise eine Rolle als indirekter Agenda-Setter zugeschrieben werden. Grundlage hierfür war im Wesentlichen das sogenannte *Blackmail-Potential*²⁹ der Partei. Im Zuge der beiden Parlamentswahlen im Februar und Oktober 1974 gelang es der SNP ihren Stimmanteil jeweils deutlich zu steigern.³⁰ Begünstigt wurden die beiden Wahlerfolge durch den Fund großer Rohölvorkommen vor der Küste Schottlands, was die SNP politisch zu nutzen versuchte, indem sie eine Kampagne startete, bei welcher die Nutzung und der Profit aus der Ölförderung den Bewohnern Schottlands zugutekommen sollten. Durch diesen Zugewinn der SNP an Wählerstimmen sah sich die neu gewählte Labour Regierung genötigt, das Thema der schottischen Selbstverwaltung wieder auf die politische Agenda zu setzen. So wurde bereits im Anschluss an die Oktoberwahl 1974 ein Gesetzesentwurf vorbereitet, der sich mit der Selbstverwaltung Schottlands und Wales befasste und welcher 1976 ins Parlament eingebracht wurde. Nachdem dieser erste Entwurf scheiterte, startete die Labour Regierung in Zusammenarbeit mit dem Bündnispartner in dieser Frage, den Liberal Democrats, einen neuen Versuch und brachte zwei separate und revidierte Gesetze über die Selbstverwaltung Schottlands und Wales in das Parlament ein. Im Parlament wurde die notwendige Mehrheit zwar erreicht, die geplante Devolution scheiterte jedoch in den regionalen Referenden. In Schottland wurde zwar die absolute Mehrheit mit 51,6% der Stimmen erreicht, bei einer Wahlbeteiligung von 63% lag diese Zustimmung jedoch unter dem notwendigen Quorum von 40% der Wahlberechtigten.³¹ Die SNP selbst hatte sich in der Devolution-Debatte zurückgehalten. Der Grund dafür war, dass die Partei keine föderale Lösung anstrebte, sondern vielmehr eine schottische Unabhängigkeit forderte. In der zweiten Devolution-Welle, bei der das Thema zunehmende Relevanz erfuhr, wandelte sich

26 Meisch, Simon 2014: Devolution in Schottland: Institutionelle Entwicklungen zwischen Pfadabhängigkeit und graduellen Wandel, Baden-Baden: 185f.

27 Meisch, Simon 2014 (Fn. 26): 187-191; 247.

28 Münter, Michael 2006: Regionale Parlamente und Parteien: Großbritannien, S. 71-96, in: Zimmermann-Steinhart, Petra (Hrsg.): Regionale Wege in Europa. Föderalismus – Devolution – Dezentralisierung, München, hier: 72.

29 Mitchell et al. 2012 (Fn. 4): 10.

30 Februar 1974: 2,0%, 7 Sitze; Oktober 1974: 2,9%, 11 Sitze.

31 Sturm, Roland 2015a: Die britische Westminsterdemokratie. Parlament, Regierung und Verfassungswandel. Baden-Baden, 317ff.

die politische Strategie der SNP.³² Das erneute Aufkommen des Themas ab Mitte der 1980er Jahre war primär weniger einem innerschottischen Willensbildungsprozess geschuldet, sondern vielmehr dem Einfluss externer Faktoren, in diesem Fall der Politik der Regierung von Margaret Thatcher. Die wirtschaftsliberale Politik Thatchers stand in Kontrast zur sozialdemokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Grundhaltung der schottischen Gesellschaft. Zudem spiegelte die Regierungsverantwortung der Conservative Party nur geringfügig die Stimmenverteilung in den schottischen Wahlkreisen bei den Wahlen ab Anfang der 1980er Jahre wider, in welchen die Labour Partei den Großteil der schottischen Wählerschaft für sich gewinnen konnte. Weitere politische Initiativen der Regierung, wie eine Reform der Kommunalverfassung oder eine Reform der Gemeindesteuer, stießen in Schottland auf wenig Zustimmung. Die erneute Forderung nach Selbstverwaltung war folglich das Resultat einer gefühlten Fremdherrschaft von in Schottland nicht gewählten Abgeordneten. Sehr stark war die erneute Etablierung des Themas jedoch auch mit dem Wirken der Scottish Constitutional Convention verbunden, einer Versammlung, bestehend aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Schottland.³³ Die SNP beteiligte sich nicht an der Versammlung. Dies war erneut im Wesentlichen der Tatsache geschuldet, dass ihr primäres Ziel einer schottischen Unabhängigkeit in der Versammlung, die eine föderalistische Lösung präferierte, keine Mehrheit gefunden hätte. Nichtsdestotrotz beteiligte sich die Partei diesmal stärker an der Devolution-Debatte. Hintergrund dessen war die Erkenntnis, dass eine schottische Unabhängigkeit keineswegs auf einen Schlag erreicht werden konnte, sondern sich eine inkrementelle Strategie als vielversprechender erweisen sollte. Der britische Devolution-Prozess sollte dabei als erster Schritt auf dem Weg zu einer vollständigen Unabhängigkeit Schottlands betrachtet werden. Aufgrund der Tatsache, dass sich die konservative Regierung bis zum Ende gegen eine solche Reform stemmte, konnte diese erst mit dem Wahlsieg der Labour Partei bei den Unterhauswahlen 1997 realisiert werden.³⁴ Ohne ein vorgefertigtes Devolution-Gesetz und ohne die Einschränkung eines Quorums sprachen sich bei dem erneuten Referendum über die Etablierung eines schottischen Parlaments 74,3% der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 60,4% für die Einrichtung einer solchen Regionalvertretung aus. Mit einer Zustimmung von 44,8% der Wahlberechtigten hätte die Entscheidung zudem das Quorum von 40% bei dem Referendum 1979 übertroffen. Der im Anschluss an das Referendum von der Labour-Regierung ins Parlament eingebrachte Gesetzesentwurf wurde 1998 mit dem Titel *Scotland Act* verabschiedet.³⁵

Die Rolle der SNP im britischen Devolution-Prozess war folglich eher gering. Als Bedrohung für die etablierten Parteien in Bezug auf Wählerstimmen sowie als Akteur in der politischen und gesellschaftlichen Debatte wirkte die SNP nicht unmittelbar auf die briti-

32 Ebd.: 321.

33 Hierzu zählten: Vertreter der Kirchen, der Kommunalverwaltungen, der Gewerkschaften und anderer Verbände sowie einige schottische Parteien.

34 *Sturm* 2015a (Fn. 27): 319-322.

35 Ebd.: 322-325.

sche Devolution ein. Gleichwohl war das auch nicht das Ziel der SNP. Während die schottische Unabhängigkeit weiterhin die zentrale Absicht darstellte, wurde die Devolution-Reform als Fortschritt auf dem Weg zur Zielerreichung gewertet. Für die SNP erwiesen sich das neu etablierte schottische Parlament und ein Wahlsystem, das eine Verhältniswahl vorsieht, zweifelsfrei als Vorteil. Zum ersten Mal hatte die SNP damit prinzipiell die Möglichkeit, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, nachdem sie bei den Unterhauswahlen 1997 mit 22,1% der Wähler bereits zweitstärkste Kraft in Schottland wurde.³⁶

5 Die Stellung der SNP im britischen und im schottischen Parlament

Der britische Parlamentarismus zeichnet sich durch eine sehr starke Parteienkontinuität aus, was in hohem Maße auch dem Mehrheitswahlrecht geschuldet ist. Die Folge davon ist, dass sich lange Zeit ein von zwei Parteien dominiertes Parteiensystem behaupten konnte. In Großbritannien entstanden die Parteien Ende des 18. Jahrhunderts und damit früher als in vielen anderen europäischen Ländern. Zu Beginn dominierten dabei zwei große Parteien – die Konservativen und die Liberalen – welche die verschiedenen Bevölkerungsgruppen repräsentierten. Das heutzutage bekannte Bild einer Konkurrenzsituation zwischen den Konservativen und der Arbeiterpartei ist das Ergebnis einer fortschreitenden Industrialisierung, welche neue Klassenkonflikte hervorgerufen und zu einer Verdrängung der Liberalen durch die Arbeiterpartei Anfang des 20. Jahrhunderts geführt hat. Eine Spaltung innerhalb der liberalen Partei sowie eine Ausweitung des Wahlrechts begünstigten diesen Umbruch zusätzlich. In der Folge etablierte sich eine Parteiendominanz von Tories und Labour mit wechselnden Regierungsperioden (der Zeitraum des Zweiten Weltkriegs sei hier aufgrund der außergewöhnlichen Umstände ausgeklammert, in dieser Zeit bestanden Koalitionsregierungen).³⁷ Nach dem Krieg war eine Ausgeglichenheit der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden großen Parteien zu beobachten. Beide Parteien verfügten über ähnlich lange Regierungszeiträume, die in gewisser Regelmäßigkeit wechselten, Helms³⁸ spricht hier von der *Phase der relativen Stabilität*. Tories und Labour vereinten in dieser Zeit nahezu den gesamten Anteil der Wählerstimmen auf sich selbst, was auch die Verteilung der Mandate widerspiegelte, sodass kleinere und/oder regionale Parteien wie die SNP marginalisiert waren. Die Parteiendominanz der Konservativen und der Arbeiterpartei hielt bis zum Jahre 1974 an, ab diesem Zeitpunkt spricht Helms von der *Phase des relativen Wandels*.³⁹ Die Phase des relativen Wandels wurde dabei wesentlich durch einen Rückgang des Einflusspotentials von Tories und Labour geprägt. Der zuvor oligopolistisch anmutende Stimmanteil der beiden großen Parteien schrumpfte in den Folgejahren merklich. Gleichsam ermöglichte dieser Umschwung kleineren Parteien den politischen Aufschwung. Dieser Bedeutungsgewinn ist insofern erwähnenswert, als dass es seit geraumer Zeit – neben

36 Ebd.: 323.

37 Helms 2006 (Fn. 20): 214f.

38 Ebd.: 219f.

39 Ebd.: 220-223.

den Liberal Democrats oder aktuell der rechtspopulistischen UKIP – vor allem die regionalen Parteien sind (schottisch, walisisch, nordirisch), die sich als politische Kräfte etablieren können. Ein Meilenstein der Etablierung dieser regionalen Parteien waren die im Zuge des Devolution-Prozesses eingesetzten Regionalparlamente.⁴⁰ Die Folgen dieses Wandels waren, dass die in ihren Legislaturperioden vormals mit soliden Parlamentsmehrheiten ausgestatteten regierenden Parteien seit 1974 häufig nur noch über sehr knappe oder gar keine Mehrheiten im Parlament verfügten. Immer häufiger kam es infolgedessen zu Kooperationen zwischen einer der größeren und einer der kleineren Parteien, was diesen Parteien neue Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme eröffnete.

In den Wahlergebnissen spiegelte sich das Abschmelzen des Duopols und die Entwicklung zu einem Duopol Plus anfangs nur durch die Erfolge der Liberal Democrats wider. Die Regionalparteien hingegen konnten die etablierten Kräfte in dieser Zeit noch nicht herausfordern. Obwohl der SNP bei den Nachwahlen in Hamilton 1967 der Durchbruch gelang, konnte sie in den Unterhauswahlen bis 1997 lediglich ein bis drei Prozent der Stimmen erlangen, was der Tatsache geschuldet war, dass die SNP ausschließlich in Schottland antritt und die schottische Bevölkerung nur einen geringen Teil der gesamten Population Großbritanniens ausmacht. Als Resultat des niedrigen Stimmengewinns konnte die SNP, vor dem Hintergrund der Wahlkreiseinteilung in Großbritannien, auch nur eine geringe Anzahl an Sitzen im britischen Parlament einnehmen. Nach einer kurzen Hochphase bei den beiden Wahlen 1974, bei denen sieben und elf Sitze gewonnen werden konnten, reduzierte sich diese Zahl in den Folgejahren bis 1997 auf lediglich zwei bis sechs Sitze. Auch bei den Unterhauswahlen nach 1997, als neben den gesamtstaatlichen Wahlen auch regionale Wahlen abgehalten wurden, erzielte die SNP lediglich zwischen 1,5% und 1,8% der Stimmen, was übersetzt zwischen fünf und sechs Mandaten entsprach. Bei den Unterhauswahlen 2015 im Anschluss an das Unabhängigkeitsreferendum erreichte die SNP schließlich ihr mit Abstand bestes Ergebnis, indem sie nahezu jeden schottischen Wahlkreis gewinnen konnte. Bei 4,8% der Stimmen übersetzte sich das in 56 Sitze im britischen Parlament, was die SNP zur drittstärksten Kraft aufsteigen ließ. Niemals zuvor erzielte eine Regionalpartei bei einer gesamtstaatlichen Wahl ein besseres Ergebnis. In Hinblick auf die regionalen Wahlen spielte die SNP seit der ersten Wahlperiode eine bedeutende Rolle. Nachdem anfangs noch die Labour Partei dominierte, konnte die SNP bei den Wahlen 2007 mit einem Sitz Unterschied zu Labour erstmals zur stärksten Kraft aufsteigen. In den beiden Folgewahlen konnte die Partei ihre Position ausbauen. Seit 2011 ist die SNP mit Abstand stärkste Kraft im schottischen Parlament.

6 Die Rolle der SNP beim schottischen Unabhängigkeitsreferendum

Die Abspaltung und die damit verbundene Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich ist ein Thema von zentraler Bedeutung für die SNP seit ihrer Gründung. Trotz

40 Ebd.: 220.

interner Spannungen und der zunächst vorherrschenden Politik, eine Reform der Aufgabenverteilung zu erreichen, ist der Wunsch nach Sezession nie ganz verschwunden. Im Zuge des Unabhängigkeitsreferendums in Schottland 2014 bestand erstmals die Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Dabei war das für den 18. September 2014 anberaumte Referendum das Ergebnis eines politischen Prozesses, der von der SNP angestoßen wurde und in dem sie eine zentrale Rolle spielte. Zwar bestätigte das Resultat mit 55,3% Nein-Stimmen zu 44,7% Ja-Stimmen den Verbleib Schottlands im United Kingdom, gleichwohl zeigte das sehr knappe Abstimmungsergebnis jedoch, dass ein sehr großer Teil der Bevölkerung mit der gegenwärtigen politischen und territorialen Situation unzufrieden ist. Die hohe Wahlbeteiligung von 84,59% verdeutlichte zudem, dass es sich um ein Thema handelte, das Gegner wie Befürworter der Abspaltung in hohem Maße beschäftigt (BBC 2014).⁴¹

Die Idee, die schottische Bevölkerung in einem Referendum über die Zukunft der eigenen Region abstimmen zu lassen, wurde erstmalig nach den Regionalwahlen 2007 und der damit verbundenen Bildung einer Minderheitsregierung durch die SNP vorgetragen. War die SNP zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, einen mehrheitsfähigen Beschluss herbeizuführen, um ein Referendum abzuhalten, so änderten sich die Mehrheitsverhältnisse nach der Regionalwahl 2011, in welcher die SNP die absolute Mehrheit gewann. Da zu diesem Zeitpunkt bekannt war, dass das Regionalparlament die Durchführung einer Volksbefragung für die zweite Hälfte der Legislaturperiode fordern würde, entbrannte eine heftige Debatte zwischen den Regierungen in Schottland und denen des restlichen Vereinigten Königreichs über die Legalität und die Konditionen des Referendums. Letztlich einigten sich der damalige schottische Erste Minister Alex Salmond und der britische Premierminister David Cameron auf die Durchführung des Volksentscheids am 18. September 2014 auf Basis einer Ja/Nein-Frage ohne zusätzliche Optionen. Die einmalige Volksbefragung wurde von der Regierung in Westminster autorisiert und legalisiert, da das Recht, ein Referendum einzuberufen, ursprünglich ausschließlich der britischen Zentralregierung zustand (obwohl auch dieser Umstand diskussionswürdig war). Letzten Endes wurde die Frage der Rechtmäßigkeit auf diese Weise obsolet. Weitere organisatorische und inhaltliche Aspekte wurden dem schottischen Regionalparlament überlassen. Die Frage des Referendums lautete: *Scotland should be an independent country. Do you agree/disagree?* Auf 16 Wochen vor dem Abstimmungstermin wurde die formale Wahlkampfperiode festgesetzt. Im Wesentlichen wurden dabei die beiden Kampagnen *Yes Scotland* für die Unabhängigkeit sowie *Better Together* für einen Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich lanciert, welche von mehreren Parteien und Interessengruppen gestützt und durchgeführt wurden.⁴²

Der Wunsch nach Unabhängigkeit ist in der schottischen Gesellschaft seit jeher tief verwurzelt und im Laufe der Zeit stärker geworden, wenngleich häufig kein gesellschaftli-

41 BBC 2014 (Fn. 1).

42 Jeffery, Charlie 2014: Scottish Independence: The Terms of the Debate, S. 397-386, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2014*, Baden-Baden, hier: 404-407.

cher Konsens über die Form der Unabhängigkeit bestand. Während die SNP stetig auf eine Abspaltung pochte, befand sich die Bevölkerung in einem Diskurs zwischen einer Beibehaltung des Status quo, einer ‚föderalen‘ Selbstverwaltung im Rahmen des Vereinigten Königreichs und einer vollständigen Sezession. Die Gründe hierfür waren weniger kultureller oder identitärer Natur, sondern vielmehr die Folge politischer Entscheidungen und sozioökonomischer Verhältnisse und Entwicklungen: die wirtschaftliche Deprivation Schottlands nach dem Zweiten Weltkrieg, der Fund größerer Rohölvorkommen vor der Küste Schottlands in den 1970ern, die wirtschaftsliberale Politik Thatchers als Kontrast zur wohlfahrtsstaatlich und sozialdemokratisch geprägten politischen Vorstellung von großen Teilen der schottischen Bevölkerung in den 1990er Jahren, um die zentralen Meilensteine nochmals kurz zusammen zu fassen.⁴³

Als größte Befürworterin einer Unabhängigkeit obliegt der SNP eine zentrale Rolle im schottischen Unabhängigkeitsreferendum. Dabei können der SNP im Zuge dessen drei zentrale Verfahrensschritte zugeschrieben werden. Zum einen war die SNP-Regionalregierung, wie bereits erwähnt, wesentlich dafür verantwortlich, die britische Zentralregierung in Verhandlungen davon zu überzeugen, ihr Einverständnis für die Durchführung eines Unabhängigkeitsreferendums zu erteilen. Hierbei erlangte die SNP mit dem Wahlerfolg bei den Regionalwahlen 2011 die dafür notwendige starke Verhandlungsposition. Während des Wahlkampfes nahm die SNP schließlich ebenfalls eine zentrale Rolle ein. Als ersten Schritt richtete sie im März 2012 eine *Fiscal Commission Working Group* ein, ein Gremium unabhängiger Experten, welches die wirtschaftlichen und technischen Details einer Abspaltung Schottlands vom Vereinigten Königreich bewerten sollte und schließlich die ökonomische Überlebensfähigkeit eines unabhängigen Schottlands bestätigte. Zum anderen veröffentlichte die schottische Regionalregierung ein Weißbuch mit dem Titel *Scotland's Future – Your Guide to an Independent Scotland*. Diese 564 Seiten umfassende Informationsbroschüre, welche die Vorteile und Chancen eines unabhängigen Schottlands hervorhob und alle offenen Fragen im Zusammenhang mit der Abspaltung beantwortete, diente als zentrales Fundament für die Wahlkampagne der Separatisten. Folgende zentrale Punkte wurden in dem Weißbuch festgehalten: eine mangelhafte politische Repräsentation der schottischen Bevölkerung im britischen Parlament; eine empfundene Unfairness und soziale Ungerechtigkeit im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Politiken – veranschaulicht durch die sogenannte *bedroom tax*⁴⁴; die Verlagerung der in Schottland stationierten, mit Atomsprengkörpern bewaffneten U-Boote und die geplante Anschaffung einer neuen Generation von Atomraketen an einen Ort außerhalb von Schottland; sowie eine Wirtschaftspolitik, die stärker an die schottischen Verhältnisse angepasst und die Wirtschaftskraft in der Region halten würde, anstatt sie der Sogwirkung des Zentrums

43 Sturm, Roland 2015b: Das Schottland-Referendum. Hintergrundinformationen und Einordnung, Wiesbaden, 3-5.

44 Die *bedroom tax* ist ein Gesetz, welches besagt, dass der Mietzuschuss für Haushalte mit geringem Einkommen ab einer bestimmten Anzahl von Schlafzimmern, welche die absolut notwendige Anzahl zur Unterbringung der Hausbewohner übersteigt, reduziert wird.

London zu überlassen.⁴⁵ Zudem beinhaltete das Weißbuch den Zeitplan für die Umsetzung der Abspaltung sowie Informationen zum angestrebten Verhandlungsprozess mit dem Vereinigten Königreich und der EU. Laut Plan sollte die Unabhängigkeit 2016 erfolgen. Im Kampf um Wählerstimmen standen sich die konkurrierenden Kampagnen der Befürworter, *Yes Scotland*, und die der Gegner einer Unabhängigkeit, *Better Together*, gegenüber. Während sich die britische Regierung in der Debatte zurückhielt, konnten die Separatisten ein hohes Maß an Zustimmung aus breiten Teilen der Gesellschaft mobilisieren. Weite Teile des Mittelstands, Gewerkschaften, Meinungsführer aus dem Bereich Kunst und Kultur und viele weitere gesellschaftliche Akteure stellten sich hinter die *Yes Scotland*-Kampagne. Anfangs sah es für die Unionisten gut aus, dann konnten jedoch die Separatisten gewaltig aufholen, sodass sich am Ende ein Kopf-an-Kopf Rennen abzeichnete. Der Wahlkampf selbst wurde vor allem von den Unabhängigkeitsbefürwortern sehr emotional geführt, während sich die der *Better Together*-Kampagne durch eine gewisse Nüchternheit auszeichnete. Zentrale Figuren auf Seiten der Separatisten waren die beiden SNP-Abgeordneten Alex Salmond, damaliger Erster Minister Schottlands, und die stellvertretende Regierungschefin Nicola Sturgeon, welche in zahlreichen öffentlichen und im schottischen Fernsehen übertragenen Debatten für ihre Positionen warben. Dem gegenüber stand als Stellvertreter der *Better Together*-Kampagne der Labour-Politiker Alistair Darling. In zwei TV-Duellen standen sich Salmond und Darling direkt gegenüber, wobei jeder der beiden Kandidaten in einem Duell die Oberhand gewinnen konnte. Nachdem Umfragen das Lager der Separatisten kurz vor der Wahl das erste Mal vorne sahen, setzte die britische Zentralregierung alle Hebel in Bewegung, die drohende Abspaltung noch zu verhindern. Mit einer letzten Kampagne, die auf eine Mischung aus Überzeugung und Angstmacherei setzte, in der zahlreiche Labour-Abgeordnete einschließlich des ehemaligen Premierministers Gordon Brown weitgehende Autonomie für Schottland versprachen und in der große Konzerne wie HSBC, Lloyds, Standard Life oder die Royal Bank of Scotland und die Ölkonzerne Shell und BP mit der Abwanderung drohten, versuchte das Lager der Abspaltungsgegner, die Bevölkerung von einem Nein zu überzeugen.⁴⁶

Das Resultat dieses Referendums über die Abspaltung Schottlands fiel, wie bereits zuvor erwähnt, aus der Sicht der Unabhängigkeitsbefürworter negativ aus.⁴⁷ Als Konsequenz bleibt Schottland vorerst ein Teil des Vereinigten Königreiches. Nach der Abstimmung wurden die Verhandlungen über zusätzliche Kompetenzverlagerungen nach Schottland, die bereits während des Wahlkampfes liefen, fortgesetzt. Dies wurde sowohl von den schottischen Befürwortern des Status quo gefordert, als auch von den Parteiführern der drei großen britischen Parteien versprochen. Gleichwohl ist die genaue Form dieser Kompetenzverlagerungen noch unklar. Während die SNP eine vollständige Fiskalautonomie, die Übertragung aller Steuerkompetenzen an das schottische Parlament sowie die Verantwortung für Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt fordert – was sehr nah an eine Unabhängigkeit

45 *Jeffery* 2014 (Fn. 38): 379ff.

46 *Sturm* 2015b (Fn. 39): 21-24.

47 *BBC* 2014 (Fn. 1).

heranreichen würde – fallen die Positionen der anderen Parteien zurückhaltender und vager aus, teilweise unterscheiden sie sich dabei sehr deutlich.⁴⁸ Das Ergebnis dieses Verhandlungsprozesses ist offen, und wie sich die Unabhängigkeitsbestrebungen entwickeln werden, ist schwer abzuschätzen. Nichtsdestotrotz kann man feststellen, dass das Bedürfnis nach mehr Eigenständigkeit, insbesondere vor dem Hintergrund des kürzlich entschiedenen Brexit, nach wie vor einen großen Zuspruch erfährt.

Für die SNP war das Unabhängigkeitsreferendum dennoch ein Erfolg. Nicht nur konnte auf diese Weise ein öffentlicher Diskurs um die Unabhängigkeit Schottlands etabliert werden, welcher mitunter aufgrund des knappen Wahlergebnisses keineswegs erlahmt ist; im Anschluss an die Entscheidung konnte die SNP darüber hinaus einen massiven Zuwachs an Parteimitgliedern verzeichnen. Zudem war das Ergebnis der letzten Unterhauswahlen 2015 ein deutliches Zeichen, dass die SNP (momentan) zu einem starken Herausforderer der etablierten Parteien aufgestiegen ist und zwar nicht nur bei den regionalen Wahlen, sondern auch auf gesamtstaatlicher Ebene.⁴⁹

48 Petersohn, Bettina 2015: Eine föderale Lösung für das United Kingdom? Verfassungswandel im Anschluss an das schottische Unabhängigkeitsreferendum, S. 337-355, in: *Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2015*, Baden-Baden, hier: 339-343.

49 Petersohn, Bettina 2015 (Fn. 48): 338f; 345.

Die Parteienlandschaft in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Thomas Brey

1 Ausgangslage

Die Völker in Südosteuropa sind in der Regel erst spät zu einem eigenen Staat gekommen, weil sie über Jahrhunderte zum Osmanischen Reich gehört hatten. Erst mit dessen Verfall im 19. Jahrhundert nahmen die Nationalbewegungen Fahrt auf, die dann vor allem seit dem Berliner Kongress 1878 in eigene Staaten mündeten. Die südlich gelegenen Teile dieser Region wie zum Beispiel Mazedonien konnten sogar erst drei weitere Jahrzehnte später die osmanische Herrschaft abschütteln. Die Territorien dieser neuen Nationalstaaten blieben aber weiter noch lange wenig klar umrissen. In den beiden Balkankriegen (1912/13) sowie in beiden Weltkriegen wurden die Grenzen wiederholt verschoben. Eine vorübergehende Konsolidierung der Balkanstaaten trat erst nach 1945 ein. Nach dem Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaates in den 90er Jahren bildeten sich sieben Nachfolgestaaten. Der letzte – das Kosovo – erreichte erst 2008 seine Selbstständigkeit.

Vor diesem Hintergrund sehen es diese kleinen Nationen als eigene Leistung an, die Mehrheit ihrer Landsleute in jeweils einem Staat organisiert zu haben. Partikularinteressen innerhalb der jungen Staatsgebilde sind daher traditionell verpönt. Es wäre ganz und gar unverständlich, wenn sich z.B. die Kreter, trotz aller ihnen zugeschriebenen Besonderheiten, in einer eigenen Partei innerhalb Griechenlands organisierten. Folgerichtig ist die Ausbildung von Regionalparteien in Europas Südosten weitgehend unbekannt, weil historisch und ideologisch unerwünscht. Die politischen Parteien sind in der Regel national organisiert. Das bedeutet in den Staaten mit zum Teil sehr kleinteiliger Verquickung unterschiedlicher Völker, dass die jeweiligen Nationalparteien (z.B. der Serben, Kroaten, Albaner, Bosnier usw.) jeweils auf das Siedlungsgebiet „ihrer“ Völker beschränkt sind. Insofern könnten diese Nationalparteien doch wieder als Regionalparteien klassifiziert werden.

2 Das EU-Mitglied Kroatien

Beim jüngsten EU-Mitglied Kroatien finden wir die einzig echten Regionalparteien nach westeuropäischen Vorbildern. Auf der Halbinsel Istrien in der nördlichen Adria gibt die **IDS** – Istarski Demokratski Sabor (Istrische Demokratische Versammlung) den Ton an.¹ Sie besetzt im Parlament in Zagreb drei von 151 Parlamentssitzen und ist Teil der Regierungskoalition. Die Sonderstellung Istriens speist sich aus den jahrhundertealten italienischen Einflüssen. Allerdings kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem groß angelegten Bevölkerungsaustausch zwischen Italien und Jugoslawien, so dass die einstige Sonderstellung dieser Region nur noch in Ansätzen erhalten ist.

1 <http://www.ids-ddi.com/> (12.07.2016).

Ihr langjähriges Aushängeschild ist Ivan Jakovcic, der heute Abgeordneter im Europäischen Parlament sitzt.² Dort ist er der Region treu geblieben: Er arbeitet führend an der „EU-Strategie für die Adria und das Ionische Meer“. Geplant sind Empfehlungen für konkrete Förderprojekte, von denen die EU-Mitglieder Kroatien, Griechenland, Italien und Slowenien) sowie Bosnien, Montenegro, Serbien und Albanien profitieren.³

Die zweite kroatische Regionalpartei ist der Hrvatski Demokratski Savez Slavonije i Baranje (Kroatische Demokratische Allianz Slawoniens und der Baranja) ganz im Osten des Landes.⁴ Sie verfügt über zwei Abgeordnete im Parlament in Zagreb. Die Gründung dieser Partei ist eine absolute Besonderheit: Ihr einstiger Vorsitzende ist **Branimir Glavas** (geb. 1956 in Osijek). Der hatte als Mitgründer und Spitzenpolitiker der konservativen Großpartei HDZ Karriere gemacht. Seine einstige politische Heimat hatte er 2005/6 verlassen. Das war die Reaktion auf den Beginn des Gerichtsprozesses gegen ihn wegen Kriegsverbrechen. Aus Enttäuschung, dass ihn die HDZ nicht weiter vor der Strafverfolgung bewahren konnte/wollte, gründete Glavas seine eigene Partei. Die setzte er für seine persönlichen Interessen ein, um eine Verurteilung durch die Beibehaltung seiner Immunität als Parlamentarier zu verhindern. Das gelang ihm aber nicht. Nach dem Schuldspruch floh der Spitzenpolitiker ins benachbarte Bosnien-Herzegowina. Nachdem er dort drei Fünftel seiner achtjährigen Gefängnisstrafe wegen Misshandlung und Ermordung von Serben im Bürgerkrieg Anfang der 90er Jahre in der Stadt Osijek verbüßt hatte, konnte er das Gefängnis verlassen. Mitte Januar hob das kroatische Verfassungsgericht sein Urteil auf und verfügte die Wiederholung seines Prozesses.⁵ Bei der Rückkehr in seine Heimatstadt Osijek wurde er von Tausenden Anhängern ebenso gefeiert wie bei seinem erneuten Auftritt im Parlament.

3 Bosnien-Herzegowina

In Bosnien-Herzegowina liegen die Hochburgen der muslimischen Parteien (SDA – Stranke Demokratske Akcije/Partei der Demokratischen Aktion unter Bakir Izetbegovic und SBB – Savez za bolju buducnost BiH/Allianz für eine bessere Zukunft Bosniens unter Fahrudin Radoncic) auch nur in der von muslimischen Bosniaken kontrollierten Landeshälfte.⁶ Der zweite Landesteil wird von den Serben beherrscht, deren Parteien dort ihre stärkste Verbreitung haben. Allen voran die regierende SNSD (Savez Nezavisnih Socijaldemokrata/Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten) unter Milorad Dodik und die oppositionelle SDS (Srpska Demokratska Stranke/Serbische Demokratische Partei).⁷ Die

2 http://www.europarl.europa.eu/meps/de/124754/IVAN_JAKOVVIC_home.html (12.07.2016).

3 <http://www.vecernji.hr/hrvatska/jakovcic-imamo-konsenzus-oko-pripreme-konkretnih-razvojnih-projekata-za-jadransko-jonsku-regiju-983897> (12.07.2016).

4 <http://www.hdssb.hr/> (12.07.2016).

5 <http://www.jutarnji.hr/ustavni-sud-ukinuo-presudu-branimiru-glavas-za-ratne-zlocine/1272503/> (12.07.2016).

6 <http://sda.ba/home/> (12.07.2016).

7 <http://www.sdsrs.com/> (12.07.2016).

zwei wichtigsten kroatischen Parteien – HDZ 1990 und HDZ BiH – haben ihre Wähler dagegen in der Herzegowina, der historischen Hochburg der Kroaten.⁸

4 Serbien

Ähnlich wie in Bosnien sieht es auch in Serbien aus. Dort ist die ungarische Minderheit im Norden in ihrer „Regionalpartei“ SVM (Savez Vojvodjanskih Madjara/Bund der Vojvodina-Ungarn) unter Istvan Pasztor organisiert. Sie stellt vier von 250 Abgeordneten im Parlament in Belgrad und ist Teil der Regierungskoalition.⁹ Die Muslime im Süden des Landes wählen die SDA (Stranke Demokratske Akcije Sandzaka) unter Sulejman Ugljanin. Sie besitzen zwei Abgeordnete und sind in der Opposition.¹⁰ Der jahrelange Spitzenpolitiker Mladjan Dinkic hatte als Nationalbank-Gouverneur, Wirtschafts- oder Finanzminister fast allen Regierungen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten angehört. Unter seiner Führung waren auch verschiedene Parteien entstanden. Als sein Stern politisch sank, versuchte Dinkic, als letzte Rettung eine neue Partei mit dem Namen Vereinigte Regionen Serbiens als ein Zusammenschluss regionaler Interessen aus dem Boden zu stampfen. Bei der Parlamentswahl in Frühjahr 2014 erlebte er jedoch ein politisches Waterloo. Die Partei fiel in die Bedeutungslosigkeit. Bei der vorzeitigen Wahl 2016 trat er nicht mehr an.¹¹

5 Mazedonien

Die slawischen Mazedonier sind in zwei Parteien organisiert. Entweder in der Regierungspartei **VMRO-DPMNE** (Vnatesna Makedonska Revolucionarna Organizacija – Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo/Innere mazedonische revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die mazedonische nationale Einheit) unter Regierungschef Nikola Gruevski¹² oder in den Sozialdemokraten (SDMS) unter Oppositionsführer Zoran Zaev.¹³ Da die **slawische Bevölkerung mehrheitlich in der Mitte sowie im Osten** des Landes lebt, sind ihre Parteien auch weitgehend auf diese Landesteile beschränkt. Die **Albaner mit ihren Hochburgen im Westen und Süden** des Landes sind mit ihren beiden großen Parteien gerade hier aktiv: Die DUI (Demokratische Union für Integration) als Regierungspartei¹⁴ und die DPA (Demokratische Partei der Albaner) in der Opposition¹⁵.

8 <http://www.hdz1990.org/> und <http://www.hdzbih.org/> (12.07.2016).

9 <http://www.svm.org.rs/sr/home-sr> (12.07.2016).

10 <http://www.sda.rs/> (12.07.2016).

11 http://www.danas.rs/danasrs/politika/dinkicu_ostaju_milionski_dugovi_urs.56.html?news_id=288038 (12.07.2016).

12 <http://vmro-dpmne.org.mk/> (12.07.2016).

13 <http://www.sdsm.org.mk/> (12.07.2016).

14 <http://www.bdi.mk/> (12.07.2016).

15 <http://www.gurra-pdsh.org/> (12.07.2016).

6 Parteistrukturen in Südosteuropa bewirken Korruption, Reformstau, Untergrabung demokratischer Institutionen

Die Parteienlandschaft auf der Balkanhalbinsel ist historisch jung und aktuell wenig festgefügt, sondern ständig in Bewegung. Es fällt auf, dass Parteien bereits wenige Wochen nach ihrer Gründung Parlamentswahlen mit großem Vorsprung gewinnen können. Im Euroland Slowenien wurde im Oktober 2011 die Partei *Pozitivna Slovenija* (PS) gegründet.¹⁶ Damit wollte der langjährige Bürgermeister der Hauptstadt Ljubljana, Zoran Jankovic, seine Popularität von der lokalen auch auf die nationale Ebene übertragen. Nicht einmal zwei Monate später erreichte die neue politische Kraft bei der Parlamentswahl mit knapp 29 Prozent den ersten Platz.¹⁷ Doch die Regierungsbildung scheiterte zunächst wegen schwerer Vorwürfe der staatlichen Antikorruptionsbehörde gegen Jankovic, sodass der schließlich als Parteichef zurücktreten musste. Seine Nachfolgerin wurde die spätere Regierungschefin Alenka Bratusek, die weitgehend ohne politische Erfahrung an die Spitze katapultiert wurde. Doch der dominante Jankovic konnte das mit seinem starken Ego nicht ertragen und ließ seine Nachfolgerin an der Parteispitze schon im April 2014 schon wieder absetzen. Weil Bratusek sich selbst als EU-Kommissarin vorgeschlagen hatte, was die staatliche Antikorruptionsbehörde heftig kritisierte, war sie auch als Regierungschefin am Ende. Sie war im Europaparlament bei ihrer Anhörung zudem wegen mangelnder Kompetenz und Englischkenntnisse durchgefallen. Kurz vor der fälligen vorzeitigen Parlamentswahl gründete sie eine neue Partei *Allianz von Alenka Bratusek – ZaAB*. Bei den fälligen vorgezogenen Neuwahlen im Sommer 2014 zog sie aus dem Stand mit vier Abgeordneten in das Parlament mit 90 Sitzen ein.¹⁸ Der Wahlsieger der letzten Wahl – *Pozitivna Slovenija* – scheiterte an der Vier-Prozent-Hürde und schaffte es nicht einmal mehr in die Volksvertretung.

Doch bei dieser Wahl wurde das beschriebene Phänomen von kometenartigen Aufstiegen neu gegründeter Partei noch einmal unter Beweis gestellt. Der renommierte Verfassungsjurist Miro Cerar rief am 2. Juni seine *Stranka Mira Cerarja – SMC/Partei von Miro Cerar* ins Leben.¹⁹ Bei der Parlamentswahl nur elf Tage später erzielte die neue Kraft mit fast 35 Prozent mit großem Abstand den Sieg. Heute ist Cerar Ministerpräsident seines Landes.

Allen drei angeführten neuen Parteien wurde von Kritikern vorgehalten, ihre politischen Programme seien ideologiefrei. Danach gehe es den Gründern einzig nur darum, auf diesem Weg die persönlichen Karriereziele zu verwirklichen. Auffällig ist, dass alle drei Parteien ausschließlich auf ihre Gründer und Führer zugeschnitten sind. Sie sind praktisch das einzige Gesicht ihrer Parteien mit Befugnissen, die deutlich weiter reichen als die aller anderen Spitzenfunktionäre. Auch die größte slowenische Oppositionspartei, die *Slovenska demokratska stranka – SDS/Slowenische Demokratische Partei*, ist ähnlich straff auf ihren

16 <http://pozitivnaslovenija.si/> (12.07.2016).

17 <http://www.electionresources.org/si/assembly.php?election=2011> (12.07.2016).

18 <http://volitve.gov.si/dz2014/en/> (12.07.2016).

19 <http://www.mirocerar.si/> (12.06.2016).

Vorsitzenden ausgerichtet.²⁰ Es handelt sich um den mehrmaligen früheren Regierungschef Janez Jansa. Der musste im Juni 2014 ins Gefängnis, weil er rechtskräftig wegen Korruption verurteilt worden war. Dennoch führte er aus der Haft heraus bei der Parlamentswahl einen Monat später die Liste seiner Partei an. Die SDS landete auf dem zweiten Platz. Er trat auch sein Amt als Abgeordneter an, wofür er von der Gefängnisverwaltung großzügig Freigang bekam. Am 12. Dezember setzte das Verfassungsgericht die Freiheitsstrafe bis zur erneuten Überprüfung des Urteils aus, so dass Jansa freikam.²¹

Das Großthema Korruption in Parteien spielt auch im benachbarten Kroatien eine große Rolle. Dort wurde der langjährige Regierungschef und Vorsitzende der HDZ-Partei, Ivo Sanader, im November 2012 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach Monaten Haft kam er frei, weil er einen Revisionsprozess durchsetzen konnte.

Die slowenischen Beispiele sind keine Einzelfälle sondern die Regel in allen anderen süd-osteuropäischen Ländern. Die Parteien sind ausnahmslos nach dem Führerprinzip organisiert. In Serbien kam Boris Tadic ein Jahr nach dem Tod des ersten frei gewählten serbischen Regierungschefs und Parteivorsitzenden Zoran Djindjic (2003) an die Spitze der Demokratischen Partei – DS. Als Partei- und später als Staatschef (2004-2012) schaltete und waltete er unumschränkt ohne auch nur ansatzweise Konkurrenz. Er konnte es sich sogar erlauben, seine DS vor den Kopf zu stoßen und den Parteilosen Mirko Cvetkovic zum Ministerpräsidenten zu machen (2008-2012). Seine unbeschränkte Machtfülle beschrieb die enge Weggefährtin von Djindjic und freie Parlamentsabgeordnete, Vesna Pesic, im Sommer 2012 wiederholt für mehrere prominente heimische Medien so: „Er hat die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Präsidenten enorm und illegal ausgeweitet. Er hat die Arbeit der Regierung ebenso usurpiert wie die des Parlaments und – was das Tragischste ist – auch die der dritten Säule der Staatsmacht, der Justiz“²². Auch wenn die Verfassung verlangte, dass Tadic als Staatsoberhaupt die DS-Führung abgibt, hatte er das Parteiamt bis zu seinem Ausscheiden an der Spitze des Staates behalten.

Ähnlich sieht es bei den serbischen Sozialisten (SPS) als aktuellem Juniorpartner in der Regierung bis zum Frühjahr 2016 aus. Hier läuft alles auf den früheren Regierungschef und Außenminister Ivica Dacic zu.²³ Dacic gilt als politisches Stehaufmännchen. In den 90er Jahren war er enger Mitarbeiter des serbischen Autokrats und Kriegsherrn Slobodan Milosevic. Trotz der großen politischen Wende in Richtung Demokratie im Herbst 2000 saß er von 2008-2012 schon wieder als Innenminister in der Regierung. Ein zumindest politisch dramatisch vorbelasteter Spitzenmann an den Schalthebeln des staatlichen Gewaltmonopols! 2012-2014 schaffte er kurzzeitig sogar den Sprung ins Amt des Ministerpräsidenten.

20 <http://www.sds.si/> (12.07.2016).

21 <http://www.rtvsllo.si/crna-kronika/po-odlocitvi-ustavnega-sodisca-jansa-zapustil-dob/353445> (12.07.2016).

22 <https://www.youtube.com/watch?v=X0lo03okAQk> (12.07.2016).

23 <https://www.sps.org.rs/> (12.07.2016).

Später war er Außenminister und Vorsitzender Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Vom Kommunisten und großserbischen Nationalisten unter dem Übervater Milosevic zum glühenden Demokraten und Europäer – eine erstaunliche Karriere!

Die wurde nur möglich durch den langjährigen starken Mann Serbiens, Boris Tadic. Nur fünf Jahre nach der Ermordung des Tadic-Vorgängers Djindjic durch bis heute immer noch nicht entdeckte Auftraggeber aus der Politik, die mit der Mafia verbandelt war, unterschrieb er mit Dacic ein „historisches Dokument der Versöhnung“. Ende Oktober 2008 zogen beide Politiker mit ihrer Unterschrift einen „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit. Die DS-Partei war entsetzt. Alte Weggefährten von Djindjic, der maßgeblich am Sturz des Dacic-Vorbildes Milosevic beteiligt gewesen waren, trauten ihren Augen nicht. Denn die DS war ein Jahrzehnt lang die wichtigste Zielscheibe der Milosevic-Dacic-SPS. Polizei-knüttel, Armeepanzer, eine willfährige Justiz und politische Morde im Dutzend waren die Mittel, mit denen die SPS die DS klein gehalten hatte. Jetzt hieß die Devise „Schwamm drüber“. Der bekannteste serbische Karikaturist Corax brachte die Sache auf den Punkt. Der klein gewachsene Parteichef der Sozialisten, also Dacic, steht auf einem Berg von Totenschädeln. Er streckt dem Zwei-Meter-Mann Tadic „auf Augenhöhe“ die Hand zur Aus-söhnung hin. Tadic benötigte die Dacic-Sozialisten zur Absicherung seiner Macht. Er ging also mit ihnen eine Koalition ein ohne Rücksicht auf ideologische und politische Prinzi-pien, die – zumindest theoretisch – so unterschiedlich waren, dass sich Partnerschaften per definitionem ausschlossen. Doch die persönlichen Karrieren von Tadic und Dacic waren damit abgesichert. Programme und Ziele wurden dafür über Bord geworfen.

Serbien ist das größte und damit für die Sicherheitsstruktur wichtigste Land des westli-chen Balkans. Weil dieser Staat auch Teil einiger der wichtigsten Dauerprobleme wie des Kosovoproblems ist, kommt seiner inneren Verfasstheit große Bedeutung zu. Dreh- und Angelpunkt in Serbien ist heute die jüngste Parteigründung, die Srpska Napredna Stranka – SNS/Serbische Fortschrittspartei unter Regierungschef Aleksandar Vucic.²⁴ Der heutige SNS-Vorsitzende Vucic war 2008 gemeinsam mit dem aktuellen Staatspräsidenten Tomislav Nikolic aus der rechtsextremistischen und großserbischen Radikalen Partei (SRS) aus-getreten und hatte eine neue Politformation registriert. Die neue SNS trat allerdings nicht mehr im radikalen politischen Gewand an, sondern vertrat von Anfang an nach eigener Aussage pro-europäische und demokratische Programmziele. Der einstige großserbische Einpeitscher Vucic wollte sich jetzt als ungeduldiger Reformier und Kämpfer gegen die alles beherrschende Korruption von niemandem übertreffen lassen. Die neue Partei ge-wann bei den ersten Parlamentswahlen im Mai 2012 mit 24 Prozent der Stimmen auf An-hieb den ersten Platz.²⁵ Doch damit war das Potenzial der neuen Kraft noch längst nicht erschöpft. Als nach verschiedenen politischen Schachzügen zwei Jahre später vorgezogene Wahlen organisiert wurden, konnte die Vucic-SNS sensationelle 48 Prozent der Stimmen

24 <http://www.sns.org.rs/> (12.07.2016).

25 <http://www.srbijaizbori.com/article/rezultati-parlamentarnih-izbora-u-srbiji-2012-%E2%80%93-cesid> (12.07.2017).

und 158 Abgeordnete im Parlament mit 250 Sitzen gewinnen.²⁶ Gemeinsam mit den Sozialisten und der ungarischen Minderheit als Juniorpartnern in der Koalition kam die SNS-geführte Regierung auf 208 Abgeordnete – eine satte Mehrheit von 83 Prozent der Sitze.²⁷

Trotz dieser riesigen Zustimmung in der Bevölkerung hat die SNS noch längst nicht ihr Potenzial ausgeschöpft. Nach Darstellung des prominentesten serbischen Demoskopen, Srdjan Bogosavljevic, besitzt Vucic auch viel Zuspruch bei den Nichtwählern und auch bei den Wählern anderer Parteien. Vucic und seine SNS haben danach „ihr mögliches Maximum noch nicht erreicht“²⁸. Mit dieser erdrückenden Parlamentsmehrheit im Rücken kann Vucic jetzt nach Gutdünken schalten und walten. Dabei kommt ihm auch innerparteilich niemand in die Quere, weil er wie kein anderer die Partei verkörpert. „Vucic ist die Partei“, haben Meinungsforscher übereinstimmend festgestellt: 80 Prozent seiner Anhänger würden die SNS nicht wählen, sollte Vucic nicht mehr an ihrer Spitze stehen. Der neue starke Mann im Land ist mit drei Zielen angetreten: Kampf gegen die Korruption, Marktwirtschaftliche Reformen und Mitgliedschaft seines Landes in der EU. Eigentlich könnte er diese Ziele ohne Rücksichtnahmen durchsetzen. Doch zwei wichtige Minister sind Vucic schon weggelaufen, weil sie seine Ernsthaftigkeit bezweifelten.

Im Januar 2014 warf Wirtschaftsminister Sasa Radulovic nach nur wenigen Monaten hin. Zuvor rechnete der auch international anerkannte Ökonomexperte mit der Vucic-Partei und der Regierung ab. „Die Parteienherrschaft hat die Gesellschaft aufgefressen“, schrieb er in einem Gastbeitrag für eine eigentlich regierungsnahen Zeitung: „Die Parteien beherrschen alle Segmente der Gesellschaft: Die Wirtschaft, Kultur, Medien, Gesundheit sowie die Wissenschaft und Bildung“²⁹, kritisierte der Politiker. „Die negative Selektion in den Parteien beherrscht die gesamte Gesellschaft. Der Widerstand gegen Reformen kommt von denen, die Gewinner dieses maroden Systems sind“³⁰. Wenige Tage später legte er noch an Schärfe zu. „Die politischen Parteien blockieren die Reform“, schrieb Radulovic: „Wir haben ein System mit einer riesigen Anzahl Schmarotzer, die auf dem Rücken der Gesellschaft leben, die so gewachsen ist, dass sie das gesunde Gewebe auffressen, damit wir dann als Gesellschaft zugrunde gehen“³¹. Es folgte der als Wunderkind mit serbischen Wurzeln aus den USA geholte Finanzminister Lazar Krstic. Er könne sich mit seinem echten Reformprogramm gegen Vucic nicht durchsetzen, begründete er Mitte Juli letzten Jahres seinen völlig überraschenden Schritt.³²

In der Tat konnten regierungskritische heimische Medien nachweisen, dass auch die Vucic-Regierung mit der alten Praxis fortfährt, die vielen Staatsbetriebe und die unübersichtliche Staatsverwaltung mit Gefolgsleuten zu besetzen, die in der Regel keine Qualifi-

26 <http://www.kurir.rs/konacni-rezultati-izbora-vucicu-4835-osto-glasova-i-158-mandata-u-parlamentu-clanak-1291583> (12.07.2016).

27 <http://www.otvoreniparlament.rs/sazivi/> (12.07.2016).

28 Bogosavljevic in: Novi Magazin, Belgrad Nr. 197 v. 05.02.2015, S. 18-22.

29 Kurir v. 21.12.2014.

30 Politika v. 26.12.2013.

31 Danas v. 22.01.2014.

32 http://www.b92.net/biz/vesti/srbija.php?yyyy=2014&mm=07&dd=12&nav_id=875911 (12.07.2016).

kation für ihre Arbeitsplätze aufweisen. Es geht darum, die Parteimitglieder ökonomisch und sozial zu versorgen. Und das sind viele! Nach Darstellung der SNS besitzt sie inzwischen fast eine halbe Million Mitglieder. Das ist immerhin ein Drittel ihrer Wähler. Allerdings weist die Wahlforschungsorganisation CESID darauf hin, dass es viele Menschen gibt, die gleichzeitig in zwei oder sogar bis in vier Parteien Mitglieder sind. Daher seien die Mitgliederzahlen mit Vorsicht zu genießen. Es gebe Bürger, die seit 1992 fünf bis sechsmal die Partei gewechselt, sich aber nie abgemeldet hatten, sodass sie in den Parteilisten weiter erscheinen. In jedem Fall belegen die hohen Mitgliedszahlen – im kleinen Montenegro ist jeder dritte Einwohner in einer Partei registriert –, dass sich die Menschen dadurch Beschäftigung und wirtschaftliche Vorteile versprechen.³³

Welche Ausnahmestellung Vucic inzwischen im Staat zukommt, zeigte sein Krisenmanagement nach der Rekordflut im Mai 2014. Dabei zeigte er stolz und unumwunden seine praktisch grenzenlose Macht. Er organisierte zwei Krisenrunden mit den wichtigsten Politikern, Behördenchefs und Experten des Landes, die live im Staatsfernsehen übertragen wurden.³⁴ In diesen Krisentreffen kanzelte er öffentlich die hier versammelte Elite des Landes einschließlich seiner Minister in einer Art und Weise ab, die in jeder Grundschule die Eltern auf die Barrikaden gebracht hätte. Gleichzeitig fällte er – an den eigentlich zuständigen Gremien vorbei – alle Entscheidungen selbst, obwohl sie weitgehend nicht in seiner Kompetenz lagen.

Die Voraussetzung für die Machtballung im Staat ist seine exponierte Stellung in der Partei. Bei Sitzungen des Hauptausschusses, einer Art erweitertem Präsidium, sitzt Vucic stets allein vor diesen Mitgliedern der Parteispitze und doziert. Soweit bekannt, gibt es keinerlei nennenswerte Diskussionen, sondern nur Aufträge vom Parteivorsitzenden an die Parteispitzen. Um seine Positionen innerhalb der Partei durchzusetzen, greift Vucic auf eine Art Dauermobilisierung als Disziplinierungsinstrument zurück. Allein bis Ende 2014 ließ er von den 160 SNS-Parteiorganisationen im ganzen Land nicht weniger als 100 auflösen und wieder neu zusammensetzen. Die Partei befinde sich „in einem permanenten Ausnahmezustand“, in einer „ständigen schleichenden innerparteilichen Revolution“, schrieb die regierungskritische Zeitung „Danas“.³⁵ Das ständige Drohen mit personellen Wechsels ist inzwischen auch auf Staatsebene als Herrschaftsinstrument zu beobachten. Immer wieder kündigt Vucic große Kabinettsumbildungen an. Sowohl Minister als auch führende SNS-Kader sollen abgesetzt werden, wenn sie gegen die Vucic-Linie verstoßen, lautete die immer gleichbleibende Begründung ohne weitere Details. „Letzter Verweis vor dem Abschluss“, titelte die Belgrader Zeitung „Blic“.³⁶ Auch auf anderen staatlichen Ebenen wird diese „Managementmethode“ inzwischen kopiert. So kündigte Innenminister Nebojsa Stefanovic an: „In der Polizei wird es ständige Wechsel geben“³⁷.

33 http://www.danas.rs/danasrs/politika/naprednjaka_pola_miliona_sps_u_padu.56.html?news_id=296471 (12.07.2016).

34 <https://www.youtube.com/watch?v=Wp-HwQEvrRk>

35 *Danas* vom 30.12.2014, S. 11.

36 *Blic* vom 17.01.2015.

37 *Politika* vom 17.01.2015.

Doch auch der alles beherrschende Vucic zeigt, dass er sich gründlich verkalkulieren kann. Obwohl er eine erdrückende Mehrheit im Parlament besaß, setzte er im April 2016 völlig ohne Not vorzeitige Wahlen an – wahrscheinlich auch wieder ein Mittel, die Spannung und die Mobilisierung hoch zu halten. Doch obwohl er ähnlich wie zwei Jahre zuvor 48 Prozent der Stimmen einsammeln konnte, büßte seine SNS doch 27 Abgeordnete ein und hält jetzt nur noch 131 Sitze (von 250). Der Grund: Zwei kleine Parteien schafften im Gegensatz zur vorhergehenden Abstimmung den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, so dass die Vucic-Partei entsprechend weniger Sitze erzielte.³⁸

7 Das Beispiel Bosnien-Herzegowina

Für Bosnien-Herzegowina gilt eins zu eins alles das, was über die serbische Parteienlandschaft gesagt wurde. Nur werden die Probleme der Parteistrukturen und ihre negativen Auswirkungen auf Staat und Wirtschaft umso deutlicher, weil dieser Balkanstaat durch drei große Nationen geprägt ist, die sich nach Kräften gegeneinander bekämpfen. Die muslimischen Bosnier stellen knapp die Hälfte der fast vier Millionen Einwohner, die orthodoxen Serben machen ein Drittel, die katholischen Kroaten 15 Prozent aller Bürger aus. Alle Völker sind in national ausgerichteten Parteien organisiert, übernationale Parteien gibt es nur vereinzelt.

Im Oktober 2014 gab es turnusmäßig Parlamentswahlen. Im Vorfeld veröffentlichte die einflussreiche Hilfsorganisation USAID einen Videospot mit dem Titel „Stimm ab oder leide!“. Zwischen den Zeilen stand die Aufforderung, den unfähigen Politikern einen Denkkzettel zu verpassen.³⁹ Zahlreiche Botschafter wie zum Beispiel Japans, der Niederlande oder der USA kritisierten die Politikerkaste ungewöhnlich undiplomatisch als ignorant, eitel, korrupt und unkultiviert. Mehr oder weniger offen signalisierten sie den Bürgern, die alten Funktionäre abzuwählen. Die regten sich über die „unzulässige Einmischung“ des Auslandes auf. Schließlich sei ihr Land „kein Protektorat“. Doch trotz dieses Anstoßes von außen hielt es praktisch keine große Partei für nötig, wenigstens in ihrem Wahlkampfprogramm etwas gegen die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten anzukündigen. Trotz 44 Prozent offizieller Arbeitslosigkeit hatte kein Politiker auch nur ansatzweise ein Rezept zur sozialen und wirtschaftlichen Genesung des Balkanlandes.

Die eigentlich tief verfeindeten nationalen Spitzenpolitiker sind sich allerdings traditionell einig in der Absicherung ihrer eigenen Position. Das Forschungszentrum CIN in Sarajevo hatte vor der Wahl die Vermögensverhältnisse von 160 Politikern veröffentlicht. 100 von ihnen traten bei der Parlamentswahl am 12. Oktober erneut an. Auffällig sei, dass praktisch alle Politiker von Jahr zu Jahr immer mehr Geldvermögen und Immobilien horten konnten, fanden die CIN-Analysiker heraus. Schon das offizielle Salär von Abgeordne-

38 Staatliche Wahlkommission zu den Resultaten: <http://www.rts.rs/page/stories/ci/story/2534/izbori-2016/2307373/ukupni-rezultati-parlamentranih-izbora-.html> (12.07.2016).

39 <https://www.youtube.com/watch?v=sokDIX9kb8U> (12.07.2016).

ten fällt mit durchschnittlich 4700 Konvertiblen Mark (2350 Euro) gegenüber der Mindestrente von 350 Konvertiblen Mark (175 Euro) üppig aus.⁴⁰

Die Wahlen brachten keine Überraschungen. Die Wähler bestätigten wieder ihre alten nationalen Parteien, die von ausländischen Diplomaten und heimischen Wissenschaftlern im Vorfeld für die ständig drohende Staatspleite und die Aussichtslosigkeit von Reformen verantwortlich gemacht worden waren. Einer der bekanntesten Soziologen des Landes, Esad Bajtal, zeigte sich stellvertretend für viele andere fassungslos. „Wie ist es logisch möglich, dass wir solche Ergebnisse bekommen in einem Land, in dem die Hälfte der Einwohner an der Armutsgrenze lebt und weitere 700 000 unter dieser Grenze; in einem Land, das das letzte gemessen an Kaufkraft in Europa ist und das zu den 13 jämmerlichsten Staaten der Welt zählt; wo nach allen Untersuchungen 80 Prozent der Jugendlichen weggehen wollen, um einen anderen Platz zu ihrer Rettung auf diesem Planeten zu suchen?“ Und weiter: „Das alles haben die gemacht, die erneut gewählt wurden: Die Menschen können nicht mehr leben, sondern nur überleben. Im Land wächst nur die Zahl der Volksküchen; die Selbstmorde nehmen von Jahr zu Jahr zu“.

Und schließlich: „Sie (Anm. das sind die Parteien, die Politiker) haben alle auf dieselbe Art und Weise geherrscht. Sie haben sich nur um sich selbst gekümmert, um ihre Parteien, ihre Verwandten und Bekannten. Einzelne und kleine Gruppen haben von ihnen Nutzen gehabt, aber alle anderen Bürger waren nur Zeuge ihres eigenen Untergangs, ihrer Not und Armut.“⁴¹.

Nach offizieller Zählung der staatlichen Wahlkommission gibt es im Land nicht weniger als 183 politische Parteien. Einer der führenden Mitarbeiter der Organisation Transparency Bosnien-Herzegowina, Srdjan Blagovcanin, hatte schon im letzten Jahr offener und ungeschminkter denn je ein Bild der innenpolitischen Situation und der inneren Organisation der allermeisten Parteien gezeichnet⁴²: „Die Parteien haben sich entscheidende Kontrollen über alle gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Ressourcen im Land gesichert. Ohne elementare interne Demokratie im Aufbau der Parteien gibt es mehr Ähnlichkeiten mit der Mafia als mit modernen politischen Parteien in Europa. Der Wahlprozess innerhalb der Parteien läuft auf die Fingierung von Demokratie hinaus. Die enge Führung der Parteien wählt ihre Gefolgsleute als Delegierte in die Wahlkongresse. Ähnlich werden auch die Wahllisten aufgestellt. Als Gegenleistung werden loyale Anhänger der Parteiführungen in Funktionen in Staatsunternehmen oder auf niedrigeren Ebenen von Behörden befördert. Natürlich müssen sie aus diesen Funktionen heraus Finanzmittel und Ressourcen für die Parteien zur Verfügung stellen. Niemand wird wegen seiner Fähigkeiten, sondern ausschließlich nach dem Kriterium seiner Loyalität gegenüber der Partei ein-

40 Zahlreiche CIN-Analysen zu Politikervermögen: <http://www.cin.ba/en/category/dosije/imovina-politicara/>

41 zitiert aus dem Nachrichtenportal klix.ba: <http://www.klix.ba/vijesti/bih/esad-bajtal-za-klix-ba-zacudjuce-je-da-su-u-vrhu-ponovo-nacionalisticke-snage/141013054>

42 zitiert nach Aljazeera: <http://balkans.aljazeera.net/vijesti/stranke-ustrojene-po-sistemu-mafije>. Blagovcanin betreibt auch einen interessanten Blog: <http://www.frontal.ba/blogovi/autor/466/srdan-blagovcanin>.

gestellt. Daraus folgt, dass die politischen Eliten den Staat und die staatlichen Ressourcen als ihre Beute begreifen. Mit der Verteilung dieser Beute wird die eigene Macht gesichert und die eigene Macht und die Loyalität der Parteigänger gestärkt“.

„Die politischen Parteien haben in den letzten zwei Jahrzehnten ein System geschaffen, in dem Milliarden Konvertible Mark aus staatlichen Töpfen in private Taschen flossen. Es genügt ein Blick auf den Reichtum der Parteiführer und den ihnen nahestehenden Oligarchen. Der nächste Aspekt der Organisation dieser kriminellen Vereinigung bezieht sich auf die Verwaltung der Staatsbetriebe. Sie sind praktisch in die politischen Parteien als deren Filialen integriert. Daher sind sie auch nicht verpflichtet, jemand anderem als den Parteien Rechenschaft abzulegen. An ihrer Spitze stehen die Top-Politiker. Ein sehr wichtiger Aspekt dieses kriminellen Systems stellen die öffentlichen Ausschreibungen dar. Dort kommt die Kreativität der Parteikader voll zum Ausdruck – von zahllosen Anhängen nach Abschluss des Vertrages bis zur Verringerung der Asphaltstärke bei Straßenbauten. Damit das alles funktionieren kann, nehmen die Parteien Einfluss auf die Justiz, damit sie vor Verfahren geschützt werden. Der Kreis schließt sich mit der Kontrolle der Medien, wodurch sie letztendlich die Öffentlichkeit betäuben. Die politischen Parteien sind heute in Bosnien-Herzegowina ohne jeden Zweifel verbrecherische Organisationen mit riesigem Reichtum, Einfluss und Macht. Die Interessen der Parteieliten stehen im direkten Gegensatz zu den Interessen der Mehrheit aller Bürger.“

Angesichts von Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen, immer weniger Arbeitsplätzen, ausbleibenden ausländischen Investitionen und einem drastischen Verfall der maroden Infrastruktur war es am 7. Februar 2014 zu schweren sozialen Unruhen in mehreren Städten gekommen.⁴³ Zahlreiche Regierungsgebäude und selbst der Sitz des Staatspräsidiums gingen in Flammen auf. Einige regionale Behördenspitzen traten zurück, die Menschen organisierten sich in Diskussionsforen, um die gesamte Politikerklasse abzulösen. Doch die Aufbruchsstimmung ist längst verfliegen. Die kritisierten Parteien konnten den ungezügeltten Protest still und heimlich beruhigen und dann einschlafen lassen. Zuletzt haben der britische und der deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier und Philip Hammond im folgenden Dezember eine Reforminitiative für Bosnien-Herzegowina gestartet, um das Land aus der selbst verschuldeten Sackgasse zu führen. Sie verlangten von allen Spitzenpolitikern, sich schriftlich zu Reformen zu verpflichten.⁴⁴ Die zeigten sich naturgemäß zögerlich, weil wenig begeistert. Im Januar 2015 jetteten die Minister trotz anderer Weltkrisen wie die Ukraine oder die arabischen Länder, von Syrien und Afghanistan gar nicht erst zu reden, gemeinsam nach Sarajevo, um ihre Initiative zu retten.

Am 7. Februar 2015 gab es große Befürchtungen zum Jahrestag der schweren sozialen Aufstände.⁴⁵ Die Politik hatte die Sicherheitskräfte überall im Land in Alarmbereitschaft

43 <http://de.sott.net/article/13475-Soziale-Unruhen-in-Bosnien-Demonstranten-stellen-ihre-Forderungen> (12.07.2016).

44 Ministerbrief im Wortlaut: <http://ba.n1info.com/a6827/Vijesti/Vijesti/Pogledajte-pismo-koje-poslali-ministri-Hammond-i-Steinmeier.html> (12.07.2016).

45 <http://www.taz.de/!153188/> (12.06.2016).

versetzt. In den verschiedenen Städten tauchten dann nur enttäuschende Dutzende Protestler auf. In Sarajevo waren es ein paar Hundert. Trotz der miserablen Lage konnten sich die Menschen nicht zu größeren Demonstrationen aufraffen. „Die Leute sind wegen ihrer Resignation über die Lage nicht auf die Straßen gegangen. Das ist das schlimmste, was passieren konnte“, zeigte sich der erfahrene österreichische Europapolitiker Hannes Swoboda ratlos.⁴⁶ Allerdings sind sich fast alle heimischen und ausländischen Experten einig, dass damit die explosive Lage nicht befriedet ist. Die Bombe der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unzufriedenheit ist weiter scharfgestellt. Als Hauptschuldige sind schon lange die politischen Parteien ausgemacht. Nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern in der gesamten Region.

46 <http://www.avaz.ba/clanak/162803/ljudi-u-bih-su-rezignirani> (12.06.2016).

Vorsitzenden ausgerichtet.²⁰ Es handelt sich um den mehrmaligen früheren Regierungschef Janez Jansa. Der musste im Juni 2014 ins Gefängnis, weil er rechtskräftig wegen Korruption verurteilt worden war. Dennoch führte er aus der Haft heraus bei der Parlamentswahl einen Monat später die Liste seiner Partei an. Die SDS landete auf dem zweiten Platz. Er trat auch sein Amt als Abgeordneter an, wofür er von der Gefängnisverwaltung großzügig Freigang bekam. Am 12. Dezember setzte das Verfassungsgericht die Freiheitsstrafe bis zur erneuten Überprüfung des Urteils aus, so dass Jansa freikam.²¹

Das Großthema Korruption in Parteien spielt auch im benachbarten Kroatien eine große Rolle. Dort wurde der langjährige Regierungschef und Vorsitzende der HDZ-Partei, Ivo Sanader, im November 2012 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach Monaten Haft kam er frei, weil er einen Revisionsprozess durchsetzen konnte.

Die slowenischen Beispiele sind keine Einzelfälle sondern die Regel in allen anderen süd-osteuropäischen Ländern. Die Parteien sind ausnahmslos nach dem Führerprinzip organisiert. In Serbien kam Boris Tadic ein Jahr nach dem Tod des ersten frei gewählten serbischen Regierungschefs und Parteivorsitzenden Zoran Djindjic (2003) an die Spitze der Demokratischen Partei – DS. Als Partei- und später als Staatschef (2004-2012) schaltete und waltete er unumschränkt ohne auch nur ansatzweise Konkurrenz. Er konnte es sich sogar erlauben, seine DS vor den Kopf zu stoßen und den Parteilosen Mirko Cvetkovic zum Ministerpräsidenten zu machen (2008-2012). Seine unbeschränkte Machtfülle beschrieb die enge Weggefährtin von Djindjic und freie Parlamentsabgeordnete, Vesna Pesic, im Sommer 2012 wiederholt für mehrere prominente heimische Medien so: „Er hat die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Präsidenten enorm und illegal ausgeweitet. Er hat die Arbeit der Regierung ebenso usurpiert wie die des Parlaments und – was das Tragischste ist – auch die der dritten Säule der Staatsmacht, der Justiz“²². Auch wenn die Verfassung verlangte, dass Tadic als Staatsoberhaupt die DS-Führung abgibt, hatte er das Parteiamt bis zu seinem Ausscheiden an der Spitze des Staates behalten.

Ähnlich sieht es bei den serbischen Sozialisten (SPS) als aktuellem Juniorpartner in der Regierung bis zum Frühjahr 2016 aus. Hier läuft alles auf den früheren Regierungschef und Außenminister Ivica Dacic zu.²³ Dacic gilt als politisches Stehaufmännchen. In den 90er Jahren war er enger Mitarbeiter des serbischen Autokrats und Kriegsherrn Slobodan Milosevic. Trotz der großen politischen Wende in Richtung Demokratie im Herbst 2000 saß er von 2008-2012 schon wieder als Innenminister in der Regierung. Ein zumindest politisch dramatisch vorbelasteter Spitzenmann an den Schalthebeln des staatlichen Gewaltmonopols! 2012-2014 schaffte er kurzzeitig sogar den Sprung ins Amt des Ministerpräsidenten.

20 <http://www.sds.si/> (12.07.2016).

21 <http://www.rtvsllo.si/crna-kronika/po-odlocitvi-ustavnega-sodisca-jansa-zapustil-dob/353445> (12.07.2016).

22 <https://www.youtube.com/watch?v=X0lo03okAQk> (12.07.2016).

23 <https://www.sps.org.rs/> (12.07.2016).

Später war er Außenminister und Vorsitzender Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Vom Kommunisten und großserbischen Nationalisten unter dem Übervater Milosevic zum glühenden Demokraten und Europäer – eine erstaunliche Karriere!

Die wurde nur möglich durch den langjährigen starken Mann Serbiens, Boris Tadic. Nur fünf Jahre nach der Ermordung des Tadic-Vorgängers Djindjic durch bis heute immer noch nicht entdeckte Auftraggeber aus der Politik, die mit der Mafia verbandelt war, unterschrieb er mit Dacic ein „historisches Dokument der Versöhnung“. Ende Oktober 2008 zogen beide Politiker mit ihrer Unterschrift einen „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit. Die DS-Partei war entsetzt. Alte Weggefährten von Djindjic, der maßgeblich am Sturz des Dacic-Vorbildes Milosevic beteiligt gewesen waren, trauten ihren Augen nicht. Denn die DS war ein Jahrzehnt lang die wichtigste Zielscheibe der Milosevic-Dacic-SPS. Polizei-knüppel, Armeepanzer, eine willfährige Justiz und politische Morde im Dutzend waren die Mittel, mit denen die SPS die DS klein gehalten hatte. Jetzt hieß die Devise „Schwamm drüber“. Der bekannteste serbische Karikaturist Corax brachte die Sache auf den Punkt. Der klein gewachsene Parteichef der Sozialisten, also Dacic, steht auf einem Berg von Totenschädeln. Er streckt dem Zwei-Meter-Mann Tadic „auf Augenhöhe“ die Hand zur Aus-söhnung hin. Tadic benötigte die Dacic-Sozialisten zur Absicherung seiner Macht. Er ging also mit ihnen eine Koalition ein ohne Rücksicht auf ideologische und politische Prinzi-pien, die – zumindest theoretisch – so unterschiedlich waren, dass sich Partnerschaften per definitionem ausschlossen. Doch die persönlichen Karrieren von Tadic und Dacic waren damit abgesichert. Programme und Ziele wurden dafür über Bord geworfen.

Serbien ist das größte und damit für die Sicherheitsstruktur wichtigste Land des westli-chen Balkans. Weil dieser Staat auch Teil einiger der wichtigsten Dauerprobleme wie des Kosovoproblems ist, kommt seiner inneren Verfasstheit große Bedeutung zu. Dreh- und Angelpunkt in Serbien ist heute die jüngste Parteigründung, die Srpska Napredna Stranka – SNS/Serbische Fortschrittspartei unter Regierungschef Aleksandar Vucic.²⁴ Der heutige SNS-Vorsitzende Vucic war 2008 gemeinsam mit dem aktuellen Staatspräsidenten Tomislav Nikolic aus der rechtsextremistischen und großserbischen Radikalen Partei (SRS) aus-getreten und hatte eine neue Politformation registriert. Die neue SNS trat allerdings nicht mehr im radikalen politischen Gewand an, sondern vertrat von Anfang an nach eigener Aussage pro-europäische und demokratische Programmziele. Der einstige großserbische Einpeitscher Vucic wollte sich jetzt als ungeduldiger Reformier und Kämpfer gegen die alles beherrschende Korruption von niemandem übertreffen lassen. Die neue Partei ge-wann bei den ersten Parlamentswahlen im Mai 2012 mit 24 Prozent der Stimmen auf An-hieb den ersten Platz.²⁵ Doch damit war das Potenzial der neuen Kraft noch längst nicht erschöpft. Als nach verschiedenen politischen Schachzügen zwei Jahre später vorgezogene Wahlen organisiert wurden, konnte die Vucic-SNS sensationelle 48 Prozent der Stimmen

24 <http://www.sns.org.rs/> (12.07.2016).

25 <http://www.srbijaizbori.com/article/rezultati-parlamentarnih-izbora-u-srbiji-2012-%E2%80%93-cesid> (12.07.2017).

und 158 Abgeordnete im Parlament mit 250 Sitzen gewinnen.²⁶ Gemeinsam mit den Sozialisten und der ungarischen Minderheit als Juniorpartnern in der Koalition kam die SNS-geführte Regierung auf 208 Abgeordnete – eine satte Mehrheit von 83 Prozent der Sitze.²⁷

Trotz dieser riesigen Zustimmung in der Bevölkerung hat die SNS noch längst nicht ihr Potenzial ausgeschöpft. Nach Darstellung des prominentesten serbischen Demoskopen, Srdjan Bogosavljevic, besitzt Vucic auch viel Zuspruch bei den Nichtwählern und auch bei den Wählern anderer Parteien. Vucic und seine SNS haben danach „ihr mögliches Maximum noch nicht erreicht“²⁸. Mit dieser erdrückenden Parlamentsmehrheit im Rücken kann Vucic jetzt nach Gutdünken schalten und walten. Dabei kommt ihm auch innerparteilich niemand in die Quere, weil er wie kein anderer die Partei verkörpert. „Vucic ist die Partei“, haben Meinungsforscher übereinstimmend festgestellt: 80 Prozent seiner Anhänger würden die SNS nicht wählen, sollte Vucic nicht mehr an ihrer Spitze stehen. Der neue starke Mann im Land ist mit drei Zielen angetreten: Kampf gegen die Korruption, Marktwirtschaftliche Reformen und Mitgliedschaft seines Landes in der EU. Eigentlich könnte er diese Ziele ohne Rücksichtnahmen durchsetzen. Doch zwei wichtige Minister sind Vucic schon weggelaufen, weil sie seine Ernsthaftigkeit bezweifelten.

Im Januar 2014 warf Wirtschaftsminister Sasa Radulovic nach nur wenigen Monaten hin. Zuvor rechnete der auch international anerkannte Ökonomieexperte mit der Vucic-Partei und der Regierung ab. „Die Parteienherrschaft hat die Gesellschaft aufgefressen“, schrieb er in einem Gastbeitrag für eine eigentlich regierungsnahen Zeitung: „Die Parteien beherrschen alle Segmente der Gesellschaft: Die Wirtschaft, Kultur, Medien, Gesundheit sowie die Wissenschaft und Bildung“²⁹, kritisierte der Politiker. „Die negative Selektion in den Parteien beherrscht die gesamte Gesellschaft. Der Widerstand gegen Reformen kommt von denen, die Gewinner dieses maroden Systems sind“³⁰. Wenige Tage später legte er noch an Schärfe zu. „Die politischen Parteien blockieren die Reform“, schrieb Radulovic: „Wir haben ein System mit einer riesigen Anzahl Schmarotzer, die auf dem Rücken der Gesellschaft leben, die so gewachsen ist, dass sie das gesunde Gewebe auffressen, damit wir dann als Gesellschaft zugrunde gehen“³¹. Es folgte der als Wunderkind mit serbischen Wurzeln aus den USA geholte Finanzminister Lazar Krstic. Er könne sich mit seinem echten Reformprogramm gegen Vucic nicht durchsetzen, begründete er Mitte Juli letzten Jahres seinen völlig überraschenden Schritt.³²

In der Tat konnten regierungskritische heimische Medien nachweisen, dass auch die Vucic-Regierung mit der alten Praxis fortfährt, die vielen Staatsbetriebe und die unübersichtliche Staatsverwaltung mit Gefolgsleuten zu besetzen, die in der Regel keine Quali-

26 <http://www.kurir.rs/konacni-rezultati-izbora-vucicu-4835-osto-glasova-i-158-mandata-u-parlamentu-clanak-1291583> (12.07.2016).

27 <http://www.otvoreniparlament.rs/sazivi/> (12.07.2016).

28 Bogosavljevic in: Novi Magazin, Belgrad Nr. 197 v. 05.02.2015, S. 18-22.

29 Kurir v. 21.12.2014.

30 Politika v. 26.12.2013.

31 Danas v. 22.01.2014.

32 http://www.b92.net/biz/vesti/srbija.php?yyyy=2014&mm=07&dd=12&nav_id=875911 (12.07.2016).

kation für ihre Arbeitsplätze aufweisen. Es geht darum, die Parteimitglieder ökonomisch und sozial zu versorgen. Und das sind viele! Nach Darstellung der SNS besitzt sie inzwischen fast eine halbe Million Mitglieder. Das ist immerhin ein Drittel ihrer Wähler. Allerdings weist die Wahlforschungsorganisation CESID darauf hin, dass es viele Menschen gibt, die gleichzeitig in zwei oder sogar bis in vier Parteien Mitglieder sind. Daher seien die Mitgliederzahlen mit Vorsicht zu genießen. Es gebe Bürger, die seit 1992 fünf bis sechsmal die Partei gewechselt, sich aber nie abgemeldet hatten, sodass sie in den Parteilisten weiter erscheinen. In jedem Fall belegen die hohen Mitgliedszahlen – im kleinen Montenegro ist jeder dritte Einwohner in einer Partei registriert –, dass sich die Menschen dadurch Beschäftigung und wirtschaftliche Vorteile versprechen.³³

Welche Ausnahmestellung Vucic inzwischen im Staat zukommt, zeigte sein Krisenmanagement nach der Rekordflut im Mai 2014. Dabei zeigte er stolz und unumwunden seine praktisch grenzenlose Macht. Er organisierte zwei Krisenrunden mit den wichtigsten Politikern, Behördenchefs und Experten des Landes, die live im Staatsfernsehen übertragen wurden.³⁴ In diesen Krisentreffen kanzelte er öffentlich die hier versammelte Elite des Landes einschließlich seiner Minister in einer Art und Weise ab, die in jeder Grundschule die Eltern auf die Barrikaden gebracht hätte. Gleichzeitig fällte er – an den eigentlich zuständigen Gremien vorbei – alle Entscheidungen selbst, obwohl sie weitgehend nicht in seiner Kompetenz lagen.

Die Voraussetzung für die Machtballung im Staat ist seine exponierte Stellung in der Partei. Bei Sitzungen des Hauptausschusses, einer Art erweitertem Präsidium, sitzt Vucic stets allein vor diesen Mitgliedern der Parteispitze und doziert. Soweit bekannt, gibt es keinerlei nennenswerte Diskussionen, sondern nur Aufträge vom Parteivorsitzenden an die Parteispitzen. Um seine Positionen innerhalb der Partei durchzusetzen, greift Vucic auf eine Art Dauermobilisierung als Disziplinierungsinstrument zurück. Allein bis Ende 2014 ließ er von den 160 SNS-Parteiorganisationen im ganzen Land nicht weniger als 100 auflösen und wieder neu zusammensetzen. Die Partei befinde sich „in einem permanenten Ausnahmezustand“, in einer „ständigen schleichenden innerparteilichen Revolution“, schrieb die regierungskritische Zeitung „Danas“.³⁵ Das ständige Drohen mit personellen Wechsels ist inzwischen auch auf Staatsebene als Herrschaftsinstrument zu beobachten. Immer wieder kündigt Vucic große Kabinettsumbildungen an. Sowohl Minister als auch führende SNS-Kader sollen abgesetzt werden, wenn sie gegen die Vucic-Linie verstoßen, lautete die immer gleichbleibende Begründung ohne weitere Details. „Letzter Verweis vor dem Abschluss“, titelte die Belgrader Zeitung „Blic“.³⁶ Auch auf anderen staatlichen Ebenen wird diese „Managementmethode“ inzwischen kopiert. So kündigte Innenminister Nebojsa Stefanovic an: „In der Polizei wird es ständige Wechsel geben“³⁷.

33 http://www.danas.rs/danasrs/politika/naprednjaka_pola_miliona_sps_u_padu.56.html?news_id=296471 (12.07.2016).

34 <https://www.youtube.com/watch?v=Wp-HwQEvrRk>

35 *Danas* vom 30.12.2014, S. 11.

36 *Blic* vom 17.01.2015.

37 *Politika* vom 17.01.2015.

Doch auch der alles beherrschende Vucic zeigt, dass er sich gründlich verkalkulieren kann. Obwohl er eine erdrückende Mehrheit im Parlament besaß, setzte er im April 2016 völlig ohne Not vorzeitige Wahlen an – wahrscheinlich auch wieder ein Mittel, die Spannung und die Mobilisierung hoch zu halten. Doch obwohl er ähnlich wie zwei Jahre zuvor 48 Prozent der Stimmen einsammeln konnte, büßte seine SNS doch 27 Abgeordnete ein und hält jetzt nur noch 131 Sitze (von 250). Der Grund: Zwei kleine Parteien schafften im Gegensatz zur vorhergehenden Abstimmung den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, so dass die Vucic-Partei entsprechend weniger Sitze erzielte.³⁸

7 Das Beispiel Bosnien-Herzegowina

Für Bosnien-Herzegowina gilt eins zu eins alles das, was über die serbische Parteienlandschaft gesagt wurde. Nur werden die Probleme der Parteistrukturen und ihre negativen Auswirkungen auf Staat und Wirtschaft umso deutlicher, weil dieser Balkanstaat durch drei große Nationen geprägt ist, die sich nach Kräften gegeneinander bekämpfen. Die muslimischen Bosnier stellen knapp die Hälfte der fast vier Millionen Einwohner, die orthodoxen Serben machen ein Drittel, die katholischen Kroaten 15 Prozent aller Bürger aus. Alle Völker sind in national ausgerichteten Parteien organisiert, übernationale Parteien gibt es nur vereinzelt.

Im Oktober 2014 gab es turnusmäßig Parlamentswahlen. Im Vorfeld veröffentlichte die einflussreiche Hilfsorganisation USAID einen Videospot mit dem Titel „Stimm ab oder leide!“. Zwischen den Zeilen stand die Aufforderung, den unfähigen Politikern einen Denkkzettel zu verpassen.³⁹ Zahlreiche Botschafter wie zum Beispiel Japans, der Niederlande oder der USA kritisierten die Politikerkaste ungewöhnlich undiplomatisch als ignorant, eitel, korrupt und unkultiviert. Mehr oder weniger offen signalisierten sie den Bürgern, die alten Funktionäre abzuwählen. Die regten sich über die „unzulässige Einmischung“ des Auslandes auf. Schließlich sei ihr Land „kein Protektorat“. Doch trotz dieses Anstoßes von außen hielt es praktisch keine große Partei für nötig, wenigstens in ihrem Wahlkampfprogramm etwas gegen die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten anzukündigen. Trotz 44 Prozent offizieller Arbeitslosigkeit hatte kein Politiker auch nur ansatzweise ein Rezept zur sozialen und wirtschaftlichen Genesung des Balkanlandes.

Die eigentlich tief verfeindeten nationalen Spitzenpolitiker sind sich allerdings traditionell einig in der Absicherung ihrer eigenen Position. Das Forschungszentrum CIN in Sarajevo hatte vor der Wahl die Vermögensverhältnisse von 160 Politikern veröffentlicht. 100 von ihnen traten bei der Parlamentswahl am 12. Oktober erneut an. Auffällig sei, dass praktisch alle Politiker von Jahr zu Jahr immer mehr Geldvermögen und Immobilien horten konnten, fanden die CIN-Analysiker heraus. Schon das offizielle Salär von Abgeordne-

38 Staatliche Wahlkommission zu den Resultaten: <http://www.rts.rs/page/stories/ci/story/2534/izbori-2016/2307373/ukupni-rezultati-parlamentranih-izbora-.html> (12.07.2016).

39 <https://www.youtube.com/watch?v=sokDIX9kb8U> (12.07.2016).

ten fällt mit durchschnittlich 4700 Konvertiblen Mark (2350 Euro) gegenüber der Mindestrente von 350 Konvertiblen Mark (175 Euro) üppig aus.⁴⁰

Die Wahlen brachten keine Überraschungen. Die Wähler bestätigten wieder ihre alten nationalen Parteien, die von ausländischen Diplomaten und heimischen Wissenschaftlern im Vorfeld für die ständig drohende Staatspleite und die Aussichtslosigkeit von Reformen verantwortlich gemacht worden waren. Einer der bekanntesten Soziologen des Landes, Esad Bajtal, zeigte sich stellvertretend für viele andere fassungslos. „Wie ist es logisch möglich, dass wir solche Ergebnisse bekommen in einem Land, in dem die Hälfte der Einwohner an der Armutsgrenze lebt und weitere 700 000 unter dieser Grenze; in einem Land, das das letzte gemessen an Kaufkraft in Europa ist und das zu den 13 jämmerlichsten Staaten der Welt zählt; wo nach allen Untersuchungen 80 Prozent der Jugendlichen weggehen wollen, um einen anderen Platz zu ihrer Rettung auf diesem Planeten zu suchen?“ Und weiter: „Das alles haben die gemacht, die erneut gewählt wurden: Die Menschen können nicht mehr leben, sondern nur überleben. Im Land wächst nur die Zahl der Volksküchen; die Selbstmorde nehmen von Jahr zu Jahr zu“.

Und schließlich: „Sie (Anm. das sind die Parteien, die Politiker) haben alle auf dieselbe Art und Weise geherrscht. Sie haben sich nur um sich selbst gekümmert, um ihre Parteien, ihre Verwandten und Bekannten. Einzelne und kleine Gruppen haben von ihnen Nutzen gehabt, aber alle anderen Bürger waren nur Zeuge ihres eigenen Untergangs, ihrer Not und Armut.“⁴¹.

Nach offizieller Zählung der staatlichen Wahlkommission gibt es im Land nicht weniger als 183 politische Parteien. Einer der führenden Mitarbeiter der Organisation Transparency Bosnien-Herzegowina, Srdjan Blagovcanin, hatte schon im letzten Jahr offener und ungeschminkter denn je ein Bild der innenpolitischen Situation und der inneren Organisation der allermeisten Parteien gezeichnet⁴²: „Die Parteien haben sich entscheidende Kontrollen über alle gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Ressourcen im Land gesichert. Ohne elementare interne Demokratie im Aufbau der Parteien gibt es mehr Ähnlichkeiten mit der Mafia als mit modernen politischen Parteien in Europa. Der Wahlprozess innerhalb der Parteien läuft auf die Fingierung von Demokratie hinaus. Die enge Führung der Parteien wählt ihre Gefolgsleute als Delegierte in die Wahlkongresse. Ähnlich werden auch die Wahllisten aufgestellt. Als Gegenleistung werden loyale Anhänger der Parteiführungen in Funktionen in Staatsunternehmen oder auf niedrigeren Ebenen von Behörden befördert. Natürlich müssen sie aus diesen Funktionen heraus Finanzmittel und Ressourcen für die Parteien zur Verfügung stellen. Niemand wird wegen seiner Fähigkeiten, sondern ausschließlich nach dem Kriterium seiner Loyalität gegenüber der Partei ein-

40 Zahlreiche CIN-Analysen zu Politikervermögen: <http://www.cin.ba/en/category/dosije/imovina-politicara/>

41 zitiert aus dem Nachrichtenportal klix.ba: <http://www.klix.ba/vijesti/bih/esad-bajtal-za-klix-ba-zacudjuce-je-da-su-u-vrhu-ponovo-nacionalisticke-snage/141013054>

42 zitiert nach Aljazeera: <http://balkans.aljazeera.net/vijesti/stranke-ustrojene-po-sistemu-mafije>. Blagovcanin betreibt auch einen interessanten Blog: <http://www.frontal.ba/blogovi/autor/466/srdan-blagovcanin>.

gestellt. Daraus folgt, dass die politischen Eliten den Staat und die staatlichen Ressourcen als ihre Beute begreifen. Mit der Verteilung dieser Beute wird die eigene Macht gesichert und die eigene Macht und die Loyalität der Parteigänger gestärkt“.

„Die politischen Parteien haben in den letzten zwei Jahrzehnten ein System geschaffen, in dem Milliarden Konvertible Mark aus staatlichen Töpfen in private Taschen flossen. Es genügt ein Blick auf den Reichtum der Parteiführer und den ihnen nahestehenden Oligarchen. Der nächste Aspekt der Organisation dieser kriminellen Vereinigung bezieht sich auf die Verwaltung der Staatsbetriebe. Sie sind praktisch in die politischen Parteien als deren Filialen integriert. Daher sind sie auch nicht verpflichtet, jemand anderem als den Parteien Rechenschaft abzulegen. An ihrer Spitze stehen die Top-Politiker. Ein sehr wichtiger Aspekt dieses kriminellen Systems stellen die öffentlichen Ausschreibungen dar. Dort kommt die Kreativität der Parteikader voll zum Ausdruck – von zahllosen Anhängen nach Abschluss des Vertrages bis zur Verringerung der Asphaltstärke bei Straßenbauten. Damit das alles funktionieren kann, nehmen die Parteien Einfluss auf die Justiz, damit sie vor Verfahren geschützt werden. Der Kreis schließt sich mit der Kontrolle der Medien, wodurch sie letztendlich die Öffentlichkeit betäuben. Die politischen Parteien sind heute in Bosnien-Herzegowina ohne jeden Zweifel verbrecherische Organisationen mit riesigem Reichtum, Einfluss und Macht. Die Interessen der Parteieliten stehen im direkten Gegensatz zu den Interessen der Mehrheit aller Bürger.“

Angesichts von Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen, immer weniger Arbeitsplätzen, ausbleibenden ausländischen Investitionen und einem drastischen Verfall der maroden Infrastruktur war es am 7. Februar 2014 zu schweren sozialen Unruhen in mehreren Städten gekommen.⁴³ Zahlreiche Regierungsgebäude und selbst der Sitz des Staatspräsidiums gingen in Flammen auf. Einige regionale Behördenspitzen traten zurück, die Menschen organisierten sich in Diskussionsforen, um die gesamte Politikerklasse abzulösen. Doch die Aufbruchsstimmung ist längst verflogen. Die kritisierten Parteien konnten den ungezügeltten Protest still und heimlich beruhigen und dann einschlafen lassen. Zuletzt haben der britische und der deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier und Philip Hammond im folgenden Dezember eine Reforminitiative für Bosnien-Herzegowina gestartet, um das Land aus der selbst verschuldeten Sackgasse zu führen. Sie verlangten von allen Spitzenpolitikern, sich schriftlich zu Reformen zu verpflichten.⁴⁴ Die zeigten sich naturgemäß zögerlich, weil wenig begeistert. Im Januar 2015 jetteten die Minister trotz anderer Weltkrisen wie die Ukraine oder die arabischen Länder, von Syrien und Afghanistan gar nicht erst zu reden, gemeinsam nach Sarajevo, um ihre Initiative zu retten.

Am 7. Februar 2015 gab es große Befürchtungen zum Jahrestag der schweren sozialen Aufstände.⁴⁵ Die Politik hatte die Sicherheitskräfte überall im Land in Alarmbereitschaft

43 <http://de.sott.net/article/13475-Soziale-Unruhen-in-Bosnien-Demonstranten-stellen-ihre-Forderungen> (12.07.2016).

44 Ministerbrief im Wortlaut: <http://ba.n1info.com/a6827/Vijesti/Vijesti/Pogledajte-pismo-koje-poslali-ministri-Hammond-i-Steinmeier.html> (12.07.2016).

45 <http://www.taz.de/!153188/> (12.06.2016).

versetzt. In den verschiedenen Städten tauchten dann nur enttäuschende Dutzende Protestler auf. In Sarajevo waren es ein paar Hundert. Trotz der miserablen Lage konnten sich die Menschen nicht zu größeren Demonstrationen aufrufen. „Die Leute sind wegen ihrer Resignation über die Lage nicht auf die Straßen gegangen. Das ist das schlimmste, was passieren konnte“, zeigte sich der erfahrene österreichische Europapolitiker Hannes Swoboda ratlos.⁴⁶ Allerdings sind sich fast alle heimischen und ausländischen Experten einig, dass damit die explosive Lage nicht befriedet ist. Die Bombe der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unzufriedenheit ist weiter scharfgestellt. Als Hauptschuldige sind schon lange die politischen Parteien ausgemacht. Nicht nur in Bosnien-Herzegowina, sondern in der gesamten Region.

46 <http://www.avaz.ba/clanak/162803/ljudi-u-bih-su-rezignirani> (12.06.2016).

Herausgeber und Autoren

Prof. em. Dr. Rudolf Hrbek: Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Sprecher des Vorstands des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen.

Martin Große Hüttmann: Akademischer Oberrat, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen.

Dr. Thomas Brey: Deutsche Presseagentur, Regionalbüro Südosteuropa, Belgrad.

Prof. Dr. Frank Delmartino†: Katholieke Universiteit Leuven.

Nikolas Dietzel M.A.: Absolvent des Masters „Demokratie und Regieren in Europa“, Eberhard Karls Universität Tübingen

MMag. Greta Klotz: Researcher am Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung, EURAC Bozen.

Dr. Andzelika Mirska: Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Universität Warschau.

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Nagel: Departament de Ciències Polítiques i Socials, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona.

Dr. Stefan Seidendorf: Stellv. Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg

Prof. Dr. Roland Sturm: Lehrstuhl für „Politische Wissenschaft I“, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF)

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses spielt die Frage nach der künftigen Struktur Europas eine wichtige Rolle. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, die föderale Balance zwischen zentralen und dezentralen Elementen zu finden, um die zukünftigen Herausforderungen Europas zu bewältigen. Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza sowie der Vertrag von Lissabon haben entscheidend zu dem erneuten Aufleben dieser Diskussion beigetragen. Dabei gewinnt die öffentliche Debatte vor allem durch die wachsende Rolle der Länder, Regionen und Autonomen Gemeinschaften sowie der Kommunen als europapolitische Akteure, deren Zahl durch die anhaltenden Regionalisierungs- und Föderalisierungstendenzen in vielen europäischen Staaten weiter zunimmt, an Brisanz.

In diesem Zusammenhang steht die Tätigkeit des **Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF)** an der Universität Tübingen. Es begleitet seit 1993 diese Entwicklung und erforscht ihre Hintergründe. Das EZFF ist eine **multidisziplinäre Einrichtung**, die sich wissenschaftlich und politikberatend mit Fragen des Föderalismus, der Stellung und Rolle von Regionen und der subnationalen Ebenen in Europa beschäftigt. Zur Zeit hat das EZFF folgende Themenschwerpunkte:

1. **Föderalismus als Struktur- und Organisationsprinzip für Staaten** (primär in Europa) **und die EU**, verstanden als Mehrebenensystem (z. B. Effizienz und Demokratie in dezentralen und föderalen Systemen, Aufgabenverteilung und Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union nach dem Reformvertrag und der EU-Erweiterung, Entwicklungsperspektiven des Ausschusses der Regionen);
2. **Regionen und Kommunen als Akteure und Regionalpolitik** (z. B. grenzüberschreitende und interregionale Kooperation innerhalb der Europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik);
3. **Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse** in den

Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Union.

Das EZFF führt transnationale **Forschungsprojekte** durch, veranstaltet regelmäßig internationale **Konferenzen** im In- und Ausland (z. B. Belgien, Österreich, Schweiz, Italien, Ungarn und Schweden) und nimmt Aufträge für Einzelgutachten entgegen. Gleichberechtigt neben der Forschungsarbeit steht die Beratungstätigkeit des EZFF für Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Das EZFF gibt verschiedene **Publikationen** heraus, in denen u. a. Forschungs- und Konferenzergebnisse veröffentlicht werden:

- Das **Jahrbuch des Föderalismus** (erscheint seit 2000, bei der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden);
- Die **Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung** (47 Bände seit 1994, bei der Nomos Verlagsgesellschaft);
- Die **Occasional Papers** (41 Hefte seit 1994, im Selbstverlag).

Das EZFF legt in seiner Arbeit besonderen Wert auf die **Verbindung von Theorie und Praxis**, transnationale Kooperationen und die interdisziplinäre Ausrichtung seiner Aktivitäten. Das EZFF betreut ein europaweites **Netzwerk von Föderalismusforschern und Praktikern**, die sich mit Fragen des Föderalismus beschäftigen. Das EZFF gehört der *International Association of Centres for Federal Studies (IACFS)* an, einer wissenschaftlichen Vereinigung, in der wissenschaftliche Institute aus aller Welt zusammengeschlossen sind, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen des Föderalismus befassen.

Das EZFF wird von mehreren Hochschullehrern der Universität Tübingen, die verschiedenen Fakultäten angehören, geleitet. Die laufenden Arbeiten werden durch die Wissenschaftliche Koordinatorin betreut.

Auswahl der Publikationen des EZFF

Jahrbuch des Föderalismus

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2015. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden, 2015, 482 Seiten.

Im 16. Band des Jahrbuchs behandeln die Beiträge wiederum aktuelle Fragen der Föderalismus-Forschung. Einleitend äußert sich der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz zum diesjährigen Schwerpunkt „Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik im Bundesstaat“. Daran anschließend ziehen mehrere Autoren Bilanz zu diesem Thema.

Sodann informiert das Jahrbuch 2014 über aktuelle Themen der Föderalismus-Forschung, über neueste Entwicklungen des deutschen Föderalismus, über aktuelle Aspekte der Territorialstruktur in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Staaten, über Aspekte regionaler und kommunaler Kooperation in Europa, sowie über die subnationale Ebene im Mehrebenensystem der EU. Zwei Rezensionen schließen den Band ab.

Das Jahrbuch bietet den Lesern – in Politik und Verwaltung, in Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium – wiederum einen aktuellen, verlässlichen und zusammenfassenden Überblick über die genannten Themen. Autoren der Beiträge sind ausgewiesene Experten aus dem In- und Ausland.

Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung

Sterl, Barbara: Die Europäisierung der Kommunen: zwischen Absorption und Transformation. Band 47, Baden-Baden, 2016

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hrsg.): Föderalismus – das Problem oder die Lösung? Sammelband zur Ringvorlesung zum 20-jährigen Bestehen des EZFF. Band 46, Baden-Baden, 2015.

Geißler, R./Knüling, F./Kropp, S./Wieland, J. (Hrsg.): Das Teilen beherrschen. Analysen zur Reform des Finanzausgleichs 2019. Band 45, Baden-Baden, 2015.

Weiss, Stephanie: Einheitsstaat im regionalen Umbruch. Die (zivil)gesellschaftlichen Folgen politischer Regionalisierung in der Tschechischen Republik. Band 44, Baden-Baden, 2015.

Meisch, Simon: Devolution in Schottland. Institutionelle Entwicklung zwischen Pfadabhängigkeit und graduellen Wandel. Band 43, Baden-Baden, 2014.

Gagnon, Alain-G.: Das Zeitalter der Ungewissheiten. Essays über Föderalismus und nationale Diversität. Band 42, Baden-Baden, 2014.

Hessische Landesvertretung (Hrsg.): „Länder machen Staat“ Ein Plädoyer für den deutschen Föderalismus. Band 41, Baden-Baden, 2013.

Heinz, Dominic: Politikverflechtung in Föderalismusreformen. Deutschland, Österreich und die Schweiz in vergleichender Perspektive. Band 40, Baden-Baden, 2013.

Occasional Papers

Nr. 40: Hartmut Marhold: Die EU-Krisenpolitik – Chaos oder Kosmos? Abkehr vom Neoliberalismus und inkrementalistische Föderalisierung, 2015, ISBN 978-3-9810143-9-6.

Nr. 39: Ines Härtel: **Solidität, Austerität, Solidarität** - Staatsverschuldung und die (verfassungs-)rechtliche Verankerung von Schuldenbremsen im föderalen Mehrebenensystem (USA und Deutschland), 2014, ISBN 978-3-9810143-8-9.

Nr. 38: Rudolf Hrbek und Peter Bußjäger (Hrsg.): **Finanzkrise, Staatsschulden und Föderalismus – Wege der Krisenbewältigung**, 2011, ISBN 978-3-9810143-7-2.

Nr. 37: Wolfgang Schuster: **Governing in Partnership: The EU Governance Model**, 2011 ISBN 978-3-9810143-5-8.

Nr.36: Karl-Heinz Lambertz (Hrsg.): **Small is beautiful, isn't it? II.** Beiträge zur Klein(glied)staaten- und Minderheitenforschung, 2011, ISBN 978-3-9810143-6-5.